

Stadt Ulm



18. Beteiligungsbericht

Stand Oktober 2013:

Wirtschaftspläne 2013
Jahresabschlüsse 2012

GD 907/13

Wissenschaftsstadt Ulm

18. Beteiligungsbericht

Geschäftsjahr

2012

Herausgegeben von der "Zentralen Steuerung" der Stadt Ulm

Ulm, im November 2013

Zentrale Steuerung/Finanzen

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Rechtliche Grundlagen	
1.1. Ausgangslage	1
1.2. Rechtsgrundlagen für die wirtschaftliche Betätigung	1
1.3. Organisationsformen der wirtschaftlichen Betätigung	3
2. Der Beteiligungsbericht	
2.1. Allgemeines	6
2.2. Inhalt und Ziele des Beteiligungsberichts	6
2.3. Wesentliche Änderungen im Kalenderjahr 2011	7
3. Überblick	
3.1. Die Beteiligungen der Stadt Ulm und der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH	8
3.2. Übersicht "Konzerndaten" Stadt Ulm	14
3.3. Finanzausstattung der Gesellschaften	16
3.4. Bürgerschaftsübernahmen durch die Stadt Ulm	17
4. Unternehmen in Privatrechtsform (Beteiligung ab 50 %)	
4.1. Donaübüro gemeinnützige GmbH	18
4.2. MFH - Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm GmbH	22
4.3. PBG - Ulmer Parkbetriebs-Gesellschaft mbH	25
4.4. PEG - Projektentwicklungs-Gesellschaft Ulm mbH	30
4.5. SAN - Sanierungstreuhand Ulm GmbH	34
4.6. SWU - Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm - Konzern	39
4.6.1. - SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (Holding)	46
4.6.2. - SWU Energie GmbH	51
4.6.3. - SWU Netze GmbH	61
4.6.4. - SWU TeleNet GmbH	67
4.6.5. - SWU Energie Beteiligungsgesellschaft II mbH (Stadtwerke Niederstotzingen GmbH)	72
4.6.6. - WKW Staustufe Kostheim/Main GmbH & Co.KG	75
4.6.7. - SWU Verkehr GmbH	79
4.6.8. - SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH	84
4.7. TFU – TechnologieFörderungsUnternehmen	89
4.8. UM - Ulm-Messe GmbH	94
4.9. UNT - Ulm/Neu-Ulm Touristik GmbH	100
4.10. UWS - Ulmer Wohnungs- und Siedlungs- GmbH	105
4.10.1. - UWS Service GmbH	111
5. Eigenbetriebe	
5.1. AHW - Alten- und Pflegeheim Wiblingen	114
5.2. EBU - Entsorgungsbetriebe der Stadt Ulm	119
6. Anhang	

6.1.	Auszug Gemeindeordnung (GemO)	131
6.2.	Auszug Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)	135
6.3.	Auszug Eigenbetriebsgesetz (EigBG)	136
6.4.	Auszug Hauptsatzung Stadt Ulm	137
6.5.	Erläuterung wichtiger Bilanzkennzahlen	139
6.6.	Übersicht der Abschlussprüfer	140
6.7.	Abkürzungsverzeichnis	141

1. Rechtliche Grundlagen

1.1. Ausgangslage

Die Stadt Ulm nimmt für die Bürgerinnen und Bürger in Ulm und der Region eine Vielzahl öffentlicher Aufgaben wahr. Sie ist dabei auch Teil der örtlichen Wirtschaft. Ihre Tätigkeit vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen (siehe Ziffer 1.3) innerhalb aber auch außerhalb des städt. Haushalts.

Bei der Aufgabenerfüllung in privatrechtlichen Unternehmensformen erfolgt die Einbindung des Gemeinderates nach den gesetzlichen Bestimmungen der Gemeindeordnung Baden-Württemberg und der Hauptsatzung der Stadt Ulm (siehe Anhang).

Die Stadt wird in den Gesellschafterversammlungen der Unternehmen durch den Oberbürgermeister vertreten. Bei Gesellschafterversammlungen von Unternehmen, an denen die Stadt mit mindestens der Hälfte des Stammkapitals beteiligt ist, ist hierbei die Weisung des Gemeinderates einzuholen.

Mit regelmäßigen Beteiligungsberichten wird dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit seit 1996 die Übersicht über den „Konzern“ Stadt erleichtert und dem Gemeinderat darüber hinaus aus einer Hand Basismaterial für politische Meinungsbildung und strategische Entscheidungsprozesse zur Verfügung gestellt.

1.2. Rechtsgrundlagen für die wirtschaftliche Betätigung

Nach dem Grundgesetz nehmen die Gemeinden Aufgaben wahr, mit denen sie sowohl staatlichen Gesetzen als auch der staatlichen Aufsicht unterworfen sind. Daneben wird die kommunale Selbstverwaltung garantiert. Dazu gehört, dass die Gemeinde ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze selbst regeln kann. Aus dieser Garantie der kommunalen Selbstverwaltung ergibt sich das Recht, Einrichtungen zum Wohle der Einwohner im Rahmen der sog. Daseinsvorsorge zu errichten. Dabei haben sie die Organisationshoheit, d.h. sie haben das Recht, die Verwaltungsorganisation unter Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten und Zweckmäßigkeiten selbst festzulegen.

Mit der Novellierung der Gemeindeordnung im Jahr 1999 wurde insbesondere die stärkere Einbindung des Gesellschafters in die Entscheidungsprozesse der Unternehmen verfolgt. Hierbei wurde die Gemeinde zur Steuerung und Überwachung ihrer Beteiligungen verpflichtet.

Unter "wirtschaftlicher Betätigung" ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die am Markt tätig werden, sofern die Leistung auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte. Im Vordergrund hat für die Gemeinde dabei aber immer der Dienst am Bürger und nicht das Gewinnstreben zu stehen.

Eine Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen ungeachtet der Rechtsform errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn die Voraussetzungen der §§ 102 ff GemO (siehe Anhang) erfüllt sind. Zum 01.12.2005 ist das Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzrechts mit einer Verschärfung der sog. „Subsidiaritätsklausel“ in Kraft getreten. Dies bedeutet, dass eine Gemeinde seit 01.01.2006 außerhalb der Daseinsvorsorge nur noch Tätigkeiten entfalten darf, wenn diese nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Anbieter erfüllt werden können. Die Beweispflicht liegt bei der Gemeinde.

Bei der Errichtung, Übernahme, wesentlichen Erweiterung oder Beteiligung eines Unternehmens in **Privatrechtsform** gelten nach § 103 GemO weitergehende Vorschriften.

Die **wirtschaftlichen Unternehmen** der Gemeinde sind so zu führen, dass der öffentliche Zweck erfüllt wird; dabei sollen sie einen Ertrag für den Haushalt der Stadt abwerfen (§ 102 Abs. 2 GemO).

Nach der Gemeindeordnung darf die Gemeinde ein Unternehmen in der Rechtsform der **Aktiengesellschaft** nur errichten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform (üblicherweise der GmbH) erfüllt werden kann. In § 103a GemO sind für die Rechtsform der **GmbH** als weitere Zulässigkeitsvoraussetzung die Punkte aufgezählt, die neben den gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen des GmbHG auch dem Zustimmungsvorbehalt der Gesellschafterversammlung unterliegen.

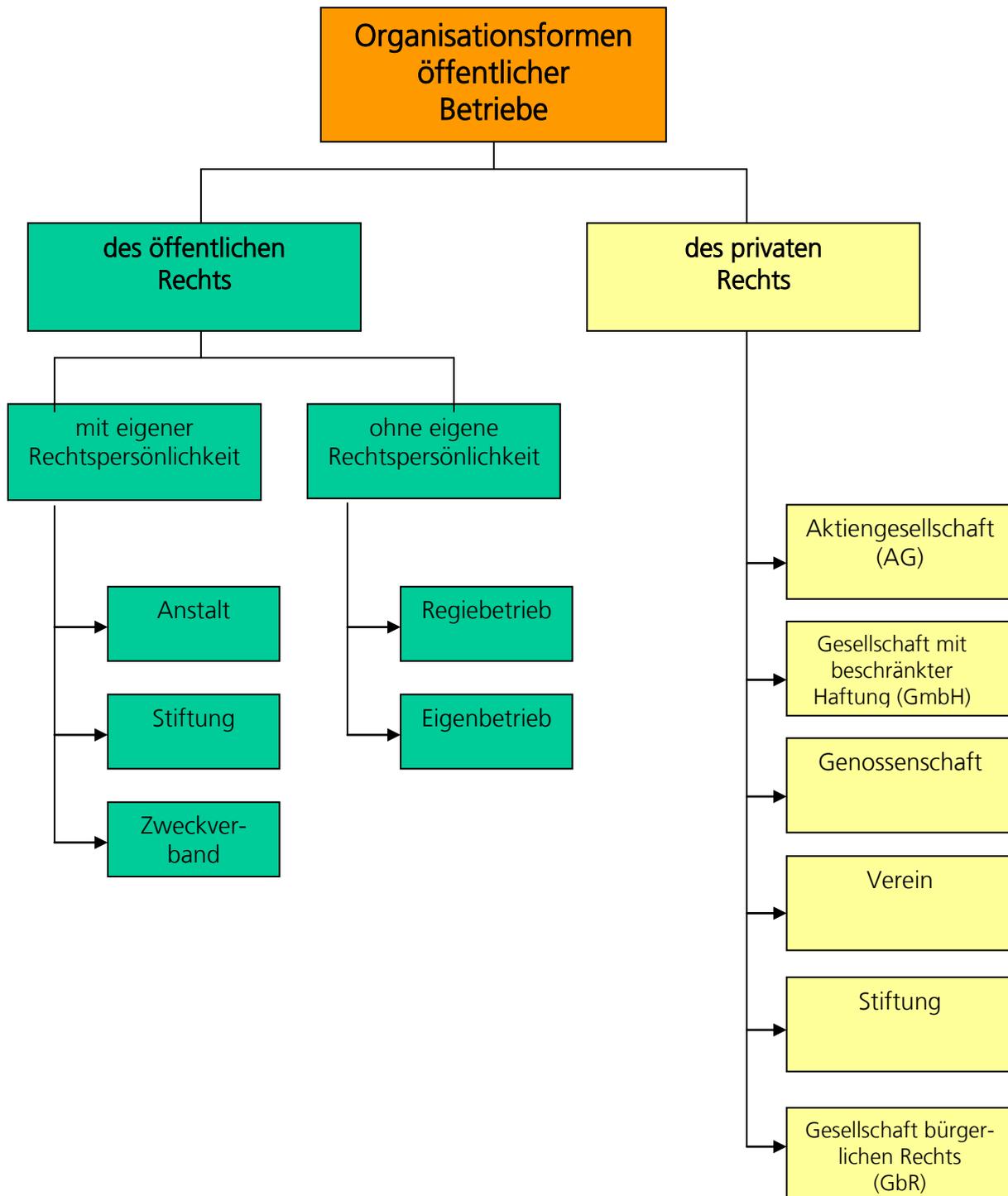
Die Bestimmungen der §§ 102 ff GemO gelten grundsätzlich auch für die **nichtwirtschaftlichen Unternehmen**. Lediglich die Zulässigkeitsvoraussetzungen nach § 102 Abs. 1 bis 3 GemO finden ausschließlich auf die wirtschaftlichen Unternehmen Anwendung.

Von nichtwirtschaftlichen Unternehmen (Hoheitsbetrieben) wird insbesondere dann gesprochen, wenn Einrichtungen gesetzliche Verpflichtungen (Pflichtaufgaben) erfüllen, sozialen, sportlichen oder kulturellen Ansprüchen gerecht werden oder als Hilfsbetriebe zur ausschließlichen Deckung des Eigenbedarfs dienen.

Auf die Auszüge aus den Gesetzestexten im Anhang wird verwiesen.

1.3. Organisationsformen der wirtschaftlichen Betätigung

Für die wirtschaftliche Betätigung stehen den Gemeinden sowohl öffentlich-rechtliche als auch privatrechtliche Organisationsformen zur Verfügung. Das folgende Schaubild gibt einen Überblick über die wesentlichen Rechtsformen.



1.3.1. Betriebe in öffentlich-rechtlicher Form

Die wirtschaftliche Betätigung ist in folgenden öffentlich-rechtlichen Organisationsformen möglich:

a) Regiebetrieb

Bei Regiebetrieben handelt es sich um rechtlich und wirtschaftlich unselbständige abgegrenzte Betriebszweige. Sie sind im Rahmen der Verwaltungsorganisation und der vermögensmäßigen Verflechtungen voll in die Trägerkörperschaft integriert. Regiebetriebe werden aufgrund verwaltungsinterner Anordnungen geschaffen und haben den gleichen rechtlichen Status wie jede andere Dienststelle innerhalb der Stadt. Der Regiebetrieb ist insbesondere die im Hoheitsbetrieb (nichtwirtschaftlicher Bereich) weitverbreitetste Organisationsform.

Als Beispiele sind Einrichtungen wie Bestattungswesen, Bibliothek, Gartenamt, Hallenbad, Marktwesen und Theater zu nennen.

b) Eigenbetrieb

Eigenbetriebe sind Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die - obwohl Teil der Gemeindeverwaltung - über eine vom Gemeindehaushalt getrennte eigene Wirtschaftsplanung, Buchführung und Rechnungslegung verfügen. Finanzwirtschaftlich gelten sie als Sondervermögen der Gemeinde.

Die Willensbildung und Kontrolle in Eigenbetrieben erfolgt im Rahmen einer Betriebsatzung i. d. R. durch die Betriebsleitung, den Betriebsausschuss und den Gemeinderat.

Bei der Stadt Ulm ist seit 01.01.1996 die Abfallbeseitigung, Stadtentwässerung (ohne Klärwerk Steinhäule - Zweckverband), Fuhrpark und Straßenreinigung als Eigenbetrieb (EBU) ausgelagert. Zum 01.01.1998 wurde das Alten- u. Pflegeheim Wiblingen in einen Eigenbetrieb überführt.

c) Zweckverband

Zweckverbände sind Konstruktionen, die kommunale Zusammenarbeit in öffentlich-rechtlicher Form sowohl im wirtschaftlichen als auch im hoheitlichen (nichtwirtschaftlichen) Bereich, etwa bei regionalen Aufgaben oder Interessen organisieren.

Sie sind rechtlich selbständige Körperschaften, die von kommunalen Mitgliedern getragen werden. Organe der Verbände sind Verbandsvorsitzende(r), Verwaltungsrat und Verbandsversammlung.

Ulm ist z.B. Mitglied im Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal, im Zweckverband Klärwerk Steinhäule und im Stadtentwicklungsverband Ulm/Neu-Ulm.

d) Anstalt des öffentlichen Rechts

Rechtsfähige und selbständige Anstalten des öffentlichen Rechts sind eine weitgehend unabhängige Organisationsform öffentlicher Aufgabenerfüllung. Sie bedürfen einer Gesetzesermächtigung. Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten sind damit weitgehend beschränkt.

Auf kommunaler Ebene sind beispielsweise die Sparkassen, denen diese Organisationsform durch das Landessparkassengesetz verliehen wurde, oder auch die Datenzentrale Baden-Württemberg zu nennen.

e) Stiftung des öffentlichen Rechts

Eine Stiftung des öffentlichen Rechts sind Vermögensmassen die nur zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben errichtet werden können. Sie unterliegen dabei - wie die Anstalt - ebenfalls dem Gesetzesvorbehalt. Zudem sind die Bestimmungen des Stiftungsgesetzes und einer Stiftungssatzung zu beachten. Aufgrund fehlender Ermächtigungsgrundlagen ist diese Organisationsform für wirtschaftliche kommunale Unternehmen praktisch ohne Bedeutung.

1.3.2. Betriebe in privatrechtlicher Form

Neben öffentlich rechtlichen Organisationsformen ist eine wirtschaftliche Betätigung der Stadt auch in privatrechtlichen Organisationsformen möglich.

Von den Kommunen wird eine wirtschaftliche Betätigung in den Formen des Gesellschaftsrechts dann gewählt, wenn aus organisatorischen, wirtschaftlichen oder steuerlichen Überlegungen die Ausgliederung von Aufgaben vorteilhaft erscheint.

Damit unterwirft sich die Kommune aber auch den für die Privatwirtschaft geltenden Vorschriften des Handels- und Steuerrechts.

Die Kommunen können privatrechtliche Gesellschaften sowohl alleine (Eigengesellschaft) als auch gemeinsam mit Dritten (Beteiligungsgesellschaft) betreiben.

Neben den unmittelbaren Beteiligungen an Gesellschaften des privaten Rechts sind auch mittelbare Beteiligungen möglich.

a) Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die GmbH ist eine mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattete Gesellschaft, an der sich die Gesellschafter mit Einlagen auf das Stammkapital beteiligen, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften.

Die Gesellschafter können die innere Struktur oder Gesellschaft im Wesentlichen frei regeln. Dadurch kann die GmbH durch den Gesellschaftsvertrag so ausgestattet werden, wie es dem jeweiligen Zweck der Gesellschaft am besten entspricht. Für die GmbH gelten u.a. die Vorschriften des GmbH-Gesetzes, des Handelsgesetzbuches (HGB) und in Teilbereichen des Aktiengesetzes (AktG).

Aufgrund dieser gestalterischen Möglichkeiten des Gesellschaftsvertrages ist die GmbH die gebräuchlichste privatrechtliche Organisationsform (siehe § 103 Abs. 2 - Vorrang gegenüber AG).

b) Aktiengesellschaft (AG)

Ebenso wie die GmbH besitzt auch die AG eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter, hier Aktionäre genannt, erwerben Anteile des in Aktien zerlegten Grundkapitals. Für Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet auch hier nur das Gesellschaftsvermögen und nicht der Anteilinhaber.

Im Gegensatz zur freien Gestaltung des Gesellschaftsverhältnisses in der GmbH enthält das Aktiengesetz eine fast erschöpfende Regelung aller Sachverhalte, so dass für gestalterische Eingriffe in die Gesellschaft wenig Raum bleibt.

c) Stiftung des privaten Rechts

Diese Stiftung ist ein rechtlich verselbständigter Bestand von Kapital und Sachen, die einem vom Stifter bestimmten Zweck dient.

Die Stiftung ist eine mitgliederlose Organisationsform, deren vorgeschriebenes Organ der Stiftungsvorstand ist. Sie unterliegt der Rechtsaufsicht.

Von den Städten Ulm und Neu-Ulm sowie den Stadtwerken Ulm/Neu-Ulm GmbH wurde im November 1995 die "Solarstiftung Ulm/Neu-Ulm" errichtet. Im März 1997 wurde von der Stadt Ulm die Ulmer Bürgerstiftung gegründet.

d) Genossenschaft

Die Genossenschaft ist eine Gesellschaft, die keine eigene, sondern für ihre Mitglieder gemeinschaftliche Zwecke verfolgt. Die Rechtsfähigkeit wird durch Eintragung in das Genossenschaftsregister erworben. Die Haftung ist auf das Genossenschaftsvermögen beschränkt.

Im kommunalen Bereich ist diese Organisationsform praktisch bedeutungslos.

e) Verein

Der Verein ist ein auf Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss von mindestens 7 Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks. Man unterscheidet zwischen rechtsfähigen (eingetragenen) und nichtrechtsfähigen Vereinen. Als kommunale Organisationsform ist jedoch nur der rechtsfähige Verein von Bedeutung.

Der rechtsfähige Verein ist rechtlich und organisatorisch verselbständigt und hat sowohl eine Mitgliederversammlung als auch einen Vorstand. Die Haftung ist auf das Vereinsvermögen beschränkt.

Aufgrund vieler Formvorschriften ist auch diese Organisationsform im kommunalen Bereich bedeutungslos.

f) Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Die GbR ist eine auf Vertrag beruhende Personenvereinigung ohne Rechtsfähigkeit, bei der sich die Gesellschafter zur Förderung eines gemeinsamen Zwecks zusammenschließen (§§ 705 ff BGB). Besondere Organe sind gesetzlich nicht vorgeschrieben, die Geschäftsführungsbefugnis und Vertretungsmacht nach außen steht grundsätzlich allen Gesellschaftern gemeinsam zu. Vertraglich abweichende Regelungen sind möglich. Als Organisationsform für öffentliche Unternehmen ist sie regelmäßig ungeeignet, da die Gesellschafter unmittelbar und uneingeschränkt haften.

1.3.3. Betrieb gewerblicher Art (BgA)

Obwohl der BgA keine Organisationsform für kommunale Einrichtungen darstellt, soll aufgrund seiner praktischen Bedeutung an dieser Stelle auf diese ausschließlich **steuerrechtliche** Konstruktion kurz eingegangen werden. Der BgA kommt dann zum Tragen, wenn die Kommunen innerhalb der öffentlich-rechtlichen Organisationsformen (z.B. Regiebetrieb, Eigenbetrieb) anstelle von hoheitlichen - nicht steuerpflichtigen - Tätigkeiten, wirtschaftliche und damit **steuerpflichtige Tätigkeiten** ausüben. Nach § 4 Abs. 1 KStG ist ein BgA von juristischen Personen des öffentlichen Rechts eine Einrichtung, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen dient und sich dabei wirtschaftlich heraushebt. Die Absicht, Gewinn zu erzielen und die Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr ist allerdings nicht erforderlich. Die Stadt Ulm betreibt eine Vielzahl derartiger Betriebe (z.B. Stadthaus, Westbad, Märkte, städt. Hallen).

2. Der Beteiligungsbericht

2.1. Allgemeines

Die "öffentlichen Unternehmen" sind mit erheblichen Vermögenswerten und Finanzströmen mit der Stadt als "Muttergesellschaft" verbunden, so dass die Stadt auch aus der Verantwortung für diese Vermögenswerte und durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf ihren Haushalt zur Steuerung und Kontrolle ihrer Beteiligungen verpflichtet ist.

Eine Beteiligungssteuerung setzt Informationen voraus. Um hier eine Grundlage zu schaffen, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt. Seit 1999 ist deshalb durch die Gemeindeordnung auch die jährliche Erstellung eines Beteiligungsberichtes unter Beachtung eines gesetzlichen Mindestinhalts vorgeschrieben. In Ulm wird ein Beteiligungsbericht bereits seit 1996 aufgestellt.

Der Gesetzgeber sieht eine detaillierte Berichtspflicht für alle unmittelbaren und - wenn der Anteil mehr als 50 v.H. beträgt - mittelbaren Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen, nicht dagegen an Zweckverbänden, Eigenbetrieben und sonstigen Rechtsformen, vor.

Bei einer unmittelbaren Beteiligung mit einer Quote von unter 25 % ist ein ausführlicher Unternehmensbericht nicht erforderlich (§ 105 Abs. 2 GemO).

2.2. Inhalt und Ziele des Beteiligungsberichts

Der Beteiligungsbericht stellt einen Überblick über die Eigengesellschaften und die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen dar. Er enthält zusätzliche (über die gesetzlichen Vorgaben hinaus) Informationen über die Eigenbetriebe der Stadt. Unter Ziffer 3.2 sind in einer Übersicht die wesentlichen "Konzerndaten" zusammenfassend dargestellt.

Über die Unternehmen mit einer Beteiligungsquote ab 50 % wird in Abschnitt 4 detailliert berichtet. Darüber hinaus sind nach derselben Systematik in Abschnitt 5 auch die Eigenbetriebe in den Bericht aufgenommen. Alle anderen "Unternehmen" sind lediglich in der Übersicht unter Ziffer 3.1 dargestellt.

Das Organigramm mit den Beteiligungen der Stadt Ulm nach Ziffer 3.1 gibt den Stand zum 31.12.2012 wieder. Der Bericht selbst basiert i.d.R. auf den geprüften Abschlüssen des Jahres 2012 (die Feststellung des Jahresabschlusses durch die Beschlussgremien kann aber möglicherweise noch ausstehen). Daneben sind in einigen Aufstellungen, soweit möglich und sinnvoll, auch die Planda-

ten 2013 der aktuellen Wirtschaftspläne einbezogen. Weitere Angaben wurden den Prüfungsberichten der Wirtschaftsprüfer, Satzungen, Gesellschafts- und sonstigen Verträgen entnommen. Die Erläuterungen zum Betriebsergebnis und zur aktuellen Lage orientieren sich an den Lageberichten der Berichtsunternehmen im jeweiligen Jahresabschluss 2012, sind jedoch überwiegend gekürzt und auf das Wesentliche beschränkt.

2.3. Wesentliche strukturelle und gesetzliche Änderungen im Kalenderjahr 2012

Die Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm GmbH hat den Neubau der Multifunktionshalle im Herbst 2011 planmäßig fertiggestellt. Im Dezember 2011 erfolgte die Inbetriebnahme der Halle und damit die Aufnahme der operativen Geschäftstätigkeit. 2012 ist damit das erste vollständige Geschäftsjahr des Unternehmens.

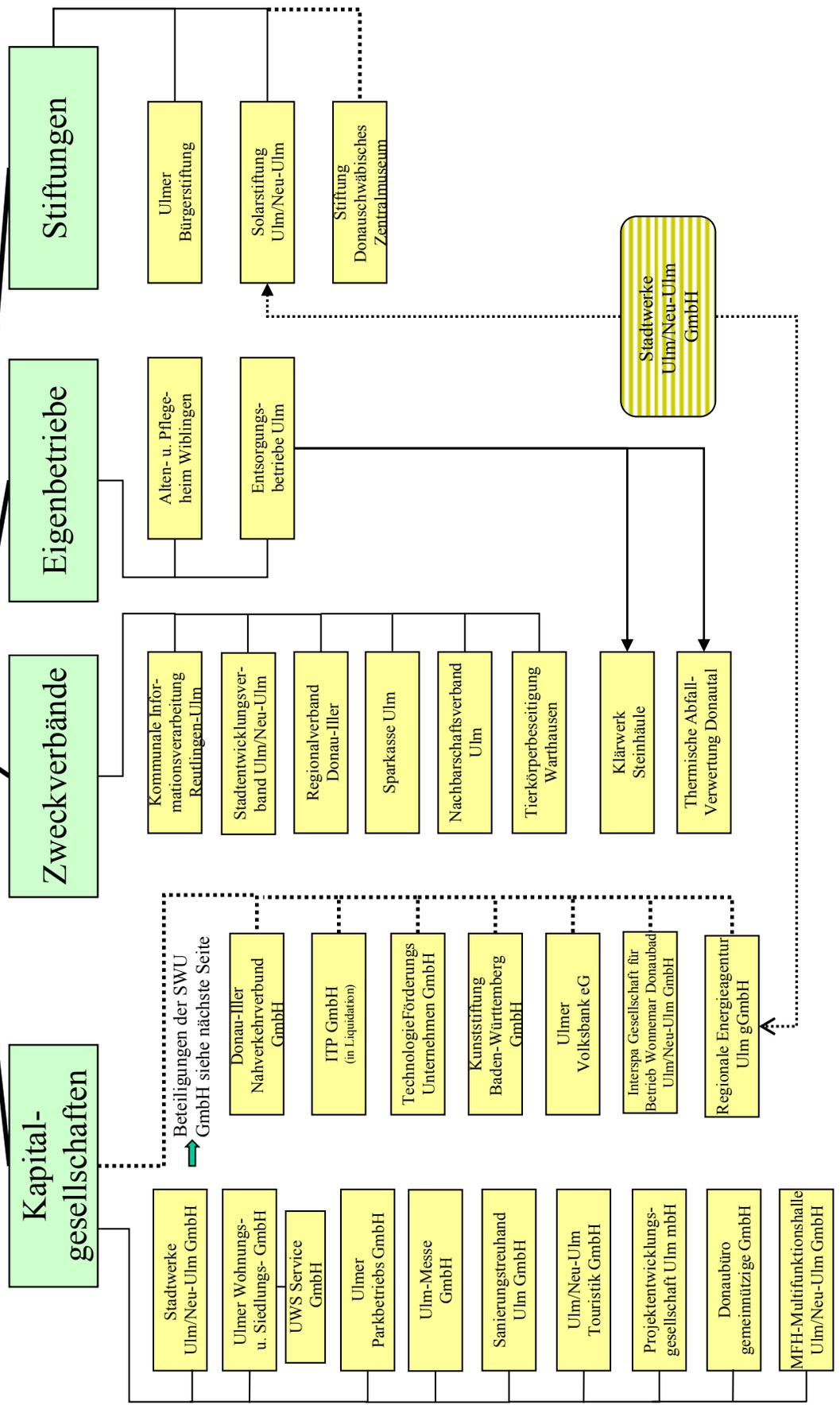
Die ITP GmbH wurde auf Basis eines Gemeinderatsbeschlusses vom 14.12.2011 aufgelöst. Die Aufgaben wurden auf die Stadt Ulm übertragen und werden innerhalb des Stadthaushalts abgewickelt. Die Liquidation der Gesellschaft war zum 31.12.2012 noch nicht abgeschlossen.

Wesentliche kommunalrechtliche, gesellschaftsrechtliche oder steuerrechtliche Änderungen mit Auswirkungen auf die Beteiligungsverwaltung oder die Beteiligungsunternehmen ergaben sich 2012 nicht.

3.1 Beteiligungen der Stadt Ulm

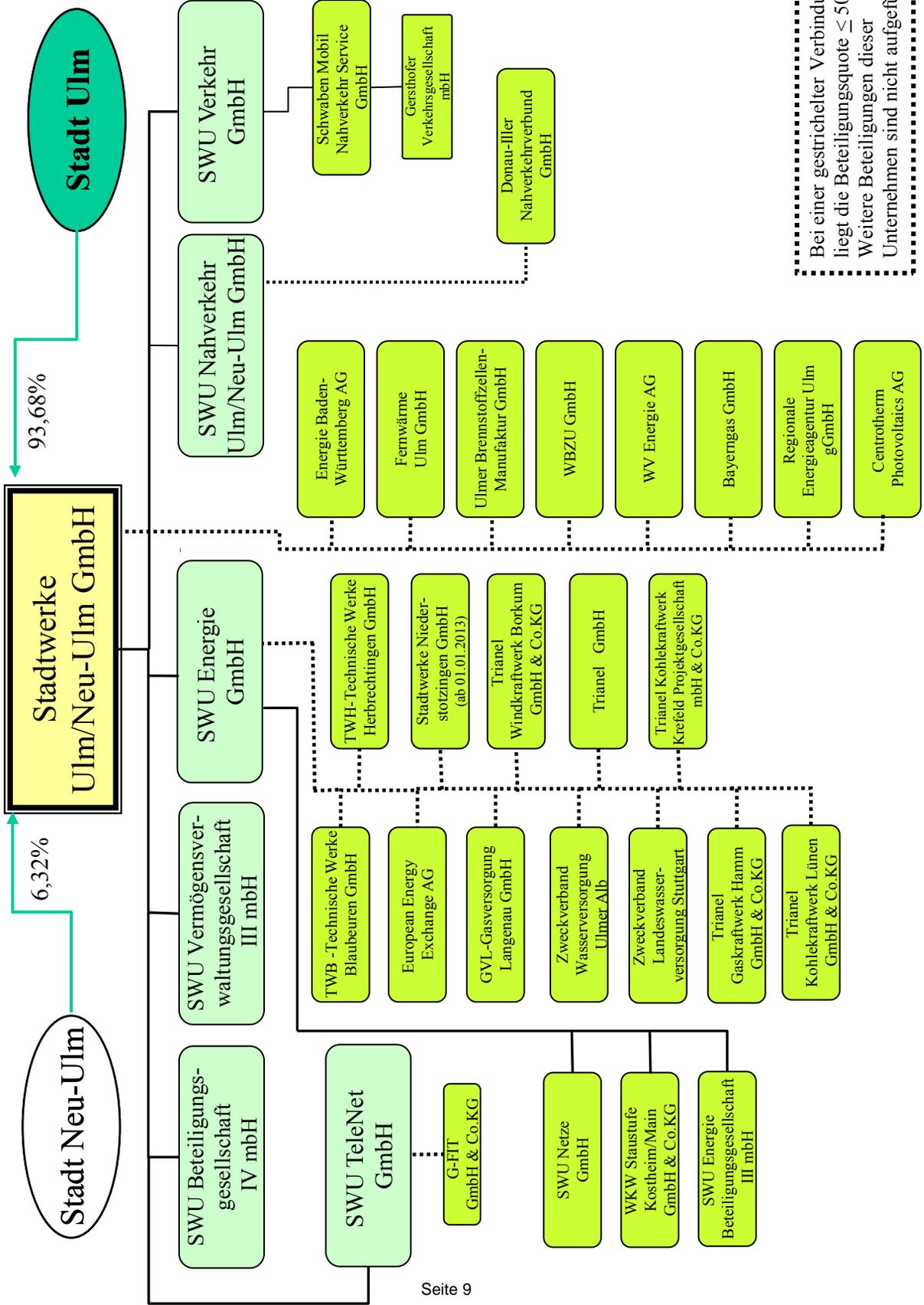
- Stand 31.12.2012 -

Bei einer gestrichelter Verbindungslinie liegt die Beteiligungsquote $\leq 50\%$.
 Weitere Beteiligungen dieser Unternehmen sind nicht aufgeführt



Beteiligungen der Stadtwerke Ulm

- Stand 31.12.2012 -



Bei einer gestrichelter Verbindungslinie liegt die Beteiligungsquote $\leq 50\%$. Weitere Beteiligungen dieser Unternehmen sind nicht aufgeführt

Beteiligungen der Stadt Ulm

Stand 31.12.2012

Beteiligung/Unternehmen	Stamm-/Grund-Kapital in Euro ¹	Anteilsverhältnis In %	in Euro	Erläuterungen/Bemerkungen
1. Eigenbetriebe				
Alten- und Pflegeheim Wiblingen (AHW)	306.775	entfällt	entfällt	Siehe Unternehmensbericht
Entsorgungsbetriebe der Stadt Ulm (EBU)	0	entfällt	entfällt	Siehe Unternehmensbericht
2. Kapitalgesellschaften				
2.1 unmittelbare Beteiligung				
Projektentwicklungsgesellschaft Ulm GmbH (PEG)	250.000	100	250.000	Siehe Unternehmensbericht
Sanierungstreuhand Ulm GmbH (SAN)	55.000	100	55.000	Siehe Unternehmensbericht
Ulm Messe GmbH (UM)	260.000	100	260.000	Siehe Unternehmensbericht
Ulmer Parkbetriebs GmbH (PBG)	10.942.000	100	10.942.000	Siehe Unternehmensbericht
Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-GmbH (UWS)	16.100.000	50,3 ²	8.100.000	Siehe Unternehmensbericht
Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (SWU)	40.000.000	93,68	37.472.000	Holdinggesellschaft – siehe Unternehmensbericht
Ulm/Neu-Ulm Touristik GmbH (UNT)	26.000	75	19.500	Siehe Unternehmensbericht
Donau-Iller-Nahverkehrsverbund GmbH (Ding)	80.000	12,25	9.800	SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH hält weitere 12,5%. Wesentlicher Unternehmenszweck ist die Fortentwicklung eines Tarifverbundes sowie die Bestandsicherung und Verbesserung des ÖPNV in den Gebieten des Alb-Donau-Kreises, des Landkreises Biberach, des Landkreises Neu-Ulm, des Landkreises Heidenheim und des Stadtkreises Ulm. Öffentlicher Zweck im Berichtsjahr erfüllt.
Technologieförderungsunternehmen GmbH (TFU)	852.600	29,64	252.700	Siehe Unternehmensbericht
ITP GmbH (in Liquidation)	60.000	50	30.000	Gesellschaft aufgelöst (GR 14.12.2011) und Geschäfte auf Stadt Ulm übertragen
Donaubüro gemeinnützige GmbH	30.000	66	20.000	Siehe Unternehmensbericht
Kunststiftung Baden-Württemberg g GmbH	102.258	< 1	511	
Ulmer Volksbank eG	entfällt	entfällt	1.150	
MFH-Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm GmbH	30.000	66,67	20.000	Siehe Unternehmensbericht

¹ Zum Teil auf volle Tausend gerundet

² Ulmer-Wohnungs- und Siedlungs-GmbH hält eigene Anteile von 8,0 Mio. € (49,7 %)

Beteiligung/Unternehmen	Stamm-/Grund-Kapital in Euro ¹	Anteilsverhältnis In %	in Euro	Erläuterungen/Bemerkungen
Regionale Energieagentur Ulm gGmbH	32.500	13,85	4.500	Gegründet am 27.05.2008. Gegenstand des Unternehmens ist die nachhaltige Entwicklung und Förderung im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes durch eine unabhängige Beratung und Serviceleistungen. SWU GmbH hält weitere 6,15 %.
Interspa Gesellschaft für Betrieb Wonnemar Donaubad Ulm/Neu-Ulm GmbH	250.000	1	2.500	Gegründet mit Eintragung im Handelsregister am 24.11.2010. Eigentümer ist die Betriebsgesellschaft Donaureisbad und Eislaufenanlage der Städte Ulm und Neu-Ulm GbR. Unternehmensgegenstand ist der Betrieb von Bäder- und Freizeitanlagen, insbesondere der Freizeitanlage „Wonnemar Donaubad“ in Neu-Ulm im Wege der Anpachtung
2.2 mittelbare Beteiligung				
SWU Energie GmbH	60.000.000	100	60.000.000	Anteil gehalten von SWU GmbH. Siehe Unternehmensbericht
SWU TeleNet GmbH	755.000	100	755.000	Anteil gehalten von SWU GmbH. Siehe Unternehmensbericht
G-FIT Gesellschaft für innovative Telekommunikationsdienste mbH & Co. KG	240.000	33,3	80.000	Anteil gehalten von SWU TeleNet GmbH
SWU Netze GmbH	105.000	100	105.000	Anteil gehalten von SWU Energie GmbH. Siehe Unternehmensbericht
SWU Vermögensverwaltungsgesellschaft III mbH	25.000	100	25.000	Anteil gehalten von SWU GmbH. Gegründet im März 2009 als Vorratsgesellschaft zur Verwaltung eigenen Vermögens
SWU Beteiligungsgesellschaft IV GmbH	50.000	100	50.000	Anteil gehalten von SWU GmbH. Umfirmiert in 2012 von vormals KUMait consult GmbH. Zweck: Vorratsgesellschaft zur Beteiligung an Projekten und Übernahme von Betriebsführungen
SWU Verkehr GmbH	13.000.000	100	13.000.000	Anteil gehalten von SWU GmbH. Siehe Unternehmensbericht
Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH	280.000	51,2	143.276	Anteil gehalten von SWU Verkehr GmbH
Gersthofen Verkehrsgesellschaft mbH	500.000	51	255.000	Anteil gehalten von Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH
SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH	50.000	100	50.000	Anteil gehalten von SWU GmbH. Siehe Unternehmensbericht
Donau-Iller-Nahverkehrsverbund GmbH (Ding)	80.000	12,5	10.000	Anteil gehalten von SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH

Beteiligung/Unternehmen	Stamm-/Grund-Kapital in Euro ¹	Anteilsverhältnis In %	in Euro	Erläuterungen/Bemerkungen
Stadwerke Niederstotzingen mbH (ab 01.01.2013)	25.000	50	12.500	Anteil gehalten von SWU Energie GmbH (Vormals SWU Energie Beteiligungsgesellschaft II mbH, geändert 2012)
SWU Energie Beteiligungsgesellschaft III mbH	25.000	100	25.000	Anteil gehalten von SWU Energie GmbH. Zweck: Vorratsgesellschaft zur Beteiligung an Projekten und Übernahme von Betriebsführungen
Fernwärme Ulm GmbH (FUG)	18.407.000	50	9.203.500	Anteil gehalten von SWU GmbH
TWB-Technische Werke Blaubeuren GmbH	980.340	50	490.170	Anteil gehalten von SWU Energie GmbH
GVL-Gasversorgung Langenau GmbH	512.000	50	256.000	Anteil gehalten von SWU Energie GmbH
TWH-Technische Werke Herbrechtingen GmbH	5.590.000	50	2.795.000	Anteil gehalten von SWU Energie GmbH
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG	42.299.003	9,36	3.958.739	Kommanditist: SWU Energie GmbH (Haftungskapital)
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG	29.588.840	5,28	1.562.241	Kommanditist: SWU Energie GmbH (Haftungskapital)
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG	18.324.382	3,84	704.428	Kommanditist: SWU Energie GmbH (Anteil bezogen auf das Haftungskapital)
Trianel Kraftwerk Krefeld Projektgesellschaft mbH & Co. KG	488.484,85	32,25	157.576	Kommanditist: SWU Energie GmbH (Haftungskapital)
Trianel GmbH, Aachen	19.896.575	4,85	964.000	Anteil gehalten von SWU Energie GmbH
WV Energie AG	Aktienkapital	< 2	6.054	Anteil gehalten von SWU GmbH
Energie Baden-Württemberg AG	Aktienkapital	< 2	2.899,66	Anteil gehalten von SWU GmbH
European Energy Exchange AG	Aktienkapital	< 2	156.000	Anteil gehalten von SWU Energie GmbH
WKW Staustufe Kostheim/Main GmbH & Co.KG	1.000.000	70	700.000	Kommanditist: SWU Energie GmbH (Haftungskapital). Siehe Unternehmensbericht
Bayerngas GmbH	90.695.150	5	4.534.750	Anteil gehalten von SWU GmbH
Ulmer Brennstoffzellen-Manufaktur GmbH	30.000	50	15.000	Anteil gehalten von SWU GmbH
Centrotherm Photovoltaics AG	Aktienkapital	< 2	0	Anteil gehalten von SWU GmbH (2012 Buchwertabschreibung erfolgt)
Regionale Energieagentur Ulm gGmbH	32.500	6,15	2.000	Anteil gehalten von SWU GmbH Stadt Ulm hält weitere 13.85 %.
WBZU GmbH (Weiterbildungszentrum Brennstoffzelle Ulm)	25.000	20	5.000	Anteil gehalten von SWU GmbH
UWS Service GmbH	25.000	100	25.000	Anteil gehalten von UWS. Siehe Unternehmensbericht

Beteiligung/Unternehmen	Stamm-/Grund-Kapital in Euro	Anteilsverhältnis In %	in Euro	Erläuterungen/Bemerkungen
3. Zweckverbände				
Zweckverband Klärwerk Steinhäule	³ rd. 12.018.000	rd. 55	rd. 6.658.000	Anteil gehalten von EBU
Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal	² rd. 2.216.000	rd. 23	rd. 511.000	Anteil gehalten von EBU
Regionalverband Donau-Iller				Umlagen nach Einwohner und Flächen
Stadtentwicklungsverband Ulm/Neu-Ulm				Umlagen nach Einwohner und Flächen
Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen				Umlagen nach Einwohner und Tierbeständen
Nachbarschaftsverband Ulm				Umlagen nach Einwohner
Zweckverband Sparkasse Ulm				Sonderstatus
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU)				Leistungsentgelte bzw. Umlagen nach veredelten Einwohnerzahlen
Zweckverband Landeswasserversorgung Stuttgart		Mitglied SWU Energie GmbH		Umlagen nach Wassermengen
Zweckverband Wasserversorgung Ulmer Alb		Mitglied SWU Energie GmbH		Umlagen nach Wassermengen
4. Stiftungen (soweit Stadt Ulm Stifter)				
Solarstiftung Ulm/Neu-Ulm (angegeben ist das Stiftungskapital bei Gründung)	1.738.392	76,47 18,38	1.329.359 319.557	Stifter Stadt Ulm Stifter SWU GmbH Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts
Ulmer Bürgerstiftung (angegeben ist das Stiftungskapital bei Gründung)	3.067.751	100	3.067.751	Stifter Stadt Ulm Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts
Stiftung Donauschwäbisches Zentralmuseum (Das Vermögen besteht aus eingebrachtem dinglichen Kulturgut und einem unentgeltlichen Nutzungsrecht an den Museumsräumen)	Bei Gründung kein Kapitalvermögen			Die Stadt Ulm hat ein unentgeltliches Nutzungsrecht für die Museumsräume in der Oberen Donaustation eingebracht. Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts

³ Eigenvermögensumlage nach Gründung

3.2 Konzerndaten Stadt Ulm

Kurzübersicht mit den wesentlichen Unternehmen auf Basis der IST-Zahlen zum 31.12.2012

Anmerkung:

1. Die Stadt Ulm hat zum 01.01.2011 auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht (NKHR) umgestellt
2. Die Höhe der Geschäftsanteile ist nicht berücksichtigt
3. Die Daten der FUG beziehen sich auf den 30.09. (abweichendes Wirtschaftsjahr)

	Mitarbeiter ¹	Bilanzsumme	Invest.-Summe	Fremdkapital ²	Umsatzerlöse und Erträge	Gesamtaufwendungen
(Angaben teils gerundet)	Anzahl	Tausend Euro	Tausend Euro	Tausend Euro	Tausend Euro	Tausend Euro
1. Stadt Ulm	1.703	1.473	76.608	117.834	449.855	391.522
Anteil an Gesamtsumme in %	51	51	42	13	40	36
2. Eigenbetriebe						
2.1 Entsorgungsbetriebe	179	146.288	8.642	99.817	41.216	41.259
2.2 Alten- und Pflegeheim Wiblingen	75	2.950	4	0	5.050	5.048
Zwischensumme	254	149.238	8.646	99.817	46.266	46.307
Anteil an Gesamtsumme in %	8	5	5	11	4	4
3. Gesellschaften						
3.1 Donaubüro	1,5	272	0	0	495	1.121
3.2 PEG	7,3	36.089	9.311	29.036	13.412	12.895
3.3 SAN	8,5	414	43	0	716	712
3.4 SWU-Konzern (konsolidiert, Anteil 93,68%)	1.028	569.312	41.811	266.619	459.328	485.423
3.5 PBG	40,5	33.949	164	17.710	8.159	7.552
3.6 UWS	58	289.481	13.755	198.575	44.697	40.324
3.7 UWS Service	0	1.011	0	0	2.083	1.886
3.8 UM	12	4.094	195	104	3.668	3.506
3.9 UNT	12	319	24	0	569	1.433
3.10 FUG (Ant. mittelbar 50%)	148	139.768	20.113	92.274	63.050	58.961
3.11 MFH (Anteil 67%)	0	26.612	74	0	110	1.500
Zwischensumme	1.316	1.101.321	85.490	604.318	596.287	615.313
Anteil an Gesamtsumme in %	40	39	46	65	53	56
4. Zweckverbände						
4.1 Klärwerk Steinhäule	48,5	85.921	12.281	64.117	15.584	15.584
4.2 TAD	0,3	52.515	162	36.185	24.531	24.531
4.3 Stadtentwicklungsverband	0	2	0	0	129	103
Zwischensumme	49	138.438	12.443	100.302	40.244	40.218
Anteil an Gesamtsumme in %	1	5	7	11	3	4
Gesamtsumme	3.322	2.862.385	183.187	922.271	1.132.652	1.093.360
In %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

¹ Umgerechnet in Vollzeit, gerundet und ohne Auszubildende

² Darlehensverbindlichkeiten ggf. einschl. Gesellschafterdarlehen – siehe Übersicht 3.3

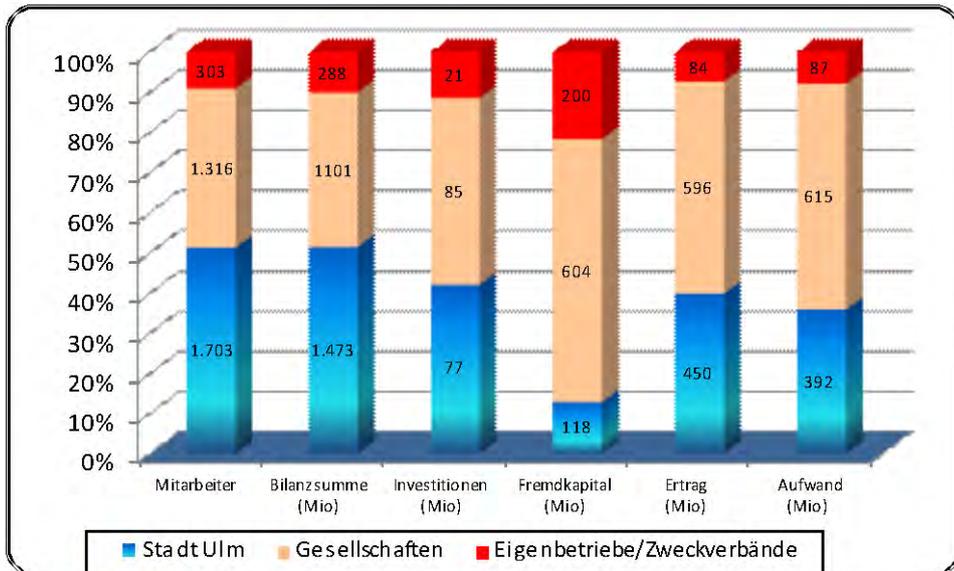


Abbildung 1 - Konzerndaten 2012

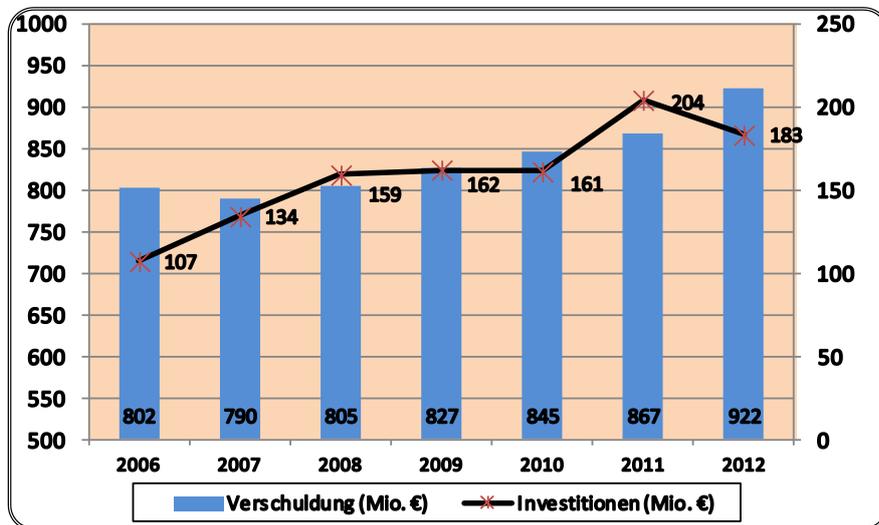


Abbildung 2 – Verschuldung/Investitionen Konzern

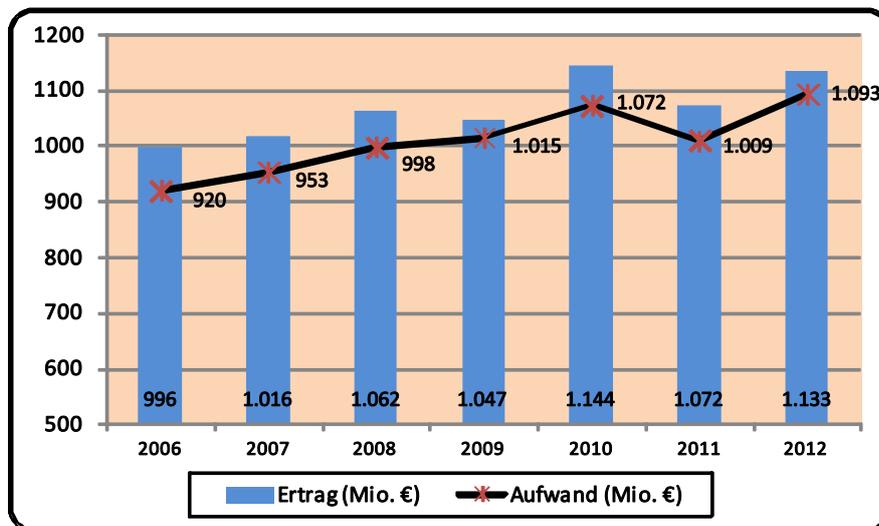


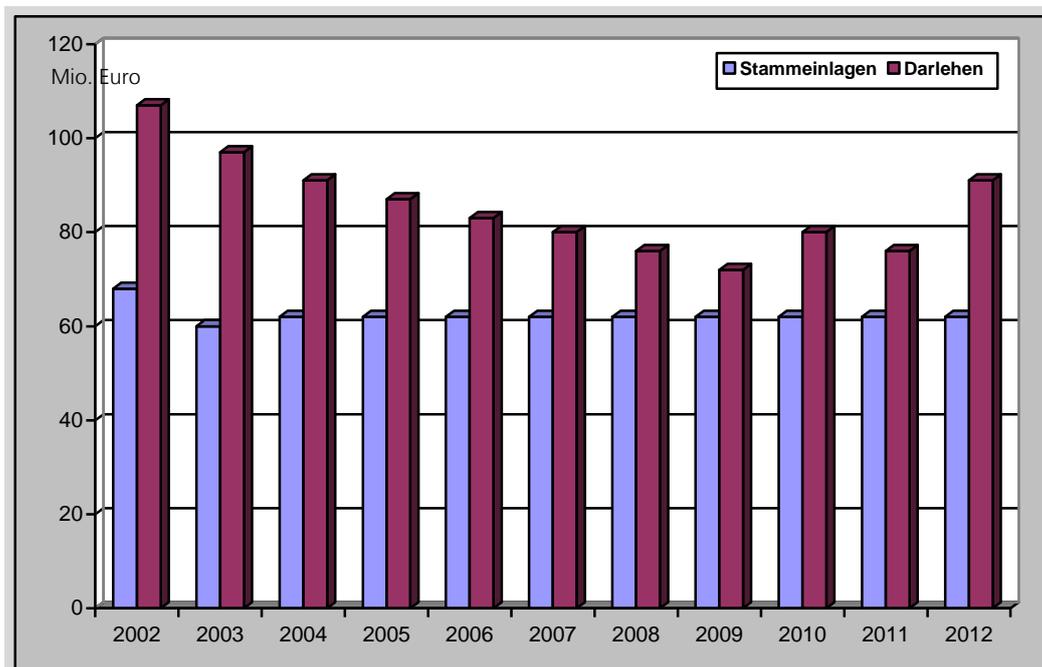
Abbildung 3 - Erträge/Aufwendungen Konzern

3.3 Finanzausstattung der Gesellschaften durch die Stadt

Gesellschaft (ohne Genossenschaften)	Stammeinlagen		Darlehen		Zinsen 2012		
	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11	Betrag	%	Bemerkungen
a) Anteil Stadt am Stammkap. > 50 v.H.	T€	T€	T€	T€	T€		
PBG	10.942	10.942	9.757 2)	10.141	355		Zinssatz 3,5%
PEG	250	250					
SAN	55	55					
SWU	37.472	37.472	36.741	18.005	766		Genussrechtskapital 2010 Zinssatz 4,1%
UNT	20	20					
UM	260	260					
UWS	8.100	8.100	11.063	11.683	401		Zinssatz rd. 3,5%
ITP	30	30					
Donaubüro gGmbH	20	20					
Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm GmbH	20	20					
Bürgerstiftung	3.068	3.068					
Solarstiftung	1.329	1.329					
b) Anteil Stadt am Stammkap. < 50 v.H.							
Kunststiftung BW GmbH	1	1					
TFU GmbH	253	253	572	588	27		Kapitalmarktzins 4,5%
DING GmbH	10	10					
Regionale Energieagentur	5	5					
Zwischensumme	61.835	61.835	58.133	40.417	1.549		
c) Eigenbetriebe							
EBU	0	0	33.224	35.784	1.370		kalk. Zinssatz 3,97%
APW	307	307					
Gesamtsumme	62.142	62.142	91.357	76.201	2.919		

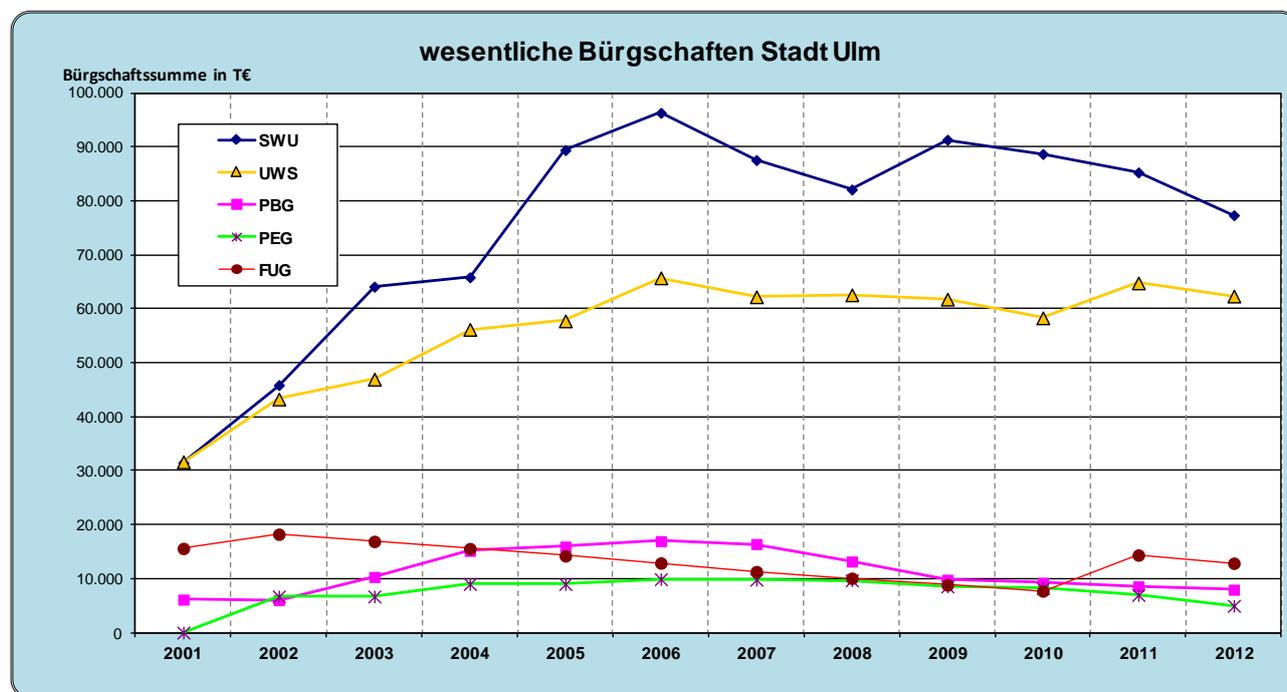
1) ohne Zahlungen in Kapitalrücklagen

2) überwiegend finanziert aus Stellplatzablösebeiträgen



3.4 Bürgschaftsübernahmen der Stadt

Verbürgte Darlehen (Stand per 31.12)												
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Unternehmen	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
SWU	31.492	45.862	64.105	65.846	89.413	96.318	87.557	82.114	91.334	88.692	85.277	77.346
UWS	31.650	43.284	46.963	56.194	57.762	65.740	62.230	62.593	61.797	58.329	64.802	62.365
PBG	6.110	6.008	10.305	15.143	15.938	16.937	16.408	13.165	9.788	9.199	8.572	7.946
UM	753	672	587	497	402	302	245	210	185	158	129	104
PEG	0	6.700	6.700	9.000	9.000	9.902	9.804	9.689	8.557	8.223	6.975	4.958
FUG	15.585	18.224	16.889	15.554	14.219	12.885	11.304	10.062	8.819	7.699	14.364	12.845
SAN					90	90	0					
TFU					154	74	34					
Summe	85.590	120.750	145.549	162.234	186.978	202.248	187.582	177.833	180.480	172.300	180.119	165.564



Donaubüro gemeinnützige GmbH

Haus der Donau

Kronengasse 4/3

89073 Ulm

www.donaubuero.de

1. Beteiligungsverhältnis

	Anteil v.H.		Stammkapital Euro
Stadt Ulm	66,7	=	20.000
Stadt Neu-Ulm	33,3	=	<u>10.000</u>
Stammkapital insgesamt			30.000

2. Beteiligungen

keine

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 06.12.2010.
- 3.2. Gegenstand ist die Völkerverständigung auf vielfältigen Gebieten. Die Gesellschaft will die Intensivierung der Beziehungen und der Zusammenarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene mit den Donauanrainerstaaten Südosteuropas, insbesondere Slowakei, Ungarn, Kroatien, Serbien, Montenegro, Rumänien und Bulgarien fördern und Integration eines zusammenwachsenden Europas voran treiben. Wirtschaftsförderung findet dabei nicht statt.
- 3.3. Der Gesellschaftszweck beinhaltet des Weiteren die Förderung der Entwicklungshilfe, des Umweltschutzes, der Wissenschaft, Bildung, Kunst und Kultur. Diese werden verwirklicht durch den Ausbau vielfältiger Kontakte, der Initiierung, Koordinierung und eigene Durchführung konkreter Partnerschaftsprojekte auf den jeweiligen Gebieten, wie z.B. Bildungsprojekte, Konzerte, Ausstellungen und Entwicklungshilfeprojekte.
- 3.4. Die Gesellschaft fördert auch mildtätige Zwecke durch die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen im Sinne des § 53 Abgabenordnung. Die mildtätigen Zwecke werden insbesondere durch die Hilfe für Opfer von Naturkatastrophen z.B. Hochwasser, zur Linderung und/oder Beseitigung der Katastrophenfolgen verwirklicht.
- 3.5. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben und Veranstaltungen organisieren, die mittelbar oder unmittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, ihn fördern oder wirtschaftlich betreffen.
- 3.6. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung.
- 3.7. Die Gesellschaft wird dabei ausschließlich im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg und Bayern tätig.
- 3.8. Mit den durchgeführten Projekten (Ziffer 9) hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2012 den öffentlichen Zweck erfüllt. Auf den Lagebericht wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens

4.1. Gesellschafterversammlung

4.2. Geschäftsführung

Gunter Czisch, Erster Bürgermeister Stadt Ulm

Gerhard Hölzel, Zweiter Bürgermeister Stadt Neu-Ulm

Die Geschäftsführer sind ehrenamtlich tätig und erhalten keine Bezüge.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Kooperationsvereinbarung

Die Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen den Städten Ulm und Neu-Ulm sind in einer Kooperationsvereinbarung vom 06.12.2010 festgelegt.

5.2. Wirtschaftliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde in 2002 von der Stadt Ulm und der Industrie- und Handelskammer Ulm gegründet und befand sich von Juli 2002 bis Dezember 2007 in einer Aufbau- und Erprobungsphase. Am 19.12.2007 hat der Gemeinderat der Stadt Ulm beschlossen, die Gesellschaft bis 2010 fortzuführen. In diesem Zusammenhang ist die Stadt Neu-Ulm der Gesellschaft als weiterer Gesellschafter beigetreten.

Im Oktober 2010 haben der Gemeinderat der Stadt Ulm und der Stadtrat der Stadt Neu-Ulm der dauerhaften Weiterführung und Grundfinanzierung der Gesellschaft zugestimmt. Die IHK Ulm ist im Dezember 2010 aus der Gesellschaft ausgeschieden. Der Anteil wurde von den Städten Ulm und Neu-Ulm übernommen.

Die Grundfinanzierung des Unternehmens wird durch die Gesellschafter gewährleistet. Die Höhe des von den Gesellschaftern zu tragenden Fehlbetrages wird beeinflusst durch weitere Aufträge der Städte.

In 2012 hat die Gesellschaft erstmals das im zweijährigen Turnus stattfindende Internationale Donaifest organisiert und ausgerichtet. Die Veranstaltung wird von den Städten Ulm und Neu-Ulm bezuschusst.

5.3. Organisatorische Grundlagen

Die Geschäftsführung ist in einem Geschäftsverteilungsplan geregelt. Die Leiterin des Donaubüros ist bei der Stadt Ulm angestellt und direkt der Geschäftsführung zugeordnet. Das Projektmanagement und die Buchhaltung werden mit eigenem Personal erledigt.

5.4. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2012	2011	2010
Beschäftigte	1,5	1,5	1
Auszubildende	0	0	0

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen *	406	170	165
- Verlustabdeckung	0	0	0
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Gewinnabführung	0	0	0

* davon 2012 Donaifest 270 T€ zzgl. 16 T€ Fernsehproduktion während IDF 2012

7. Bilanz

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Anlagevermögen	96	71	8
Umlaufvermögen	174	177	67
Rechnungsabgrenzungsposten	2	1	1
Summe	272	249	76
Passiva			
Eigenkapital	154	206	44
Sonderposten für Zuschüsse	55	0	0
Rückstellungen	37	29	12
Verbindlichkeiten	17	14	20
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0	0
Summe	272	249	76

8. Gewinn- und Verlustrechnung
(ohne Kapitaleinlagen der Gesellschafter)

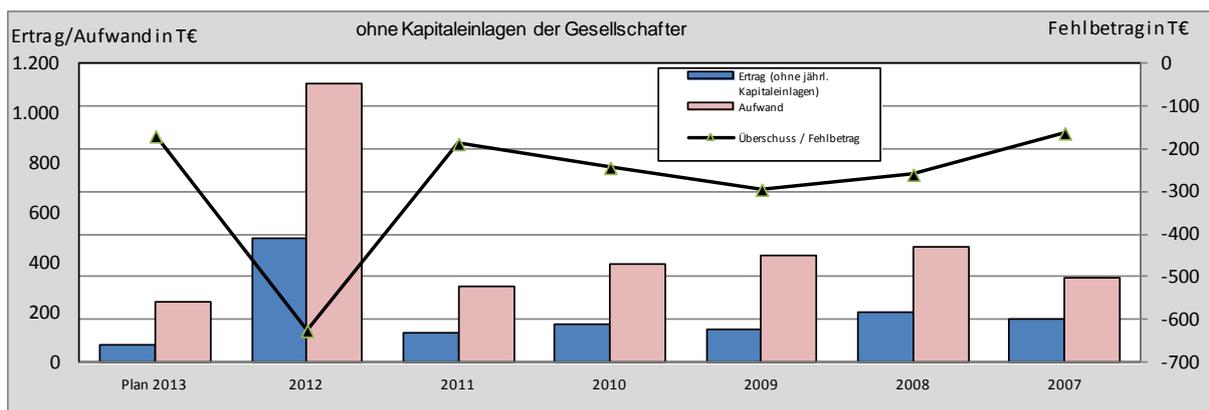
8.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse, einschl. Bestandsveränderungen	477	106	135
Sonst. betriebl. Erträge	17	11	16
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0
Jahresfehlbetrag	626	188	244
Summe	1.121	306	395
Aufwand			
Personalaufwand	83	59	61
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	918	132	178
Sonst. betriebl. Aufwand	85	89	148
Abschreibungen	35	26	7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern	0	0	1
Jahresüberschuss	0	0	0
Summe	1.121	306	395

8.2. langfristige Darstellung

	T€									
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag (ohne jährl. Kapitaleinlagen)	70	495	118	151	132	200	175	317	130	268
Aufwand	240	1.121	306	395	427	460	338	459	306	414
Überschuss / Fehlbetrag	-170	-626	-188	-244	-295	-260	-163	-142	-176	-146

Anmerkung: ab 2012 einschl. Donaufest



9. Leistungsdaten

Schwerpunktaktivitäten im Geschäftsjahr 2012
Internationales Donaufest (06. – 15.07.2012)
Projekt Transdanube (touristisches Mobilitätsinformationssystem)
Projekt Gaining with training (Workshops für Donaukooperationen)
Medienprojekt Dalec (wissenschaftliche Zusammenarbeit und Weiterbildung)
Jugendcamp in Backa Topola

10. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Zur Realisierung der angestrebten Ziele erhält die Gesellschaft diverse Zuschüsse und Spenden sowie Leistungen der Gesellschafter. Gemäß dem Beschluss des Gemeinderates vom 21.10.2010 wurde das alle zwei Jahre stattfindende Internationale Donaufest 2012 erstmals als Projekt des Donaubüros abgewickelt. Der Zuschuss der Gesellschafter betrug hierfür 380 T€.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr im Rahmen ihres Gesellschaftszwecks insbesondere die unter Ziffer 9 aufgeführten Veranstaltungen organisiert bzw. begleitet. Dafür wurden Sachkosten von insgesamt 1.003 T€ aufgewendet. Mit Personalkosten von 83 T€ und Abschreibungen von 35 T€ betragen die Gesamtaufwendungen 1.121 T€.

Die Umsatzerlöse betragen in 2012 insgesamt 512 T€. Hierbei entfallen 170 T€ auf Zuschüsse von der Baden-Württemberg-Stiftung und sonstigen Projektpartnern (z.B. Bay. Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst) sowie 180 T€ auf Sponsoringeinnahmen und Spenden. Saldiert mit den Bestandsveränderungen der in Arbeit befindlicher Aufträge (Verminderung -35 T€) und weiteren betrieblichen Erträge (18 T€) konnten damit Gesamterlöse von 495 T€ verbucht werden. Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag von 626 T€ wird aus den Einlagen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage gedeckt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist für das Jahr 2012 einen Verlust von 626 T€ aus. Mit dem Vortrag aus dem Vorjahr und nach der Entnahme aus der Kapitalrücklage für 2011 ergibt sich ein Bilanzverlust 2012 in Höhe von rd. 609 T€. Zusammen mit den Kapitaleinlagen der Städte in 2012 von 574 T€ (Anteil Ulm 406 T€) stehen zur Deckung des Bilanzverlustes Rücklagemittel von rd. 733 T€ zur Verfügung.

Die Grundfinanzierung für die Durchführung von Projekten in 2013 ist durch die Einlagen der Gesellschafter gesichert. Darüber hinaus werden Projekte nur durchgeführt, wenn in Aussicht gestellte Förderzusagen vorliegen. Das Donaubüro hat sich in den vergangenen zwei Jahren verstärkt um Projekte mit EU-Förderung bemüht. Mit dem im Juli 2012 genehmigten Projekt Transdanube ist das Donaubüro erstmals Projektpartner eines EU-Projektes. Das Donaubüro plant seine diesbezüglichen Aktivitäten auszubauen.

MFH-Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm GmbH
 Schwambergerstr. 1
 89073 Ulm

1. Beteiligungsverhältnisse

	Anteil v.H.	Stammkapital Euro
Stadt Ulm	66,67 =	20.000
Stadt Neu-Ulm	33,33 =	<u>10.000</u>
Stammkapital insgesamt		30.000

2. Beteiligungen

Arena Ulm/Neu-Ulm Betreibergesellschaft mbH Anteil am Stammkapital 1% = 250 Euro

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 16.07.2008. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 25.09.2008.
- 3.2. Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau, die Finanzierung und der Betrieb einer Multifunktionshalle und aller damit zusammenhängenden Maßnahmen, insbesondere zur Durchführung von sportlichen und kulturellen Veranstaltungen im regionalen Umfeld der Städte Ulm und Neu-Ulm.
- 3.3. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte tätigen, die unmittelbar oder mittelbar dem Unternehmen dienen und den Unternehmensgegenstand fördern oder wirtschaftlich berühren. Sie darf im Rahmen der kommunalrechtlichen Vorschriften der Gesellschafter insbesondere gleichartige oder ähnliche Unternehmen in jeder zulässigen Rechtsform errichten, erwerben, vertreten oder sich an solchen Unternehmen beteiligen.
- 3.4. Der Projektvertrag mit der Max Bögl Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Neumarkt, wurde mit Datum vom 28.01.2010 abgeschlossen. Baubeginn war im Mai 2010. Die Eröffnung der Multifunktionshalle erfolgte im Dezember 2011. Der öffentliche Zweck ist damit erfüllt.

4. Organe des Unternehmens

- 4.1. Gesellschafterversammlung
 4.2. Geschäftsführung

Gunter Czisch, Erster Bürgermeister Stadt Ulm
 Berthold Stier, Kämmerer der Stadt Neu-Ulm

Die Geschäftsführer sind ehrenamtlich tätig und erhalten keine Bezüge

5. Lage des Unternehmens

- 5.1. Wirtschaftliche Grundlagen
 Der Bau und Betrieb der Multifunktionshalle wird durch einmalige und laufende Zuschüsse der beiden Städte Ulm und Neu-Ulm finanziert.
- 5.2. Organisatorische Grundlagen
 Die Aufgabenerledigung erfolgt durch städtische Mitarbeiter der Gesellschafter. Herrn Ralf Michnick, Gebäudemanagement der Stadt Ulm, ist Gesamtprokura erteilt.
- 5.3. Personalentwicklung
 Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	0	12.194	6.080
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Gewinnabführung	0	0	0

7. Bilanz

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Anlagevermögen	26.238	27.058	8.420
Umlaufvermögen	371	2.074	1.138
Rechnungsabgrenzungsposten	3	3	8
Summe	26.612	29.135	9.566
Passiva			
Eigenkapital	26.261	27.650	9.522
Rückstellungen	88	12	12
Verbindlichkeiten	263	1.473	32
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	26.612	29.135	9.566

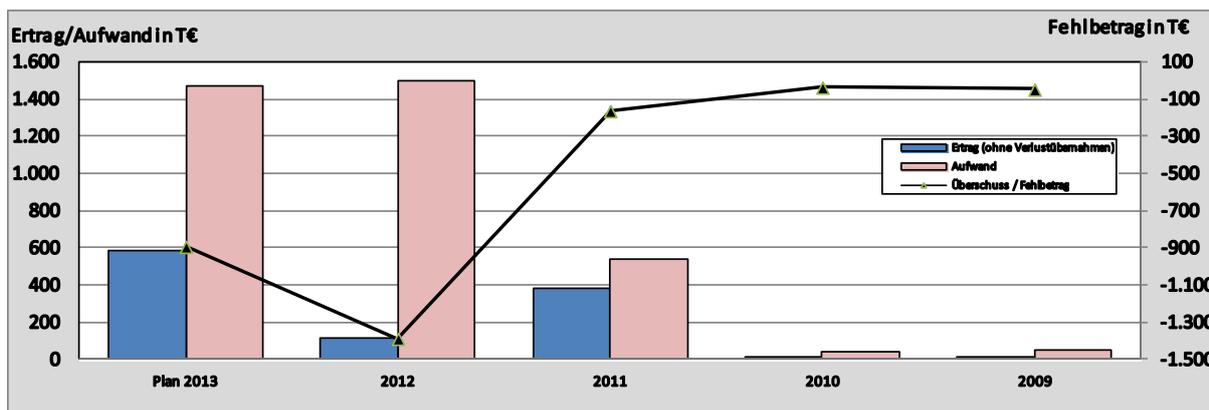
8. Gewinn- und Verlustrechnung

8.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	100	0	0
Sonst. betriebl. Erträge	8	375	0
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	2	3	2
Jahresfehlbetrag	1.390	162	35
Summe	1.500	540	37
Aufwand			
Personalaufwand	0	0	0
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	0	0	0
Sonst. betriebl. Aufwand	606	466	37
Abschreibungen	894	74	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern	0	0	0
Summe	1.500	540	37

8.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag (ohne Verlustübernahmen)	580	110	378	2	1	0				
Aufwand	1.474	1.500	540	37	47	338				
Überschuss / Fehlbetrag	-894	-1.390	-162	-35	-46	-338	0	0	0	0



9. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Die Städte Ulm und Neu-Ulm haben zur Errichtung einer Multifunktionshalle für Sport- und Kulturveranstaltungen in den Jahren 2008 und 2009 in einem förmlichen Verfahren die Planung, den Bau und Betrieb dieser Halle europaweit ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielt in der gemeinsamen Sitzung des Gemeinderates Ulm und des Stadtrates Neu-Ulm am 11.11.2009 die Firma Max Bögl aus Neumarkt.

Die organisatorische Plattform für Bau und Betrieb ist die Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm GmbH. Sie ist Vergabestelle und Vertragspartner über die Vertragslaufzeit. Die Städte Ulm und Neu-Ulm als Gesellschafter der Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm GmbH finanzieren die einmaligen und laufenden Zuschüsse zum Bau und Betrieb der Multifunktionshalle.

Rahmendaten der Halle:

- Maximale Besucherkapazität ca. 9.000
- Besucherkapazität für Basketball ca. 6.100
- Nutzfläche ca. 16.000 m²
- Kfz-Stellplätze insgesamt 1.700
- davon im Parkhaus 250.

Die Multifunktionshalle wurde im Dezember 2011 fertiggestellt und von der Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm GmbH an die Max Bögl Projektentwicklung GmbH & Co. KG für die Dauer von 20 Jahren zum Betrieb vermietet. An der Betreibergesellschaft „Arena Ulm/Neu-Ulm Betriebsgesellschaft mbH“ wurde im Juli 2011 ein Geschäftsanteil von 1 v.H. erworben. Die Halle samt Grundstück und Außenanlagen ist im Anlagevermögen der Gesellschaft aktiviert. Die Einlagen der Gesellschafter in die Kapitalrücklagen zur Finanzierung der Halle sind passiviert.

Die Umsatzerlöse aus dem Pachvertrag mit dem Betreiber betragen in 2012 insgesamt 100 T€. Die sonstigen Erträge aus Zinsen und weiter verrechneten Gebühren betragen 10 T€. Den Erträgen stehen Abschreibungen von 894 T€ und sonstige betriebliche Aufwendungen, insbesondere für den Betriebskostenzuschuss an den Hallenbetreiber, in Höhe von 606 T€ gegenüber. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist für das Geschäftsjahr 2012 einen Jahresverlust von 1.390 T€ aus. Der Jahresverlust soll durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen werden.

Für die künftigen Jahre werden insbesondere aus den Abschreibungen ebenfalls Fehlbeträge entstehen, die jeweils mit der Kapitalrücklage verrechnet werden sollen. Die betrieblichen Aufwendungen werden durch die Pachteinnahmen und die Zuschüsse der Gesellschafter ausgeglichen. Bei einem ausgeglichenen Cash Flow ist damit eine stabile Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation gewährleistet.

ULMER PARKBETRIEBS-GESELLSCHAFT MBH (PBG)

Wichernstraße 10

89070 Ulm

1. Beteiligungsverhältnis

Stadt Ulm - alleinige Gesellschafterin
Stammkapital 10.942.000 EURO

2. Beteiligungen

keine

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 22.12.1976 i.d.F. vom 12.09.2005.
- 3.2. Errichtung und Betrieb von Parkgaragen und offener Parkflächen sowie die Besorgung damit verbundener Geschäfte.
- 3.3. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, ihn fördern oder wirtschaftlich berühren; sie kann sich insbesondere an anderen Unternehmen beteiligen, solche erwerben oder veräußern.
- 3.4. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft wurde mit der Bereitstellung und Bewirtschaftung von Parkflächen im Geschäftsjahr erfüllt. Auf die unter Ziffer 10 angegebenen Leistungsdaten sowie den Lagebericht (Ziffer 11) wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens**4.1. Gesellschafterversammlung****4.1.1. Aufsichtsrat - 13 Mitglieder (Stand 31.12.2012)**

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Ivo Gönner
Stellv. Vorsitzender:	Stadtrat Herbert Dörfler
2. Stellv. Vorsitzender	Stadtrat Gerhard Bühler
Mitglieder:	Stadträtin Katja Adler
	Stadtrat Dr. Richard Böker
	Stadtrat Reinhold Eichhorn
	Städt. Baudirektor Thomas Feig
	Stadträtin Dr. Karin Graf
	Ltd. Stadtverwaltungsdirektor Roland Häußler
	Stadtrat Michael Joukov
	Stadtrat Hartmut Pflüger
	Stadtrat Timo Ried
	Stadtrat Dr. Hans-Walter Roth

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 1.260 Euro.

4.2. Geschäftsführung

Gunter Czisch, Erster Bürgermeister
Alexander Wetzig, Bürgermeister

Die Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr 2012 für

- Herrn Gunter Czisch	1.994,04 Euro
- Herrn Alexander Wetzig	1.994,04 Euro.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Wirtschaftliche Grundlagen

5.1.1. Eigene Parkbauten

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2009 folgende eigene Parkbauten bewirtschaftet:

a) Parkhaus Deutschhaus	632 Einstellplätze, Baujahr 1999
b) Parkhaus Am Rathaus	574 Einstellplätze, Baujahr 2006
c) Parkhaus Salzstadel	535 Einstellplätze, Baujahr 1980
d) Parkhaus Sedelhof	501 Einstellplätze, Baujahr 1983
e) Parkhaus Fischerviertel	396 Einstellplätze, Baujahr 1984
f) Tiefgarage Spitalhof	117 Einstellplätze, Baujahr 1983
g) Tiefgarage Theater	89 Einstellplätze, Baujahr 1969
h) Parkhaus Congress Centrum Nord (CCN)	426 Einstellplätze, Baujahr 1995

5.1.2. Fremde Parkbauten

Für die städtische Tiefgarage Kornhaus erfolgt die entgeltliche Verwaltung der Dauerparker.

5.2. Organisatorische Grundlagen

Die Gesellschaft beschäftigt zur Erledigung des laufenden Geschäftsbetriebs eigenes Personal. Daneben werden für die Gesellschaft tätige Mitarbeiter der Stadt Ulm an die PBG verrechnet.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2012	2011	2010
Beschäftigte	40,5	40	39
Auszubildende	0	0	0

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	0	0	0
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Rückzahlung Kapitaleinlagen *	1.000	1.000	1.000
- Gewinnabführung	0	0	0

7. Bilanz

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	30.033	31.909	33.553
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	4	6	7
Umlaufvermögen	3.909	3.326	3.103
Rechnungsabgrenzungsposten	3	3	2
Summe	33.949	35.244	36.665
Passiva			
Eigenkapital	15.579	15.972	15.534
Rückstellungen	158	277	135
Verbindlichkeiten	18.212	18.995	20.996
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	33.949	35.244	36.665

8. Gewinn- und Verlustrechnung

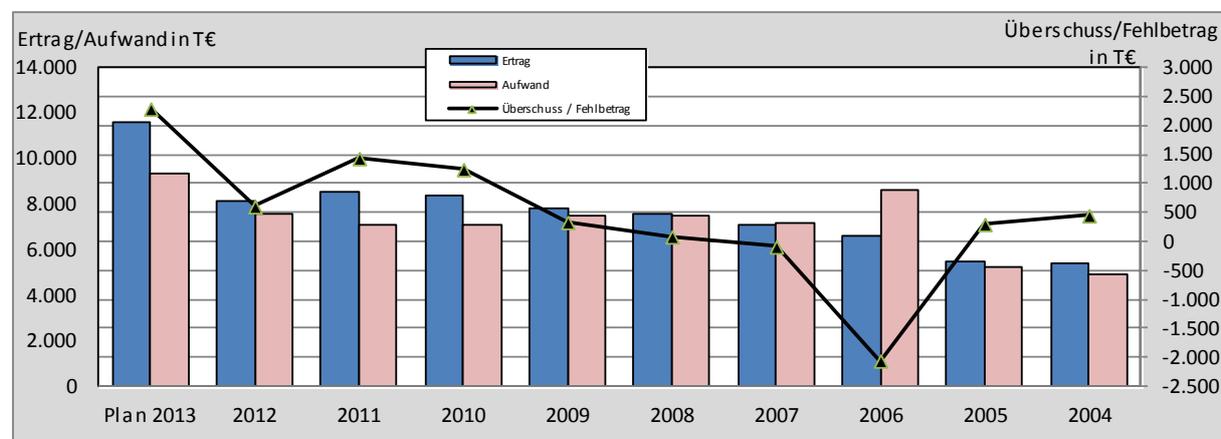
8.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	7.786	7.811	7.577
Sonst. betriebl. Erträge, außerordentl. Erträge	339	698	758
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	34	33	12
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	8.159	8.542	8.347
Aufwand			
Personalaufwand	1.902	1.816	1.795
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	2.182	1.694	1.885
Sonst. betriebl. u. außerordentl. Aufwand	432	448	364
Abschreibungen	2.041	2.045	1.987
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	692	736	767
Steuern	303	365	301
Jahresüberschuss	607	1.438	1.248
Summe	8.159	8.542	8.347

8.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	11.625	8.159	8.542	8.347	7.849	7.560	7.076	6.601	5.508	5.399
Aufwand	9.330	7.552	7.104	7.099	7.514	7.474	7.164	8.659	5.208	4.949
Überschuss / Fehlbetrag	2.295	607	1.438	1.248	335	86	-88	-2.058	300	450

Anm.: Ergebnis 2006 durch Sonderfaktoren aus Betriebsprüfung (insb. Anpassung Abschreibungsdauer) belastet

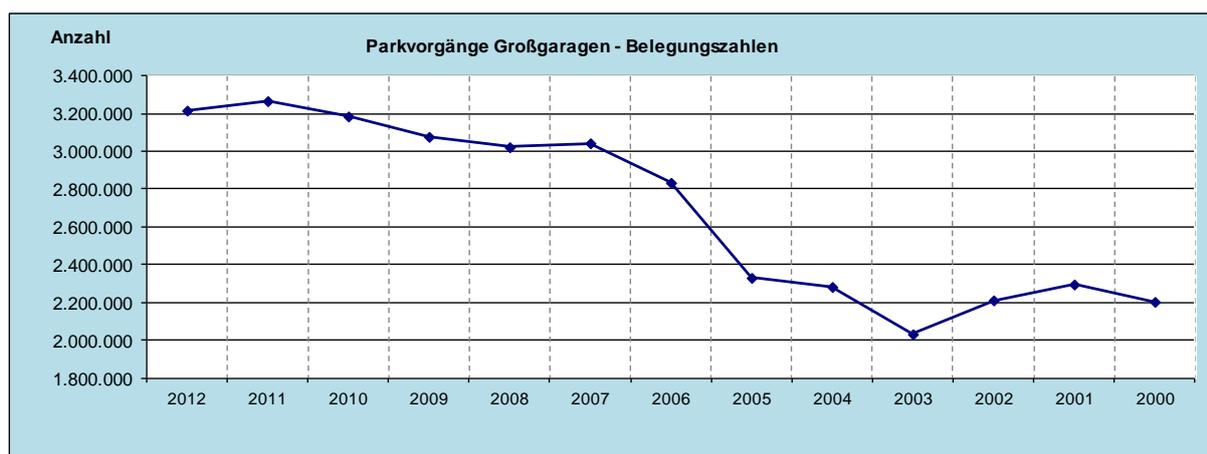


9. Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	46	45	42	42	37	34
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	3,9	9,0	8,0	2,2	0,6	-0,6
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	3,8	18,4	16,5	4,5	1,2	-1,3
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	7,8	6,2	5,5	3,6	3,1	2,5
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	52	50	46	43	40	37
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	88	91	92	96	99	93
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	2.648	3.483	3.235	2.315	2.090	1.910
Personalaufwand je Mitarbeiter - ohne nebenamtl. Geschäftsführer	T€	47	45	46	44	44	41

10. Leistungsdaten

Parkentgelte gesamt (netto) Letzte Erhöhung Dauermieten 01.07.99, Kurzparkentgelte zum 01.07.08, CCN und Spitalhof zum 01.10.2012	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
a) Am Rathaus	2.305	2.311	2.209
b) Deutschhaus	2.026	2.023	1.909
c) Sedelhof	937	977	1.027
d) Salzstadel	1.200	1.203	1.170
e) Fischerviertel	947	953	923
f) Parkhaus Congress Centrum Nord	254	235	221
g) Spitalhof	57	55	55
h) Theater	60	54	64
Summe	7.786	7.811	7.578
Parkentgelte für die großen Tiefgaragen a) - e) seit 01.07.2008: je angefangene 20 Minuten 0,50 €, ab 3. Std. je 1,00 €. Tageshöchstsatz 9,00 €, Nacht-, Feiertags- u. Sonntagshöchstbetrag 2,00 €.			
Parkscheine (inkl. Schwabencard, ohne car2go)	Belegungszahlen (gerundet)		
a) Am Rathaus	1.042.000	1.056.000	1.019.000
b) Deutschhaus	873.000	875.000	827.000
c) Sedelhof	365.000	384.000	406.000
d) Salzstadel	478.000	485.000	475.000
e) Fischerviertel	383.000	390.000	375.000
f) Parkhaus Congress Centrum Nord	75.000	76.000	83.000
Summe Parkvorgänge Großgaragen	3.216.000	3.266.000	3.185.000



11. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind die Einstellungen in den City-Parkhäusern (incl. der Schwabencard-Parkvorgänge, Dauerparkvorgängen und car2go-Einfahrten) auf rd. 3.212.000 zurückgegangen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Reduzierung um rd. 1,3 %. Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2012 sind im Vergleich zum Geschäftsjahr 2011 um rd. 0,3% auf 7.785.968,49 € zurückgegangen.

Das Parkhaus Am Rathaus, als umsatzstärkstes Parkhaus, erwirtschaftete im Geschäftsjahr mit 399 € pro Stellplatz und Monat wie im Vorjahr den höchsten Ertrag. Beim Parkhaus Deutschhaus wurden 319 € pro Stellplatz und Monat erwirtschaftet. Während die Ertragszahlen bei den Parkhäusern Fischerviertel und Salzstadel nahezu konstant geblieben sind und sich tendenziell besser entwickeln, ist beim Parkhaus Sedelhof der Ertrag pro Stellplatz und Monat weiter zurückgegangen.

In den letzten Jahren wurden sämtliche Anstrengungen unternommen, dass alle Parkhäuser der PBG kurz - bis mittelfristig in vollem Umfang zur Verfügung stehen und keine größeren bautechnischen Sanierungen und Instandhaltungen zu erwarten sind. 2012 wurde die Zu- und Ausfahrt des Parkhauses Salzstadel mit einer neuen, verschleißunempfindlicheren Beschichtung versehen und die vorhandene, nun rd. 30 Jahre alte Warmwasserheizung aus Gründen der Betriebssicherheit durch ein elektrisches System ersetzt. Die Sanierungsarbeiten der Geschoßdecke auf dem ersten Parkdeck an der Tiefgarage Spitalhof wurden zum 3. November 2012 abgeschlossen.

Das Geschäftsjahr 2012 schließt mit einem Überschuss von 607 T€ ab. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist bei leicht rückläufigen Umsatzerlösen auf einen sanierungsbedingt höheren Materialaufwand und gestiegene Personalkosten zurückzuführen. Weitere Ursache des Ergebnisrückgangs ist ein im Vorjahr erzielter außerordentlicher Ertrag in Höhe von 350 T€, der aus der Betriebsprüfung der Jahre 2005 bis 2009 resultiert und dem im Geschäftsjahr kein vergleichbarer Posten gegenüber steht.

Der handelsbilanzielle Verlustvortrag zum 01.01.2012 beträgt rd. 1.537 T€. Durch den Jahresüberschuss 2012 reduziert sich dieser Verlustvortrag auf rd. 931 T€.

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Mio. € zurückgegangen und beträgt 33,9 Mio. €. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die Abschreibungen des Anlagevermögens und die planmäßige Teilrückzahlung der Kapitaleinlage für die Finanzierung Parkhaus Am Rathaus mit einer dritten Rate von 1 Mio. € sowie der planmäßiger Tilgung von Darlehensverbindlichkeiten zurückzuführen. Das Eigenkapital von 15,6 Mio. €, bezogen auf die Bilanzsumme, entspricht einer Quote von 45,9 % (Vorjahr 45,3 %).

Der Vertrag zwischen der Stadt Ulm, der Ulmer Parkbetriebsgesellschaft mbH und des Investors MAB Development über den Verkauf bzw. Kauf von Grundstück und Gebäude, inclusive der Sedelhofgarage, wurde im Juli 2012 unterzeichnet. Derzeit finden die ersten Abbrucharbeiten auf dem Gelände der zukünftigen „Sedelhöfe“ statt. Der komplexe und enge Terminrahmen für die Abbrucharbeiten und großflächige Umverlegung der Infrastruktur bedingte, dass das Parkhaus Sedelhof zum 1. Februar 2013 geschlossen wurde. Die 500 Stellplätze der Garage stehen somit ab diesem Zeitpunkt nicht mehr zur Verfügung.

Die Schließung des Parkhauses Sedelhof ist im Wirtschaftsplan 2013 berücksichtigt. Dies führt zur Reduzierung der Umsatzerlöse auf rd. 7,2 Mio. €. Bei den Annahmen für 2013 wurde berücksichtigt, dass eine Umlagerung der Einstellungen in die weiteren City-Parkhäuser erfolgt.

Durch den Verkauf des Parkhauses Sedelhof wird von einem Jahresüberschuss in Höhe von rd. 2.295 T€ ausgegangen. 2013 ist vorgesehen, weitere Finanzmittel für die geplante Ersatzinvestition im Bahnhofsareal bereitzustellen.

Mit der Realisierung von neuem öffentlichem Parkraum in der Ulmer Innenstadt können sich für die Ulmer Parkbetriebs-Gesellschaft mbH ein erheblicher Finanzierungsbedarf und zukünftige Belastungen aus Abschreibungen sowie Zins- und Tilgungsleistungen ergeben. Ein zusätzliches neues und modernes Parkhaus in attraktiver Lage bietet jedoch gleichzeitig die Chance auf Umsatz- und Ergebnissteigerungen.

PROJEKTENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT ULM MBH (PEG)

Magirus-Deutz-Str. 12

89077 Ulm

www.peg-ulm.de

1. **Beteiligungsverhältnis**

Stadt Ulm - alleinige Gesellschafterin –
Stammkapital 250.000 €

2. **Beteiligungen**

keine

3. **Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck**

3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 11.11.1997 in der Fassung vom 25.07.2008.

3.2. Vorrangiger Zweck der Gesellschaft ist die Planung, Finanzierung, Errichtung und Verwaltung von Bauwerken, insbesondere städtische Projekte.

3.3. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle der baulichen Entwicklung dienenden Maßnahmen durchzuführen. Sie ist ebenso berechtigt, die Beratung und Betreuung von gewerblichen Unternehmen, sowie die Förderung von überbetrieblichen Kooperationen vorzunehmen.

3.4. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft wurde im Berichtsjahr erfüllt. Auf die Übersicht der Projekte und Leistungen unter Ziffer 10 sowie den Lagebericht (Ziffer 11) wird verwiesen.

4. **Organe des Unternehmens**

4.1. **Gesellschafterversammlung**

4.1.1. **Aufsichtsrat – 11 Mitglieder (Stand 31.12.2012)**

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Ivo Gönner
Stellv. Vorsitzender	Stadtrat Erwin Böck
Mitglieder:	Gerhard Bühler
	Stadtrat Siegfried Keppler
	Stadtrat Konstantinos Kontzinos
	Stadträtin Dorothee Kühne
	Stadtrat Michael Lang
	Stadtrat Hartmut Pflüger
	Stadtrat Dr. Rüdiger Reck
	Stadtrat Winfried Walter
	Stadträtin Anette Weinreich

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 2.940 Euro.

4.2. **Geschäftsführung** Dipl.-Ing. Christian Bried

Der Geschäftsführer erhielt 2012 eine Gesamtvergütung (einschließlich Arbeitgeberaufwand Altersversorgung und geldwerter Vorteil Dienstwagen und Versicherungsbeiträge) in Höhe von 130.287,36 Euro.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Wirtschaftliche Grundlagen

- a) Nach Gründung der Gesellschaft im Frühjahr 1998 wurde 1999 das erste eigenes Projekt (Siemens ZN im Science Park II) realisiert.
Mit dem Schwerpunkt der Tätigkeit auf die Weiterentwicklung des Science Parks auf dem Oberen Eselsberg und seit 2006 mit der Umgestaltung eines historischen Fabrikgeländes in der Weststadt („Stadtregal“), werden seither weitere Projekte erstellt, vermietet und an Investoren verkauft. Sofern ein Verkauf kurzfristig nicht möglich ist, werden die Objekte vorübergehend im Bestand der Gesellschaft gehalten. Darüber hinaus ist die Gesellschaft auch als Dienstleister für die Stadt und private Dritte tätig.
- b) Die Projektentwicklungsgesellschaft Ulm mbH baut ihre Finanzierung aus zwei Teilen auf:
- Die Kostendeckung der allgemeinen Geschäftstätigkeit erfolgt aus den Projekten (sogenannte Bauherrenaufwendungen) und aus den Honoraren für Dienstleistungsaufträge.
 - Die Projektfinanzierung erfolgt i.d.R. fast vollständig über projektbezogene Darlehen (Bau-trägerfinanzierung oder langfristige Finanzierung).

5.2. Organisatorische Grundlagen

Die Gesellschaft beschäftigt zur Erledigung des laufenden Geschäftsbetriebes eigenes Personal.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2012	2011	2010
Beschäftigte	7,3	7,7	8,1
Auszubildende	0	0	0

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	0	0	0
- Verlustabdeckung	0	0	0
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Gewinnabführung	0	0	0

7. Bilanz

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	15.710	20.348	21.877
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	3	2	0
Umlaufvermögen	17.580	6.689	14.242
Rechnungsabgrenzungsposten	2.796	3.097	692
Summe	36.089	30.136	36.811
Passiva			
Eigenkapital	2.464	1.947	1.388
Rückstellungen	2.606	757	4.018
Verbindlichkeiten	29.910	27.384	31.343
Rechnungsabgrenzungsposten, pass. latente Steuern	1.109	48	62
Summe	36.089	30.136	36.811

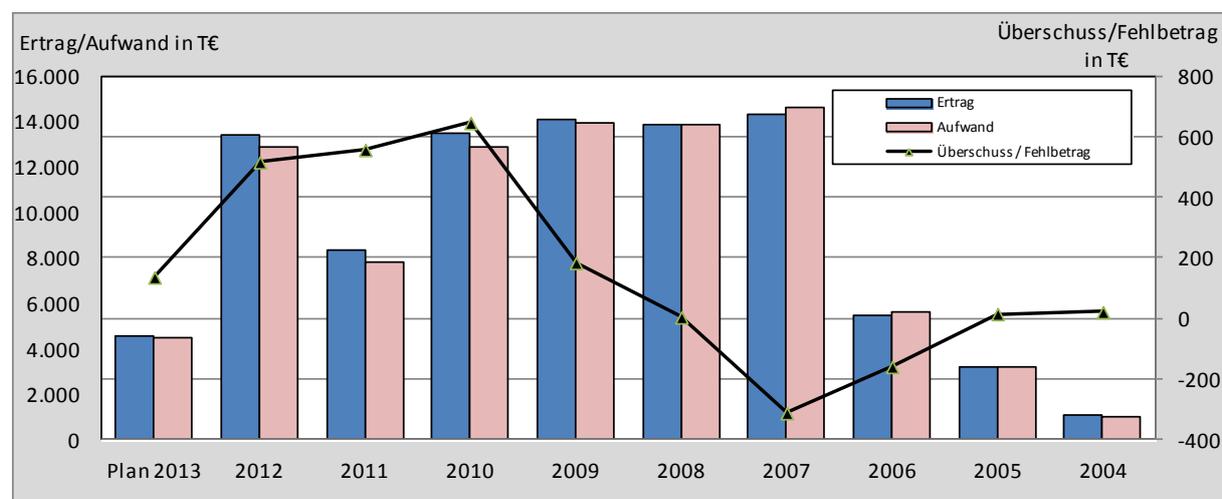
8. Gewinn- und Verlustrechnung

8.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, Eigenl.	12.754	7.606	13.159
Sonst. betriebl. Erträge	577	743	326
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	81	11	24
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	13.412	8.360	13.509
Aufwand			
Personalaufwand	576	576	557
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	10.114	4.958	10.092
Sonst. betriebl. Aufwand	423	533	385
Abschreibungen	572	620	640
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	851	855	920
Steuern	359	260	268
Jahresüberschuss	517	558	647
Summe	13.412	8.360	13.509

8.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	4.573	13.412	8.360	13.509	14.139	13.876	14.322	5.484	3.207	1.028
Aufwand	4.437	12.895	7.802	12.862	13.955	13.872	14.635	5.644	3.192	1.007
Überschuss / Fehlbetrag	136	517	558	647	184	4	-313	-160	15	21



9. Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	6,8	6,5	3,8	2,7	2,4	0,2
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	21,0	28,7	46,6	24,8	0,7	negativ
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	4,1	7,3	4,9	1,3	0,0	negativ
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	4,6	4,7	4,3	4,7	3,5	2,2
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	16,0	9,6	6,4	6,5	4,7	0,6
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	52	68	59	42	50	37
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	1.089	1.178	1.287	531	354	-112
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	79	75	69	69	84	76

10. Leistungsdaten

Wesentliche Projekte/Leistungen	2012	2011	2010
Kantinegebäude Lise-Meitner-Str. 9 (Lise-Meitner-Forum)	verkauft	vermietet	vermietet
Neubau "Carl Walther"	vermietet	vermietet	vermietet
ZSW I	verkauft	verkauft	vermietet
Erweiterungsbau Ulm-Photonics	vermietet	vermietet	vermietet
Stadtregal, BA 3	verkauft	verkauft	verkauft
Stadtregal, BA 4	verkauft	verkauft	verkauft
Stadtregal, BA 5	im Bau, überwiegend verkauft	im Bau	in Planung
Stadtregal, BA MD 10 (N1)	vermietet	vermietet	vermietet
ZSW II	vermietet	vermietet	in Bau
Rathaus Einsingen	vermietet	Bau, vermietet seit Anfang 2012	Planung

11. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Mit der weitgehenden Fertigstellung des 5. und letzten Bauabschnittes im Stadtregal ist ein für die PEG wichtiges Vorhaben erfolgreich abgeschlossen worden. Die Planungen konnten eingehalten und das geplante positive Ergebnis erreicht werden. Wenn auch nicht alle Einheiten verkauft werden konnten, ist durch die Erfahrung aus dem BA 2 (hier sind alle drei Bestandseinheiten in 2012 verkauft worden) mittelfristig ein Verkauf der letzten Einheiten wahrscheinlich.

Das Rathaus Einsingen wurde entsprechend der Vorgaben termingerecht fertig gestellt und an die Mieter übergeben.

Mit dem Lise-Meitner-Forum im Science Park Ulm, konnte ein Projekt aus dem Bestandsvermögen verkauft werden. Die hier freigewordene Liquidität hilft der PEG bei den neuen Aufgaben.

Der Dienstleistungsbereich konnte ausgebaut werden. Die PEG hat bei insgesamt vier Vorhaben Betreuungsaufgaben übernommen.

Durch die Fertigstellung der meisten Einheiten im Stadtregal BA 5, dem Verkauf des Lise-Meitner-Forums und den Resteinheiten aus dem Stadtregal BA 2 waren die Umsatzerlöse mit 14,8 Mio. € um 10,3 Mio. € höher als im Vorjahr, während die Bestandveränderungen um 5 Mio. € zurückgegangen sind. Die Aufwendungen für Bauleistungen haben sich ebenfalls um 5 Mio. € auf 9,3 Mio. € erhöht. Im Übrigen ist die Kostenstruktur im Vergleich zum Vorjahr weitgehend unverändert.

Das Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern hat sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert und beträgt 1.646 T€. Nach Abzug von Zinsaufwendungen und Steuern verbleibt ein Jahresüberschuss von 517 T€ (Vorjahr 558 T€). Damit wurde der Ansatz des Wirtschaftsplans mit einem geplanten Überschuss von 217 T€ deutlich übertroffen.

Für 2013 wird mit einer weiterhin positiven Entwicklung des Unternehmens gerechnet.

Der 5. BA im Stadtregal wird in 2013 endgültig fertiggestellt. Die PEG bearbeitet in 2013 mehrere Projekte als Dienstleister. Das bisher vermietete Objekt "Carl Walther" konnte zum 01.07.2013 verkauft werden.

Die Umsatzerwartung ist in 2013 deutlich geringer als in 2012, deshalb ist die Gewinnprognose im Wirtschaftsplan 2013 mit 136 T€ niedriger angesetzt worden. Es befinden sich jedoch mehrere Vorhaben in der Vorbereitung, welche die Basis für die folgenden Jahre bilden werden.

SANIERUNGSTREUHAND ULM GMBH (SAN)

Neue Straße 102

89073 Ulm

www.san-ulm.de

1. **Beteiligungsverhältnis**

Stadt Ulm - alleinige Gesellschafterin
Stammkapital 55.000 €

2. **Beteiligungen**

keine

3. **Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck**

3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 27.08.2004.

3.2. Die Gesellschaft fördert und betreibt insbesondere die städtebauliche Erneuerung der Stadt Ulm. Sie kann auch außerhalb der Stadt Ulm tätig werden. Zu diesem Zwecke kann die Gesellschaft insbesondere Maßnahmen der Stadterneuerung vorbereiten, betreuen, durchführen oder die Durchführung dieser Maßnahmen leiten.

3.3. Die Gesellschaft ist Sanierungsträger im Sinne der §§ 157 ff Baugesetzbuch. Sie besitzt zudem seit 2008 das ADS-Gütesiegel. In diesem Rahmen kann die Gesellschaft im Treuhandverhältnis, im Betreuungsverhältnis oder im Unternehmensverhältnis tätig werden.

3.4. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr erfüllt. Auf den Lagebericht (Ziffer 11) und die unter Ziffer 10 angegebenen Leistungsdaten wird verwiesen.

4. **Organe des Unternehmens**

4.1. Gesellschafterversammlung

4.1.1. Aufsichtsrat – 15 Mitglieder (Stand 31.12.2012)

Vorsitzender:

Stellv. Vorsitzender:

Mitglieder:

Oberbürgermeister Ivo Gönner

Bürgermeister Alexander Wetzig

1. Bürgermeister Gunter Czisch

Stadtrat Erwin Böck

Stadtrat Karl Faßnacht

Stadtrat Dr. Thomas Kienle

Stadtrat Jürgen Kriechbaum

Stadträtin Ulrike Lambrecht

Stadträtin Barbara Münch

Stadtrat Christof Nagel

Städt. Angestellter Richard Nann

Stadträtin Lisa Schanz

Stadträtin Sigrid Räkel-Rehner

Stadtrat Dr. Rüdiger Reck

Stadtverwaltungsdirektor Ulrich Soldner

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr insgesamt 3.600 €.

4.2. Geschäftsführung

Dipl. Ing. Angela Wagner

Die Geschäftsführerin erhielt 2012 eine Gesamtvergütung (einschließlich Arbeitgeberaufwand zur Altersversorgung) in Höhe von 95.412,96 Euro.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Wirtschaftliche Grundlagen

5.1.1. Maßnahmen der Stadterneuerung in Ulm

Zum Zwecke der städtebaulichen Erneuerung in Ulm hat die Gesellschaft am 20. Mai 1977 u. 19. Dezember 1994 mit der Stadt einen Rahmenvertrag über die Vorbereitung und Durchführung von Sanierungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz abgeschlossen. Die Einzelmaßnahmen werden jeweils anhand gesonderter Verträge geregelt. Die Gesellschaft wird dabei jeweils im Treuhandverhältnis tätig. Im Geschäftsjahr betreute die Gesellschaft folgende Sanierungsgebiete:

- "Stadtmitte Münster" (Abrechnung)
- "Söflingen Ortskern 2" (Abrechnung)
- "Weststadt - Soziale Stadt" (Abrechnung)
- „Weststadt II“ (laufende Durchführung)
- „Dichterviertel“ (laufende Durchführung)
- „Magirus II“ (laufende Durchführung)
- „Oberer Kuhberg“ (laufende Durchführung)
- „Wengenviertel“ (Vorbereitende Untersuchung)

5.1.2. Tätigkeiten außerhalb Ulms

- Seit 1996 ist die Gesellschaft für die Stadt Neu-Ulm bei Bedarf beratend tätig.
- Die Gemeinde Amstetten hat SAN 2001 mit vorbereitenden Untersuchungen beauftragt. 2003 wurde der Vertrag zur Durchführung der Sanierungsmaßnahmen abgeschlossen. Die Abrechnung erfolgte in 2012.
- Die Stadt Ehingen hat SAN 2000 mit vorbereitenden Untersuchungen beauftragt. 2003 wurde ein Treuhändervertrag zur Vorbereitung und Durchführung von Sanierungsmaßnahmen abgeschlossen. Der Sanierungsträgervertrag besteht fort, die SAN ist in neuen Fördergebieten überwiegend beratend tätig.
- Die bereits bisher von der SAN betreute Gemeinde Beimerstetten wurde 2009 in das Landes-sanierungsprogramm aufgenommen. Ein Treuhändervertrag wurde am 24.07.2009 abgeschlossen. Die SAN ist aktuell überwiegend beratend tätig.

5.1.3. Wohnungs- und Eigentumsverwaltung

Innerhalb der Treuhandvermögen derzeit keine Objekte

5.2. Organisatorische Grundlagen

Die Gesellschaft beschäftigt zur Erledigung des laufenden Geschäftsbetriebes eigenes Personal. Einige Querschnittsaufgaben erfolgen gegen Kostenersatz durch städtische Dienststellen.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2012	2011	2010
Beschäftigte	8,5	8,5	10,5
Auszubildende	0	0	0

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	0	0	0
- Verlustabdeckung	0	0	0
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Gewinnabführung	0	0	0

7. Bilanz

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	39	21	13
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	13	7	0
Umlaufvermögen	362	494	560
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	414	522	573
Passiva			
Eigenkapital	206	202	176
Rückstellungen	142	166	148
Verbindlichkeiten	66	154	249
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	414	522	573

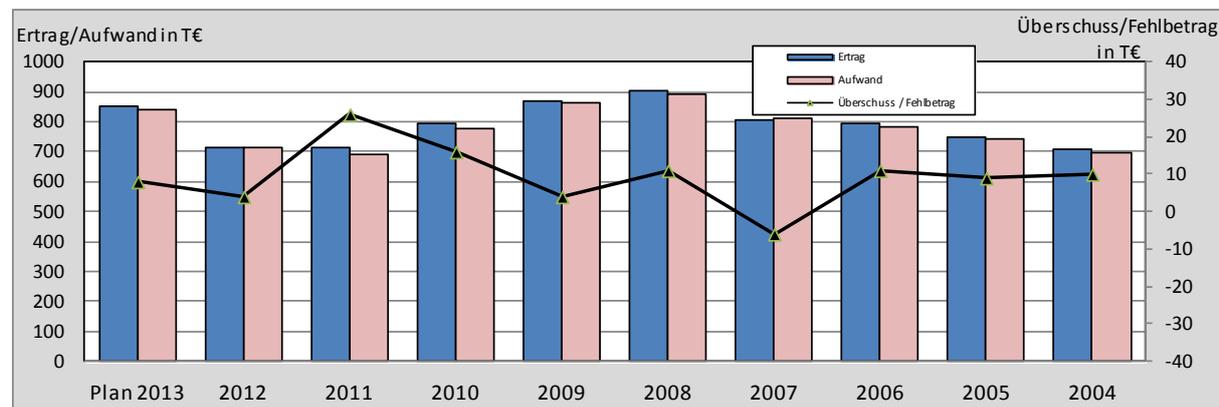
8. Gewinn- und Verlustrechnung

8.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	709	711	791
Sonst. betriebl. Erträge, unfertige Leistungen	5	1	2
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	2	3	2
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	716	715	795
Aufwand			
Personalaufwand	572	558	629
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	0	0	0
Sonst. betriebl. Aufwand	123	122	140
Abschreibungen	17	8	7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern	0	1	3
Jahresüberschuss	4	26	16
Summe	716	715	795

8.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	850	716	715	795	870	906	807	793	749	709
Aufwand	842	712	689	779	866	895	813	782	740	699
Überschuss / Fehlbetrag	8	4	26	16	4	11	-6	11	9	10



9. Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	50	39	31	39	42	28
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	2,1	13,0	9,2	2,6	7,2	negativ
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	0,6	3,7	2,0	0,5	1,3	negativ
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	1,0	5,0	2,8	1,0	3,1	negativ
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	398	735	1.403	929	1.005	653
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	13	5	2	4	4	4
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen +/- SoPo mit Rücklageanteil	T€	22	34	23	13	23	15
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	67	66	60	66	61	61

10. Leistungsdaten

Anmerkung: Die Leistungen der SAN sind durch die bewirtschafteten Treuhandvermögen in Ulm allein nicht ausreichend darstellbar, weil der jährliche Mittelabfluss durch vielfältige interne und externe Einflüsse stark schwanken kann.

Das Treuhandvermögen findet keinen Niederschlag in der Bilanz des Unternehmens.

Bewirtschaftete Ausgaben im Treuhandvermögen	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
- Sanierungsgebiet "Stadtmitte-Münster"	32	118	60
- Sanierungsgebiet "Söflingen-Ortskern 2"	6	19	117
- Sanierungsgebiet "Wiblingen-Ortskern"	4	8	0
- Sanierungsgebiet "Weststadt-Soziale Stadt"	8	83	4.864
- Sanierungsgebiet "Magirus II"	57	495	983
- Sanierungsgebiet "Oberer Kuhberg"	652	330	500
- Sanierungsgebiet "Weststadt 2"	1.182	441	0
- Sanierungsgebiet "Dichterviertel"	260	151	0
Summe	2.201	1.645	6.524

Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
- Sanierungsgebiet "Stadtmitte-Münster"	27	98	50
- Sanierungsgebiet "Oberer Kuhberg"	13	14	6
- Sanierungsgebiet "Söflingen-Ortskern 2"	5	26	30
- Sanierungsgebiet "Dichterviertel"	176	84	0
- Sanierungsgebiet "Weststadt-Soziale Stadt"	4	45	475
- Sanierungsgebiet "Magirus II"	46	93	85
- Sanierungsgebiet "Weststadt 2"	250	226	0
- Untersuchungsgebiet Wengenviertel	67	27	0
- Betreuung Safranberg	49	8	0
- Entwicklung Quartierskonzept (KfW)	28	0	0
- Sanierungsbetreuung in der Region	39	75	71
- Allgemeine Baubetreuung, sonst. Projekte	5	15	9
Summe	709	711	726

11. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Die SAN als kommunales Unternehmen mit Beratungs- und Betreuungstätigkeit, insbesondere im investiven Bereich, kann im Umfeld der Bauwirtschaft angesiedelt werden. Sie ist besonders eng mit der Städtebauförderung und der erforderlichen kommunalen Co-Finanzierung verbunden bzw. in wesentlichen Aufgabenbereichen davon abhängig. Die Städtebauförderung ist auf Bundesebene mittlerweile in 9 Teil-Programme untergliedert, die unterschiedliche räumliche und inhaltliche Schwerpunkte bilden. Baden-Württemberg unterhält zudem ein Landessanierungsprogramm. Diese Ausdifferenzierung und Erweiterung der Programme

steht für den hohen Stellenwert der Städtebauförderung als „Struktur- und Konjunkturprogramm“ mit wesentlichem Beitrag zur baukulturellen, städtebaulichen und sozialräumlichen Entwicklung in Deutschland.

Die Aufgaben der Stadterneuerung werden in den kommenden Jahren nicht geringer, sie verlagern sich nur innerhalb der Kommunen geographisch und inhaltlich. Waren es in der klassischen Sanierung eher die historischen Stadtkerne, die erneuert werden mussten, so sind es heute und in Zukunft die vor 1970 entwickelten Wohngebiete, die durch ihren hohen Energieverbrauch einer Erneuerung bedürfen oder die Konversionsflächen aufgelassener Industrie- und Gewerbeareale, die einer neuen Nutzung zugeführt werden müssen. Ebenso sind Megatrends wie dem demografischen Wandel und Flächenverbrauch zu begegnen.

Die SAN betreute im abgelaufenen Geschäftsjahr acht Ulmer Stadterneuerungsgebiete:

- Magirus II im SUW-Programm (Programm Stadtumbau-West), getragen von Bund, Land und Stadt.
- Weststadt II im ASP-Programm (Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren), getragen von Bund, Land und Stadt.
- Dichterviertel im LSP-Programm (Landessanierungsprogramm Baden-Württemberg)
- Wengenviertel im LSP-Programm (Landessanierungsprogramm Baden-Württemberg)
- Oberer Kuhberg im LSP-Programm (Landessanierungsprogramm Baden-Württemberg)
- Weststadt - Soziale Stadt, Söflingen-Ortskern II und Stadtmitte-Münster (jeweils in der Abrechnungsphase).

Die SAN führt für die Stadt Ulm, je nach Auslastung, auch Abbrüche außerhalb von Sanierungsgebieten durch. In 2012 wurde mit den vorbereitenden Arbeiten für den Abbruch des Klinikareals Safranberg begonnen.

Im Rahmen des vom Bund forcierten Klimaschutzes sind ergänzend zur Städtebauförderung bei der KfW Förderprogramme zur energetischen Stadtsanierung aufgelegt worden. Die SAN hat sich in 2011 für ein Pilotprojekt beworben. Zwei Sanierungsgebiete wurden in die Förderung aufgenommen.

Die Umsatzerlöse des Jahres 2012 liegen mit 709 T€ (Vorjahr 711 T€) unter dem Planansatz von 754 T€. Von den Umsatzerlösen entfallen auf die Betreuung der Ulmer Treuhandmaßnahmen insgesamt 588 T€ (Vorjahr 613 T€), auf sonstige Betreuungen in Ulm 82 T€ (Vorjahr 22 T€) und auf die Betreuungstätigkeiten außerhalb Ulms 39 T€ (Vorjahr 75 T€). Zusammen mit den übrigen Erträgen von 7 T€ ergibt sich eine Gesamtleistung von 716 T€ (Plan 765 T€).

Die Gesamtaufwendungen betragen im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 712 T€ (Vorjahr 689 T€). Gegenüber dem Planansatz von 759 T€ ergeben sich dabei Kosteneinsparungen von insgesamt 47 T€. Davon entfallen auf die Personalaufwendungen 13 T€, auf die Sachkosten (sonstige betriebliche Aufwendungen) 32 T€ und die Abschreibungen 2 T€.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 4 T€ soll der „Freiwilligen Rücklage“ (Gewinnrücklagen) zugeführt werden. Die Gewinnrücklagen erhöhen sich damit auf rd. 151 T€.

Die städtebauliche Erneuerung in den einzelnen Sanierungsgebieten ist eine langfristige Maßnahme über mehrere Jahre. Der Sanierungsträger ist in der Regel mit allen Phasen der Sanierung (Vorbereitung, Durchführung, Abschluss) beauftragt.

Die positive Entwicklung der Städtebauförderung bis 2009/2010 wurde durch die Wirtschaftskrise abgeschwächt. Ungewissheiten über künftige Schwerpunkte und Programmausstattungen prägten das Jahr 2010. Der Bund kündigte eine deutliche Kürzung des Bundesanteils an den Fördermitteln an, die nicht in voller Höhe realisiert wurde. Das Land Baden- Württemberg hat die Landesmittel allerdings auf hohem Niveau konstant gehalten, so dass die Stadt Ulm weiterhin auf eine konstante Förderquote hoffen kann.

Das Auslaufen von zwei Sanierungsgebieten in Ulm in 2010 erforderte das rechtzeitige Vorbereiten neuer Gebiete, um wichtige Aufgaben der Stadterneuerung voranzutreiben und die Auslastung der GmbH zu gewährleisten. In 2011 wurden die Gebiete Weststadt und Dichterviertel neu aufgenommen, so dass hier wieder eine Förderperspektive über mehrere Jahre besteht. Für das Wengenviertel wurde 2012 ein Neuantrag gestellt, von dessen Bewilligung auszugehen ist. Durch die erfolgreichen Programmaufnahmen in 2011 und weitere Aufträge der Stadt Ulm ist die mittelfristige Auslastung der Gesellschaft gesichert.

STADTWERKE ULM/NEU-ULM - KONZERN (SWU)

Karlstrasse 1
89073 Ulm
www.swu.de

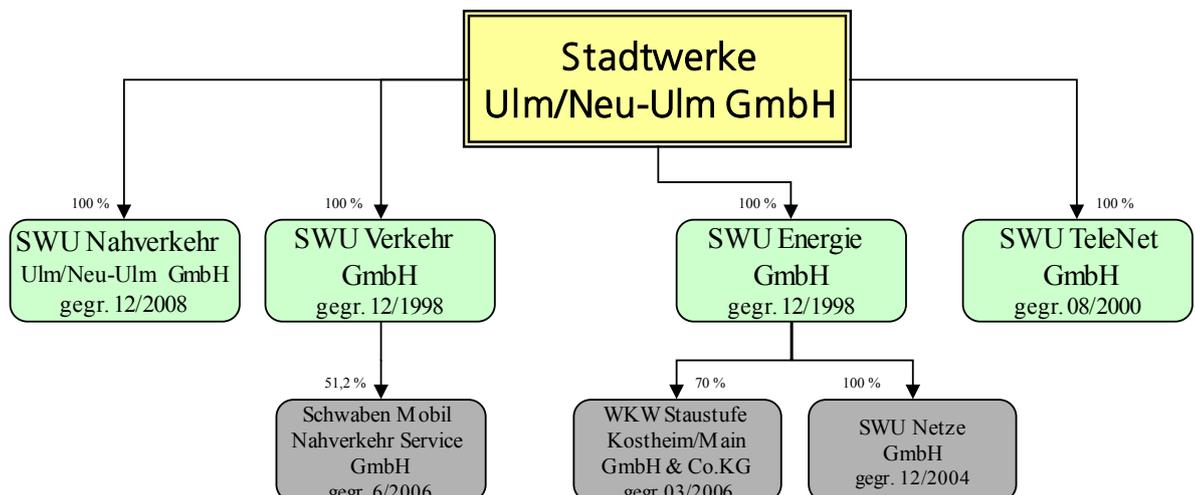
1. SWU-Unternehmensgruppe

Aufgabe der SWU-Unternehmensgruppe, mit der operativen Holdinggesellschaft SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH an der Spitze, ist es, die Region Ulm/Neu-Ulm mit Strom, Erdgas, Trinkwasser, Fernwärme und Telekommunikation zu versorgen und den öffentlichen Nahverkehr in der Doppelstadt durchzuführen. Alle hierzu förderlichen Dienstleistungen ergänzen diese Aufgabe.

Die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH hat als Management- und Dienstleistungsunternehmen die Funktion einer geschäftsführenden Holding. Neben der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH als Mutterunternehmen, gehören folgende Gesellschaften zum Konzernkreis:

SWU Unternehmensgruppe

- Stand 31.12.2012 -



Anmerkung:

In den Konzernkreis sind Konzernunternehmen von untergeordneter Bedeutung und assoziierte Unternehmen nicht einbezogen. Die Darstellung beschränkt sich auf die wesentlichen Gesellschaften

Die Gesellschaften sind über Beherrschungs- und/oder Gewinnabführungsverträge meist organisch verbunden. Die Entwicklung der Unternehmensgruppe, die sich im alleinigen Eigentum der beiden Städte Ulm und Neu-Ulm befindet, ist geprägt von den weitreichenden Veränderungen am Energie- und Verkehrsmarkt.

Die Berichterstattung für 2012 erfolgt auf Basis konsolidierter Daten für den Konzern und zusätzlich für die wesentlichen Konzern-Gesellschaften mit operativem Geschäftsbetrieb, an denen die Stadt Ulm mehrheitlich beteiligt ist.

In den Konsolidierungskreis des Konzernabschlusses sind als assoziierte Unternehmen auch die Beteiligungsgesellschaften Fernwärme Ulm GmbH, THW-Technische Werke Herbrechtingen GmbH, Technische Werke Blaubeuren GmbH und Gasversorgung Langenau GmbH, an denen die SWU jeweils einen Anteil von 50 % hält, einbezogen.

2. Geschäftsführung

Die kaufmännische Geschäftsführung für die als Holding fungierende SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH liegt bei Herrn Dipl. oec. Matthias Berz.

Die Geschäftsführer der einzelnen SWU-Unternehmen sind in den einzelnen Unternehmensberichten aufgeführt.

Die Gesamtaufwendungen für die Geschäftsführer der Holding und der 100%-igen Tochter- und Enkelgesellschaften betragen im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 1.043.646 Euro. Außerdem wurden 325.576 Euro an eine Versicherung zur Absicherung der Altersversorgung abgeführt.

Einer Veröffentlichung der Bezüge in individualisierter Form haben die Geschäftsführer nicht zugestimmt.

3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen im Konzern ohne Aushilfen:

(Der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2012	2011	2010
Beschäftigte *	1.028	1.023	977
Auszubildende	50	44	41

* inkl. Schwaben Mobil

4. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Genussrechtseinlagen	18.736	0	11.000
- Sonstige Kapitaleinlagen 1)	1.787	698	0
- Verlustabdeckung ÖPNV	1.528	1.528	1.528
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Konzessionsabgabe	7.259	7.003	7.177
- Gewinnabführung (brutto, kassenwirksam im Folgejahr)	0	3.466	5.621
1) Einlagen für Ausbau Straßenbahn			

5. Bilanzen

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	321.564	306.882	278.388
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	98.702	94.937	91.807
Umlaufvermögen	147.223	80.203	109.256
Rechnungsabgrenzungsposten	1.823	1.013	1.044
Summe	569.312	483.035	480.495
Passiva			
Eigenkapital	115.273	113.763	112.635
Ertragszuschüsse u. Sonderposten	37.124	37.191	36.712
Rückstellungen	91.863	67.862	68.221
Verbindlichkeiten	325.002	264.166	262.868
Rechnungsabgrenzungsposten	50	53	59
Summe	569.312	483.035	480.495

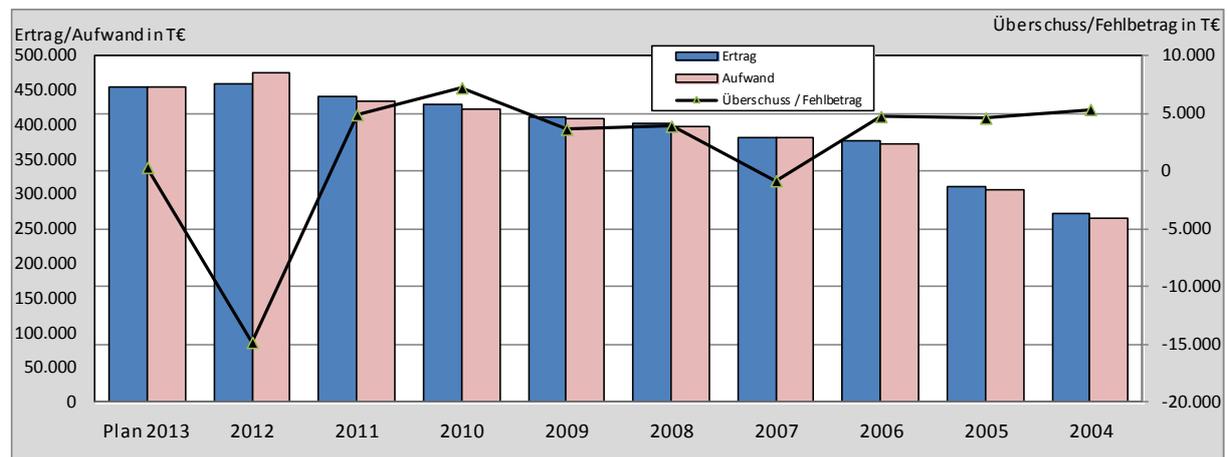
6. Gewinn- und Verlustrechnungen

6.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse (einschl. Strom- u. Energiesteuer)	441.047	415.529	402.845
Sonst. betriebl. Erträge	7.683	12.367	18.133
Bestandsveränderungen / aktivierte Eigenleistungen	5.299	7.585	3.086
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	670	643	1.003
Erträge aus Beteiligungen	4.629	3.847	4.254
Jahresfehlbetrag	14.833	0	0
Summe	474.161	439.971	429.321
Aufwand			
Personalaufwand	62.017	59.341	57.395
Materialaufwand / Aufwand für bezog. Leistungen	298.652	273.953	257.487
Sonst. betriebl. Aufwand	47.158	34.245	40.989
davon Konzessionsabgaben	11.262	10.802	10.887
Abschreibungen	22.952	22.659	22.044
Abschreibungen auf Finanzanlagen	913	588	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12.701	12.282	11.221
Steuern (einschl. Strom- u. Energiesteuer)	29.768	31.926	32.964
Jahresüberschuss	0	4.977	7.221
Summe	485.423	439.971	429.321

6.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
2004 ohne Verkaufserlöse GVS-Beteiligung										
Ertrag	455.619	459.328	439.891	429.321	411.587	401.237	381.641	377.069	310.131	271.198
Aufwand	455.284	474.161	434.994	422.100	407.949	397.334	382.468	372.333	305.528	265.847
Überschuss / Fehlbetrag	335	-14.833	4.897	7.221	3.638	3.903	-827	4.736	4.603	5.351



7. Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	24	27	27	25	26	27
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	negativ	3,8	5,5	3,2	3,6	negativ
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	negativ	1,2	1,8	0,9	1,0	negativ
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	negativ	3,6	3,8	2,7	2,9	1,4
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	30	31	34	31	32	32
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	74	83	77	75	75	79
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	5.267	24.267	27.785	20.423	21.396	14.814
Personalaufwand je Mitarbeiter (ohne Aushilfen u. Auszubildende)	T€	60	58	59	62	56	53

8. Konzernergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Die seit Jahren andauernden und häufig tiefgreifenden gesetzlichen und regulatorischen Veränderungen der Energie- und Verkehrsmärkte bestimmen neben den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach wie vor maßgeblich die Entwicklung der SWU Unternehmensgruppe.

Neben der konjunkturellen Entwicklung beeinflusste die beschleunigte "Energiewende" in Deutschland und der damit verbundene rasante Ausbau der erneuerbaren Energien die Beschaffungs- und Absatzmärkte der Energieversorgungsunternehmen erheblich.

Wie in den Vorjahren auch, stellten neben den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen insbesondere politische, gesetzgeberische und regulatorische Entwicklungen die großen Herausforderungen für Energieversorgungsunternehmen dar. Besonders bemerkenswert hierbei sind die unterschiedlichen Vorgaben der Politik für die Energiemärkte, die sich innerhalb kürzester Zeit entscheidend verändert haben. Noch im Herbst 2010 wurden von der Bundesregierung die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert. Nach der Atomkatastrophe in Fukushima im März 2011 hat die Bundesregierung im Juli 2011 ein neues Energiekonzept beschlossen und den kompletten Ausstieg aus der Atomkraft bis zum Jahr 2022 festgelegt. Das Gesetzespaket umfasst aber weit mehr als die Abschaltung der Kernkraftwerke. Die erneuerbaren Energien sollen massiv ausgebaut, die Energieeffizienz verbessert und die Stromnetze erweitert werden. Die gesamte Energiebranche befindet sich daher inmitten eines Transformationsprozesses mit weitreichenden Konsequenzen für die Zukunft.

Konventionelle Kraftwerke konnten durch die bevorzugte Einspeisung der regenerativen Energie sowie deren Vorabfinanzierung per EEG-Umlage bedeutend weniger in das Stromnetz einspeisen, so dass die Wirtschaftlichkeit solcher Kraftwerke im bestehenden Energiemarktdesign nicht gegeben ist. Dies führte dazu, dass derzeit keine Investitionsentscheidungen für den Bau von neuen, flexiblen Kraftwerken (z.B. Gaskraftwerke) getroffen werden können. Diese Kraftwerke stellen jedoch einen wesentlichen Erfolgsfaktor für die Energiewende dar, da sie die Schwankungen von Sonne und Wind bei Bedarf ausgleichen und somit die Energieversorgung schnell und zuverlässig gewährleisten könnten. Wenn die Energiewende nicht gefährdet werden soll, besteht hier seitens der Politik dringender Handlungsbedarf.

Stromspeicher sind eine weitere unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende. Der Aufbau von entsprechenden Speicherkapazitäten, die überschüssigen Strom im Netz aus erneuerbaren Energien speichern können, gewann auch in 2012 weiter an Bedeutung. Hierbei nehmen Pumpspeicherkraftwerke als bewährte Technologie eine zentrale Rolle ein, jedoch ist für den wirtschaftlichen Betrieb ein entsprechendes Energiemarktdesign die Voraussetzung.

Die Großhandelspreise für Strom und Gas haben sich im Jahr 2012 unterschiedlich entwickelt. Die Erdgas-Großhandelspreise stiegen im 1. Quartal stetig an. Im 2. Quartal gingen die Preise in eine Abwärtsbewegung über. Ab dem 3. Quartal zogen die Preise wieder an, anfangs mit starken Preissprüngen nach oben, die sich jedoch zum Ende des Jahres deutlich abschwächten und dann in einer Seitwärtsbewegung endeten. Bei den Strom-Großhandelspreisen setzte nach einem kurzzeitigen Aufwärtstrend im Februar ein bis heute anhaltender Abwärtstrend ein. Der starke Zubau der erneuerbaren Energien drückte die Strompreise am EEX-Spotmarkt weiter stark nach unten. Dadurch erreichten die Großhandelspreise für die Kalenderjahre 2013 bis 2018 noch nie dagewesene Tiefststände.

Der Markt für öffentliche Verkehrsleistungen wird durch öffentliche Zuschüsse gestützt. Die Mittel für die Infrastrukturförderung wurden in Baden-Württemberg im Berichtsjahr in einer konstanten Höhe beibehalten. Die Geschäftsführung geht aber davon aus, dass die öffentlichen Haushalte, u. a. aufgrund der gesetzlich verankerten Schuldenbremse, in den nächsten Jahren weiter konsolidieren müssen und somit auch die Infrastrukturförderung rückläufig sein wird. Kritisch zu sehen ist die Tatsache, dass Ende 2019 die Förderung aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) bzw. Entflechtungsgesetz vollständig ausläuft und die verkehrliche Zweckbindung für die Mittel aus dem Entflechtungsgesetz ursprünglich ab 2014 enden sollte. Hier ist es immerhin gelungen, dass in Baden-Württemberg diese verkehrliche Zweckbindung gesichert wurde. Dies erfolgte durch das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. In diesem Gesetz ist zwar u. a. auch die Förderung von neuen Schienenfahrzeugen enthalten, Mittel hierfür werden aber derzeit nicht bereitgestellt. Insgesamt fließen die öffentlichen Mittel für den ÖPNV kontinuierlich, allerdings in einem geringeren Maß als noch vor Jahren. Aus diesem Grund hat die SWU Verkehr GmbH ihre Maßnahmen zur Kostensenkung und Steigerung der Erträge weiter fortgesetzt, um wegfallende Fördermittel kompensieren und das Wirtschaftsergebnis verbessern zu können.

Im **Energiebereich** ist die Ergebnisentwicklung im Berichtsjahr insgesamt deutlich negativer als geplant (-17.512 T€ gegenüber Budget). Der Jahresüberschuss liegt um 23.137 T€ unter dem Vorjahreswert.

Der intensive Preiswettbewerb setzte sich im Jahr 2012 unvermindert fort. Die Stromlieferungsaktivitäten der SWU Energie GmbH, Ulm (Donau) erstreckten sich hierbei auf alle Kundensegmente - Geschäfts- und Privatkunden - innerhalb und außerhalb des eigenen Netzgebietes, konzentrierten sich aber auf die Region Ulm, Oberschwaben, bayer. Schwaben und Ost-Württemberg. Die intensiv durchgeführten Vertriebsmaßnahmen und -kampagnen sowie die eingeführten Produktinnovationen zeigten Erfolge, so dass die Stromabsatzmenge an Endkunden gegenüber dem Vorjahr um rund 12,2% deutlich gesteigert werden konnte. Die Verkaufsmengen wurden erzielt, ohne damit die Strategie der ertragsorientierten Preispolitik zu ändern.

Darüber hinaus wurde im Jahr 2012 der Vertrieb von Stromprodukten über die SWU Online-Plattform weiter forciert. Mit diesem neuen Produkt und Vertriebsweg können Stromkunden in ganz Bayern und Baden-Württemberg beliefert werden. Im Jahr 2012 konnten über diesen Vertriebsweg rund 6.000 Neukunden (im System angemeldet) gewonnen werden. Die gesamte Abwicklung erfolgt automatisiert, so dass die Prozesskosten entsprechend niedrig sind. Die Markteinführung SWU NaturStrom online wird im Januar 2013 erfolgen.

Im Erdgasmarkt intensivierte sich der Wettbewerb im Jahr 2012 weiter, jedoch konnte im Heizgasbereich die Kundenzahl leicht ausgebaut werden. Ausschlaggebend hierfür waren im Wesentlichen die Einführung neuer Produktvarianten sowie weiter verstärkte Vertriebsaktionen, die von den Kunden gut angenommen wurden. Die Großkunden konnten - bis auf eine Ausnahme mit individuellen Verträgen gehalten werden. Um Kundenverluste zu kompensieren und weitere Erträge zu erzielen, wurden im Jahr 2012 in externen Netzgebieten ebenfalls neue Geschäftskunden gewonnen. Die gesamte Absatzmenge lag mit insgesamt 1.485 GWh rund 0,5% über dem Vorjahr. Der Anstieg der Verkaufsmenge wurde vor allem durch die steigenden Verkaufsmengen in externen Netzen realisiert.

In der Stromproduktion setzte die SWU Energie GmbH daher ihren eingeschlagenen Weg, die Erzeugungs- und Speicherkapazitäten weiter auszubauen und an der gesamten Wertschöpfungskette zu partizipieren, auch im Jahr 2012 fort. Laufende und neue Projektentwicklungen wurden jedoch aufgrund der Entwicklungen auf dem Energiemarkt entschleunigt, da sich die Mechanismen des Strommarktes zum Nachteil für konventionelle Kraftwerke entwickelt haben. So nahm der Zubau von Erzeugungsanlagen erneuerbarer Energieträger weiter rasant zu und erreichte 2012 ein ähnlich hohes Niveau wie bereits 2011. Dieser massive Ausbau der regenerativen Stromerzeugung, die zudem vorrangig in die Netze eingespeist und per EEG-Umlage vorab finanziert werden, führte zu einem Preisverfall an der Strombörse und den Preisen auf dem Großhandelsmarkt, der sich an der Börse orientiert. Für die Betreiber von nicht subventionierten konventionellen Kraftwerken wie Kohle und Gas bedeutet dies, dass sich ihre Betriebszeiten merklich verkürzen, da sich der erzeugte Strom nur unter dem tatsächlichen Gestehungspreis verkaufen lässt. Dieser Trend wird sich, bei Beibehaltung der bisherigen Markttrennung zwischen freiem Wettbewerbsmarkt und subventionierten Energien, weiter fortsetzen.

Um der Entwicklung auf dem Energiemarkt Rechnung zu tragen, wurde das bestehende Projektportfolio nach strategischen und wirtschaftlichen Kriterien bewertet sowie konsolidiert. Zudem wurde die Erzeugungsstrategie einer grundsätzlichen Überprüfung unterzogen und eine neu ausgerichtete SWU-

Erzeugungsstrategie 2013+ auf der Klausurtagung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung verabschiedet. So wurde beschlossen, dass die Projektierungen von verbliebenen Erzeugungsprojekten, wie beispielsweise dem Pumpspeicherkraftwerk Blautal sowie dem Gas- und Dampfturbinenkraftwerk Leipheim, zeitlich verlangsamt werden. Ziel ist es, die Erzeugungsprojekte mit minimalem Aufwand bis zur Genehmigungsreife weiter zu entwickeln.

Im **Telekommunikationsbereich** konnte die Anzahl der Internetanschlüsse im Privatkundenbereich im Jahr 2012 um 1.646 Kunden auf 3.709 erhöht werden. Davon nutzen 1.849 Kunden zwischenzeitlich Telefondienstleistungen über Voice over IP, 979 mehr als im Vorjahr.

Im Laufe des Jahres 2012 wurden im BK-Netz weitere 500 Kunden aufgeschaltet und mit dem Fernsehsignal der SWU TeleNet GmbH neu versorgt. Damit erhalten ca. 18.900 Kunden das Fernsehsignal von der SWU TeleNet GmbH. Die Verfügbarkeit des Netzes konnte weiter deutlich gesteigert werden.

Im **Verkehrsbereich** ist die Ergebnisentwicklung im Berichtsjahr insgesamt negativer als geplant (-1.839 T€ gegenüber Budget). Der Jahresfehlbetrag liegt um 510 T€ unter dem Vorjahreswert. Dies ist insbesondere auf erhöhte Instandhaltungskosten bei den Bussen und geringere Deckungsbeiträge von Werkstatteleistungen wie im Vorjahr zurückzuführen.

Die SWU Nahverkehr GmbH, Ulm ist eine 100%-Tochter der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH, Ulm. Als Schwestergesellschaft der SWU Verkehr GmbH, Ulm ist sie für die Fahrplanung, Bestellung der ÖPNV-Leistungen bei Subunternehmen, Fahrgastinformation und Werbung in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund Donau-Iller-Nahverkehrsverbundgesellschaft (DING), Ulm sowie den Vertrieb der ÖPNV-Leistungen verantwortlich.

Die SWU Verkehr GmbH, Ulm ist als ebenfalls 100%-Tochter der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH, Ulm im Bereich des Infrastrukturaufbaus und der Vorhaltung der Fahrzeuge sowie die Inbetriebhaltung verantwortlich. Ebenso führt sie Planungsaufgaben durch. In 2012 wurde der Prozess zur Effizienzsteigerung und Erhöhung der Kundenorientierung, nunmehr im Auftrag der SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH, fortgesetzt. Ziel ist eine Steigerung des Ertrages, der für die Erreichung der wirtschaftlichen Ziele der Mittelfristplanung unerlässlich ist.

Die SWU Verkehr GmbH hat in 2009 die Strecke von Senden nach Weißenhorn gepachtet. Zunächst diente die Maßnahme dazu, die Strecke zu sichern, da die Deutsche Bahn AG diese stilllegen wollte. Damit konnte gewährleistet werden, dass der täglich eingesetzte Güterzug weiterverkehren kann. Dies wiederum trug bei den anliegenden Firmen, die den Gütertransport auf der Schiene nutzen, dazu bei, dass Standortschließungen vermieden werden konnten und Erweiterungsinvestitionen ausgelöst wurden. Das Vorhalten dieser Trasse kann durch die SWU Verkehr GmbH zu geringeren Kosten als bei der Deutschen Bahn AG bewerkstelligt werden.

Nach den derzeitigen Planungen ist vorgesehen, ab Dezember 2013 den Personenverkehr nach Weißenhorn wiederaufzunehmen. Im Berichtsjahr wurde das Planfeststellungsverfahren durchgeführt. Der Planfeststellungsbeschluss wird im ersten Quartal 2013 erwartet. Derzeit werden Gesamtkosten von rund 10 Mio. € kalkuliert, von denen die SWU Verkehr GmbH nach Abzug von Kostenbeteiligungen Dritter knapp 8 Mio. € zu tragen hat. Das Vorhaben ist insgesamt mit den vom Freistaat Bayern vorgegebenen Trassen- und Stationsentgelten für die SWU Verkehr GmbH wirtschaftlich und in der Mittelfristplanung berücksichtigt.

Im Auftrag der Städte Ulm und Neu-Ulm laufen seit 2008 bzw. 2009 Planungen für Strecken zur Wissenschaftsstadt, zum Kuhberg und nach Ludwigsfeld. Alle drei Korridore sind durch eine Zunahme der anliegenden Bebauung mit einer einhergehenden Steigerung der Verkehrsnachfrage gekennzeichnet. Insbesondere zum Kuhberg und zur Wissenschaftsstadt verkehren die Busse in einem dichten Takt (teilweise alle zwei Minuten). Da die Straßenbahn eine höhere Kapazität als ein Bus aufweist, ist der Straßenbahnbetrieb ab einer gewissen Fahrgastzahl gegenüber dem Bus wirtschaftlicher (in Ulm: Bus ca. 100 Sitz- und Stehplätze, Straßenbahn ca. 180 Sitz- und Stehplätze).

Nachdem die Entwurfs- und Genehmigungsplanung für die Strecke Wissenschaftsstadt Hauptbahnhof Ulm - Kuhberg abgeschlossen ist, läuft derzeit das Planfeststellungsverfahren. Im Spätsommer 2013 soll der Gemeinderatsbeschluss zum Bau der Strecken erfolgen. Der Baubeginn ist für Anfang 2014 geplant. Die öffentliche Hand (Bundesrepublik Deutschland, Land Baden-Württemberg, Stadt Ulm) übernehmen nach der derzeitigen Planung die Investitionskosten vollständig. Der Betrieb wird über die SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH abgewickelt. Die entsprechenden Zahlen sind dort ebenfalls in der Mittelfristplanung abgebildet. Die

Mehraufwendungen für den Straßenbahnbetrieb und den Unterhalt der Trasse werden durch höhere Fahrgeldeinnahmen und Minderaufwendungen im Busbetrieb erwirtschaftet.

Das Gesamtvermögen des Konzerns hat sich zum Vorjahr um 86.277 T€ (+ 17,9 %) erhöht. Dies resultiert zum einen aus der Erhöhung des Anlagevermögens durch Investitionen vor allem in Strom-, Gas-, Wasser-Fernwärme- und Telekommunikationsnetze und Erzeugungsanlagen. Zum anderen und zum wesentlichen Teil wurden die liquiden Mittel um 53 Mio. € aufgebaut. Grund hierfür sind Darlehensaufnahmen in 2012 von insgesamt 70 Mio. €, um weitere Neu- und Refinanzierungen durchführen zu können und um das niedrige Zinsniveau am Kapitalmarkt zu sichern. Das gezeichnete Kapital beträgt unverändert 40 Mio. €. Aufgrund des Konzernjahresfehlbetrages von 14.833 T€ und den Einzahlungen seitens des Gesellschafters in die Kapitalrücklage in Höhe von 1.627 T€ und der Erhöhung des Genussrechtskapitals seitens der Stadt Ulm in Höhe von 18.736 T€ erhöht sich das Eigenkapital ohne Berücksichtigung des Sonderpostens von 113.763 T€ auf 115.273 T€.

Die in den vergangenen Jahren für die SWU-Unternehmensgruppe aus der Unternehmensvision abgeleiteten strategischen Stoßrichtungen wurden vor dem Hintergrund der Energiewende und des damit verbundenen Transformationsprozesses des Energiemarktes in 2012 einer Überprüfung unterzogen. Im Mittelpunkt der Strategie stehen dabei nach wie vor der Ausbau von Umsatz- und Ertragsfeldern, die Ertragsoptimierung im Kerngeschäft und die Fortführung der bereits eingegangenen Beteiligungen bei striktem Kostencontrolling. Konsequente Service-, Prozess- und Umweltorientierung sowie ein ausgeprägter regionaler Ansatz werden hierfür in dazu passende Produktentwicklungen umgesetzt. Das Erzeugungsportfolio wird jedoch weiter überprüft und priorisiert sowie Neuinvestitionen in Erzeugungsanlagen vorläufig zurückhaltender getätigt. Zudem wird der kontinuierliche Verbesserungsprozess aller Geschäfts- und Unterstützungsprozesse durch ein Effizienzprogramm " SWU- Fit für die Zukunft" verstärkt.

Bei der SWU Verkehr GmbH wird das Restrukturierungskonzept auch in den Folgejahren weiter konsequent umgesetzt, um das operative Defizit zu senken.

Wenn Ende 2013 der Förderbescheid und der Planfeststellungsbeschluss vorliegen, kann der Baubeschluss zur Linie 2 durch den Ulmer Gemeinderat gefasst werden. Anfang 2014 würde dann mit dem Bau einer der genannten Teilstrecken begonnen. Die Fertigstellung erfolgt Ende 2016. Der zweite Teilabschnitt soll in 2016 begonnen und in 2018 abgeschlossen werden.

Gegenüber dem Vorjahr rechnet die SWU-Unternehmensgruppe 2013 und 2014 mit einem deutlich besseren Jahresergebnis wie 2012, allerdings mit schlechteren Ergebnissen wie in 2011 und früher. Gründe hierfür sind vorübergehend höhere Kapitalkosten für die anstehenden Investitionen, welche erst ab 2015 bzw. 2016 deutlich bessere Rückflüsse generieren werden.

Für 2013 und 2014 rechnet der SWU Konzern mit leicht positiven Jahresüberschüssen.

Der nach wie vor vorhandene intensive Preis- und Verdrängungswettbewerb sowie die dynamische Markt- und Wettbewerbsentwicklung stellen neben den Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise, weiterer politischer Entscheidungen und dem künftigen Strommarktdesign die wesentlichen Risiken der voraussichtlichen Entwicklung dar. Deren tatsächliche Auswirkungen auf die SWU Energie GmbH, Ulm (Donau) sind aber derzeit schwer abzuschätzen. Grundsätzlich ist von einer angespannten Ertragslage auszugehen, die die Erreichung der Ziele der Gesellschaft erschweren wird.

SWU STADTWERKE ULM/NEU-ULM GMBH (SWU)

Karlstraße 1

89073 Ulm

www.swu.de

1. Beteiligungsverhältnis

	Anteil v. H.	Stammkapital Euro
Stadt Ulm	93,68 =	37.472.000
Stadt Neu-Ulm	6,32 =	<u>2.528.000</u>
Stammkapital insgesamt		40.000.000

2. Beteiligungen (nach Nennwert, gerundet)

	Anteil v. H.	Stammkapitalanteil Euro
SWU Energie GmbH	100,00 =	60.000.000
SWU TeleNet GmbH	100,00 =	755.000
SWU Verkehr GmbH	100,00 =	13.000.000
SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH	100,00 =	50.000
SWU Vermögensverwaltung III GmbH	100,00 =	25.000
SWU Beteiligungsgesellschaft iV GmbH	100,00 =	50.000
Fernwärme Ulm GmbH	50,00 =	9.203.500
Bayerngas GmbH	5,00 =	4.534.750
Ulmer Brennstoffzellen-Manufaktur GmbH (UBzM)	50,00 =	15.000
WBZU GmbH	20,00 =	5.000
Energie Baden-Württemberg AG	<1,00 =	2.900
WV Energie AG, Frankfurt	<1,00 =	6.054
Centrotherm Photovoltaics AG	<1,00 =	(Buchwert) 0
Regionale Energieagentur Ulm gemeinnützige GmbH	6,15 =	2.000

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 16.06.1982 in der notariell beglaubigten Fassung vom 30.06.2004.
- 3.2. Gegenstand des Unternehmens ist im Rahmen seiner kommunalen Aufgabenstellung die Tätigkeit als Management- und Servicegesellschaft für Unternehmen, die insbesondere der Versorgung der Städte Ulm und Neu-Ulm und ihrer Umgebung mit Elektrizität, Erdgas, Trinkwasser, Wärme, der Entsorgung, der Telekommunikation, dem Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs in der Region und des Industriegleises, sowie artverwandter Leistungen dienen.
- 3.3. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.
- 3.4. Die Management- u. Serviceaufgaben für den SWU-Konzern wurden im Berichtsjahr im erforderlichen Umfang wahrgenommen. Der öffentliche Zweck ist damit erfüllt.

4. Organe des Unternehmens

4.1. Gesellschafterversammlung

4.2. Aufsichtsrat - 15 Mitglieder (Stand 31.12.2012)

Vorsitzender:	OB Ivo Gönner, Stadt Ulm
1. stellv. Vorsitzender:	OB Gerold Noerenberg, Stadt Neu-Ulm
2. stellv. Vorsitzender:	Dr. Claus Jürgen Deyle, Arbeitnehmervertreter

5.2. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2012	2011	2010
Beschäftigte	144,4	139,9	157,5
Auszubildende	50	41	41

6. Bilanzen

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	45.179	40.455	40.239
Finanz- u. Anlageverm., Imm. Vermögensgegenst.	189.159	190.294	187.510
Umlaufvermögen	155.241	101.330	82.307
Rechnungsabgrenzungsposten	590	405	355
Summe	390.169	332.484	310.411
Passiva			
Eigenkapital	112.769	111.619	111.068
Rückstellungen	24.749	25.910	22.869
Verbindlichkeiten	252.651	194.955	176.474
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	390.169	332.484	310.411

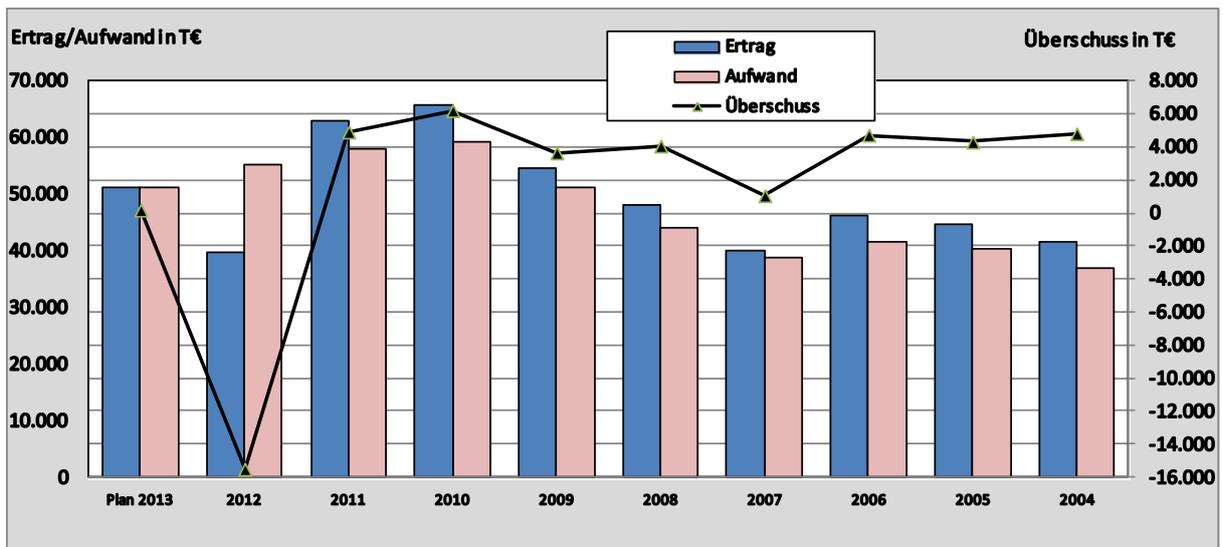
7. Gewinn- und Verlustrechnungen

7.1. Kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	10.644	10.114	12.034
Sonst. betriebl. Erträge	18.340	20.015	17.029
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	6.213	5.314	5.911
Erträge aus Beteiligungen	1.616	1.544	2.283
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	2.918	26.055	28.346
Jahresfehlbetrag	15.513	0	0
Summe	55.244	63.042	65.603
Aufwand			
Personalaufwand	10.410	9.369	11.001
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	72	63	81
Sonst. betriebl. Aufwand	15.178	16.057	18.056
Abschreibungen	2.446	2.130	2.175
Aufwendungen zur Verlustabdeckung	17.538	17.796	16.322
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.059	8.363	7.797
Steuern	541	4.340	3.948
Jahresüberschuss	0	4.924	6.223
Summe	55.244	63.042	65.603

7.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	51.303	39.731	63.042	65.603	54.698	47.975	39.914	46.241	44.774	41.602
Aufwand	51.111	55.244	58.118	59.380	51.043	43.902	38.848	41.506	40.463	36.785
Überschuss	192	-15.513	4.924	6.223	3.655	4.073	1.066	4.735	4.311	4.817



8. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Aufgabe der SWU-Unternehmensgruppe ist es, die Region Ulm/Neu-Ulm mit Strom, Erdgas, Trinkwasser und Fernwärme zu versorgen, die Telekommunikation zu betreiben und den öffentlichen Nahverkehr in der Doppelstadt durchzuführen. Die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH hat dabei als Management- und Dienstleistungsunternehmen die Funktion einer geschäftsführenden Holding.

Die Holdinggesellschaft ist zentraler Dienstleister mit den in den Geschäftsbesorgungsverträgen festgeschriebenen Aufgaben. Die SWU-Dachgesellschaft bietet ihre Dienstleistungen auch Beteiligungsunternehmen und kommunalen Gesellschaften an.

Der bereits vor Jahren eingeleitete Reformprozess der Stadtwerke vom eher verwaltenden Versorgungsunternehmen hin zu einer marktorientierten, wettbewerbsfähigen Gruppe von Dienstleistungsunternehmen wurde auch 2012 konsequent weitergeführt. Auf Basis der klaren Ausrichtung der SWU-Gruppe nach Geschäftsfeldern und Geschäftsprozessen wurde 2012 mit Nachdruck die Aufgabe der Optimierung der Prozesse vor dem Hintergrund erneut gestiegener regulatorischer Anforderungen verfolgt.

Das Unternehmensergebnis der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH, Ulm (Donau), wird durch die Gewinnabführungsverträge mit den Tochtergesellschaften im Wesentlichen von deren Geschäftsverlauf bestimmt. Die Ergebnisse betragen 2012:

	<u>2012</u>	<u>2011</u>
SWU Energie GmbH	+ 2.918 T€	+ 26.055 T€
SWU Verkehr GmbH	- 16.988 T€	- 16.477 T€

(Auf die Unternehmensberichte der Tochtergesellschaften wird verwiesen)

Die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH, Ulm (Donau), weist mit - 15.513 T€ ein negatives Ergebnis aus (11.513 T€ unter Budget), das auf den Einzelabschlüssen der Tochtergesellschaften, den Beteiligungserträgen, dem Ergebnis der operativen Service-Geschäfte in der Holdinggesellschaft und dem Finanzergebnis beruht.

Das operative Servicegeschäft der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr positiv entwickelt. Die Umsatzerlöse konnten um 530 T€, vor allem in den Bereichen Einkaufs- und Controllingdienstleistungen, gesteigert werden.

Das Ergebnis aus den Geschäftsfeldern interne und externe Dienstleistungen/Betriebsführungen und Immobilien ist im Vergleich zum Vorjahr um 817 T€ auf ein positives Ergebnis von 56 T€ angewachsen.

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 57.674 T€ (+ 17,3%) erhöht. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen zum einen aus der Zunahme der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Durch die Aufnahme weiterer langfristiger Darlehen in Höhe von 70 Mio. € wurden weitere Investitionen der Tochterunternehmen finanziert. Zum anderen gewährte die Stadt Ulm Genussrechtskapital in Höhe von 18,7 Mio. €, welches zur Eigenkapitalstärkung und Finanzierungen im Energie- und Telekommunikationsbereich dient.

Gegenüber den Vorjahren rechnet die SWU-Unternehmensgruppe 2013 und 2014 mit einem deutlich besseren Jahresergebnis wie 2012, allerdings mit schlechteren Ergebnissen wie in 2011 und früher. Gründe hierfür sind vorübergehend höhere Kapitalkosten für die anstehenden Investitionen, welche erst ab 2015 bzw. 2016 deutlich bessere Rückflüsse generieren werden.

Für 2013 und 2014 gehen die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH insgesamt leicht positiven Jahresüberschüssen aus.

SWU ENERGIE GMBH

Karlstraße 1

89073 Ulm

www.swu.de

1. Beteiligungsverhältnis

	Anteil v. H.	Stammkapital Euro
Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH	100,00 =	60.000.000

2. Beteiligungen (nach Nennwert)

	Anteil v. H.	Stammkapitalanteil Euro
SWU Netze GmbH	100,00 =	105.000
WKW Staustufe Kostheim/Main GmbH & Co. KG ¹	70,00 =	700.000
Stadtwerke Niederstotzingen (bis 31.12.2012 SWU Energie- Beteiligungsgesellschaft II mbH)	50,00 =	12.500
SWU Energie Beteiligungsgesellschaft III mbH	100,00 =	25.000
TWB-Technische Werke Blaubeuren GmbH	50,00 =	490.170
GVL-Gasversorgung Langenau GmbH	50,00 =	256.000
TWH-Technische Werke Herbrechtingen GmbH	50,00 =	2.795.000
European Energy Exchange AG	<2,00 =	156.000
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co.KG ¹	9,36 =	3.958.739
Zweckverband Landeswasserversorgung Stuttgart		Umlage
Zweckverband Wasserversorgung Ulmer Alb		Umlage
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH Co. KG ¹	5,28 =	1.562.241
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG ¹	5,00 =	704.428
Trianel Kraftwerk Krefeld Projektgesellschaft mbH & Co. KG ¹	32,25 =	157.576
Trianel GmbH, Aachen	4,85 =	964.000

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 02.06.2003 in der Fassung vom 02.02.2005.
- 3.2. Gegenstand des Unternehmens ist im Rahmen seiner kommunalen Aufgabenstellung die Versorgung der Städte Ulm und Neu-Ulm und ihrer Umgebung mit Elektrizität, Erdgas, Trinkwasser und Wärme, sowie artverwandte Dienstleistungen in den vorgenannten Bereichen.
- 3.3. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.
- 3.4. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ist erfüllt. Auf die Leistungsdaten unter Ziffer 9 und den Lagebericht (Ziffer 10) wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens

- 4.1. Gesellschafterversammlung
- 4.2. Aufsichtsrat - 15 Mitglieder
Besetzung siehe SWU GmbH.

¹ angegeben ist die Höhe des Haftungskapitals nach Gesellschaftsvertrag

Die Bezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 3.328 Euro.

- 4.3. Geschäftsführung
- | | |
|----------------------------------|--------------------------------|
| Dipl. -oec. Matthias Berz | Kaufmännischer Geschäftsführer |
| Dipl.-Ing. (FH) Jürgen Schäffner | Technischer Geschäftsführer |

Angaben zu den Geschäftsführerbezügen siehe Konzernbericht.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Rechtliche und organisatorische Grundlagen

- a) Gewinnabführungsvertrag
Mit der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH besteht ein Gewinnabführungsvertrag. Die Eintragung des Gewinnabführungsvertrags ins Handelsregister erfolgte am 03.12.2003. Das Vertragsverhältnis läuft bis 31.12.2003 und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt wird.
- b) Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge
Ein Ergebnisabführungsvertrag mit der SWU Netze GmbH wurde am 03.12.2004 und mit der SWU Energie Beteiligungsgesellschaft II mbH am 20.07.2006 abgeschlossen.
- c) Geschäftsbesorgungsvertrag
Am 01.01.2011 hat die Gesellschaft mit der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH, der SWU Verkehr GmbH, der SWU TeleNet GmbH und der SWU Netze GmbH einen Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen um die konzernintern vorhandenen Kompetenzen zu nutzen und die erbrachten Dienstleistungen verursachungsgerecht zu verrechnen. Die Verrechnung erfolgt auf Vollkostenbasis ohne Gewinnzuschläge.

5.2. Wirtschaftliche Grundlagen

- a) Konzessionsverträge
Mit den Städten Ulm und Neu-Ulm bestehen Konzessionsverträge über die Benutzung öffentlicher Verkehrsflächen zum Zwecke der Versorgung mit elektrischer Energie, leitungsgebundenem Wasser und Gas. Die Verträge wurden im Jahr 2003 neu gefasst.
Weitere Konzessionsverträge über die Versorgung mit Strom und Gas bestehen mit verschiedenen Gemeinden im Umland.
- b) Stromversorgung
Das Netzgebiet auf baden-württembergischer Seite umfasst im Wesentlichen das Stadtgebiet Ulm und Blaustein.
Das Netzgebiet auf bayerischer Seite umfasst die Kernstadt Neu-Ulm mit allen Stadtteilen außer Steinheim, sowie Senden und Elchingen.
- c) Gasversorgung
Das Gas für die Versorgung der Stadtgebiete Ulm und Neu-Ulm sowie Senden, Vöhringen, Blaustein, Erbach, Oberdisingen, Illerrieden, Hüttisheim, Illerkirchberg, Staig, Schnürpflingen und Elchingen sowie für die gesamte SWU-Unternehmensgruppe wird über den Handel der SWU Energie GmbH eingekauft.
- d) Wasserversorgung
Die SWU versorgen den Raum Ulm und Neu-Ulm mit Trinkwasser. Das Wasser gewinnt die Gesellschaft dabei aus eigenen Brunnen, womit der Großteil des Gesamtbedarfes gedeckt werden kann. Der Restbedarf wird durch Fremdbezug gedeckt.
- e) Wärme
In Ulm wird die Fernwärmeversorgung seit 01.07.1995 fast ausschließlich von der Fernwärme Ulm GmbH durchgeführt. Das Stammkapital wird von der SWU GmbH und der EnBW mit jeweils 50 % gehalten. Daneben wird die Fernheizung mit gesellschaftseigenen Blockheizkraftwerken und ab 2013 mit der Inbetriebnahme der Holzgasanlage Senden als Betriebszweig der SWU betrieben.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(Der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2012	2011	2010
Beschäftigte	206	197	393
Auszubildende	0	0	0

6. Bilanzen

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	221.054	209.718	184.682
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	55.874	52.895	52.890
Umlaufvermögen	62.164	55.646	56.831
Rechnungsabgrenzungsposten	1.155	605	610
Summe	340.247	318.864	295.013
Passiva			
Eigenkapital	123.382	123.382	124.458
Ertragszuschüsse, Sonderposten	37.125	37.191	36.713
Rückstellungen	39.145	20.693	16.840
Verbindlichkeiten	140.595	137.598	117.002
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	340.247	318.864	295.013

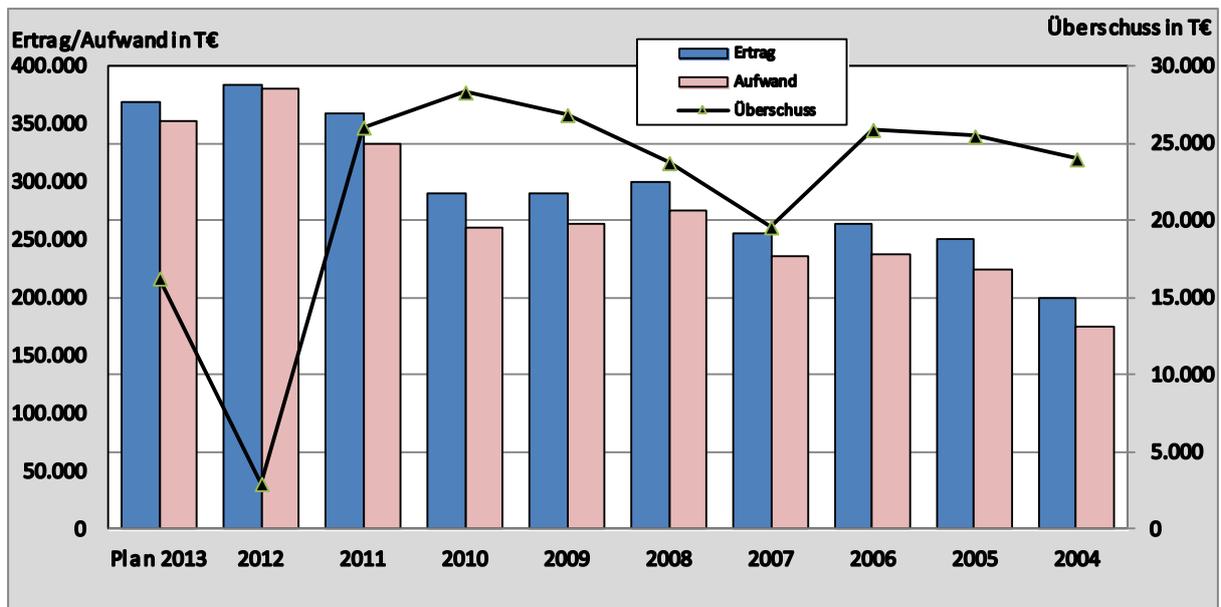
7. Gewinn- und Verlustrechnungen

7.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse (einschl. Strom- u. Energiesteuer)	362.551	331.122	262.540
Sonst. betriebl. Erträge, aktivierte Eigenleistungen	19.397	22.136	17.704
Sonst. Zinsen, Erträge von Beteiligungen	1.647	2.032	1.926
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	62	3.752	7.254
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	383.657	359.042	289.424
Aufwand			
Personalaufwand	12.583	11.863	22.879
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	260.952	245.171	164.027
Sonst. betriebl. Aufwand	43.761	28.699	35.806
Abschreibungen aus Sach- u. Finanzanlagen	14.436	14.154	16.048
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.422	5.707	6.275
Verlustübernahmen	13.665	1	1
Steuern (einschl. Strom- u. Energiesteuer)	28.920	27.392	16.058
Jahresüberschuss	2.918	26.055	28.330
Summe	383.657	359.042	289.424

7.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	368.457	383.657	359.042	289.424	290.452	299.407	254.818	263.418	249.807	198.793
Aufwand	352.200	380.739	332.987	261.094	263.586	275.661	235.241	237.519	224.331	174.803
Überschuss	16.257	2.918	26.055	28.330	26.866	23.746	19.577	25.899	25.476	23.990



8. Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	42	45	48	56	54	52
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	2,1	18,4	19,8	18,8	16,6	13,6
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	0,8	7,9	10,8	10,1	8,9	8,1
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	2,8	10,0	11,7	11,2	9,8	7,8
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	51	55	62	71	79	89
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	81	82	81	82	74	65
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	13.697	35.282	41.198	37.266	34.864	29.653
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	61	60	58	63	57	54

9. Leistungsdaten

9.1. Stromversorgung

	2012	2011	2010
1. Leistungsdaten	in GWh		
a) Stromerzeugung (eigene Anlagen u. Beteiligungen)	560	572	570
b) Stromverteilung (ohne Netzverluste)	1.504	1.484	1.575
2. Sonstige Daten			
a) Wasserkraftwerke	7	7	7
b) Umspannung			
- Umspannwerke	8	8	7
- eigene Trafostationen	1.047	1.031	978
- eigene Transformatoren	1.084	1.084	1.029
c) Verteilung - Leitungslänge	3.156 km	3.131 km	2.920 km
d) Kundenanschlüsse	53.617	53.266	50.004

9.2. Erdgasversorgung

	2012	2011	2010
1. Leistungsdaten	in GWh		
Erdgasabgabe	1.754	1.721	1.990
2. Sonstige Daten			
a) Druckregelung			
- Übernahmestationen	11	11	11
- eigene Reglerstationen	68	68	68
b) Leitungslänge	1.043 km	1.034 km	1.023 km
c) Kundenanschlüsse	27.283	26.774	26.221

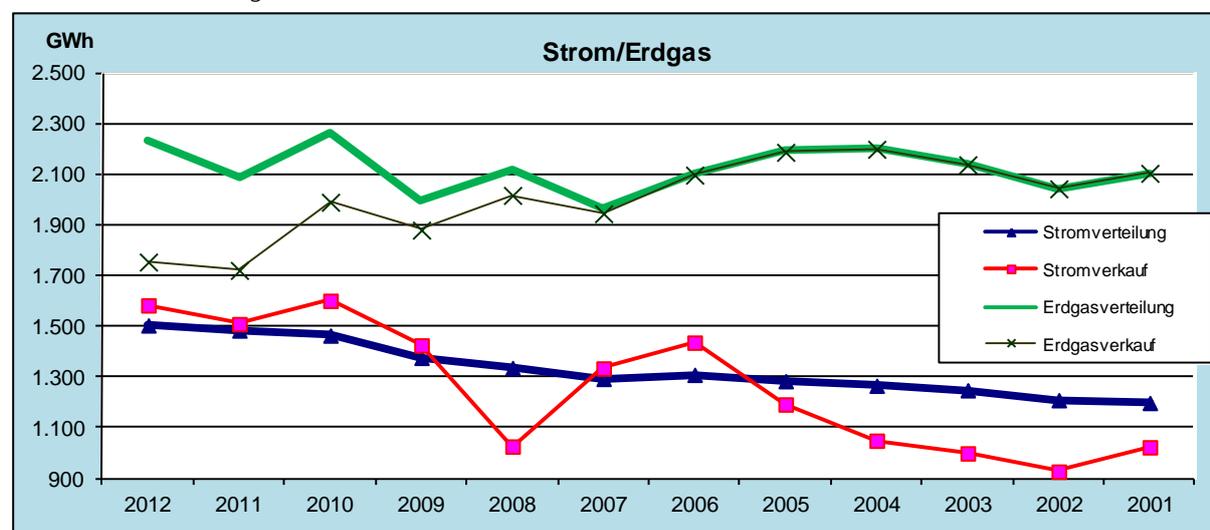
9.3. Trinkwasserversorgung

	2012	2011	2010
1. Leistungsdaten	in Mio. m ³		
Wasserabgabe	10,5	10,2	10,2
2. Sonstige Daten			
a) eigene Brunnen	14	14	14
b) Speicheranlagen - Behälter/Speichervolumen	9/42.902 m ³	9/42.902 m ³	8/40.702 m ³
c) Versorgungsnetz	769 km	768 km	766 km
d) Kundenanschlüsse	31.615	31.436	31.198

9.4. Fernwärme

	2012	2011	2010
Leistungs- und sonstige Daten			
- Heizwerke u. Heizkraftwerke	6	4	4
- Verteilnetz	38,2 km	37 km	29 km
- Wärmeabgabe	58,2 GWh	52,8 GWh	60,2 GWh

9.5. Entwicklung Strom und Gas



10. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Die auch in 2012 anhaltende europäische Staatsschuldenkrise und eine schwächere globale Konjunktur belasteten zunehmend die deutsche Wirtschaft. Hierdurch wurde die Nachfrage nach deutschen Exportgütern wie auch die Investitionsbereitschaft der deutschen Unternehmen beeinträchtigt. Betrug das Wirtschaftswachstum in 2011 noch 3%, so ging es in 2012 auf 0,7% zurück. Die gute strukturelle Verfassung der deutschen Wirtschaft und positive Signale aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld deuten jedoch darauf hin, dass diese Schwächephase nicht von längerer Dauer sein wird.

Neben der konjunkturellen Entwicklung beeinflusste die eingeleitete Energiewende in Deutschland und der damit verbundene rasante Ausbau der erneuerbaren Energien die Beschaffungs- und Absatzmärkte der Energieversorgungsunternehmen erheblich.

Die Großhandelspreise für Strom und Gas haben sich im Jahr 2012 unterschiedlich entwickelt. Die Erdgas-Großhandelspreise stiegen im 1. Quartal stetig an. Im 2. Quartal gingen die Preise in eine Abwärtsbewegung über. Ab dem 3. Quartal zogen die Preise wieder an, anfangs mit starken Preissprüngen nach oben, die sich jedoch zum Ende des Jahres deutlich abschwächten und dann in einer Seitwärtsbewegung endeten.

Bei den Strom-Großhandelspreisen setzte nach einem kurzzeitigen Aufwärtstrend im Februar ein bis heute anhaltender Abwärtstrend ein. Der starke Zubau der erneuerbaren Energien drückte die Strompreise am EEX-Spotmarkt weiter stark nach unten. Dadurch erreichten die Großhandelspreise für die Kalenderjahre 2013 bis 2018 noch nie dagewesene Tiefststände.

Konventionelle Kraftwerke konnten durch die bevorzugte Einspeisung der regenerativen Energie sowie deren Vorabfinanzierung per EEG-Umlage bedeutend weniger wie geplant in das Stromnetz einspeisen, so dass die Wirtschaftlichkeit solcher Kraftwerke im bestehenden Energiemarktdesign nicht gegeben ist. Dies führte dazu, dass derzeit keine Investitionsentscheidungen für den Bau von neuen, flexiblen Kraftwerken (z. B. Gaskraftwerke) getroffen werden können. Diese Kraftwerke stellen jedoch einen wesentlichen Erfolgsfaktor für die Energiewende dar, da sie die Schwankungen von Sonne und Wind bei Bedarf ausgleichen und somit die Energieversorgung schnell und zuverlässig gewährleisten könnten. Wenn die Energiewende nicht gefährdet werden soll, besteht hier seitens der Politik dringender Handlungsbedarf.

Für eine erfolgreiche Energiewende sind auch Stromspeicher eine unabdingbare Voraussetzung. Der Aufbau von entsprechenden Speicherkapazitäten, die überschüssigen Strom aus erneuerbaren Energien speichern können, gewann auch in 2012 weiter an Bedeutung. Hierbei nehmen Pumpspeicherkraftwerke als bewährte Technologie eine zentrale Rolle ein, jedoch ist für den wirtschaftlichen Betrieb ein entsprechendes Energiemarktdesign die Voraussetzung. Wie in den Vorjahren auch, stellten neben den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen insbesondere politische, gesetzgeberische und regulatorische Entwicklungen die großen Herausforderungen für Energieversorgungsunternehmen dar.

Besonders bemerkenswert hierbei sind die unterschiedlichen Vorgaben der Politik für die Energiemärkte, die sich innerhalb kürzester Zeit entscheidend verändert haben. Noch im Herbst 2010 wurden von der Bundesregierung die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert. Nach der Atomkatastrophe in Fukushima im März 2011 hat die Bundesregierung im Juli 2011 ein neues Energiekonzept beschlossen und den kompletten Ausstieg aus der Atomkraft bis zum Jahr 2022 festgelegt. Das Gesetzespaket umfasst aber weit mehr als die Abschaltung der Kernkraftwerke, die erneuerbaren Energien sollen massiv ausgebaut, die Energieeffizienz verbessert und die Stromnetze erweitert werden. Die gesamte Energiebranche befindet sich daher inmitten eines Transformationsprozesses mit weitreichenden Konsequenzen für die Zukunft.

Eine große Herausforderung im Rahmen der Energiewende ist die regionale Verteilung der neuen Stromerzeugungsanlagen. Denn in Norddeutschland, wo der meiste Wind weht, produzieren immer mehr Windkraftanlagen viel Strom. Die großen Industriezentren liegen aber im Süden der Republik. Deswegen muss der Strom aus dem Norden über neue Stromtrassen in den Süden transportiert werden.

Ein leistungsfähiges Netz ist außerdem die Voraussetzung dafür, dass in Zukunft neue dezentrale Erzeugungsanlagen ihren Strom einspeisen können. Um den Netzausbau zu beschleunigen, will die Bundesregierung mit Hilfe eines Maßnahmenpakets die Länge der Planungs- und Genehmigungsverfahren reduzieren, für mehr Akzeptanz des Leitungsbaus bei den Bürgern sorgen und optimale Investitionsbedingungen schaffen. Hierfür wurde unter anderem das Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) überarbeitet.

Damit auch künftig eine hohe Netzstabilität gewährleistet werden kann, hat der Gesetzgeber im Rahmen des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) Vorschriften erlassen, die es den Netzbetreibern erlauben, bei Störung oder Gefährdung Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Versorgungssysteme sicherzustellen. Die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen betrifft alle Netzebenen, auch die Verteilnetzbetreiber.

Durch den verstärkten Regulierungsanspruch behördlicher Institutionen erhöht sich nicht nur die Komplexität der Geschäftsprozesse. Auch deren Umsetzung in die IT-Systeme ist mit einem enorm hohen Finanz- und Personalaufwand verbunden. Kaum sind die Systeme entwickelt und implementiert müssen die Geschäftsprozesse, häufig kurzfristig, auf geänderte regulatorische Vorgaben angepasst werden.

Bei den Strompreisen für den Endverbraucher hält die Entwicklungstendenz nach oben an. Der Anteil der staatlichen Preisbestandteile (EEG-Umlage, Stromsteuer, Mehrwertsteuer, etc.) lag im Jahr 2012 bereits bei ca. 45% des Strompreises und wird auf rund 50% in 2013 steigen. Die Befreiung von immer mehr atypischen Netznutzern und energieintensiven Unternehmen von den Netznutzungsentgelten (Sonderumlage gemäß §19 StromNEV), hat zu einer größeren Mehrbelastung der Privathaushalte geführt. Vor dem Hintergrund

steigender Umlagen und Strompreise sorgte diese Entwicklung für verstärkte Kritik und erhöhten Diskussionsbedarf in Politik und Öffentlichkeit.

Einen weiteren Baustein der Energiewende stellt die Energieeffizienz dar. Um ihre Klimaziele zu erreichen, hat die Europäische Union eine Energieeffizienzrichtlinie ausgearbeitet, die im Dezember 2012 in Kraft getreten ist. Die Mitgliedstaaten der EU verfolgen das Ziel, bis 2020 rund 20% weniger Energie zu verbrauchen als noch 2008. Die Richtlinie verlangt daher unter anderem, dass ab 2014 pro Jahr drei Prozent der öffentlichen Gebäude wie Schulen, Ämter und Kliniken zu sanieren sind. Kernelement der Effizienzrichtlinie ist die Verpflichtung, dass von 2014 bis 2020 jährlich 1,5 Prozent des durchschnittlichen jährlichen Endenergieabsatzes der Jahre 2010 bis 2012 eingespart werden muss. Hierbei wird den Mitgliedstaaten die Wahl gelassen, ob die Energieversorger verpflichtet werden sollen, dieses Endenergieeinsparziel zu erreichen oder die Regierung selbst Maßnahmen wie Förderprogramme oder Energiesteuern nutzt.

Der intensive Preiswettbewerb setzte sich im Jahr 2012 unvermindert fort. Die Stromlieferungsaktivitäten der SWU Energie GmbH konzentrieren sich hierbei auf alle Kundensegmente - Geschäfts- und Privatkunden - innerhalb und außerhalb des eigenen Netzgebietes.

Die intensiv durchgeführten Vertriebsmaßnahmen und -kampagnen sowie die eingeführten Produktinnovationen zeigten Erfolge, so dass die Strom-Absatzmenge an Endkunden gegenüber dem Vorjahr um rund 12,2% deutlich gesteigert werden konnte. Die Verkaufsmengen wurden erzielt, ohne damit die Strategie der ertragsorientierten Preispolitik zu ändern.

Um der Entwicklung auf dem Energiemarkt Rechnung zu tragen, wurde unter Federführung der Stabsstelle Projektentwicklung das bestehende Projektportfolio nach strategischen und wirtschaftlichen Kriterien bewertet sowie konsolidiert. Zudem wurde die Erzeugungsstrategie einer grundsätzlichen Überprüfung unterzogen und eine neu ausgerichtete SWU-Erzeugungsstrategie 2013+ auf der Klausurtagung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung verabschiedet. So wurde beschlossen, dass die Projektierungen von verbliebenen Erzeugungsprojekten, wie beispielsweise dem Pumpspeicherkraftwerk Blautal sowie dem Gas- und Dampfturbinenkraftwerk Leipheim, zeitlich verlangsamt werden. Ziel ist es, die Erzeugungsprojekte mit minimalem Aufwand bis zur Genehmigungsreife weiter zu entwickeln.

Darüber hinaus wurde im Jahr 2012 der Vertrieb von Stromprodukten über die SWU Online-Plattform weiter forciert. Mit diesem neuen Produkt und Vertriebsweg können Stromkunden in ganz Bayern und Baden-Württemberg beliefert werden. Im Jahr 2012 konnten über diesen Vertriebsweg rund 6.000 Neukunden gewonnen werden. Die gesamte Abwicklung erfolgt automatisiert, so dass die Prozesskosten entsprechend niedrig sind. Die Markteinführung SWU NaturStrom online wird im Januar 2013 erfolgen.

Im Erdgasmarkt intensivierte sich der Wettbewerb im Jahr 2012 weiter, jedoch konnte im Heizgasbereich die Kundenzahl leicht ausgebaut werden. Ausschlaggebend hierfür waren im Wesentlichen die Einführung neuer Produktvarianten sowie weiter verstärkte Vertriebsaktionen, von den Kunden gut angenommen wurden. Die Großkunden konnten - bis auf eine Ausnahme - mit individuellen Verträgen gehalten werden. Um Kundenverluste zu kompensieren und weitere Erträge zu erzielen, wurden im Jahr 2012 in externen Netzgebieten ebenfalls neue Geschäftskunden gewonnen. Die gesamte Absatzmenge lag mit insgesamt 1.485 GWh rund 0,5% über dem Vorjahr. Durch die steigenden Verkaufsmengen in externen Netzen konnte damit ein Anstieg der Verkaufsmenge realisiert werden.

Die Trinkwasser-Belieferungsmenge im Jahr 2012 stieg gegenüber dem Vorjahr um 3,3 %. Dies wird vornehmlich auf soziodemographische Strukturen im Trinkwasser-Konzessionsgebiet Ulm und Neu-Ulm zurückgeführt.

Der Fernwärme-Absatz erhöhte sich im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr deutlich um 11,2 %. Wesentlichen Einfluss hatte die Gewinnung neuer Kunden in Senden und Neu Ulm aber auch entsprechende Witterungseffekte.

Die Vermarktung der nicht unter dem EEG-Gesetz laufenden Stromproduktion der Muttergesellschaft SWU Energie GmbH belief sich auf ein Volumen von 454 GWh. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um den SWU-Anteil an der Produktion des GuD-Kraftwerks Hamm-Uentrop.

Neben dem verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien, kommt der Schaffung von Speichermedien wie beispielsweise Pumpspeicherkraftwerken und der Bereitstellung von erforderlichen Reservekapazitäten durch

bewährte und flexible Technologien, wie Kohle- und Gaskraftwerken, eine entscheidende Bedeutung für den Erfolg der Energiewende zu. In der Stromproduktion setzte die SWU Energie GmbH daher ihren eingeschlagenen Weg, die Erzeugungs- und Speicherkapazitäten weiter auszubauen und an der gesamten Wertschöpfungskette zu partizipieren, auch im Jahr 2012 fort. Laufende und neue Projektentwicklungen wurden jedoch aufgrund der Entwicklungen auf dem Energiemarkt entschleunigt, da sich die Mechanismen des Strommarktes zum Nachteil für konventionelle Kraftwerke entwickelt haben. So nahm der Zubau von Erzeugungsanlagen erneuerbarer Energieträger weiter rasant zu und erreichte 2012 ein ähnlich hohes Niveau wie bereits 2011. Dieser massive Ausbau der regenerativen Stromerzeugung, die zudem vorrangig in die Netze eingespeist und per EEG-Umlage vorab finanziert werden, führte zu einem Preisverfall an der Strombörse und den Preisen auf dem Großhandelsmarkt, der sich an der Börse orientiert. Für die Betreiber von nicht subventionierten konventionellen Kraftwerken wie Kohle und Gas bedeutet dies, dass sich ihre Betriebszeiten merklich verkürzen, da sich der erzeugte Strom nur unter dem tatsächlichen Gestehungspreis verkaufen lässt. Dieser Trend wird sich, bei Beibehaltung der bisherigen Markttrennung zwischen freiem Wettbewerbsmarkt und subventionierten Energien, weiter fortsetzen.

Das Gas- und Dampfturbinenkraftwerk auf dem ehemaligen Fliegerhorst der Bundeswehr in Leipheim bleibt, trotz der geänderten Rahmenbedingungen auf dem Energiemarkt, eines der größten Zukunftsprojekte der SWU Energie GmbH. Aufgrund der endgültigen Abschaltung des Kernkraftwerkes Gundremmingen in 2021 wird dieser Standort für die Stabilität der Energieversorgung im süddeutschen Raum an Bedeutung gewinnen. Zur Beschaffung von Kühlwasser wurden im Rahmen einer Vorplanung bereits mehrere Trassenvarianten untersucht. Weiterhin wurde in Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet Landkreis Günzburg, der Gemeinde Bubesheim und der Stadt Leipheim die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Bauleitplanung eingeleitet.

Das Pumpspeicherkraftwerk (PSW) im Blautal bildet einen weiteren wichtigen Baustein im Erzeugungsportfolio der SWU Energie GmbH. Es bietet als Speichermedium die Möglichkeit, Schwankungen in der Stromerzeugung kurzfristig auszugleichen sowie Spitzenstrom und Regelenergie zu produzieren. Nach Abschluss der Raumordnung Mitte 2012 konnten bei der Projektierung des PSW Blautal deutliche Fortschritte erreicht werden. Mit dem PSW können 60 MW Spitzenstrom und Regelenergie bereit gestellt werden, die Fertigstellung ist für 2018 geplant.

Bei dem hoch innovativen regionalen Projekt, der Holzgasanlage in Senden, wurde der Anlagenbau fertig gestellt. Verzögerungen in der Inbetriebsetzung führten dazu, dass erst im Oktober 2012 Strom (1,6 GWh) erzeugt wurde. Der Regelbetrieb ist jetzt ab Juli 2013 geplant. Danach soll das Kraftwerk jährlich 35,9 Mio. kWh Strom erzeugen und 41,6 Mio. kWh Wärme in das Fernwärmenetz von Neu-Ulm und Senden einspeisen.

Die SWU Netze GmbH hat im Rahmen des Pacht- und Dienstleistungsvertrages mit der SWU Energie GmbH den Betrieb der Netze durchgeführt.

Auch im Bereich ihrer Beteiligungen konnte die SWU Energie GmbH, Ulm (Donau) im Jahr 2012 ihr Engagement erfolgreich umsetzen.

Die SWU Energie GmbH und die Stadt Niederstotzingen haben sich 2012 dazu entschlossen, als gleichberechtigte Partner ein gemeinsames Stadtwerk zu gründen. Die Vorbereitungen hierfür wurden 2012 getroffen, so dass die künftigen "Stadtwerke Niederstotzingen" zum 1. Januar 2013 ihre operative Tätigkeit aufnehmen werden. Als Netzbetreiber wird die SWU Netze GmbH die Strom- und Gasnetze der Stadtwerke Niederstotzingen im Pachtverhältnis weiter betreiben. Die zeitnahe Übernahme der Stromkonzession in Nersingen ist nach wie vor von einer gerichtlichen Entscheidung abhängig, die im Herbst 2013 erfolgen soll. Beim Konzessionsgebiet Elchingen-Glockerau steht die SWU Energie GmbH mit dem vormaligen Konzessionsinhaber in Verhandlung.

Die Beteiligung der SWU Energie GmbH an der Trianel GmbH wurde im Rahmen einer Stammkapitalerhöhung in Höhe von 100 TEUR aufgestockt. Die Trianel GmbH mit Sitz in Aachen, ist ein Zusammenschluss von mehr als 50 kommunalen Energieversorgern und verfolgt durch den Handel mit Energie im In- und Ausland den Zweck, die örtliche Energieversorgung zu stärken. Darüber hinaus bietet die Trianel ihren Gesellschaftern verschiedene Dienstleistungen an. Ausgehend von der Trianel, werden Gemeinschaftsprojekte in Form von eigenständigen Projektgesellschaften verfolgt, an denen sich die einzelnen Trianel-Gesellschafter beteiligen können.

An der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG ist die SWU Energie GmbH seit 2009 beteiligt. Im Dezember 2010 wurde der Baubeschluss für den Bau von 40 Offshore Windkraftanlagen in der Nordsee, 45 km nördlich der Insel Borkum, gefasst. Die Leistungsscheibe der SWU Energie GmbH beträgt 10 Megawatt, dies entspricht zwei Offshore-Windkraftanlagen. Mit dem Bau wurde bereits begonnen, die Stromspeisung der ersten Anlagen erfolgt voraussichtlich ab Oktober 2013. Zusätzlich ist ein zweiter Bauabschnitt mit 40 Offshore-Windkraftanlagen in der Nordsee vorgesehen.

Die SWU Energie GmbH ist zu 5,28 % an der Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG beteiligt, was einer Leistungsscheibe von 40 Megawatt entspricht. Der Bau des Kraftwerks in Lünen verläuft nach Plan und alle technischen Anlagen sind installiert. Die Inbetriebsetzung hat bereits begonnen, der Regelbetrieb soll im 2. Halbjahr 2013 aufgenommen werden.

Am Standort Krefeld projektiert die Trianel Kraftwerk Projektgesellschaft mbH & Co. KG ein Gas- und Dampfkraftwerk (GuD) mit einer industriellen Kraftwärmekopplung zur Auskopplung von Prozessdampf für den angrenzenden Chemiepark Krefeld-Uerdingen. Die SWU Energie GmbH beabsichtigt, sich mit einer Leistungsscheibe von 30 MW an diesem Projekt zu beteiligen. Das Vorhaben weist, auch aufgrund von staatlichen Förderungen, eine hohe wirtschaftliche Attraktivität aus. Durch den Absatz von zwei Produkten (Strom, Dampf) ist es gegenüber Konkurrenzprojekten als wirtschaftlich solide einzuschätzen. Der Baubeschluss für das Projekt soll im Kreise der Projektgesellschafter Ende 2014 verabschiedet werden. Die Inbetriebnahme ist für Ende 2017 bzw. Anfang 2018 geplant.

Die Umsatzerlöse (ohne Strom- und Energiesteuer) der SWU Energie GmbH, stiegen im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr (304.957 T€) um 30.186 T€ auf 335.143 T€.

Das Betriebsergebnis der SWU Energie GmbH ist auch in 2012 deutlich positiv. Durch erhöhte Rückstellungen aufgrund der Erhöhung der Drohverlustrückstellungen für die Strombezugsverträge mit den Kraftwerken Hamm-Uentrop und Lünen um 12,1 Mio. € reduziert sich der Jahresüberschuss der SWU Energie GmbH gegenüber dem Vorjahr jedoch deutlich. Der abgeführte Gewinn der SWU Energie GmbH beträgt für das Jahr 2012 2.918 T€ (Vorjahr 26.055 T€). Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei der im Jahre 1998 erfolgten Firmengründung die Verbindlichkeiten in der Muttergesellschaft belassen wurden und auch die gesamte Ertragssteuerlast von dieser getragen wird. Die Konzessionsabgabe wurde auch im Jahr 2012 wieder voll erwirtschaftet.

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 21.383 T€ erhöht. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus weiteren Investitionen und der damit einhergehenden Finanzierung. Ein Großteil der Investitionen in die Sachanlagen entfiel auf die Erneuerung und den Ausbau der Netze und Anlagen zur Strom-, Erdgas-, Wasser- und Telekommunikationsversorgung. Die Finanzierung erfolgte fast ausschließlich aus Eigenmitteln. Ein weiterer Schwerpunkt der Investitionstätigkeit der SWU Energie GmbH, lag im Berichtsjahr wieder auf dem Ausbau der Stromerzeugungskapazitäten. Dies erfolgte im Wesentlichen über die sich im Bau befindliche Holzgasanlage in Senden.

Für das Jahr 2013 geht die SWU Energie GmbH, Ulm (Donau) von einer gleichbleibenden Nachfrage gegenüber dem Niveau des Jahres 2012 aus. Weiterhin ist von entscheidender Bedeutung, wie stark regulatorische Maßnahmen die Aktivitäten der nächsten Jahre beeinflussen (z. B. Umsetzungen gemäß neuem EnWG, Änderung der Netznutzungsentgelte, Einführung neuer Steuern/Umlagen). Kurzfristige und kostenrelevante Änderungen dieser Rahmenbedingungen können je nach Produkt und Kundensegment nur zeitversetzt im Markt weitergegeben werden. Dabei verschärft sich die Marktsituation im Energievertrieb zusätzlich durch die im Markt vorhandenen Überkapazitäten und der steigenden Anzahl der Wettbewerber. Zudem ist die Weitergabe von Kostensteigerungen an die Kunden oft nur unvollständig und mit Zeitverzögerung möglich. Durch die Anpassung der Privatkundenverträge (analog der Geschäftskundenverträge) hinsichtlich der Weitergabe von geänderten Steuern, Abgaben und Umlagen wurden hierbei bereits erste Maßnahmen umgesetzt.

Das aktuell sehr niedrige Niveau der Strom-Großhandelspreise erschwert die Erreichung der für die Vermarktung der Stromproduktion der SWU Energie GmbH gesetzten Erlösziele enorm. Das laufende Risiko-Reporting für die beiden Kraftwerke GuD Hamm-Uentrop und Kohlekraftwerk Lünen weist derzeit für die Jahre 2013 bis 2015 eine deutliche Planunterschreitung aus. Durch eine dementsprechend angepasste Vermarktungsstrategie wird versucht, die Realisierung von Verlusten weiter zu reduzieren.

Die SWU Energie GmbH rechnet vor dem Hintergrund des schwierigen Marktumfeldes für Energieversorger und der weiteren regulatorischen Maßnahmen der Regulierungsbehörde mit einer herausfordernden Situation. Ausschlaggebende Gründe hierfür sind u. a.:

- a) sinkende Margen aufgrund der Wettbewerbsentwicklung,
- b) steigende Erdgas-Beschaffungskosten und sinkende Erlöse bei der Stromvermarktung durch das sehr niedrige Preisniveau der Strom-Großhandelspreise.
- c) hohe Investitions- und Finanzierungskosten
- d) geringere Netznutzungsentgelte durch die festgelegten Erlösobergrenzen aus der Anreizregulierung.

Unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen wird in den Jahren 2013 und 2014 zumindest mit einem Betriebsergebnis auf dem Niveau von 2012 gerechnet.

SWU NETZE GMBH

Karlstraße 1
89073 Ulm
www.swu.de

1. Beteiligungsverhältnis

	Anteil v. H.	Stammkapital EURO
SWU Energie GmbH	100,00 =	105.000

2. Beteiligungen

Keine

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck

3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 03. Dezember 2004 in der Fassung der letzten Änderung zum 01.04.2011.

3.2. Gegenstand des Unternehmens ist im Rahmen seiner kommunalen Aufgabenstellung der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau der örtlichen Verteilungsanlagen für Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser in den Städten Ulm und Neu-Ulm und ihrer Umgebung sowie artverwandte Dienstleistungen in den vorgenannten Bereichen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben, insbesondere des EnWG, zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

3.3. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Berichtsjahr ist erfüllt. Auf die Leistungsdaten unter Ziffer 9 und den Lagebericht (Ziffer 10) wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens

4.1. Gesellschafterversammlung

4.2. Aufsichtsrat - 6 Mitglieder (Stand 31.12.2012)

Vorsitzender:	Jürgen Schäffner, Techn. Geschäftsführer SWU Energie GmbH
Stellv. Vorsitzender:	Hans-Peter Schaffner, Arbeitnehmervertreter
Mitglieder:	Matthias Berz, Kaufm. Geschäftsführer SWU Ulm/Neu-Ulm GmbH
	Gunter Czisch, Erster Bürgermeister der Stadt Ulm
	Josef Seidenfuß, Arbeitnehmervertreter
	Berthold Stier, Kämmerer der Stadt Neu-Ulm

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) an die Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 660 Euro.

4.3. Geschäftsführung
Dipl. Ing. (FH) Wolfgang Rabe

Angaben zu den Geschäftsführerbezügen siehe Konzernbericht.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Rechtliche und organisatorische Grundlagen

a) Ergebnisabführungsvertrag

Ein Ergebnisabführungsvertrag mit der SWU Energie GmbH wurde am 3. Dezember 2004 abgeschlossen. Der Abschluss eines Beherrschungsvertrags ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Durch den Verzicht auf einen Beherrschungsvertrag ist eine direkte Einflussnahme auf die operative Geschäftstätigkeit der Gesellschaft nicht gegeben. Für die SWU Netze GmbH wurde deshalb ein eigener, von der Muttergesellschaft abweichender, Aufsichtsrat eingerichtet. Dieser wurde mit Ge-

schäftsführern aus den Muttergesellschaften, zwei Vertretern der Städte Ulm und Neu-Ulm sowie zwei Betriebsräten besetzt.

b) Spaltungs- und Übernahmevertrag

Nach Maßgabe des Spaltungs- und Übernahmevertrags vom 01.04.2011 wurde der Strom- und Gasnetzbetrieb sowie der Technische Service von der SWU Energie GmbH auf die Gesellschaft ausgegliedert sowie das Stammkapital um 5.000 Euro erhöht. Die Umstrukturierung fand mit Wirkung zum 01.01.2011 statt.

5.2. Wirtschaftliche Grundlagen

a) Geschäftsbesorgungsvertrag

Am 01.01.2011 hat die Gesellschaft mit der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH, der SWU Energie GmbH und der SWU TeleNet GmbH einen Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen, um die konzernintern vorhandenen Kompetenzen zu nutzen und die erbrachten Dienstleistungen verursachungsgerecht ohne Gewinnzuschlag zu verrechnen. Die Aufgaben der SWU Netze GmbH bestehen dabei in der Erbringung von Dienstleistungen in der Netzplanung, -bau und -betrieb, Netzmanagement, Regulierungsmanagement sowie Asset Management.

b) Zum 01.01.2011 erfolgte die Ablösung des seit 2005 bestehenden Pachtvertrages mit der SWU Energie GmbH. Die Pacht der Wasser- und Fernwärmenetze endete zum 31.12.2010, sodass die SWU Netze GmbH ab dem 01.01.2011 nur noch die örtlichen Strom-, Gas- und sonstigen Verteilungsanlagen pachtet, in denen die SWU Energie GmbH Konzessionsnehmerin ist.

c) Mit Pachtvertrag vom 28.12.2007 wurde von den Gemeindewerken Hermaringen ab 01.01.2008 das örtliche Strom- und Gasversorgungsnetz gepachtet.

d) Am 11.10.2010 hat die TWH-Technische Werke Herbrechtingen ihr Strom- und Gasversorgungsnetz mit Wirkung vom 01.02.2009 an die SWU Netze GmbH verpachtet.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(Der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2012	2011	2010
Beschäftigte	275	267	17
Auszubildende	0	0	0

6. Bilanzen

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	3.694	2.802	0
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	677	202	0
Umlaufvermögen	34.402	25.526	23.746
Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	0
Summe	38.775	28.532	23.746
Passiva			
Eigenkapital	321	321	100
Rückstellungen	20.563	12.243	15.747
Verbindlichkeiten	17.891	15.968	7.899
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	38.775	28.532	23.746

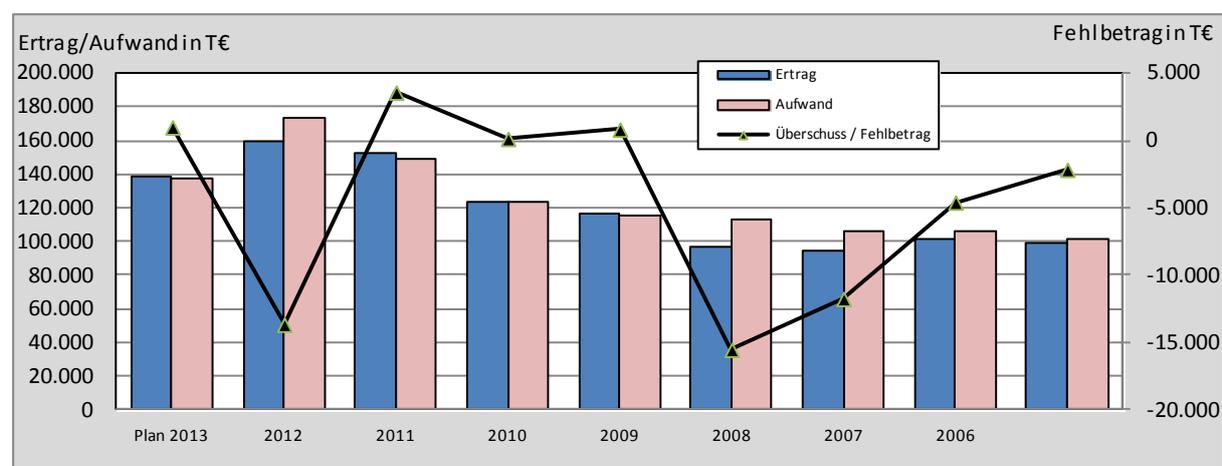
7. Gewinn- und Verlustrechnungen

7.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	156.359	149.031	122.880
Sonst. betriebl. Erträge, Bestandsveränderungen	2.856	3.686	1.126
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	10	5	7
Jahresfehlbetrag	13.663	0	0
Summe	172.888	152.722	124.013
Aufwand			
Personalaufwand	17.221	16.486	1.134
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	141.902	119.553	115.609
Sonst. betriebl. Aufwand	12.273	11.564	7.024
Abschreibungen	1.027	682	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	402	784	104
Steuern	63	62	0
Jahresüberschuss	0	3.591	142
Summe	172.888	152.722	124.013

7.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	138.644	159.225	152.722	124.013	115.967	97.098	94.475	101.815	99.010	0
Aufwand	137.644	172.888	149.131	123.871	115.134	112.630	106.225	106.401	101.164	1
Überschuss / Fehlbetrag	1.000	-13.663	3.591	142	833	-15.532	-11.750	-4.586	-2.154	-1



8. Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	Vorjahre nicht vergleichbar		
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	0,8	1,1			
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	negativ	1.118			
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	negativ	2,4			
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	negativ	15,3			
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	7,4	10,7			
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	11,3	10,5			
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	-12.520	5.602			
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	63	62			

9. Leistungsdaten

	2012	2011	2010
1. Netzlängen in km			
- Strom	3.156	3.131	2.920
- Erdgas	1.043	1.034	1.023
- Fernwärme	38	37	29
- Trinkwasser	769	768	766
2. Verteilte Mengen			
- Strom in Mio. kWh	1.504	1.484	1.464
- Erdgas in Mio. kWh	2.229	2.085	2.259
- Fernwärme in Mio. kWh	58,2	52,8	60
- Trinkwasser in Mio. m ³	12,1	11,8	11,9

10. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Bei den Strompreisen in Deutschland hält die Entwicklungstendenz nach oben an. Die preistreibenden Effekte beim Strom beruhen insbesondere auf den EEG-Umlagen und weiteren staatlichen Preisbestandteile. Dieser Anteil lag im Jahr 2012 bei knapp über 45% des Strompreises und wird im Jahr 2013 ca. 50% betragen. Mittlerweile liegen die Kosten für die Netzdurchleitung nur noch bei einem Anteil von 20% des Strompreises.

Um auch künftig eine hohe Netzstabilität zu gewährleisten, hat der Gesetzgeber in den §§13 und 14 des Energiewirtschaftsgesetzes Rahmenbedingungen geschaffen, die es den Übertragungsnetzbetreibern erlauben, bei Netzinstabilitäten Maßnahmen zu ergreifen, die der Störung oder Gefährdung der Versorgungssysteme entgegenwirken und deren Sicherheit und Zuverlässigkeit erhalten. Die Umsetzung aller erforderlichen Maßnahmen erfolgt kaskadierend über alle Netzebenen. Die Verteilnetzbetreiber, so auch die SWU Netze GmbH, sind Teil der Kaskadierung und haben beim Auftreten von Netzinstabilitäten geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Mit dem sich weiterentwickelnden Regulierungsanspruch behördlicher Institutionen erhöhen sich nicht nur die Komplexitäten in den Geschäftsprozessen, insbesondere auch deren Umsetzung in den IT-Systemen. Mit enorm hohem personellem und finanziellem Aufwand werden dadurch relevante Unternehmensressourcen gebunden. Kaum sind die Systeme entwickelt und implementiert müssen die Geschäftsprozesse, häufig kurzfristig, auf geänderte regulierungsseitigen Vorgaben angepasst werden. Mittlerweile erscheint die Gefahr einer Komplexitätsfalle - bedingt durch eine überbordende Regulierung - als nicht ausschließbar.

Die Energiewende wird ohne intelligente Netze (Smart Grid) nicht gelingen. Über die Verteilernetze, die 98% des Stromnetzes ausmachen, werden über 97% der erneuerbaren Energien eingespeist. Netzintelligenz ist der technische Nukleus des künftigen Energiesystems. Neben der Flexibilisierung des Kraftwerkparcs und der Bereitstellung von Speicherkapazitäten ist die Ausstattung der Verteilnetze mit Intelligenz ein unverzichtbarer Baustein der künftigen Energieversorgung. Eine sinnvolle Einbindung der hohen Zahl von Akteuren und Marktrollen, von Erzeugern und Lieferanten bis hin zum industriellen, gewerblichen oder privaten Letztverbraucher wird nur mit einem Ausbau von Informations- und Kommunikationstechnologien zum Smart Grid einhergehen. So wird es möglich sein, das sich verändernde Energieversorgungssystem von der verbraucherorientierten Erzeugung zu einem erzeugungsorientierten Verbrauch hin um zu gestalten.

Deutschland soll der Leitmarkt für die Elektromobilität werden - dies ist ein erklärtes Ziel der Bundesregierung. Eine Million Elektrofahrzeuge sollen bis 2020 im Alltagsbetrieb im Einsatz sein. Die Elektromobilität stellt für die Kommunen und deren Bürger eine Verbesserung der Lebensqualität dar. Lärm wird reduziert und lokal erzeugter PV-Strom zum Betrieb der E-Fahrzeuge eingesetzt zur Reduzierung schädlicher Abgase. Zur Integration erneuerbarer Energien in den Nutzungsbedarf von Elektrofahrzeugen werden intelligente Netzsteuerungen (Smart Grid) Voraussetzungen sein. Integraler Bestandteil zum Aufbau der Elektromobilität ist die zur Verfügungstellung der Ladeinfrastruktur. Die Netzbetreiber haben dazu die erforderliche Kompetenz und die geeignete technische Infrastruktur bietet die Voraussetzungen eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen.

Seit dem Jahr 2008 bei Gas und dem Jahr 2009 bei Strom ist die SWU Netze Pächterin der Netze in Niederstotzingen. Dieses Netzgebiet wurde von der SWU Energie konzessionsrechtlich übernommen und an die SWU Netze weiter verpachtet. Die Stadt Niederstotzingen hat sich zu Beginn dieses Jahres entschlossen mit der SWU Energie, als gleichberechtigtem Partner, ein gemeinsames Stadtwerk zu gründen. Die Vorbereitungen dazu wurden im Geschäftsjahr durchgeführt, so dass die künftigen "Stadtwerke Niederstotzingen" zum

01.01.2013 die operative Tätigkeit aufnehmen können. Als Netzbetreiber wird die SWU Netze die Strom- und Gasnetze der künftigen Stadtwerke Niederstotzingen im Pachtverhältnis weiter betreiben.

Nahezu unbeeinflusst von den gesetzlichen Gegebenheiten und den politischen Diskussionen zur EEG-Vergütung hat sich der Trend zum weiteren Ausbau der regenerativen Energieerzeugung im Netzgebiet der SWU Netze dramatisch fortgesetzt. Mit Ende des Geschäftsjahres wurden weitere 631 PV-Anlagen in Betrieb genommen, die eine Gesamtleistung von rund 17.000 kW darstellen. Die PV-Gesamtleistung im Netz liegt damit zum Jahresende bei 82.000 kW - bei nahezu 4.000 PV-Anlagen. Eine unter dem Gesichtspunkt der Energiewende erfreulichen Entwicklung. Netztechnisch stellt dieser dynamische Zuwachs die Netzbetreiber insgesamt vor große Herausforderungen. Das Halten der Netzstabilität, auch unter hoher Einspeisung und bei geringem Verbrauch wird künftig nur noch mit intelligenten Netzen möglich sein. Erste Erfahrungen dazu macht die SWU Netze in einem gemeinsamen Forschungsprojekt "Smart Solar Grid" mit der Hochschule Ulm. Das Projekt, das wissenschaftlich begleitet wird, läuft unter Realbedingungen in einem Teilnetz eines Ulmer Vorortes. Ziel des Projektes ist es u.a. anhand von Messwerten Maßgaben zu erhalten, wie die künftigen Verteilnetze aktiv, vorausschauend und effizient, unter Einflussnahmen regenerativer Stromerzeuger, zu betreiben sind. Das Projekt soll bis Mitte 2014 Anhaltspunkte und Vorgaben auch zur Auslegung künftiger Stromnetze und zum Netzmanagement liefern.

Die SWU Netze haben im Jahr 2012 den forcierten Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in den Städten Ulm und Neu-Ulm, sowie in den angrenzenden Außenbezirken, netztechnisch mit unterstützt. Derzeit stehen 48 Ladesäulen im Netzgebiet zur Verfügung. Damit hat die RegionUlm/Neu-Ulm die derzeit höchste Tankstellendichte für die Elektromobilität in Deutschland. Insgesamt 10 Stadtwerke und Energieversorger bieten nun mit über 80 Ladestationen von Geislingen über Ulm und Augsburg bis nach Oberstdorf im Allgäu eine nahezu flächendeckende Ladeinfrastruktur.

Maßgebend mitgeprägt hat das Geschäftsjahr auch bei der SWU Netze die BNetzA. Die BNetzA plant auf Basis des § 72 EnWG zunächst vorläufige Beschlüsse zur Festlegung der Erlösobergrenze der zweiten Regulierungsperiode im Gassektor zu erlassen. Diese Anordnungen sollen die Erlösobergrenzen ab dem 01.01.2013 vorläufig festlegen und zu einem unbestimmten Zeitpunkt durch einen endgültigen Beschluss ersetzt werden. Dies hat praktische Folgen für die Praxis. Die für die Kalkulation der Netzentgeltbildung basierende Erlösobergrenze kann sich ändern und somit auch die Netzentgelte sowohl für die Zukunft, wie auch rückwirkend. Die Abwicklung der Differenzen wird aller Voraussicht nach über das Regulierungskonto erfolgen.

Im Jahr 2012 hat die BNetzA die Kostenprüfung Strom zur Bestimmung des Effizienzwertes und der Erlösobergrenze für die 2. Regulierungsperiode vorgenommen. Mit der Festlegung des Effizienzwertes und der Erlösobergrenze durch die BNetzA wird derzeit im Jahr 2013 gerechnet.

Der Wettbewerb im Strom- und Gassektor wurde durch die Akteure auch im Geschäftsjahr aktiv wahrgenommen. Mit nahezu 150 Stromlieferanten und fast 100 Gaslieferanten stand die SWU Netze im Jahr 2012 in Geschäftsbeziehungen. Die SWU Netze transportierte für die Lieferanten die vereinbarten Energiemengen zu deren Kunden.

Gegenüber dem bundesdeutschen Trend zum Stromverbrauch, der im Jahr 2012 um 1,4% Prozent geringer war als im Vorjahr, lag der Gesamtstromverbrauch und damit die Transportmengen Strom im SWU Netzgebiet um 1,4% höher als im Vorjahr. Auch beim Gasverbrauch, der bundesweit um ein Prozent gestiegen ist, liegt die Steigerung im SWU-Netzgebiet im Geschäftsjahr bei 6,9%. Sehr stark beeinflusst wurde diese Entwicklung aufgrund der Witterung im Februar. Dieser Monat war unter gradzahltechnischer Betrachtung extrem kalt, so dass der Großteil des Zuwachses durch den zusätzlichen Raumwärmebedarf im privaten und industriellen-gewerblichen Bereich begründet liegt. Dies kommt insbesondere auch im Zuwachs des Transports der Fernwärmemengen von 11,2% zum Ausdruck. Der Transport von Trinkwasser lag im Geschäftsjahr mit 10,5 Mio. m³ um 3,2% höher als im Jahr 2011.

Das Ergebnis der SWU Netze verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr um 17,3 Mio. € und ist nun mit 13,7 Mio. € negativ. Hauptgründe hierfür sind die Mindermengenabrechnungen Strom für die Jahre 2009-2011 in Höhe von ca. 6,1 Mio. €, welche erst im Jahre 2012 ermittelt werden konnten und deshalb in den Vorjahren keine Vorsorge getroffen werden konnte. Hiervon betreffen 4,1 Mio. € Mindermengenabrechnungen mit der SWU Energie GmbH.

Die Erhöhung der Pachtzahlungen von rund 4 Mio. € resultiert aus der Anpassung der Pachtberechnung an die zu Grunde liegende Formel für Netzentgeltberechnungen. Weiterhin sanken die Netzentgelte aufgrund der Regulierung insgesamt ca. 1 Mio. €. Ein Grund für die Umsatz- und Materialkostensteigerungen ist der

Mechanismus der EEG-Abrechnungen. Im Geschäftsjahr erzielte die SWU Netze GmbH höhere Umsatzerlöse vom Übertragungsnetzbetreiber gegenüber dem Vorjahr in Höhe von ca. 11,4 Mio. €, im Gegenzug betrug die gestiegenen Vergütungen für die EEG-Einspeiser ebenfalls rund 11,4 Mio. €.

Die Branche befindet sich weiterhin im Umbruch. Die Übertragungsnetzbetreiber Mitteleuropas verstärken ihre Kooperation, um die Herausforderungen der europäischen und deutschen Energiewende schneller, effizienter und koordinierter zu bewältigen. National wird verstärkt auf der politischen Ebene über eine Zusammenführung der Übertragungsnetze diskutiert und teilweise auch politisch gefordert. Die mit der Energiewende einhergehende Dezentralisierung der Energieerzeugung wird andere Maßstäbe an die künftigen Kraftwerkskapazitäten richten als in der Vergangenheit. Das gleiche gilt für die Energieübertragung, von der Höchstspannungsebene bis auf die Verteilerebene. Die Fragen der Energiespeicherung werden von ähnlicher Bedeutung sein wie die Erzeugung selbst. Die künftigen Herausforderungen erfordern neue Sichtweisen - von der Erzeugung, über die Verteilung bis hin zum Verbrauch.

Die SWU Netze, als Teil des Gesamtsystems, wird von den künftigen Herausforderungen und Veränderungen mehr oder weniger stark betroffen sein. Stark beeinflusst ist die SWU Netze auch künftig durch die regulatorischen Vorgaben, die heute nicht so gestaltet sind, dass die notwendigen Mittel zum Umbau der Netze zur Verfügung stehen. Weiterhin wird der Anspruch der Regulierungsbehörden immer ausgeprägter, die letztlich ein unternehmerisches Handeln zunehmend einengen.

Gegenüber dem Jahr 2011, das mit einem Ergebnis von rd. 3,6 Mio. EUR abgeschlossen werden konnte, liegt das Ergebnis 2012 bei -13,7 Mio. EUR. Das Ergebnis der Gesellschaft für das Jahr 2013 und 2014 wird unter Maßgabe der Planungsprämissen bei rund 1 Mio. € prognostiziert.

Die Transportmengen werden auch künftig durch die konjunkturelle und klimatische Entwicklung beeinflusst sein. Mittel- und insbesondere langfristig ist mit rückläufigen Transportmengen - unter Ansatz eines gleichbleibenden Netzgebietes - zu rechnen. Erfolge aus der energetischen Gebäudesanierungen und des effizienten Gebrauchs von Energien, wie auch der Ausbau dezentraler Energieerzeugung wird eine rückläufige Entwicklung der Transportmengen- sowohl bei Strom wie bei Erdgas - zur Folge haben.

Eng verbunden mit der wirtschaftlichen Entwicklung der SWU Netze ist die Ausgestaltung der 2. Regulierungsperiode und damit die Festlegung des Effizienzwertes und der Erlösobergrenzen.

SWU TELENET GMBH

Karlstraße 1
89073 Ulm
www.swu.de

1. Beteiligungsverhältnis

	Anteil v. H.	Stammkapital EURO
SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH	100,00 =	755.000

2. Beteiligungen

	Anteil v. H.	Kommanditkapital EURO
G-FIT Gesellschaft für innovative Telekommunikationsdienste mbH & Co. KG	33,33 =	80.000

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck

3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 20.10.2011.

3.2. Der Gegenstand des Unternehmens besteht im Rahmen seiner kommunalen Aufgabenstellung in der Nutzung und dem Betrieb von TK-Netzressourcen. Die Netzgesellschaft erbringt Dienste, die im Zusammenhang mit den Steuerkabel- und TK-Netzen der SWU Energie und der Städte Ulm und Neu-Ulm stehen. Dies sind unter anderem TK-Netzdienste, IT-Netzdienste, Gerätedienste sowie Sonder- und Sicherheitsdienste.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderen Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder artverwandte Unternehmen und/oder Einrichtungen errichten, erwerben oder pachten.

3.3. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Berichtsjahr ist erfüllt. Auf die Leistungsdaten unter Ziffer 9 und den Lagebericht (Ziffer 10) wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens

4.1. Gesellschafterversammlung

4.2. Aufsichtsrat - 6 Mitglieder

Vorsitzender: Erster Bürgermeister Gunter Czisch, Stadt Ulm
Stellv. Vorsitzender: Hans-Peter Schaffner, Arbeitnehmervertreter
Mitglieder: Eduard Tschauner, Kaufm. Leiter Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH
Jürgen Schöffner, Techn. Geschäftsführer SWU Energie GmbH
Friedrich Kohler, Arbeitnehmervertreter
Kämmerer Berthold Stier, Stadt Neu-Ulm

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) an die Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 1.560 Euro.

4.3. Geschäftsführung
Dipl. Ing. Andreas Kövi

Angaben zu den Geschäftsführerbezügen siehe Konzernbericht.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Rechtliche und organisatorische Grundlagen

- a) Die Gesellschaft ist seit Januar 2001 tätig. Hierzu wurden die vorhandenen Netze der Stadt Ulm und der SWU Energie GmbH angemietet. Die erforderlichen Lizenzen nach dem Telekommunikationsgesetz wurden am 01.06.2001 durch die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post erteilt. Sie gelten für den Stadtkreis Ulm, Landkreis Neu-Ulm und den Alb-Donau-Kreis.

- b) Gewinnabführungsvertrag
Ein Gewinnabführungsvertrag mit der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH wurde am 22.09.2011 mit Wirkung zum 01.01.2011 abgeschlossen. Der Abschluss eines Beherrschungsvertrags war lizenzrechtlich nicht möglich.
- c) Durch den Verzicht auf einen Beherrschungsvertrag ist eine direkte Einflussnahme auf die operative Geschäftstätigkeit der Gesellschaft nicht gegeben. Für die SWU TeleNet wurde deshalb ein eigener, von der Muttergesellschaft abweichender, Aufsichtsrat eingerichtet.

5.2. Wirtschaftliche Grundlagen

- a) Für die beiden Schlüsselkunden Stadtverwaltung Ulm und SWU Konzern werden Dienstleistungen in nahezu dem gesamten Umfeld der Telekommunikation erbracht.
- b) Am 01.01.2011 hat die Gesellschaft mit der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH, der SWU Energie GmbH, der SWU Verkehr GmbH und der SWU Netze GmbH einen Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen, um die konzernintern vorhandenen Kompetenzen zu nutzen und die erbrachten Dienstleistungen verursachungsgerecht ohne Gewinnzuschlag zu verrechnen. Die Aufgaben der SWU Telenet GmbH bestehen dabei in der Erbringung von EDV-Leistungen und Telekommunikationsdienstleistungen.
- c) Für gewerbliche Kunden und für Carrier werden überwiegend Übertragungsdienste kombiniert mit Internetdienstleistungen über das Glasfasernetz der SWU TeleNet GmbH zur Verfügung gestellt. Außerdem werden Rechenzentrumsdienstleistungen angeboten.
- d) Privatkunden werden neben der Fernsehsignalversorgung auch Internetdienste und Telefondienstleistungen über das Kabelfernsehnetz der SWU TeleNet bereitgestellt. Bis 2013 sollen alle Teillorte über Glasfaser mit Internetdiensten versorgt werden. Das seit Anfang 2008 betriebene Funk-system wird dann zurückgebaut.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(Der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2012	2011	2010
Beschäftigte	58	55	28
Auszubildende	0	0	0

6. Bilanzen

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	3.803	3.254	1.889
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	1.297	1.164	317
Umlaufvermögen	777	1.019	531
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1
Summe	5.877	5.437	2.738
Passiva			
Eigenkapital	1.980	1.980	750
Rückstellungen	1.054	831	308
Verbindlichkeiten	2.794	2.573	1.621
Rechnungsabgrenzungsposten	49	53	59
Summe	5.877	5.437	2.738

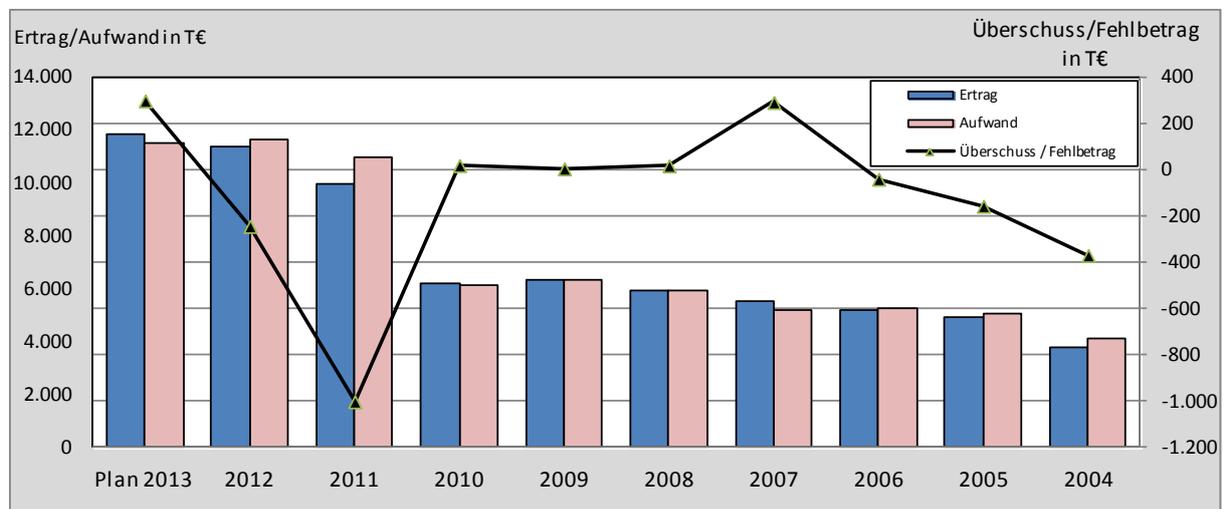
7. Gewinn- und Verlustrechnungen

7.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	11.053	9.593	5.921
Sonst. betriebl. Erträge	323	387	257
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	4	8	0
Jahresfehlbetrag	243	1.002	0
Summe	11.623	10.990	6.178
Aufwand			
Personalaufwand	4.014	4.090	1.812
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	2.041	1.779	1.879
Sonst. betriebl. Aufwand	4.092	3.672	1.907
Abschreibungen	1.340	1.406	541
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	132	39	16
Steuern	4	4	3
Jahresüberschuss	0	0	20
Summe	11.623	10.990	6.178

7.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	11.822	11.380	9.988	6.178	6.316	5.945	5.500	5.208	4.903	3.751
Aufwand	11.522	11.623	10.990	6.158	6.310	5.926	5.207	5.247	5.059	4.120
Überschuss / Fehlbetrag	300	-243	-1.002	20	6	19	293	-39	-156	-369



8. Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	34	36	27	37	34	35
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	negativ	negativ	2,7	0,8	2,6	39,1
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	negativ	negativ	0,4	0,1	0,3	5,4
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	negativ	negativ	1,3	0,9	1,7	15,0
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	39	45	34	43	49	59
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	87	81	81	88	71	58
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	1.071	586	562	443	489	715
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	69	74	65	66	59	57

9. Leistungsdaten

	2012	2011	2010
1. Länge Leitungen in km			
- Glasfaser	329	311	274
- Kupfer	330	330	330
- Koaxkabel	85	85	83
2. Anzahl betreuter Anschlüsse			
- Telefon	5.123	4.144	3.630
- EDV	6.167	4.521	4.420
- Breitbandkabel	18.900	18.469	17.652

10. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Die Anzahl der Internetanschlüsse im Privatkundenbereich konnte im Jahr 2012 um 1.646 Kunden auf 3.709 erhöht werden. Davon nutzen 1.849 Kunden zwischenzeitlich Telefondienstleistungen über Voice over IP, das sind 979 mehr als im Vorjahr.

Im Laufe des Jahres 2012 wurden im Breitband-Kabel-Netz weitere 500 Kunden aufgeschaltet und mit dem Fernsehsignal der SWU TeleNet GmbH neu versorgt. Damit erhalten ca. 18.900 Kunden das Fernsehsignal von der SWU TeleNet. Die Verfügbarkeit des Netzes konnte weiter deutlich gesteigert werden.

Das System, das ländliche Gemeinden über Funk mit DSL bis 7 Mbit/s Bandbreite versorgt, wurde nicht weiter ausgebaut, weil die Gemeinden bis 2013 mit Glasfaser durch die TeleNet erschlossen werden und damit ein wesentlich leistungsfähigeres Netz zur Verfügung steht. Insgesamt nutzen trotz KVZ-Ausbau noch 260 Kunden über Funk die Internetdienstleitung der SWU TeleNet im ländlichen Raum.

Im Bereich lokale Netze wurde das stadtweite NGN (Next-Generation-Network) das sog. Gigabit-Ethernet-Backbone weiter auf- und ausgebaut. Durch das NGN können Gewerbekunden kostengünstiger mit hohen Bandbreiten versorgt werden, weil die Tiefbaukosten erheblich durch kürzere Wege reduziert werden können. Zudem ist eine Mehrfachausnutzung der LWL Ressourcen möglich.

Die Erschließung der KVZ in den Teilorten ist bis auf die Gemeinden Unterweiler, Grimmelfingen, Steinheim und Burlafingen abgeschlossen. Der Terminplan für die Planung und den Tiefbau der zu erschließenden Gemeinden konnte jedoch auch 2012 nicht gehalten werden. In einem Teil der Gemeinden ist die Erschließung erst im November fertiggestellt worden und konnte nicht mehr vor Jahresende vermarktet werden. Insgesamt wurden 55 KVZ im Geschäftsjahr 2012 erschlossen.

Im Bereich der IT-Dienstleistungen konnten die Umsatzerlöse um ca. 800 T€ auf 4.730 T€ gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Dies lag an den Preiserhöhungen für das Jahr 2012. Die Umsatzerlöse im TK-Bereich konnten um 672 T€ auf 6.322 T€ erhöht werden. Die Steigerung beruht hier vor allem auf dem ex-

ternen Geschäft im Bereich Voice over IP. Die Gesamtleistung ist um 1.403 T€ angewachsen. Der Personalaufwand verminderte sich um 76 T€, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen jedoch um 420 T€ gegenüber 2011.

Das Geschäftsjahr 2012 hat mit einem Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung von -243 T€ unter den Erwartungen der Wirtschaftsplanung (Überschuss 752 T€) abgeschlossen. Die Verschlechterung des Jahresergebnisses ergab sich, wie bereits im Vorjahr, insbesondere durch Verzögerungen bei der Erschließung und Anbindung der Ortsteile an das Glasfasernetz der SWU und den daraus fehlenden Umsatzerlösen.

Der Jahresfehlbetrag wurde im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrags von der Muttergesellschaft SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH ausgeglichen.

Der weitere Netzausbau und die verstärkte Gewinnung von Privat- und Gewerbekunden lassen für 2013 ein positives Ergebnis (nach Plan 300 T€) erwarten. Der Anstieg der Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2013 ist begründet in der flächendeckenden Versorgung der Teilorte von Ulm und Neu-Ulm mit einem Potenzial von 10.000 möglichen Anschlüssen. Aber auch für Gewerbekunden in diesen Ortsteilen gibt es kostengünstige Breitbandprodukte die einen Erlösanstieg erwarten lassen.

SWU ENERGIE BETEILIGUNGSGESELLSCHAFT II MBH

(ab 01.01.2013 Stadtwerke Niederstotzingen GmbH)

Karlstraße 1

89073 Ulm

www.swu.de

1. **Beteiligungsverhältnis**

	Anteil v. H.	Stammkapital Euro
SWU Energie GmbH	100,00 =	25.000
Ab 01.01.2013:	50,00 =	12.500

2. **Beteiligungen**

keine

3. **Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / öffentlicher Zweck**

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 20.07.2006 mit Nachtrag vom 16.08.2006.
- 3.2. Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an Projekten und Übernahme von Betriebsführungen.
- 3.3. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Berichtsjahr 2012 ist erfüllt und ergibt sich aus der Verpachtung der Strom- und Gasversorgungsanlagen auf dem Gemeindegebiet Niederstotzingen an die SWU Netze GmbH.
- 3.4. Die Gesellschaft wurde zum 01.01.2013 gemäß Gesellschaftsvertrag vom 21.12.2012 in Stadtwerke Niederstotzingen GmbH umfirmiert. Unternehmensgegenstand ist seither der Betrieb von Energieversorgungsnetzen und Wasserversorgungsnetzen. Der Geschäftsanteil der SWU Energie GmbH beträgt 12.500 Euro (50%). Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 12.02.2013.

4. **Organe des Unternehmens**

- 4.1. Gesellschafterversammlung
- 4.2. Geschäftsführung (bis 20.12.2012)

Dipl. -oec. Matthias Berz	Kaufmännischer Geschäftsführer
Dipl.-Ing. (FH) Jürgen Schäffner	Technischer Geschäftsführer

Angaben zu den Geschäftsführerbezügen siehe Konzernbericht.

5. **Lage des Unternehmens**

- 5.1. Rechtliche, organisatorische und wirtschaftliche Grundlagen
 - a) Konzessionsverträge

Zwischen der SWU Energie GmbH und der Gemeinde Niederstotzingen wurden am 22.06.2007 Konzessionsverträge über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege zum Bau und Betrieb von Leitungen für die Gas- und Stromversorgung im Gemeindegebiet abgeschlossen. Die Übertragung auf ein anderes SWU-Konzernunternehmen ist zulässig.
 - b) Kaufverträge

Mit Vereinbarung vom 16.03.2009 wurden von der EnBW Ostwürttemberg DonauRies AG die Strom- und Gasversorgungsanlagen sowie die Netzkundenverhältnisse im Gemeindegebiet Niederstotzingen gekauft. Der Eigentums- und Besitzübergang erfolgte zum 01.04.2009.
 - c) Pachtverträge

Ab 01.04.2009 wurden die Strom- und Gasversorgungsanlagen auf dem Gemeindegebiet Niederstotzingen an die SWU Netze GmbH verpachtet. Der Pachtvertrag datiert vom 07.07.2010.
 - d) Ergebnisabführungsvertrag

Zwischen der SWU Energie GmbH und der SWU Energie Beteiligungsgesellschaft II mbH besteht mit Datum vom 20.07.2006 ein Ergebnisabführungsvertrag.

5.2. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal

6. Bilanzen

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	3.652	3.672	3.610
Umlaufvermögen	328	342	539
Summe	3.980	4.014	4.149
Passiva			
Eigenkapital	1.598	1.368	1.368
Ertragszuschüsse, Sonderposten	608	667	741
Rückstellungen	9	6	4
Verbindlichkeiten	1.765	1.973	2.036
Summe	3.980	4.014	4.149

7. Gewinn- und Verlustrechnungen

7.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	489	588	531
Sonst. betriebl. Erträge und Zinsen	1	1	3
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	490	589	534
Aufwand			
Personalaufwand	0	0	0
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	0	0	0
Sonst. betriebl. Aufwand	155	151	154
Abschreibungen aus Sach- u. Finanzanlagen	162	159	156
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	111	118	124
Jahresüberschuss	62	161	100
Summe	490	589	534

7.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	598	490	589	534	426	0	0	0		
Aufwand	571	428	428	434	203	1	1	1		
Überschuss	27	62	161	100	223	-1	-1	-1	0	0

5.2. Wirtschaftliche Grundlagen

a) Eigenkapital

Im Gesellschaftsvertrag ist geregelt, dass das Kapitalkonto II der Gesellschafter ebenfalls Eigenkapital im Sinne des Handelsrechts darstellt.

b) Bauvorhaben

Mit dem Neubau des Wasserkraftwerkes wurde in 2007 begonnen. Die Inbetriebnahme der Anlage erfolgte am 15.10.2009. Der erzeugte Strom wird in das öffentliche Netz eingespeist.

c) Betrieb

Die technische Betriebsführung des Wasserkraftwerkes erfolgt durch die SWU Energie GmbH.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(Der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2012	2011	2010
Beschäftigte	1	1	0
Auszubildende	0	0	0

6. Bilanzen

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	18.970	19.946	20.903
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	600	629	658
Umlaufvermögen	194	206	401
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	19.764	20.781	21.962
Passiva			
Eigenkapital	2.542	3.274	3.200
Rückstellungen	105	85	185
Verbindlichkeiten	17.117	17.422	18.577
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	19.764	20.781	21.962

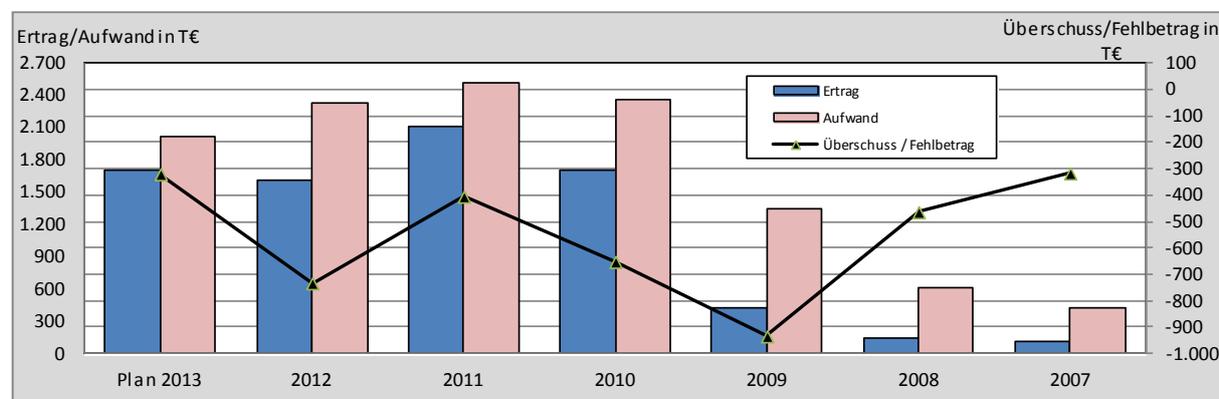
7. Gewinn- und Verlustrechnungen

7.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	1.529	1.996	1.653
Sonst. betriebl. Erträge	17	12	0
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	57	98	56
Jahresfehlbetrag	733	405	652
Summe	2.336	2.511	2.361
Aufwand			
Personalaufwand	52	57	13
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	12	53	180
Sonst. betriebl. Aufwand	300	360	146
Abschreibungen	1.011	1.013	1.007
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	961	1.028	1.015
Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss	0	0	0
Summe	2.336	2.511	2.361

7.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€						
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	1.700	1.603	2.106	1.709	417	150	107	66	0	
Aufwand	2.020	2.336	2.511	2.361	1.351	614	424	59	17	
Überschuss / Fehlbetrag	-320	-733	-405	-652	-934	-464	-317	7	-17	



8. Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	13	16	15	8		
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	negativ	negativ	negativ	negativ		
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	negativ	negativ	negativ	negativ		
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	1,2	3,0	1,7	negativ		
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	13	16	15	8		
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	99	99	98	98		
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	279	608	355	-648		

9. Leistungsdaten

Leistungsdaten	2012	2011	2010
	MWh	MWh	MWh
Stromerzeugung	15.600	19.400	17.069

10. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Die SWU Energie GmbH hat sich an der WKW Staustufe Kostheim/Main GmbH & Co. KG im November 2005 beteiligt. Mit dem Bau der Anlage wurde im November 2007 begonnen. Die Inbetriebnahme erfolgte am 15.10.2009, die Investitionen sind überwiegend abgeschlossen.

Die Gesamtleistung des Wasserkraftwerkes soll im Mittel ca. 18,2 Mio. kWh betragen. Die gesamt erzeugte Strommenge in Höhe von 15,6 Mio. kWh wurde 2012 in vollem Umfang nach den Vorschriften des EEG in das öffentliche Netz eingespeist. Dadurch konnte lediglich ein Durchschnittspreis 9,78 €Ct pro kWh erzielt werden. Die geringere Stromerzeugung (-19,4%) gegenüber 2011 lag an der jahresbedingten geringen Wasserführung des Mains und teilweise an der sanierungsbedürftigen Wehranlage.

Durch diesen im Vergleich zur früher möglichen Direktvermarktung niedrigeren Strompreis, sowie die Mindererzeugung von 3,6 Mio. kWh gegenüber 2011, sind die Erträge um ca. 468 T€ auf nunmehr 1.528 T€ zurückgegangen. Die ökologische Erfolgskontrolle konnte in 2012 abgeschlossen werden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf insgesamt 300 T€, davon 135 T€ in 2012.

Mit ursächlich für das hohe negative Ergebnis waren jedoch die fixen Abschreibungen (1.011 T€) sowie die Fremdkapitalzinsen (961 T€). Die Abschreibungen erfolgten durchwegs linear. Langlebige Wirtschaftsgüter

werden auf die ab Inbetriebnahme gegebene Restlaufzeit der wasserrechtlichen Genehmigung (23 Jahre) abgeschrieben, soweit nicht von einer kürzeren Nutzungsdauer auszugehen ist.

Wegen der hohen Abschreibungen und des hohen Zinsaufwandes wird das Unternehmen auch in 2013 erneut einen Verlust hinnehmen müssen. Außerdem ist eine Sanierung der Wehrwalzen wegen großer Leckagen, durch die WSV (Wasser- und Schifffahrtsverwaltung) bereits 2011 geplant, jetzt für April 2013 zugesagt. Die Sanierung führt zu einem dichteren Wehr und damit zu einer höheren Stromerzeugung im Kraftwerk.

Die private Vermarktung des erzeugten Stromes wird wegen der derzeit geltenden EEG-Bestimmungen auch in 2013 nicht möglich sein, so dass der Strom weiterhin in das regionale Versorgungsnetz der Stadtwerke Mainz eingespeist wird.

Der im Jahr 2012 eingebaute Schwimmbalken hat die Erwartungen nicht erfüllt, so dass er wieder ausgebaut und in 2013 in abgeänderter Bauweise ohne Mehrkosten erneut eingebaut wird. Der ursprünglich eingebaute Schwimmbalken hat den Belastungen des angeschwemmten Rechengutes nicht standgehalten. Mit der neuen, stabileren Ausführung, soll das angeschwemmte Rechengut in den Main abgeleitet werden können.

Risiken bestehen für die Gesellschaft grundsätzlich durch mögliche Zinsänderungen, für die teilweise eine Absicherung durch Zinsswaps vorgenommen wurde, sowie in der Wasserführung und durch behördliche Auflagen.

Die Chancen der Gesellschaft liegen in der langfristigen, umweltverträglichen Energieerzeugung, die durch gesetzliche Mindestpreise einen rentierlichen und risikoarmen Geschäftsbetrieb erwarten lassen, jedenfalls dann, wenn es gelingen sollte, eine Verlängerung der wasserrechtlichen Erlaubnis zu erreichen. Insgesamt wird für diesen Fall eine positive Entwicklung des Unternehmens erwartet.

SWU VERKEHR GMBH

Karlstraße 1
89073 Ulm
www.swu.de

1. Beteiligungsverhältnis

	Anteil v. H.	Stammkapital Euro
Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH	100,00 =	13.000.000

2. Beteiligungen

	Anteil v. H.	Stammkapital Euro
Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH	51,17 =	143.276

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 30.12.1998 in der Fassung vom 25.08.2004.
- 3.2. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst im Rahmen ihrer kommunalen Aufgabenstellung den Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs im Raum Ulm und Neu-Ulm, mobilitäts- und artverwandte Dienstleistungen sowie der Betrieb des Industriegleises.
- 3.3. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.
- 3.4. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Berichtsjahr ist erfüllt. Auf die Leistungsdaten unter Ziffer 9 und den Lagebericht (Ziffer 10) wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens

- 4.1. Gesellschafterversammlung
- 4.2. Aufsichtsrat - 15 Mitglieder
Besetzung siehe SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH

Die Bezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 2.600 Euro.

- 4.3. Geschäftsführung
- | | |
|---------------------------|--------------------------------|
| Dipl. -oec. Matthias Berz | Kaufmännischer Geschäftsführer |
| Dipl.-Ing. Ingo Wortmann | Technischer Geschäftsführer |

Angaben zu den Geschäftsführerbezügen siehe Konzernbericht.

5. Lage des Unternehmens

- 5.1. Rechtliche und organisatorische Grundlagen
- a) Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag
Gemäß Vereinbarung vom 30.12.1998 wurde mit steuerlicher Wirkung zum 01.12.1998 mit der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen. Das Vertragsverhältnis lief ursprünglich bis zum 31.12.2003 und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt wird.
- b) Geschäftsbesorgungsvertrag Stadtwerke Ulm

Am 01.01.2011 hat die Gesellschaft mit der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH, der SWU TeleNet GmbH und der SWU Netze GmbH einen Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen, um die konzernintern vorhandenen Kompetenzen zu nutzen und die erbrachten Dienstleistungen verursachungsgerecht zu verrechnen. Die Verrechnung erfolgt auf Vollkostenbasis ohne Gewinnzuschläge. Die Aufgaben der SWU Verkehr bestehen dabei in der Erbringung von Fuhrparkleistungen.

- c) Geschäftsbesorgungsvertrag Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH
Mit Wirkung vom 01.01.2010 wurde ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Schwaben Mobil Nahverkehr GmbH mit unbefristeter Laufzeit abgeschlossen. Die Aufgaben der Gesellschaft bestehen in der Durchführung des Verkehrs- und Betriebsmanagements.

5.2. Wirtschaftliche Grundlagen

- a) Zur Verkehrsbedienung der Städte Ulm und Neu-Ulm werden insgesamt 19 Linien, darunter eine Straßenbahnlinie betrieben. Der umfangreiche eigene Fuhrpark wird durch die Anmietung von Bussen privater Unternehmer ergänzt.
- b) Mit den Entsorgungsbetrieben Ulm (EBU) und der DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee (RAB) bestehen seit 2006 Kooperationen in der gemeinsamen Nutzung des Betriebshofes der SWU Verkehr GmbH sowie der Fahrzeuginstandhaltung.
- c) Mit Vertrag vom 11.04.2006 wurden 51,17 % der Anteile an der Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH, Bobingen, angekauft. Mit Fahrleistungsvertrag vom 26.09.2006/06.02.2007 und weiterer Zusatzverträge ist das Unternehmen seit 01.10.2006 mit der vollständigen Erbringung der Fahrleistungen der SWU Verkehr GmbH beauftragt. Der Fahrleistungsvertrag ist zum 01.01.2010 auf die SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH übergegangen. Zum Betrieb der SWU-Linien werden durch Arbeitsüberlassungsvertrag vom 03.08.2006 die hierzu erforderlichen Arbeitnehmer an Schwaben Mobil ausgeliehen. Darüber hinaus hat die SWU Verkehr GmbH ihre Fahrzeuge und Abstellflächen an die Schwaben Mobil vermietet und mittels Dienstleistungsvertrag die Fahrzeuginstandhaltung übernommen.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(Der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2012	2011	2010
Beschäftigte	235	245	258
Auszubildende	0	0	0

6. Bilanzen

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	19.584	21.485	22.029
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	1.561	1.526	1.399
Umlaufvermögen	14.196	16.328	17.899
Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	2
Summe	35.342	39.340	41.329
Passiva			
Eigenkapital	22.235	22.235	22.235
Rückstellungen	7.419	7.486	7.387
Verbindlichkeiten	5.688	9.619	11.707
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	35.342	39.340	41.329

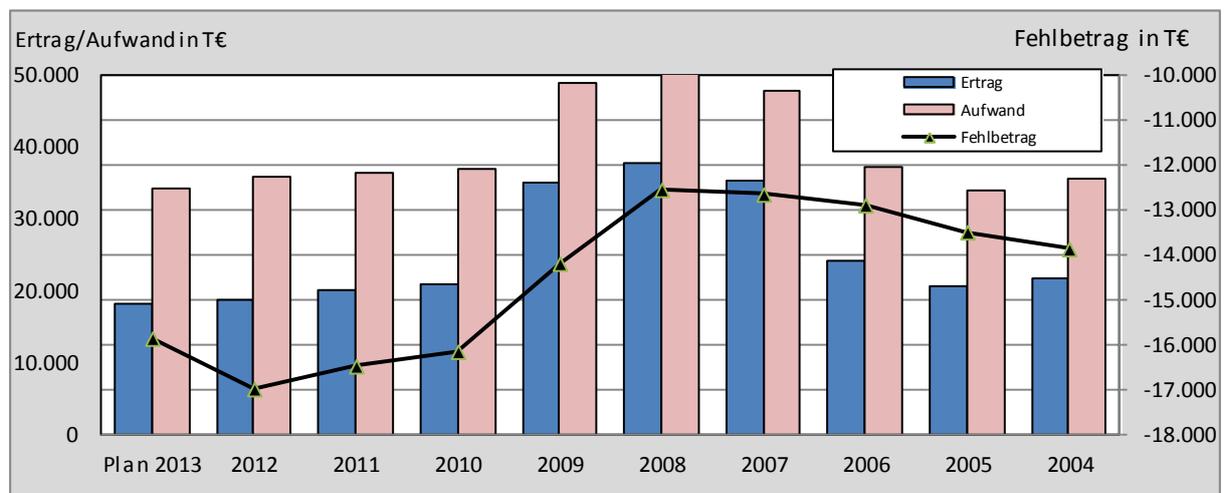
7. Gewinn- und Verlustrechnungen

7.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	17.202	18.158	17.985
Sonst. betriebl. Erträge u. aktivierte Eigenleistungen	1.629	1.726	2.774
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	35	90	33
Jahresfehlbetrag	16.988	16.477	16.152
Summe	35.854	36.451	36.944
Aufwand			
Personalaufwand	14.049	14.080	14.678
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	10.353	10.782	10.944
Sonst. betriebl. Aufwand	7.682	7.526	7.599
Abschreibungen	2.458	2.832	2.783
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.305	1.224	933
Steuern	7	7	7
Summe	35.854	36.451	36.944

7.2. langfristige Darstellung

	T€									
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	18.311	18.866	19.974	20.792	34.976	37.939	35.359	24.305	20.639	21.768
Aufwand	34.169	35.854	36.451	36.944	49.160	50.473	47.997	37.184	34.121	35.628
Fehlbetrag	-15.858	-16.988	-16.477	-16.152	-14.184	-12.534	-12.638	-12.879	-13.482	-13.860



8. Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	63	57	54	51	40	22
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	negativ	negativ	negativ	negativ	negativ	negativ
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	negativ	negativ	negativ	negativ	negativ	negativ
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	negativ	negativ	negativ	negativ	negativ	negativ
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	105	97	95	90	93	67
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	60	58	57	57	43	33
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	-14.280	-13.585	-12.784	-11.546	-9.510	-10.255
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	60	57	57	61	55	53

9. Leistungsdaten

	2012	2011	2010
a) Linienlänge			
- Straßenbahn	10,3 km	10,3 km	10,3 km
- Omnibus	199,3 km	209,6 km	206 km
- Haltestellen	428	442	411
b) Wagenpark			
- Straßenbahn-Triebwagen	10	10	10
- Omnibusse	6	6	8
- Gelenkornibusse	55	57	55

10. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Die Geschäftstätigkeit der SWU Verkehr GmbH, Ulm (Donau), umfasst die Erbringung von Leistungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und artverwandte Dienstleistungen in den Städten Ulm/ Neu-Ulm und der angrenzenden Regionen. Dies beinhaltet im Wesentlichen:

- Verkehrsmanagement mit Rechnergestütztem Betriebsleitsystem (RBL),
- Vorhaltung der Straßenbahn- und von Eisenbahninfrastruktur,
- Vorhaltung der Straßenbahnfahrzeuge,
- ÖPNV-Planungsleistungen für die konzeptionelle Angebotsgestaltung und den Infrastrukturausbau sowie
- Werkstattleistungen und Fuhrparkmanagement für den SWU-Konzern und Dritte.

Die Fahrdienstleistungen im Bus- und Straßenbahnverkehr werden von der Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH, als 51 %iger Tochter der SWU Verkehr, erbracht.

Im Berichtsjahr wurde der Prozess zur Effizienzsteigerung und Erhöhung der Kundenorientierung, nunmehr im Auftrag der SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH, fortgesetzt. Ziel ist eine Steigerung des Ertrages, die für die Erreichung der wirtschaftlichen Ziele der Mittelfristplanung unerlässlich ist. Wesentliche Einzelbausteine sind:

- Das bisher bei der SWU Verkehr GmbH eingesetzte Vertriebssystem Atrios wird durch eine neue Software mit CRM-Funktionalitäten ersetzt, so dass die Kundenbetreuung wesentlich verbessert werden kann. Im Berichtsjahr wurde die Installation des Systems fortgesetzt. Die Inbetriebnahme erfolgt im Januar 2013.
- Die Anstrengungen zur Akquise von Firmenkunden über die Profi Tickets und Semesterticketkunden wurden fortgesetzt. Außerdem wird der Verkauf von Veranstaltungskarten über das Servicecenter traffiti forciert. Aufgrund der erheblichen Zunahme der Nachfrage sowohl im Bereich des Veranstaltungskartenverkaufs als auch beim Fahrkartenverkauf musste der Stellenplan im Berichtsjahr für traffiti um 0,7 Vollzeitkräfte erhöht werden. Der Mehraufwand wird über Vertriebsprovisionen refinanziert.

Die SWU Verkehr GmbH hat in 2009 die Eisenbahnlinie von Senden nach Weißenhorn gepachtet. Zunächst diente die Maßnahme dazu, die Strecke zu sichern, da die Deutsche Bahn AG diese stilllegen wollte. Damit konnte gewährleistet werden, dass der täglich eingesetzte Güterzug weiterverkehren kann. Dies wiederum trug bei den anliegenden Firmen, die den Gütertransport auf der Schiene nutzen, dazu bei, dass Standort-schließungen vermieden werden konnten und Erweiterungsinvestitionen ausgelöst wurden. Das Vorhalten dieser Trasse kann durch die SWU Verkehr GmbH zu geringeren Kosten als bei der Deutschen Bahn AG bewerkstelligt werden und ist kostendeckend.

Nach den derzeitigen Planungen ist vorgesehen, ab Dezember 2013 den Personenverkehr nach Weißenhorn wieder aufzunehmen. Hierfür sind folgende Schritte notwendig bzw. bereits erfolgt:

- Der Freistaat Bayern hat als Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr auf seinem Territorium der SWU Verkehr GmbH eine sogenannte Bestellgarantie über die zu erbringende Zugleistung ausgehändigt. Sie läuft über 15 Jahre und kann unter dem Vorbehalt der positiven Entwicklung der Fahrgastzahlen sowie der Verfügbarkeit entsprechender Haushaltsmittel des Freistaats Bayern um insgesamt 18 Jahre verlängert werden. Sie dient dazu, der SWU Verkehr GmbH über diesen Zeitraum eine Sicherheit für die notwendigen Investitionen zu geben.
- Nach Erhalt der Bestellgarantie baut die SWU Verkehr GmbH die Strecke aus. Der geplante Baubeginn liegt im Frühjahr 2013.

- Zur Inbetriebnahme der Strecke vergibt der Freistaat Bayern den Betrieb an ein geeignetes Unternehmen und finanziert diesen über ein sogenanntes Bestellerentgelt. Das Verfahren läuft derzeit.
- Der Betreiber wiederum bezahlt aus dem Bestellerentgelt, welches er vom Freistaat Bayern erhält, die Trassennutzung über ein sogenanntes Trassenentgelt. Dieses fließt der SWU Verkehr zu und dient zur Refinanzierung der Investitionen.

Im Berichtsjahr wurde das Planfeststellungsverfahren durchgeführt. Der Planfeststellungsbeschluss wird im ersten Quartal 2013 erwartet. Derzeit werden Gesamtkosten von rund 10 Mio. € kalkuliert, von denen die SWU Verkehr GmbH nach Abzug von Kostenbeteiligungen Dritter knapp 8 Mio. € zu tragen hat. Das Vorhaben ist insgesamt mit den vom Freistaat Bayern vorgegebenen Trassen- und Stationsentgelten für die SWU Verkehr GmbH wirtschaftlich und in der Mittelfristplanung berücksichtigt.

Im Auftrag der Städte Ulm und Neu-Ulm laufen seit 2008 bzw. 2009 Planungen für Strecken zur Wissenschaftsstadt, zum Kuhberg und nach Ludwigsfeld.

Nachdem die Entwurfs- und Genehmigungsplanung für die Strecke Wissenschaftsstadt Hauptbahnhof Ulm - Kuhberg abgeschlossen ist, läuft derzeit das Planfeststellungsverfahren. Im Spätsommer 2013 soll der Gemeinderatsbeschluss zum Bau der Strecken erfolgen. Der Baubeginn ist für Anfang 2014 geplant. Die Fertigstellung erfolgt Ende 2016. Der zweite Teilabschnitt soll in 2016 beginnen und 2018 abgeschlossen werden.

Die öffentliche Hand (Bundesrepublik Deutschland, Land Baden-Württemberg, Stadt Ulm) übernehmen nach der derzeitigen Planung die Investitionskosten vollständig. Der Betrieb wird über die SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH abgewickelt. Die entsprechenden Zahlen sind dort ebenfalls in der Mittelfristplanung abgebildet. Die Mehraufwendungen für den Straßenbahnbetrieb und den Unterhalt der Trasse werden durch höhere Fahrgeldeinnahmen und Minderaufwendungen im Busbetrieb erwirtschaftet.

Die Strecke nach Neu-Ulm hat in den Wirtschaftlichkeitsberechnungen zunächst kein positives Ergebnis gebracht. Im Rahmen einer Überarbeitung der Konzeption wurde nunmehr aber eine Lösung gefunden, die volkswirtschaftlich vorteilhaft ist und die damit förderfähig wäre. Derzeit ist allerdings kritisch, dass die in Anwendung befindlichen Regelungen zur Förderung von Infrastrukturvorhaben Ende 2019 auslaufen. Die Streckenabschnitte in Ulm sind bis zu diesem Datum errichtet und abgerechnet. Für den Streckenabschnitt nach Neu-Ulm ist dies nicht mehr möglich, sodass die momentane Planungsstufe abgeschlossen, aber das Projekt vorerst nicht weiterverfolgt wird. Sollten auch nach 2019 Fördermöglichkeiten durch Verlängerung der jetzigen oder durch in Kraft setzen neuer gesetzlicher Regularien bestehen, können die Arbeiten zur Realisierung der Straßenbahnstrecke wieder aufgenommen werden.

Die SWU Verkehr GmbH konnte ihr Defizit im letzten Geschäftsjahr nicht abschmelzen. Das Ergebnis verschlechterte sich um 510 T€ gegenüber dem Vorjahr. Hauptgründe sind die Mehrkosten im Bereich der Instandhaltung der Busse in Höhe von 200 T€ und geringere Deckungsbeiträge von Werkstattleistungen im Drittgeschäft.

Insgesamt ist ein Verlust von 16.988 T€ (Vorjahr 16.477 T€) auszuweisen, der im Rahmen des bestehenden Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrages vom Mutterunternehmen, der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH übernommen wird.

Das vorgesehene Restrukturierungskonzept wird in den Folgejahren weiter konsequent umgesetzt, um das operative Defizit der SWU Verkehr GmbH zu senken. Die SWU Verkehr plant in 2013 und 2014 mit Verlusten welche über 15,5 Mio. € liegen werden.

SWU NAHVERKEHR ULM/NEU-ULM GMBH

Karlstraße 1
89073 Ulm
www.swu.de

1. Beteiligungsverhältnis

	Anteil v. H.	Stammkapital Euro
Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH	100,00 =	50.000

2. Beteiligungen

	Anteil v. H.	Stammkapital Euro
Donau-Iller-Nahverkehrsverbund GmbH (DING)	12,50 =	10.000

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 18.12.2008.
- 3.2. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst im Rahmen ihrer kommunalen Aufgabenstellung die Erbringung öffentlicher Personennahverkehrsdienste auf dem Gebiet von Ulm und Neu-Ulm einschließlich ein- und ausbrechender Verkehre.
- 3.3. Die Gesellschaft ist interner Betreiber der Städte Ulm und Neu-Ulm i.S.d. Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates und ist im Falle der Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags an die Vorschrift des Artikels 5 Abs. 2 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 gebunden. Diese Beschränkungen gelten auch für jedes andere Unternehmen, an dem die Gesellschaft auch nur geringfügig beteiligt ist.
- 3.4. Abgesehen von diesen Beschränkungen ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich im Rahmen der kommunalen Vorschriften hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.
- 3.5. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Berichtsjahr ist erfüllt. Auf die Leistungsdaten in Ziffer 8 und den Lagebericht (Ziffer 9) wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens

4.1. Gesellschafterversammlung

4.2. Aufsichtsrat - 15 Mitglieder

Besetzung siehe SWU Stadtwerke Ulm/Neu GmbH

Die Bezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 2.626 Euro.

4.3. Geschäftsführung

Dipl. -oec. Matthias Berz	Kaufmännischer Geschäftsführer
Dipl.-Ing. Ingo Wortmann	Technischer Geschäftsführer

Angaben zu den Geschäftsführerbezügen siehe Konzernbericht.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Rechtliche und organisatorische Grundlagen

a) Betrauungsauftrag Stadtverkehr Ulm/Neu-Ulm

Die SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH wurde am 26. November 2009 von der Stadt Ulm und der Stadt Neu-Ulm mit der Verkehrsbedienung im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) beauftragt. Der Vertrag trat am 01. Januar 2010 in Kraft und hat eine feste Laufzeit bis zum 31. Dezember 2019.

b) Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

Gemäß Vereinbarung vom 26. August 2009 wurde mit steuerlicher Wirkung zum 01.01.2009 zwischen der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH und der SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen. Das Vertragsverhältnis läuft bis zum 31.12.2014 und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt wird.

5.2. Wirtschaftliche Grundlagen

a) Seit 1998 besteht nach Gründung einer Donau-Iller-Nahverkehrverbund GmbH (DING) im Juni 1997 ein einheitlicher Verbundtarif. Dem Mischverbund gehören diverse Verkehrsunternehmen und mehrere Gebietskörperschaften an. Die Deutsche Bahn AG ist dem Verbund vertraglich angeschlossen.

b) Mit der SWU Verkehr GmbH wurde mit Wirkung zum 01.01.2010 ein Kooperationsvertrag über die Nutzung der Infrastruktur der SWU Verkehr und ein Dienstleistungsvertrag über die Übernahme bestimmter Dienstleistungen im Bereich Vertrieb, Marketing, Planung und Abrechnung durch die SWU Verkehr geschlossen.

c) Zum 1. Januar 2010 ist der Fahrleistungsvertrag vom 26.09.2006/06.02.2007 der SWU Verkehr GmbH mit der Schaben Mobil Nahverkehr Service GmbH auf die SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH übergegangen.

d) Zwischen der Gesellschaft und der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH besteht eine umsatz-, gewerbe- und körperschaftssteuerliche Organschaft.

5.3. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal

6. Bilanzen

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	0	0	0
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	10	10	10
Umlaufvermögen	1.677	3.083	3.421
Summe	1.687	3.093	3.431
Passiva			
Eigenkapital	50	50	50
Rückstellungen	27	45	6
Verbindlichkeiten	1.610	2.998	3.375
Summe	1.687	3.093	3.431

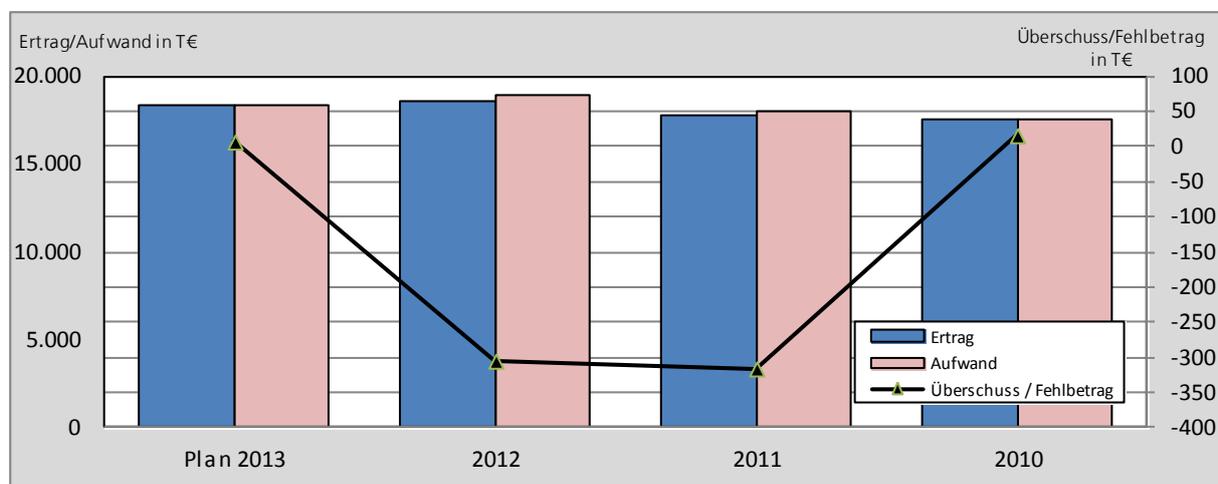
7. Gewinn- und Verlustrechnungen

7.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	18.513	17.672	17.550
Sonst. betriebl. Erträge u. aktivierte Eigenleistungen	73	50	39
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	10	14	3
Jahresfehlbetrag	305	316	0
Summe	18.901	18.052	17.592
Aufwand			
Personalaufwand	0	0	0
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	17.399	16.851	16.652
Sonst. betriebl. Aufwand	1.447	1.150	906
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	55	51	18
Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss	0	0	16
Summe	18.901	18.052	17.592

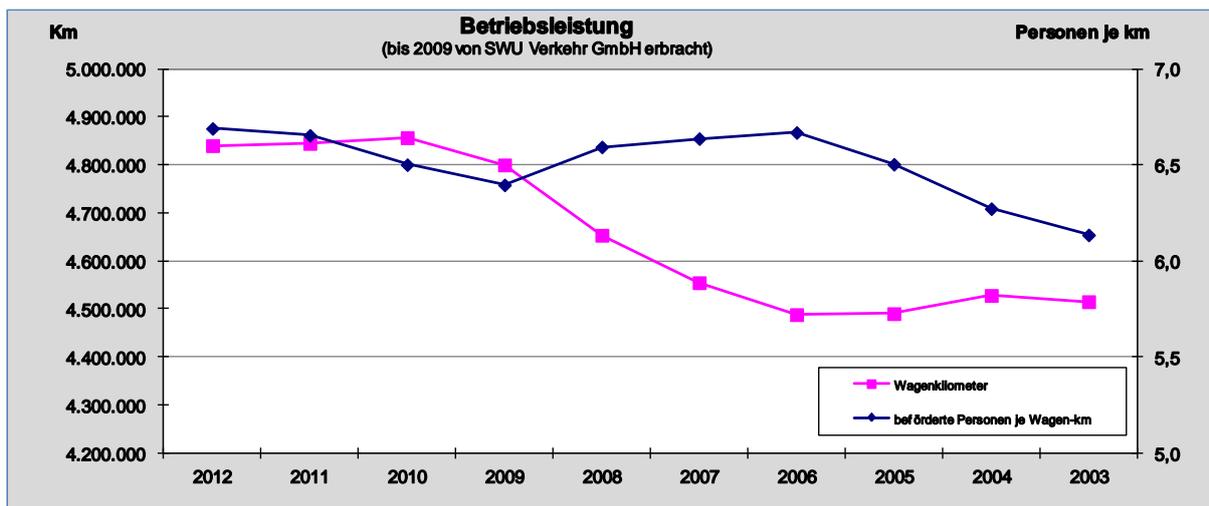
7.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	18.383	18.596	17.736	17.592	0	0				
Aufwand	18.376	18.901	18.052	17.576	6	5				
Überschuss / Fehlbetrag	7	-305	-316	16	-6	-5	0	0	0	0



8. Leistungsdaten

Leistungsdaten Nahverkehr	2012	2011	2010
a) Wagenkilometer			
- Omnibusse	4.132.717	4.133.416	4.144.916
- Straßenbahn	707.533	711.420	711.874
- Gesamt	4.840.250	4.844.836	4.856.790
b) Wagenkilometer je Mitarbeiter	20.568	19.785	18.819
c) beförderte Personen	32.388.224	32.239.023	31.575.457
d) beförderte Personen je Wagenkilometer	6,69	6,65	6,50
e) Nutzplatzkilometer	522.057.759	524.426.433	479.330.710



9. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Die SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH, Ulm (Donau) hat zum 01.01.2010 die operative Tätigkeit aufgenommen. Diese ist für die Bereiche

- Fahrplanung,
- Fahrgastinformation und Werbung in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund Donau-Iller-Nahverkehrsverbundgesellschaft (DING),
- Bestellung der ÖPNV-Leistungen bei Subunternehmen sowie
- Vertrieb der ÖPNV-Leistungen

verantwortlich und besitzt die Liniengenehmigungen nach Personenbeförderungsgesetz. Die SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH beschäftigt kein eigenes Personal, sondern bezieht sämtliche Leistungen von Dienstleistern, wie der Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH, Bobingen, der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH und der SWU Verkehr GmbH.

Nachdem die letzte umfangreichere Umgestaltung des Liniennetzes 15 Jahre zurückliegt, sind in 2011 und 2012 detaillierte Analysen zur Auslastung der Linien und Entwicklung der Siedlungsstrukturen angestellt worden. Auf Basis dieser Ergebnisse ist eine Überplanung des Linienangebotes erfolgt, um das Angebot noch stärker am Markt auszurichten. Das Konzept wurde zum Fahrplanwechsel 2012 umgesetzt.

Um die Einnahmen perspektivisch weiter zu steigern, optimiert die SWU Verkehr GmbH als Dienstleister der SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH den gesamten Vertriebsbereich. Dies umfasst:

- nachfragegerechte Weiterentwicklung des Personaleinsatzes,
- Einführung eines neuen Vertriebssystems mit CRM-Funktionalitäten und
- Fortschreibung des Marketingkonzeptes.

Die Aufteilung der Einnahmen zwischen den Unternehmen im Verkehrsverbund DING erfolgt bisher auf Basis eines Alteinnahmeverfahrens. Die Anteilsverhältnisse rühren aus den Jahren 1998 (Gründung DING) und 2003 (Aufnahme des Biberacher Verkehrsverbundes). Nach langwierigen Verhandlungen konnte erreicht werden, dass ein leistungsgerechtes Einnahmeaufteilungsverfahren eingeführt wird. Die hierzu notwendige Verkehrszählung wurde in 2011 ausgewertet. Nach ersten Analysen hat die SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH im Rahmen des neuen Aufteilungsverfahrens gegenüber dem heutigen Stand einen höheren Einnahmeanteil zu erwarten. Der neue Einnahmeaufteilungsvertrag konnte allerdings im Berichtsjahr noch nicht unterschrieben werden.

Das Jahresergebnis ist geprägt durch die Umsatzerlöse aus dem Nahverkehrsverbund DING, dem Zukauf der Fremdleistungen von der Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH sowie den sonstigen Konzernverrechnungen. In 2012 ist ein Jahresfehlbetrag von -305 T€ entstanden (Plan Überschuss 6 T€). Das negative Ergebnis resultiert aus Forderungsniederschlagungen und nicht geplanten abgerechneten Dienstleistungen durch die DING.

Nach derzeitigen Planungen, ist davon auszugehen, dass die leistungsgerechte Einnahmeaufteilung im DING rückwirkend ab 2013 umgesetzt wird. Um die unmittelbaren Auswirkungen der Änderungen zu minimieren,

wurde diskutiert, die über das neue Verfahren ermittelten Einnahmen mit Hilfe eines Korrekturverfahrens den Alteinnahmen anzugleichen. Dieser Korrekturfaktor wird über einen noch zu bestimmenden Zeitraum abgeschmolzen. Damit treten die Effekte durch die neue Einnahmeverteilung zeitverzögert auf. Die SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH wird in den Verhandlungen darauf hinwirken, dass dieser Übergangszeitraum möglichst kurz ist, da sie, wie oben dargestellt, nach ersten Analysen durch das neue Verfahren einen höheren Einnahmeanteil zu erwarten hat.

Im Berichtsjahr hat die Gewerkschaft ver.di mit erheblichen Streikmaßnahmen bewirkt, die Lohntarife für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schwaben Mobil anzuheben. Kernpunkt ist, dass ver.di anzweifelt, dass der LBO als bayerischer Tarifvertrag in Ulm/ Neu-Ulm anwendbar sei, da zwar die Niederlassung in Neu-Ulm und damit auf dem Territorium des Freistaats Bayern liege, aber das Fahrpersonal vom Betriebshof der SWU Verkehr in Ulm, also von Baden-Württemberg aus, eingesetzt werde. Schwaben Mobil hat ein diesbezüglich angestrigtes Gerichtsverfahren gegen ver.di erstinstanzlich verloren. Aus diesem Grund wurde nun zwischen der Schwaben Mobil und der Gewerkschaft ver.di eine tarifliche Anwendungsvereinbarung abgeschlossen, die Gehaltsverbesserungen, mehr Urlaub usw. für die Mitarbeiter der Schwaben Mobil vorsehen. Insgesamt steigt damit die finanzielle Belastung der SWU Nahverkehr Ulm/ Neu-Ulm um ca. 1,2 Mio. € in 2013. Dies wird über den Ergebnisabführungsvertrag mit der SWU Stadtwerke Ulm/ Neu-Ulm GmbH finanziert.

Die SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH geht in 2013 und 2014 mit einem Gewinn in Höhe von 7 T€ bzw. 13 T€ aus. Diese Ergebnisse werden im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH abgeführt.

Die SWU Verkehr GmbH plant im Auftrag der Städte neue Straßenbahnlinien. Die SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH wird nach der Fertigstellung für die Abwicklung des Betriebes verantwortlich sein. Nach den derzeitigen Planungen soll die erste Strecke in 2016 fertiggestellt werden. Die finanziellen Auswirkungen sind in der Mittelfristplanung des Unternehmens berücksichtigt.

TFU-TechnologieFörderungsUnternehmen GmbH

Sedanstr. 14

89077 Ulm

www.tfu.de

1. Beteiligungsverhältnisse

	Anteil v.H.	Stammkapital Euro
Stadt Ulm	29,64 =	252.700
Stadt Neu-Ulm	26,96 =	229.850
Alb-Donau-Kreis	14,82 =	126.350
Landkreis Neu-Ulm	18,82 =	160.450
Industrie- und Handelskammer Ulm	6,10 =	52.050
Universität Ulm	3,66 =	<u>31.200</u>
Stammkapital insgesamt		852.600

2. Beteiligungen

keine

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 21.12.2006.
- 3.2. Gegenstand des Unternehmens sind die Errichtung und der Betrieb einer Technologiefabrik, eines Innovations- und Biotechnologiezentrums in Ulm und eines Technologie- und Gründerzentrums in Neu-Ulm.
- 3.3. Das Unternehmen will jungen innovativen Unternehmen den Aufbau eines am Markt erfolgreichen Unternehmens erleichtern. Dies geschieht insbesondere durch die Bereitstellung von Büro-, Werkstatt-, Laborräumen und Gemeinschaftseinrichtungen, von zentralisierten Verwaltungs- und Büroleistungen sowie durch das Angebot von Beratungsdiensten.
- 3.4. Der Gesellschaft ist berechtigt, andere Leistungen gleicher oder ähnlicher Art zu erbringen. Sie darf Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen und vertreten und sich an solchen Unternehmen beteiligen.
- 3.5. Die unter Ziffer 10 aufgeführten Leistungsdaten belegen die Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

4. Organe des Unternehmens

- 4.1. Gesellschafterversammlung
- 4.2. Gesellschafterausschuss
Der Gesellschafterausschuss ist mit Vertretern der Gesellschafter besetzt. Er bereitet insbesondere die Sitzungen der Gesellschafterversammlung vor.
- 4.3. Beirat (derzeit nicht besetzt)
- 4.4. Geschäftsführung

Dipl.-Kffr. Ulrike Hudelmaier (M.A. University of Oregon)

5. Lage des Unternehmens

- 5.1. Wirtschaftliche Grundlagen
 - a) Für die *TechnologieFabrik* ist seit 1985 in der Schillerstr. 18 ein Gebäude von der Stadt Ulm angemietet. Das Gebäude wurde zum 30.04.2013 an die Stadt Ulm zurückgegeben.

Mit Mietvertrag von 1998 wurde von der Stadt Neu-Ulm das Gebäude Marlene-Dietrich-Str. 5-7 angemietet. In dem Gebäude ist das *GründerZentrum* untergebracht. Die Gesellschaft hat mit Kaufvertrag vom 19.09.2001 das Anwesen Sedanstr. 14 von der EADS Deutschland GmbH erworben. In dem Gebäude befindet sich das *BiotechnologieZentrum*.

Mit Kaufvertrag vom 27.07.2012 wurde das Objekt Lise-Meitner-Str. 9, Ulm, von der Projektentwicklungsgesellschaft Ulm mbH (*InnovationsZentrum*) erworben. Das Objekt wurde von der Gesellschaft selbst finanziert.

- b) Für den Aufbau und die Einrichtung der Zentren wurden verschiedene Zuschüsse, insbesondere aus Mitteln der Länder Baden-Württemberg und Bayern, sowie der EU-Gemeinschaftsinitiative KONVER bereitgestellt. Die Zuschüsse sind voll ausbezahlt und abgerechnet. Zum Teil sind Vorgaben hinsichtlich der Belegung und Zweckbindung zu beachten.
- c) Zur Finanzierung der Erwerbs- und Umbaukosten für das Biotechnologiezentrum wurde von den Gesellschaftern mit Vertrag vom 31.01./06.02.2002 ein Konsortialkredit unter der Führung der Sparkasse Ulm bereitgestellt.

5.2. Organisatorische Grundlagen

Die Geschäftsführung ist seit 01.06.2006 an die Steinbeis Beratungszentren GmbH, Stuttgart übertragen. Seit 01.01.2007 ist im Rahmen dieses Geschäftsbesorgungsvertrags Frau Ulrike Hudelmaier zur Geschäftsführerin bestellt.

Die Gesellschaft beschäftigt zur Erledigung des laufenden Geschäftsbetriebes eigenes Personal. Die Buchhaltung ist extern vergeben.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2012	2011	2010
Beschäftigte	4,15	4,15	4,15
Auszubildende	0	0	0

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	0	0	0
- Zinszuschuss Biotechnologiezentrum	0	-11	-10
- Zuschuss Betrieb	39	36	41
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Gewinnabführung	0	0	0

7. Bilanz

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Anlagevermögen	5.681	1.796	1.863
Umlaufvermögen	642	482	444
Rechnungsabgrenzungsposten	1	2	10
Summe	6.324	2.280	2.317
Passiva			
Eigenkapital	351	351	319
Rückstellungen	130	24	60
Verbindlichkeiten	5.843	1.905	1.938
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	6.324	2.280	2.317

8. Gewinn- und Verlustrechnung

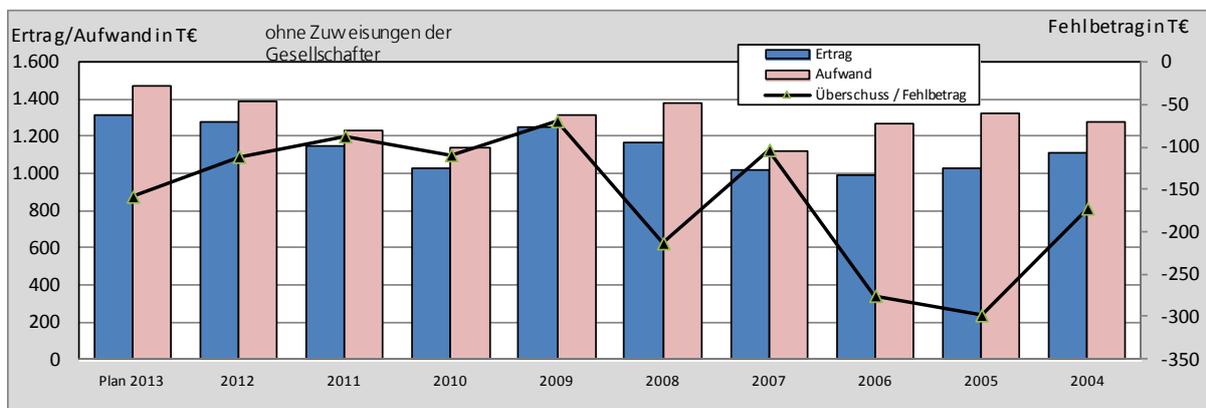
8.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	1.269	1.120	1.011
Sonst. betriebl. Erträge	12	28	13
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	2
außerordentliche Erträge von Gesellschaftern	111	119	133
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	1.393	1.268	1.159
Aufwand			
Personalaufwand	145	163	151
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	920	803	703
Sonst. betriebl. Aufwand	67	67	79
Abschreibungen	132	105	103
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	119	88	90
Steuern	10	10	9
Jahresüberschuss	0	32	24
Summe	1.393	1.268	1.159

8.2. langfristige Darstellung

Ohne Zuweisungen der Gesellschafter	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	1.315	1.282	1.149	1.026	1.246	1.163	1.022	993	1.025	1.110
Aufwand	1.473	1.393	1.236	1.135	1.315	1.376	1.125	1.268	1.323	1.282
Überschuss / Fehlbetrag	-158	-111	-87	-109	-69	-213	-103	-275	-298	-172

Anmerkung: 2005 u. 2006 Umstrukturierung und Neuausrichtung. 2008 u. 2009 erhöhte Aufwendungen wegen Sanierung Biotechnologiezentrum. Ab 2010 geringere Umsatzerlöse wegen Rückgabe Innovationszentrum. Ab 01.08.2012 Erwerb Lise-Meitner-Strasse (InnoZ neu)



9. Kennzahlen

	Anga- ben in	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 sonderposten am Gesamtkapital	%	6	15	14	12	14	15
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen (ohne Ertragszuschüsse)	%	6	20	17	15	18	19
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	90	79	80	81	78	78
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	132	136	126	67	-74	39
Personalaufwand je Mitarbeiter - ohne nebenamtl. Geschäftsführer	T€	35	39	36	35	38	33

10. Leistungsdaten

	Mietfläche	2012	2011	2010
	Stand 31.12.2012	vermietet	vermietet	vermietet
Objekte				
- TechnologieFabrik (TeFa)	987 m ²	76,9%	93,2%	95,1%
- Innovationszentrum Lise-Meitner-Str. (InnoZ)*	2568 m ²	100,0%		
- BiotechnologieZentrum (BioZ)	2.529 m ²	93,2%	91,5%	93,2%
- GründerZentrum (GTZ)	2.748 m ²	88,7%	82,0%	81,8%
Gesamtfläche/Auslastung	7.832 m ²		87,6%	88,5%
Anzahl Partnerunternehmen		68	65	64

* ab 01.08.2012

Umsatzerlöse nach Objekten	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
- TechnologieFabrik (TeFa)	117	137	138
- InnovationsZentrum LMS (InnoZ) ab 01.08.2012	167	0	0
- BiotechnologieZentrum (BioZ)	635	651	546
- GründerZentrum (GTZ)	349	331	327
Gesamt	1.268	1.119	1.011

11. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Die Gesamtauslastung der TFU hat sich nach einem mehrjährigen Anstieg auf hohem Niveau stabilisiert.

Die Auslastung des BiotechnologieZentrums konnte auch 2012 auf dem erreichten hohen Stand gehalten werden. Weitere Instandhaltungsmaßnahmen wurden durchgeführt, um den in den ersten Jahren des Immobilieneigentums entstandenen Stau nach und nach aufzulösen. Ende 2012 wurde zudem beschlossen, die erwirtschafteten Überschüsse für die Sanierung der Sanitäranlagen der Stockwerke 2, 3 und 4 zu verwenden.

Das GründerZentrum in Neu-Ulm ist zwar gut ausgelastet, doch nicht ganz voll. Daher bietet es als einziges der Häuser die für die Aktivitäten der TFU dringend benötigten Ausweich- und Erweiterungsflächen. Im Gebäude wurden Maßnahmen ergriffen, um die Attraktivität auch in der tageweisen Vermietung zu erhöhen. Die im Vorjahr erneuerte Bestuhlung und die Renovierung der Seminarräume haben sich bezahlt gemacht.

Die Technologie Fabrik konnte aufgrund der absehbar notwendigen Instandsetzung nicht gehalten werden. Daher hatten die Gesellschafter die Geschäftsleitung der TFU bereits im Herbst 2010 beauftragt, Alternativen zu suchen. Diese wurden im Jahr 2011 erarbeitet und durch Gutachten sowie umfangreiche Berechnungen belegt. Die Ergebnisse wurden im Ausschuss, in der Gesellschafterversammlung sowie in den Gremien der Gesellschafter ausführlich beraten. Sie führten schlussendlich dazu, dass die Gesellschafterversammlung in der Frühjahrssitzung 2012 auf der Basis der Zustimmung der Gesellschaftergremien Ende 2011 den Ankauf der Immobilie Lise-Meitner-Straße von der PEG genehmigt hat. Die TechnologieFabrik wurde daraufhin entmietet. Dies geschah und geschieht ohne nennenswerte Nachteile für die vorhandenen Mieter und in enger Abstimmung mit diesen. Der Prozess wird Ende März 2013 beendet sein.

Die TFU konnte und kann somit ihr wichtigstes Ziel, die Unterstützung von Existenzgründern und Gründerinnen, insbesondere durch Hilfe und Unterstützung im Tagesgeschäft, nicht nur weiter ausbauen, sondern dies, trotz des bekannten Defizits, in wirtschaftlich sehr erfolgreicher Weise tun. Letztlich ist die Höhe der Vermietung zwar nicht ausschlaggebend für den Erfolg für die Region, doch ist eine gute Vermietung selbstverständlich anzustreben, um Beiträge der Gesellschafter möglichst gering zu halten.

Auf Grund der sehr guten Auslastung, einer effizienten Betriebsführung und trotz zusätzlicher Instandhaltungsmaßnahmen wurde im Jahr 2012 mit -111 T€ ein Defizit (vor Gesellschafterzuschüssen) erreicht, das unter dem Planwert von -159 T€ liegt.

Die Umsatzerlöse konnten gesteigert werden und übertreffen mit 1.269 T€ den Planwert von 1.189 T€ deutlich. Die Aufwendungen sind insgesamt gestiegen und liegen mit 1.393 T€ geringfügig über dem Planansatz von 1.364 T€. Mehraufwendungen gegenüber dem Plan ergaben sich durch zusätzliche Instandhaltungen um die Attraktivität der Gebäude zu erhalten bzw. zu steigern. Durch den Kauf des InnovationsZentrums sind gegenüber dem Vorjahr sowohl Abschreibungen als auch Zinsaufwendungen höher als bisher.

Die TFU ist langfristig auf einen gewissen Anteil von Zuschüssen angewiesen, um ihre Aufgaben im Rahmen der Wirtschaftsförderung erfüllen zu können. Der von den Gesellschaftern zu leistende Zuschuss wird minimiert. Die TFU wird auch in den nächsten Jahren im Rahmen ihrer im Gesellschafterkreis abgestimmten Planungen jeweils die Zuschusshöhe diskutieren und dann für das Folgejahr eine Zusage über die Deckung der genehmigten Budgetlücken erhalten, die anteilig von den Gesellschaftern übernommen werden. So ist ein dauerhaft belastbarer Betrieb gewährleistet.

Der Wirtschaftsplan für 2013 wurde im September 2012 unter konservativen Annahmen aufgestellt. Er enthält eine leichte Umsatzsteigerung und schließt durch den Gesellschafterbeschluss vom 11. Oktober 2012 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Auch weiterhin ist es die Aufgabe der TFU, rasch auf Änderungen zu reagieren und Gründerinnen und Gründern umfassende Hilfestellung anzubieten. Diese wird angenommen und resultiert in sehr geringen Ausfällen im Kreise der Unternehmen. Die Geschäftsleitung ist entschlossen, in der immer ungewissen wirtschaftlichen Lage von Gründerinnen und Gründern alles daran zu setzen, die der TFU anvertrauten Unternehmen flexibel, innovativ und in deren bestem Interesse durch ihre ersten Jahre zu leiten.

ULM-MESSE GMBH (UM)**Böfinger Straße 50****89073 Ulm**

www.ulm-messe.de

1. Beteiligungsverhältnis
 - Stadt Ulm – alleinige Gesellschafterin
 - Stammkapital 260.000 €
2. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck
 - 2.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 26.09.2005.
 - 2.2. Errichtung und Betrieb von Ausstellungshallen und sonstigen Veranstaltungsräumen sowie die Besorgung damit verbundener Geschäfte, insbesondere:
 - a) An- und Vermietung, Verpachtung und Betrieb der Veranstaltungshäuser
 - Donauhalle, Messefoyer, Gastronomiegebäude und kl. Saal, Freigelände und Volksfestplatz
 - Ausstellungshallen Böfinger Straße 50 (Hallen 1-3)
 - Kornhaus, Kornhausplatz 1
 - Congress-Centrum (CCU) am Valckenburgufer (80-Tage-Kontingent)
 - b) Betrieb, Vermietung und Verpachtung der gesellschaftseigenen Ausstellungshallen Böfinger Straße 52 (Hallen 4-7)
 - c) An- und Vermietung der mit den o.g. Veranstaltungshäusern zusammenhängenden Einrichtungen und Anlagen
 - d) die Durchführung eigener Veranstaltungen. Aufgrund der Aufsichtsratsbeschlüsse von 1993 und 2002 jedoch derzeit ruhend.
 - 2.3. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, ihn fördern oder wirtschaftlich berühren; sie kann sich insbesondere an anderen Unternehmen beteiligen, solche erwerben oder veräußern.
 - 2.4. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ist erfüllt. Auf die unter Ziffer 9 angegebenen Leistungsdaten wird verwiesen.
3. Organe des Unternehmens
 - 3.1. Gesellschafterversammlung
 - 3.1.1. Aufsichtsrat – 12 Mitglieder (Stand 31.12.2012)

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Ivo Gönner
Stellv. Vorsitzender:	Erster Bürgermeister Gunter Czisch
Mitglieder:	Stadträtin Katja Adler
	Stadträtin Dr. Karin Graf
	Stadtrat Walter Grees
	Stadtrat Konstantinos Kontzinos
	Stadträtin Dorothee Kühne
	Stadträtin Jessica Kulitz
	Stadträtin Ulrike Lambrecht
	Stadträtin Helga Malischewski
	Stadtrat Ralf Milde
	Stadtrat Winfried Walter

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 4.080 €.
 - 3.2. Geschäftsführung

Jürgen Eilts, Betriebswirt (staatl. gepr.)

Der Geschäftsführer erhielt 2012 Gesamtbezüge (einschließlich Arbeitgeberaufwand für Altersversorgung und geldwerter Vorteil Dienstwagen) in Höhe von 114.059,52 Euro.

4. Lage des Unternehmens

4.1. Wirtschaftliche Grundlagen

a) Eigene Hallen

Die Gesellschaft besitzt auf dem Ausstellungs- und Messegelände in der Friedrichsau zwei ältere mit einem Zwischentrakt verbundene Ausstellungshallen von 7 200 m² Ausstellungsfläche (Hallen 4-6), eine 1997 erbaute Halle 7 mit einer Ausstellungsfläche von 2 100 m² sowie eine Parkfläche von 3.000 m². Die Baulichkeiten sind auf Grundstücken der Hospitalstiftung Ulm aufgrund eines unbefristeten Mietvertrages errichtet.

b) Fremde Hallen und Veranstaltungsräume

Mit Vertrag vom 12.07.1988 und diversen Nachträgen hat die Gesellschaft von der Stadt Ulm angepachtet:

- Donauhalle mit Donausaal, Foyer und Gastronomie
- Messehallen 1-3
- Festplatz und Vorplatz vor dem Messefoyer
- Freigelände in der Friedrichsau (Hallenfläche rd. 13 500 m², Freigelände rd. 30 000 m²)
- Kornhaus in der Innenstadt.

Mit Vertrag vom 14.06.1989 hat die Ulm-Messe GmbH zudem von der Maritim Hotelgesellschaft mbH das Congress Centrum am Valckenburgufer (CCU) bei einem Belegungsrecht von bis zu 80 Tagen jährlich gepachtet.

c) Seit dem 01.01.2012 ist die Gesellschaft auch für die Durchführung der Wochenmärkte und den Weihnachtsmarkt der Stadt Ulm verantwortlich.

4.2. Organisatorische Grundlagen

Die Gesellschaft beschäftigt zur Erledigung des laufenden Geschäftsbetriebes eigenes Personal. Verschiedene Querschnittsaufgaben sind im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages der Stadt Ulm übertragen. Seit 01.01.2007 erfolgt die Buchhaltung durch ein externes Steuerberatungsbüro.

4.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2012	2011	2010
Beschäftigte	12	12	13
Auszubildende	0	0	0

5. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	0	0	0
- Verlustabdeckung	0	0	0
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Gewinnabführung	0	0	0

6. Bilanz

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	900	974	1.050
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	7	16	18
Umlaufvermögen	2.928	2.196	1.808
Rechnungsabgrenzungsposten	259	272	289
Summe	4.094	3.458	3.165
Passiva			
Eigenkapital	2.175	2.013	1.951
Rückstellungen	802	643	634
Verbindlichkeiten	1.117	802	580
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	4.094	3.458	3.165

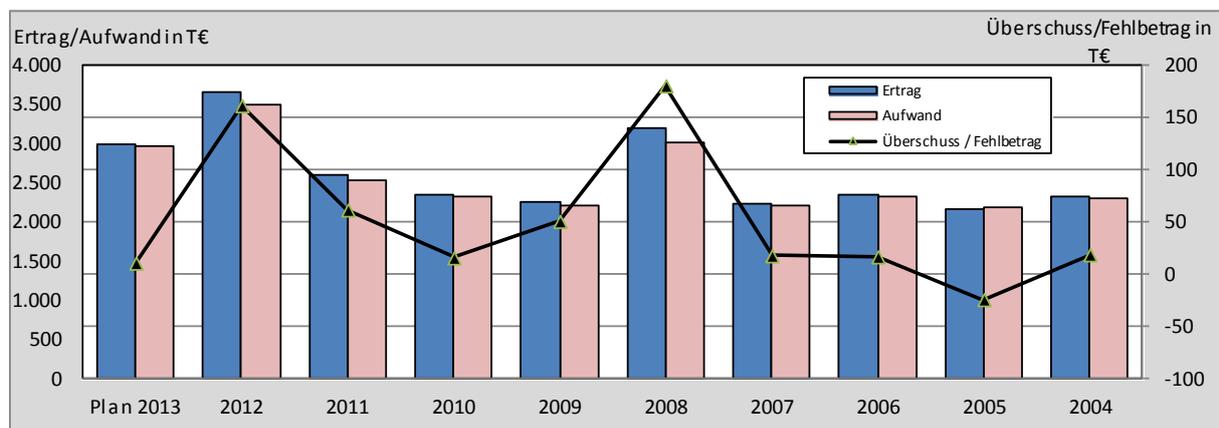
7. Gewinn- und Verlustrechnung

7.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	3.446	2.423	2.242
Sonst. betriebl. Erträge	211	160	89
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	11	23	11
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	3.668	2.606	2.342
Aufwand			
Personalaufwand	637	529	577
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	2.107	1.504	1.284
Sonst. betriebl. Aufwand / a.o. Aufwand	456	192	192
Abschreibungen	278	285	138
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	15	16	5
Steuern	13	18	12
Jahresüberschuss	162	62	51
Summe	3.668	2.606	2.259

7.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	2.993	3.668	2.606	2.342	2.259	3.208	2.228	2.340	2.166	2.316
Aufwand	2.982	3.506	2.544	2.326	2.208	3.027	2.210	2.323	2.190	2.297
Überschuss / Fehlbetrag	11	162	62	16	51	181	18	17	-24	19



8. Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	53	58	62	64	63	63
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	7,4	3,1	0,8	2,7	9,6	1,1
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	4,7	2,5	0,7	2,4	7,9	0,9
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	4,3	2,2	1,0	1,9	6,5	1,2
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen (ohne Ertragszuschüsse)	%	241	205	183	166	152	141
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	22	28	34	39	41	45
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	438	343	246	191	315	132
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	53	44	41	44	41	39

9. Leistungsdaten

	2012	2011	2010
Veranstaltungen	Anzahl	Anzahl	Anzahl
- Messegelände Donauhalle	110	109	119
- Kornhaus	53	63	50
- CCU	31	38	38
Veranstaltungstage			
- Messegelände Donauhalle	272	260	278
- Kornhaus	56	80	54
- CCU	34	39	40

	2012	2011	2010
a) Ausstellungsflächen			
- Donauhalle, Donausaal, Foyer in qm	4.350	4.350	4.350
- Messehallen in qm	18.550	18.550	18.550
- Freigelände in qm	11.000	11.000	11.000
- Festplatz in qm	15.000	15.000	15.000
b) wesentliche Messen u. Ausstellungen			
- Spielwarenborse	x	x	x
- Landesgeflügelchau / Rasse-Kaninchen	x	x	x
- Second-Hand Modemarkt	x	x	x
- Fa. Ringel Gastro-Messe	x	x	x
- Gärtner Börse	x	x	x
- Münzborse	x	x	x
- Bildungsmesse	x		x
- Leben, Wohnen, Freizeit	x	x	x
- Haus und Heim (Herbstmesse)	x	x	x
- Jagen und Fischen	x	x	
- Oldtimer-Markt Technorama	x	x	x
- Motorradmesse	x	x	x
- Lekkerland	x	x	x
- Flohmärkte	x	x	x
- Mineralien und Fossilienborse	x	x	x
- Landesposaunentag	x		x
- Heimattreffen der Banater Schwaben	x		x
- Gartenträume	x	x	x
- Businessmesse / Unternehmertag	x	x	x

10. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Die Ulm-Messe GmbH ist für die Vermietung, den Betrieb und die Erbringung von Serviceleistungen des Messegeländes mit der Donauhalle und des Kornhauses zuständig. Weiter werden im Rahmen eines 80 Tage-Kontingents die Räumlichkeiten im Congress Centrum Ulm vermietet. Die Gesellschaft betreut weiter den Ulmer Volksfestplatz, verpachtet das Gelände des Hausbau-Centers Ulm und bewirtschaftet die Parkplatzflächen während Messeveranstaltungen. Die Aufgabenstellung beschränkt sich dabei ausschließlich auf die Vermietung mit Erbringung entsprechender Dienstleistungen der o.g. Räumlichkeiten und nicht der Durchführung von eigenen Veranstaltungen (durch Aufsichtsratsbeschluss derzeit ruhend).

Seit dem 01.01.2012 zeichnet die Gesellschaft auch für die Durchführung der Wochenmärkte und des Weihnachtsmarkts der Stadt Ulm verantwortlich. Mit den organisatorischen Vorbereitungen zur Übernahme wurde im September 2011 begonnen. Alle Marktveranstaltungen werden auf eigene Rechnung der Gesellschaft durchgeführt.

Das Veranstaltungsprogramm der Veranstaltungspartner setzt sich im Wesentlichen aus Messeveranstaltungen, Ordermessen, Märkten und Börsen, Präsentationsveranstaltungen, Konzerten und anderen Einzelveranstaltungen zusammen.

Die Struktur bei den Veranstaltungspartnern ist geprägt durch die enge vertragliche Bindung an die „Ulmer Ausstellungen GmbH - UAG“, die seit Jahrzehnten die wichtigsten Verbrauchermessen mit dem größten Umsatzvolumen für die Ulm-Messe durchführt. Durch verschiedene andere Messegesellschaften werden seit 2003 in Ergänzung zu den "UAG-Messen" weitere verbraucherbezogene Messen organisiert. Weiter treten unterschiedliche Handelsorganisationen zur Durchführung ihrer Ordermessen als Veranstalter auf. Firmenpräsentationen werden i.d.R. durch Veranstaltungsagenturen organisiert. Im Geschäftsbereich "Konzerte", die schwerpunktmäßig im CCU und Kornhaus sowie der Donauhalle durchgeführt werden, sind viele unterschiedliche Veranstaltungspartner die Kunden.

Die Messehallen mit Foyers sind aufgrund der Größenstruktur von 500 - 3.200 m² und einer Gesamtfläche von über 20.000 m² für kleinere und mittlere Messeveranstaltungen sehr gut geeignet. Die Donauhalle mit Donausaal und dem Tagungshotel Lago ergänzen die Messehallen für Präsentations-, Tagungs- und Kongressveranstaltungen. Die Säle im CCU werden von der Ulm-Messe hauptsächlich für Konzert- und Vortragsveranstaltungen genutzt. Das Kornhaus, ursprünglich als klassischer Konzertsaal gebaut, hat seine Bedeutung in diesem Segment verloren. Die Nutzung erfolgt zu einem großen Teil durch unterschiedliche kulturelle Institutionen, Vereine und Organisationen.

Das Jahr 2012 zeigt wieder eine gute Umsatzentwicklung, die im Vergleich zur Planung und dem Vorjahresumsatz deutlich verbessert werden konnte. Dazu hat die Übernahme des Marktwesens, Messe- und Einzelveranstaltungen in allen Geschäftsbereichen und Zusatzumsätze aus Dienstleistungen und dem Ersatz von Sachkosten beigetragen. Das Ergebnis liegt mit einem Überschuss von rund 162 T€ deutlich über dem Planansatz von 13 T€.

Die Ergebnisse der Marktveranstaltungen wirken sich im ersten Jahr der Durchführung negativ auf das Ergebnis der Gesellschaft aus. Dies begründet sich bei den Wochenmärkten mit einem hohen Personalaufwand bei der Betreuung und Einarbeitung. Der Weihnachtsmarkt war ebenfalls wesentlich aufwändiger in der Betreuung und Vorbereitung. Weiter fielen einmalige Grundkosten im Technik-, Ausstattungs- und EDV-Bereich an.

Beim Materialaufwand beträgt die Pachtzahlung an den Gesellschafter 573 T€. Die allgemeinen Aufwendungen für Wartung und Instandhaltung entsprechen den Vorjahren. Für die Energie (Gas, Fernwärme) entstand trotz steigender Preise witterungsbedingt kein höherer Aufwand. Durch zusätzlich erbrachte Dienstleistungen und zum Teil höheren Verbrauchskosten der Veranstalter entstanden höhere Aufwendungen, die i.d.R. weiterberechnet werden konnten.

Bei den Personalkosten wurden die geplanten Aufwendungen unterschritten. Die geplante Mitarbeiterzahl für das Marktwesen wurde noch nicht erreicht. Aufgrund einiger langfristig erkrankter Mitarbeiter, für die vergleichsweise wenig Lohnfortzahlung anfiel, entstanden aber höhere Aufwendungen für Fremdpersonal.

Die Zahl der Veranstaltungen im Messegelände ist höher als 2011 und es sind mehr Veranstaltungstage zu verzeichnen. Das Kornhaus war wieder schlechter belegt als im Vorjahr, was auf dem Umsatz allerdings nur relativ geringe Auswirkungen hat. Beim CCU haben sich die Belegungstage nicht verbessert, hier besteht

weiter die grundsätzliche Problematik in der Akzeptanz der Musical-Veranstaltungen am Markt und die schwierige Abstimmung mit dem Hotel über die Belegungstage.

Seit Januar 2012 wurden über 200 Wochenmarktveranstaltungen mit mehr als 100 Marktbesuchern betreut. Der Weihnachtsmarkt wurde an rund 7 Wochen (Laufzeit mit Auf und Abbau) täglich betreut. Rund 1 Mio. Besucher, 130 Beschicker, ein tägliches umfangreiches Rahmenprogramm mit jeweils 100 Akteuren sowie die Koordination von ca. 900 Reisebussen sind die Eckwerte, die die umfangreiche Organisations- und Koordinationsarbeiten der wichtigsten Veranstaltung in der Vorweihnachtszeit in Ulm wiedergeben.

Eine Änderung der Geschäftspolitik im Messebereich ist in den nächsten Geschäftsjahren nicht vorgesehen. Neue Veranstalter und Veranstaltungen sollen zur Umsatzverbesserung gewonnen werden. Hier sind Firmenpräsentationen, Kongressmessen und Nischenthemen im Fokus.

Neue Messethemen und Veranstalter sowie die fehlende Bereitschaft der Veranstalter (bis auf UAG) längerfristige Vertragsverhältnisse einzugehen, stellen derzeit das größte Risiko im Hinblick auf eine zuverlässige Planungssicherheit dar. Die Vertragsverhandlungen mit der UAG in 2011 führten zu Vertragsverlängerungen bis 2015 für die Herbstmesse, bis 2017 für die LWF mit Sonderkündigungsrecht durch die UAG auf 2015 und bei Jagen und Fischen bis 2016.

Im Dezember 2011 ist die Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm eröffnet worden. Die Ratiopharm-Arena richtet sich an große Konzert- und Sportveranstaltungen mit bis zu 9.000 Besuchern. Auswirkungen hieraus sind durch den Neugier-Effekt bei den bestehenden Firmenkunden und den Konzertveranstaltern eingetreten. Mittel- und langfristig werden nach momentaner Einschätzung die Buchungen aber nach den für die Veranstaltungen geeigneten Rahmenbedingungen erfolgen. Donauhalle und CCU werden deshalb bei Konzertveranstaltern interessante Alternativen bleiben.

Für das Jahr 2013 erwartet die Ulm-Messe einen Umsatz in Höhe des Ansatzes im Wirtschaftsplan (2.895 T€) und einen Jahresüberschuss in Höhe des Planansatzes von 23 T€.

ULM/NEU-ULM TOURISTIK GMBH (UNT)

Neue Straße 45

89073 Ulm

www.tourismus.ulm.de

1. Beteiligungsverhältnis

	Anteil v.H.	Stammkapital Euro
Stadt Ulm	75 v. H.	19.500
Stadt Neu-Ulm	25 v. H.	<u>6.500</u>
Stammkapital insgesamt		26.000

2. Beteiligungen

keine

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck

3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 28.09.1992 in der Fassung vom 25.03.2004.

3.2. Förderung und Unterstützung des Fremdenverkehrs und des Tourismus im Rahmen seiner kommunalen Aufgabenstellung, sowie Übernahme von fremdenverkehrsbezogenen Koordinierungs-, Werbungs- und anderer Marketingfunktionen, insbesondere durch

- Öffentlichkeitsarbeit
- Außen- und Innenmarketing
- Gästebetreuung
- Zimmervermittlung durch eine Tourist-Informationsstelle
- Stadtführungen
- Ausgabe und Vertrieb von Werbemitteln.

3.3. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dazu geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern.

3.4. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft wurde im Berichtsjahr erfüllt. Auf die unter Ziffer 9 ausgewiesenen Leistungszahlen und den Lagebericht (Ziffer 10) wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens

4.1. Gesellschafterversammlung

4.1.1. Aufsichtsrat - 14 Mitglieder am 31.12.2012

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Ivo Gönner, Stadt Ulm
Stellv. Vorsitzender:	Oberbürgermeister Gerold Noerenberg, Stadt Neu-Ulm
Mitglieder:	Gunter Czisch, 1. Bürgermeister Stadt Ulm
	Gerhard Hölzel, Bürgermeister Stadt Neu-Ulm
	Wolf-Dieter Freyberger, Stadtrat Neu-Ulm
	Dr. Karin Graf, Stadträtin Ulm
	Konstantinos Kontzinos, Stadtrat Ulm
	Jürgen Kriechbaum, Stadtrat Ulm
	Jessica Kulitz, Stadträtin Ulm
	Hans Mahlkecht
	Timo Ried, Stadtrat Ulm
	Eberhard Riedmüller
	Rosl Schäufele, Stadträtin Neu-Ulm
	Berthold Stier, Leiter Stadtkämmerei Neu-Ulm
	Hanni Zehendner, Stadträtin Ulm

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 2.220 Euro.

- 4.2. Geschäftsführung
Dipl. Betriebswirt (FH) Wolfgang Dieterich

Der Geschäftsführer erhielt 2012 eine Gesamtvergütung (einschließlich Arbeitgeberaufwand für Altersversorgung und geldwerter Vorteil Job-Ticket) in Höhe von 91.520,12 Euro.

- 4.3. Beirat
Zur Beratung der Gesellschaft ist gemäß § 17 des Gesellschaftsvertrags ein mit Fachleuten aus den Bereichen Hotellerie und Gastronomie, Tourismus, Wirtschaftsförderung, Einzelhandel, Kongress- und Messewesen besetzter Beirat eingerichtet.

5. Lage des Unternehmens

- 5.1. Vorbemerkungen
Die Gesellschaft wird seit dem 01.01.1993 in der Rechtsform der GmbH geführt. Sie ist dabei aus dem Verkehrsverein Ulm/Neu-Ulm e. V. und dem Verkehrsbüro der Stadt Ulm hervorgegangen.

- 5.2. Wirtschaftliche Grundlagen
- a) Nachschussverpflichtung
Um den jährlich entstehenden Verlust der Gesellschaft abzudecken, können die Gesellschafter die Einforderung von Nachschüssen im Verhältnis der Geschäftsanteile beschließen. Die Nachschusspflicht ist auf den jährlich entstehenden Verlust der Gesellschaft beschränkt.
 - b) Mietverträge
Die Gesellschaft übt ihre Tätigkeit in gemieteten Räumen aus. Hierzu hat sie zwei Objekte angemietet.

- 5.3. Organisatorische Grundlagen
Die Gesellschaft beschäftigt zur Erledigung des Geschäftsbetriebes eigenes Personal. Querschnittsaufgaben sind teilweise auf die Stadt Ulm übertragen.

- 5.4. Personalentwicklung
Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:
(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2012	2011	2010
Beschäftigte	12	12	12
Auszubildende	1	1	1

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	0	0	0
- Verlustabdeckung aus Nachschussverpflichtung	648	614	576
2. Leistungen der Gesellschaft	0	0	0

7. Bilanz

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	58	64	65
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	14	17	20
Umlaufvermögen	247	221	269
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1
Summe	319	302	355
Passiva			
Eigenkapital	86	86	108
Rückstellungen	37	49	126
Verbindlichkeiten	195	163	120
Rechnungsabgrenzungsposten	1	4	1
Summe	319	302	355

8. Gewinn- und Verlustrechnung

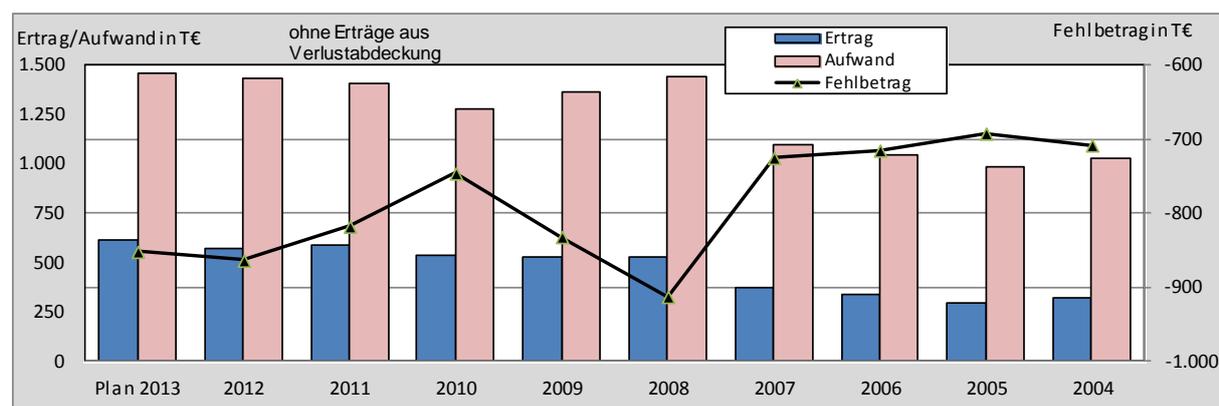
8.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	553	543	497
Sonst. betriebl. Erträge	15	43	38
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1
Erträge aus Verlustübernahme *)	864	941	768
Summe	1.433	1.528	1.304
Aufwand			
Personalaufwand	712	667	628
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen *)	314	428	287
Sonst. betriebl. Aufwand	374	407	342
Abschreibungen	33	26	24
Zinsen und Steuern	0	0	1
Jahresüberschuss	0	0	22
Summe	1.433	1.528	1.304

*) davon 2011 für Tour de Ländle 122 T€

8.2. langfristige Darstellung (ohne Erträge aus Verlustabdeckung)

Ohne Erträge aus Verlustabdeckung 2011 ohne Tour de Ländle	T€									
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	609	569	587	536	529	526	374	333	293	323
Aufwand	1.461	1.433	1.405	1.282	1.361	1.439	1.099	1.048	985	1.031
Fehlbetrag	-852	-864	-818	-746	-832	-913	-725	-715	-692	-708



9. Leistungsdaten

Allgemeine Leistungskennzahlen	2012	2011	2010
Anzahl Gästebetten Ulm/Neu-Ulm	4.194	4.137	4.015
Übernachtungen Ulm/Neu-Ulm	639.263	589.028	530.018
Marketingkosten je Übernachtung	0,32 €	0,38 €	0,39 €
Anzahl Gästeführungen	3.779	3.934	3.750
Anteil eigene Umsätze am Gesamtaufwand	39,40%	38,60%	38,70%

10. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Das Geschäftsjahr 2012 konnte erneut von den erfreulichen konjunkturellen Rahmenbedingungen in der Gesamtwirtschaft und von der Neueröffnung einiger Hotelbetriebe in Ulm/Neu-Ulm profitieren. Erstmals wurden mit 639.263 mehr als 600.000 Übernachtungen in der offiziellen Statistik für Ulm/Neu-Ulm gezählt. Bei den betriebswirtschaftlichen Kennzahlen und Statistiken gab es eine Bestmarke bei der Anzahl der Besucher im Internet festzustellen. Verbessert im Vergleich zum Vorjahr fielen die Ergebnisse im Bereich Pauschalangebote und Einnahmen aus Zimmervermittlungsprovision aus. Wegen Warenbestandsveränderungen war der Deckungsbeitrag bei den Warenverkäufen etwas schwächer als in den Vorjahren. Bei den Stadtführungen konnte das hohe Rekordniveau von 2011 beinahe erreicht werden. Die Umsatzerlöse konnten insgesamt um mehr als 10 T€ im Vergleich zu 2011 gesteigert werden. Mit 553 T€ wurde die Umsatzgrenze von 500 T€ somit bereits zum zweiten Mal deutlich überschritten.

Der Umsatz aus Warenverkäufen in der Tourist-Information lag um 12 T€ unter dem Planansatz. Die Gründe hierfür lagen zum einen in einem zu optimistisch gewählten Planansatz, zum anderen in einer zunehmenden Konkurrenz durch größere Souvenirangebote des örtlichen Handels. Der Geschäftsverlauf während des Ulmer Weihnachtsmarktes blieb darüber hinaus etwas unter den Erwartungen.

Die Umsätze aus eigenen und vermittelten Veranstaltungen lagen mit 254 T€ um 17 T€ unter dem zu optimistisch gewählten Planansatz und waren um 4 T€ geringer als im Vorjahr 2011. Dies lag hauptsächlich an der leicht rückläufigen Zahl an vermittelten Gruppenführungen.

Bei den Pauschalen verblieb der Deckungsbeitrag zwar weiterhin unter der Marke von 5 T€, was in Anbetracht des relativ geringen Umsatzvolumens von 38 T€ aber vertretbar ist. Mit Hilfe einiger weniger Großveranstaltungen, die über die UNT vermittelt wurden, konnten die Provisionseinnahmen aus Zimmervermittlung 2012 stabilisiert werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge gingen 2012 deutlich zurück, da die von der Agentur für Arbeit als Aufstockungsbetrag erstatteten Beträge für Altersteilzeit nur noch in geringem Maße anfielen (8 T€) und als Minderung des Personalaufwands zu betrachten sind.

Fast sämtliche Posten auf der Einnahmenseite der UNT stehen mit der Ausgabenseite in enger Korrelation. Die Aufwendungen für bezogene Waren lagen unter Einbeziehung der Warenbestandsveränderungen um 7 T€ unter den im Plan angesetzten Werten. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen lagen sogar um mehr als 18 T€ unter dem Planansatz. Daraus ergibt sich, dass 2012 nur der Bereich Warenverkauf zur negativen Abweichung vom Wirtschaftsplan beitrug, nicht aber die eigenen Veranstaltungen der UNT.

Der Personalaufwand der UNT wich, bereinigt um die Aufstockungsleistungen der Agentur für Arbeit in Höhe von 8 T€, um rd. 40 T€ vom Planansatz ab. Die Merkmale lassen sich im Wesentlichen durch höhere Kosten bzw. zu geringe Rückstellungen für Altersteilzeit, die tarifliche, über dem Plan liegende Entgelterhöhung ab März 2012, sowie angefallene Überstunden begründen.

Beim Posten "sonstige betriebliche Aufwendungen" konnten die Planzahlen weitgehend eingehalten werden. Im Marketingbereich gab es Umschichtungen. Weil für neue Prospekte weniger Budget erforderlich war, wurden für Maßnahmen im Bereich Werbung und Verkaufsförderung/Messen Mittel eingesetzt. Der Anteil des Marketingbudgets am Gesamtaufwand ist 2012 dennoch auf 14% weiter zurückgegangen.

Im Tourismusjahr 2012 aktualisierte die UNT ihre Angebotspalette weiterhin in den Bereichen Erlebnis- Gästeführungen, Souvenirs und Informationen in Neuen Medien. Ab 2014 wird es zu einer Preisanpassung bei den Stadtführungen kommen, so dass - eine gleichbleibende Gästenachfrage vorausgesetzt - mit weiteren Um-

satzzuwachsen zu rechnen ist. Die UNT setzt auf qualitativ hochwertigen Service und hat ihre zwei offiziell vom Deutschen Tourismusverband verliehenen Qualitätssiegel "Service Q" für kontinuierliche interne Organisationsverbesserung und "i-Marke" als anerkannte Tourist-Information zur Dokumentation für den Gast nach außen immer wieder erneuert und fortgeführt.

In 2013 gab es seit Ostern witterungsbedingt bereits zahlreiche Ausfälle bei den regelmäßigen Führungen. Die Nachfrage nach Gruppenführungen und Souvenirs verläuft zwar gut, allerdings sind die Planansätze für die Umsatzerlöse mit Ausnahme der Provisionen Zimmervermittlung sehr optimistisch gewählt worden. Die sonstigen Planansätze dürften weitgehend eingehalten werden. Mit dem für 2013 genehmigten Sonderbudget für Marketingmaßnahmen können erstmals wieder in größerem Umfang Aktivitäten im Bereich Busmarketing realisiert werden. Organisatorische Optimierungen im Bereich Gästeführersoftware (Reservierungen, Bestätigungen, Fakturierungen und Provisionsabrechnungen) werden noch in diesem Jahr greifen und personelle Spielräume im Marketing und in der Zimmervermittlung freisetzen. Einige Großveranstaltungen für 2013 werden sich bei den Provisionseinnahmen der UNT positiv bemerkbar machen.

ULMER WOHNUNGS- UND SIEDLUNGS-GESELLSCHAFT MBH (UWS)

Neue Straße 100

89073 Ulm

www.uws-ulm.de

1.	Beteiligungsverhältnis	Anteil	Stammkapital
		v.H.	Euro
	Stadt Ulm	50,3	8.100.000
	Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH	49,7	<u>8.000.000</u>
	Stammkapital insgesamt		16.100.000

2. Beteiligungen UWS

UWS Service GmbH	Anteil	100 v.H.
BHG KFB Eschwiesen Wiblingen GbR	Anteil:	24,5 v.H.
BHG Expo 2000 Sonnenfeld GbR	Anteil:	49,5 v.H.

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 11.03.1930 i.d.F. vom 04.10.2000.
- 3.2. Vorrangiger Zweck der Gesellschaft ist die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung von breiten Schichten der Ulmer Bevölkerung.
- 3.3. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Sie kann auch Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen sowie auch sonstige Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck dienlich sind. Außerdem ist die Gesellschaft berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.
- 3.4. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft wurde im Berichtsjahr erfüllt. Auf die unter Ziffer 10 ausgewiesenen Leistungsdaten und den Lagebericht (Ziffer 11) wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens

4.1. Gesellschafterversammlung

4.1.1. Aufsichtsrat - 15 Mitglieder (Stand 31.12.2012)

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Ivo Gönner
Stellv. Vorsitzender:	Bürgermeister Alexander Wetzig
Mitglieder:	Stadtrat Prof. Dr. Richard Böker
	Stadtrat Erwin Böck
	Erster BM Gunter Czisch
	Stadträtin Dr. Karin Graf
	Stadtrat Siegfried Keppler
	Stadtrat Jürgen Kriechbaum
	Stadträtin Helga Malischewski
	Stadtrat Hartmut Pflüger
	Stadtrat Dr. Rüdiger Reck
	Stadtrat Dr. Hans-Walter Roth
	Stadtverwaltungsdirektor Ulrich Soldner
	Controller Richard Nann
	Stadtbaudirektor Volker Jeschek
	Stadträtin Anette Weinreich

(bis 31.12.2012)

(ab 06.02.2013)

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 5.100 €.

4.2. Geschäftsführung Dr. -Ing. Frank Pinsler

Der Geschäftsführer erhielt 2012 eine Gesamtvergütung (einschließlich Arbeitgeberaufwand für Altersversorgung) in Höhe von 118.492 Euro.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Wirtschaftliche Grundlagen

Die Tätigkeit der UWS umfasst alle wesentlichen wohnungswirtschaftlichen Bereiche. Sie beschränkt sich dabei auf das Stadtgebiet Ulm.

5.1.1. Die Gesellschaft bewirtschaftet eine große Zahl von eigenen und gepachteten Wohnungen, gewerblichen Objekten sowie Garagen. Von den Wohnungen waren zum 31.12.2012 noch 1.592 Einheiten preisgebunden.

5.1.2. In Bauherrengemeinschaft werden mit anderen Gesellschaften folgende Projekte abgewickelt:

a) Die UWS ist zu 24,5 % an der KFB „Eschwiesen Wiblingen GbR“ beteiligt. Zusammen mit drei anderen ehemaligen gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen wurden in zwei Bauabschnitten insgesamt 123 Reihenhäusern als Pilotobjekt "Kosten- und flächensparendes Bauen" erstellt. Alle Gebäude sind veräußert.

b) Die UWS ist zu 49,5 % an der BHG „EXPO 2000 Sonnenfeld GbR“ beteiligt. Mit einem genossenschaftlichen Bauträger wurden 18 Reihen- bzw. Doppelhäuser im Baugebiet "Wanne Eselsberg" als Passivhäuser im Rahmen der EXPO 2000 und von 2002 – 2004 weitere 15 seniorengerechte Kaufeigentumswohnungen im Klosterhof Söflingen erstellt. In 2011 wurden die restlichen 3 Eigenheime, 1 Eigentumswohnung und diverse Garagen bzw. Tiefgaragenstellplätze verkauft. Im Jahr 2012 konnte auch die letzte Eigentumswohnung mit Tiefgaragenstellplatz veräußert werden. In 2012 hat die GbR einen Jahresüberschuss von 34 T€ erwirtschaftet.

5.1.3. Am 19.12.2007 wurde die UWS Service GmbH gegründet. Gegenstand der Gesellschaft ist die Bereitstellung von Dienstleistungen und sonstigen Leistungen für die UWS GmbH. Zwischen UWS und UWS Service GmbH wurde am 19.03.2008 ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen. Die eigentliche Geschäftstätigkeit der 100%-igen Tochtergesellschaft wurde in 2009 aufgenommen. Zum 01.01.2010 wurde ihr auch das Geschäftsfeld der Wohnungseigentumsverwaltung übertragen.

5.2. Organisatorische Grundlagen

Die Gesellschaft beschäftigt zur Erledigung des laufenden Geschäftsbetriebes eigenes Personal. Einige Querschnittsaufgaben werden gegen Kostenersatz von städtischen Dienststellen wahrgenommen.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2012	2011	2010
Beschäftigte	58	55	57
Aushilfen	0	0	0
Auszubildende	3	2	3

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	0	0	0
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Eigenkapitalrückführung, Gewinnabführung	0	0	0

7. Bilanz

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	252.721	248.331	248.602
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	475	658	1.131
Umlaufvermögen	35.943	36.143	17.904
Rechnungsabgrenzungsposten	342	405	332
Summe	289.481	285.537	267.969
Passiva			
Eigenkapital	71.012	66.639	60.459
Rückstellungen	2.237	1.859	1.766
Verbindlichkeiten	213.834	214.335	202.734
Rechnungsabgrenzungsposten	2.398	2.704	3.010
Summe	289.481	285.537	267.969

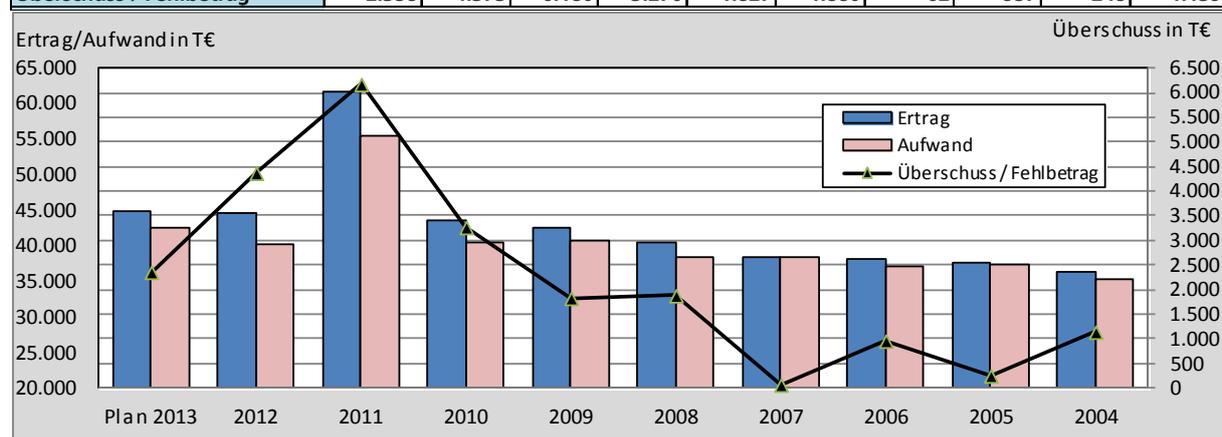
8. Gewinn- und Verlustrechnung

8.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	41.764	41.267	41.786
Bestandsveränderungen, aktivierte Eigenleistungen	699	14.585	442
Sonst. betriebl. Erträge	1.673	5.389	1.069
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	364	170	109
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	197	219	219
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	44.697	61.630	43.625
Aufwand			
Personalaufwand	3.575	3.207	3.247
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	18.517	32.960	18.172
Sonst. betriebl. Aufwand/außerordentl. Aufwand	1.193	1.639	1.483
Abschreibungen	9.059	8.793	9.337
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.757	7.307	7.097
Steuern	1.223	1.544	1.019
Jahresüberschuss	4.373	6.180	3.270
Summe	44.697	61.630	43.625

8.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	44.921	44.697	61.630	43.625	42.670	40.354	38.513	38.168	37.656	36.450
- davon Anlagenverkäufe	500	1.140	536	606	737	1.358	836	1.296	2.273	1.296
Aufwand	42.563	40.324	55.450	40.355	40.843	38.474	38.451	37.211	37.408	35.311
Überschuss / Fehlbetrag	2.358	4.373	6.180	3.270	1.827	1.880	62	957	248	1.139



9. Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	24,5	23,3	22,6	23,6	23,1	22,5
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	6,2	9,3	5,4	2,8	3,0	0,1
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	10,5	15,0	7,8	4,6	5,0	0,2
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	3,8	4,7	3,9	3,4	3,8	3,2
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	28	27	24	26	26	25
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	87	87	93	90	91	90
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	13.425	14.969	12.616	10.736	10.076	8.170
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	62	58	57	60	53	53

10. Leistungsdaten

Eigene Objekte	2012	2011	2010
a) Wohnungen	6.659	6.770	6.825
b) gewerbliche Objekte	56	54	54
c) Garagen	2.490	2.688	2.657

Bauleistung und Veränderungen	2012	2011	2010
	Anzahl	Anzahl	Anzahl
a) Wohnungen			
- Neubau Mietobjekte (einschl. Sanierung)	0	30	38
- Zugänge durch Erwerb/Sonstiges	0	1	1
- Abgänge Mietobjekte durch Verkauf/Abbruch	-111	-86	-15
Bestand am Jahresende	6.659	6.770	6.825
b) Gewerbliche Objekte - Neubau	0	3	1
- Verkauf/Abbruch	-1	0	0
Bestand am Jahresende	56	57	54
c) Garagen			
- Neubau	0	33	33
- Erwerb/Sonstiges	0	0	10
- Verkauf/Abbruch	-4	-3	-9
Bestand am Jahresende	2.490	2.494	2.464

Verwaltungsleistung	2012	2011	2010
a) Hausbesitz (eigener u. Fremdbewirtschaftung)			
- Wohnungen	6.876	6.970	7.030
- gewerbliche Objekte	56	54	54
- Garagen	2.490	2.688	2.657
b) Wohnungsvergaben	510	572	599
bei Wohnungsbewerbern von	1.434	1.395	1.358
bewirtschaftete Wohnfläche	428.979	433.075	435.273
gewerbl. Nutzfl. - qm	59.461	51.123	35.766
Erlösschmälerungen Sollmieten	1,9%	1,7%	1,7%
Mietforderungen einschl. Umlagen	0,6%	0,5%	0,4%
durchschn. Leerstandsquote Mieteinheiten	0,7%	0,5%	0,5%
Durchschnittsmiete/qm Wohnfläche	4,95 €	4,81 €	4,69 €
Betriebs- u. Heizkosten je qm und Monat	2,15 €	2,02 €	1,99 €
Instandhaltungsaufwendungen je qm und Monat	1,21 €	1,16 €	0,89 €
Modernisierungsaufwendungen je qm und Monat	1,99 €	1,03 €	0,91 €
Abschreibungen je qm u. Monat (Wohn-u. Nutzfl.)	1,69 €	1,61 €	1,68 €
Verwaltungskosten je qm und Monat	0,90 €	0,90 €	0,80 €
durchschnittlicher Buchwert je Mieteinheit	36.903 €	36.115 €	35.630 €
durchschnittliche Verschuldung je Mieteinheit	27.990 €	27.700 €	27.542 €
durchschnittl. Fremdkapitalzins	3,40%	3,64%	3,74%

11. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Der Ulmer Mietwohnungsmarkt stellt sich gegenüber den Vorjahren unverändert angespannt dar. Wichtige Indikatoren sind eine niedrige Fluktuation, ein geringes Angebotsspektrum und geringe Leerstände. Insbesondere mittlere und untere Preissegmente sind davon betroffen. Dies drückt sich auch in der Anzahl der bei der UWS registrierten Bewerber aus. Deren Anzahl ist mit 1.434, verglichen mit dem Vorjahr (1.395), leicht angestiegen. Zur Vermietung standen 510 Wohnungen zur Verfügung, bei Berücksichtigung der 169 internen Vermietungen, konnten insgesamt 341 (VJ 382) Wohnungen für Dritte zur Verfügung gestellt werden. Die Gesamtfuktuation ist mit 7,4 % (Vorjahr 7,8 %) erneut gesunken und liegt auf sehr niedrigem Niveau. Die Leerstandsquote der Wohnungen ist auf Grund der umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen geringfügig auf 0,9 % angestiegen.

Bis zum Jahre 2020 geht das Statistische Landesamt Baden-Württemberg für den Stadtkreis Ulm von einem durchschnittlichen jährlichen Bedarf von ca. 300 Wohnungen aus, die neu oder als Ersatz für wegfallende Wohnungen gebaut werden müssen. Eine attraktive und verlässliche Förderpolitik ist notwendig, um durch den Neubau im geförderten Wohnungsmarkt zur Entlastung des mittleren und unteren Preissegments beizutragen. Im Hinblick auf die Entwicklung der notwendigen wohnungswirtschaftlichen, baulichen und energetischen Qualität von Wohnungen wird der Abbruch von Altbeständen und der Neubau an Bedeutung gewinnen.

Die Gesellschaft hat 2012 ihr Modernisierungsprogramm konsequent fortgesetzt. Insgesamt wurden 176 Wohnungen umfassend modernisiert. Investitionsschwerpunkte waren, wie in den Vorjahren, die grundlegende Verbesserung der energetischen Qualität der Gebäude sowie der Wohnqualität. So wurden die Gebäudehülle erneuert, Fassaden, Dächer und Kellerdecken gedämmt, sowie teilweise neue Fenster eingebaut. In den meisten Fällen ist die Heizungsanlage und die Warmwasserbereitung erneuert oder ausgetauscht worden. Bei den energetisch sanierten Gebäuden gelang es, den Heizenergiebedarf um durchschnittlich 60 bis 70 % zu mindern und somit nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, sondern auch die Betriebskosten für die Mieter substanziell zu senken. Durch die grundlegende Modernisierung der sanitären Einrichtungen, sowie teilweise durch Grundrissänderungen wurde der Wohnwert nachhaltig gesteigert. Bei einigen Objekten wurde zusätzlich durch den nachträglichen Anbau von Balkonen die Qualität der Wohnungen maßgeblich verbessert und die Nachvermietbarkeitschancen langfristig erhöht.

Um den Anforderungen des demografischen Wandels Rechnung zu tragen, kommt dem Abbau von Barrieren im Bestand eine besondere Bedeutung zu. So wurden Zugänge zu Gebäuden und Wohnungen erleichtert, Durchfahrtsbreiten erhöht und Bäder barrierearm ausgestaltet. Die sanierten Hochhäuser am Elchinger Weg werden z.B. in den neu gestalteten Eingangsbereichen mit Automattüren ausgestattet, um den Zugang für Personen mit eingeschränkter Beweglichkeit zu erleichtern.

Für Modernisierung und Instandhaltung wurden in 2012 insgesamt rd. 16,7 Mio. € (VJ 11,7 Mio. €) investiert.

Im Bereich der Neubauinvestitionen war das Jahr 2012 von vorbereitenden Maßnahmen und Planungsaufwendungen geprägt. Für die Revitalisierung im Stadtteil "Türtle" wurde die Planung bis zur Genehmigungsfähigkeit weiterentwickelt. Das Bebauungsplanverfahren wurde mit einem Satzungsbeschluss abgeschlossen, zwischenzeitlich liegt Baurecht für einige Quartiere vor. Am Unteren Eselsberg sollen insgesamt 183 Wohnungen im Standard "EnergieEffizienzhaus 55" entstehen. Die abgängigen Wohnungen des Altbestandes wurden vollständig abgebrochen. Mit den Bauarbeiten für die neuen Quartiere wurde 2013 begonnen.

Für drei weitere Bauvorhaben wurden 2012 die Gutachterverfahren durchgeführt und die Planungen weiterentwickelt. Für die Ersatzbebauung Sedanstraße 120 wurde der Altbestand bereits abgebrochen, der Neubau von 14 Wohnungen wurde im Frühjahr 2013 begonnen. Der Neubau Virchowstraße 58, 60 am Oberen Eselsberg komplettiert das letzte Baufeld im Baugebiet "Wanne" mit 27 Wohnungen. Der Baubeginn ist für Mitte 2013 vorgesehen. Für das Passivhausobjekt Otl-Aicher-Allee 1 in Böfingen mit ca. 30 Wohnungen wurde das Gutachterverfahren durchgeführt. Der Baubeginn ist für Frühjahr 2014 geplant.

Der im Wirtschaftsplan 2012 prognostizierte Jahresüberschuss von 1.659 T€ konnte mit 4.373 T€ deutlich übertroffen werden. Das Jahresergebnis ist durch den Deckungsbeitrag aus der Hausbewirtschaftung geprägt. Die Steigerung der Erträge ergab sich durch Mietanpassungen im Bestand und bei modernisierten Objekten, sowie der Prolongation bzw. Neuvermietung im gewerblichen Bereich. Darüber hinaus hat sich die Zinssituation günstig auf das Ergebnis ausgewirkt. Dies wurde bei der Neuaufnahme und Prolongation von

Krediten sowie bei den kurzfristigen Darlehen genutzt. Die Zinsaufwendungen sanken um 550 T€. Aus dem Verkauf von Grundstücken und Gebäuden des Anlagevermögens ergab sich ein ergebniswirksamer Ertrag von 1.139 T€. Dieser Ertragsbeitrag lag damit über dem Ansatz des Wirtschaftsplanes 2012 von 600 T€. Darüber hinaus trug eine Gewinnabführung der BHG "Expo 2000 Sonnenfeld GbR" in Höhe von 248 T€ zum Ergebnis bei.

In der Tochtergesellschaft UWS Service GmbH sind die Geschäftsbereiche Multimedienleistung (Kabel-TV, Internet, Telefon), WEG-Verwaltung und Hausmeisterdienstleistung zusammengefasst. Die kostengünstige und somit sozialverträgliche Versorgung unserer Mieter mit Kabelfernsehen wurde im Geschäftsjahr 2012 weitergeführt und mit weiteren Multimediaangeboten ergänzt. Die WEG-Verwaltung wird ebenfalls in der UWS Service erfolgreich gestaltet und hat zum Ergebnis der UWS Service GmbH in Höhe von 197 T€ beigetragen. Dieses wird auf Grundlage des Ergebnisabführungsvertrages vollständig an die UWS abgeführt.

Für das Wirtschaftsjahr 2013 zeichnet sich zur Jahresmitte ein dem Wirtschaftsplan entsprechender Geschäftsverlauf mit einem Jahresüberschuss von voraussichtlich 2,4 Mio. € ab. Wesentliche Risiken, die sich bestandsgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, sind derzeit nicht erkennbar.

UWS SERVICE GMBH
 Neue Straße 100
 89073 Ulm

1. Beteiligungsverhältnis	Anteil	Stammkapital
	<u>v.H.</u>	<u>Euro</u>
Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH	100	25.000

2. Beteiligungen

keine

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 19.12.2007 i.d.F. vom 02.07.2009.
- 3.2. Gegenstand der Gesellschaft ist die Bereitstellung von Dienstleistungen und sonstigen Leistungen für die Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH, um diese bei deren Gesellschaftszweck, der Sicherung der sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung der Stadt Ulm zu unterstützen.
- 3.3. Das Unternehmen betreibt u.a. mehrwegfähige Kabelnetze, insbesondere für den Empfang von TV- u. Radioprogrammen und bietet jede Art von Telekommunikationsdienstleistungen im Bereich der Region Ulm an, mit dem Ziel, eine möglichst moderne und kostengünstige Versorgung privater und gewerblicher Nutzer zu ermöglichen sowie artverwandte Dienstleistungen und öffentlicher Service für andere neue Technologien und Innovationen im Bereich dieses Betätigungsfeldes. Darüber hinaus ist Gegenstand des Unternehmens die Erbringung von Dienst- und Werkleistungen in Bezug auf die Errichtung, den Betrieb, die Vermietung sowie den Verkauf von Immobilien.
- 3.4. Die Gesellschaft hat bei Ausübung ihrer Tätigkeit die öffentlich rechtliche Zweckrichtung des Gesellschafters zu beachten. Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, sich an ihnen beteiligen und ihre Geschäfte führen.
- 3.5. Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus den Leistungsdaten unter Ziffer 8 sowie dem Lagebericht (Ziffer 9).

4. Organe des Unternehmens

- 4.1. Gesellschafterversammlung
- 4.2. Aufsichtsrat – 15 Mitglieder

Besetzung siehe Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH

Sitzungsgelder an die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden im Berichtsjahr nicht bezahlt.

4.3. Geschäftsführung

Josef Schiml (bis 28.02.2013)
 Jan Termin (ab 07.12.2012)

Die Geschäftsführung wird von der Muttergesellschaft gestellt. Eine zusätzliche Vergütung wird nicht gewährt.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Wirtschaftliche Grundlagen

- a) Die operative Tätigkeit der UWS Service GmbH wurde zum 01.01.2009 aufgenommen. Hierzu wurden von der Muttergesellschaft Hausmeisterdienstleistungen und TV-, Kabel- und Multimedienleistungen übertragen. Dienstleistungen im Rahmen des Wohneigentumsgesetzes (WEG-Anlagen) wurden im Rahmen der einzelnen Eigentümerversammlungen, i.d.R. zum 01.01.2010 übergeben.

- b) Mit der Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH wurde am 19.03.2008 ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen

5.2. Organisatorische Grundlagen

Die Gesellschaft beschäftigt zur Erledigung des laufenden Geschäftsbetriebes kein eigenes Personal. Die für die Tätigkeiten erforderlichen Mitarbeiter/innen werden von der Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH im Wege der Personalgestellung nach § 4 Abs. 3 TVöD zur Verfügung gestellt.

6. Bilanz

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	44	49	25
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	0	0	0
Umlaufvermögen	967	710	748
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	1.011	759	773
Passiva			
Eigenkapital	25	25	25
Rückstellungen	14	15	9
Verbindlichkeiten	972	719	739
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	1.011	759	773

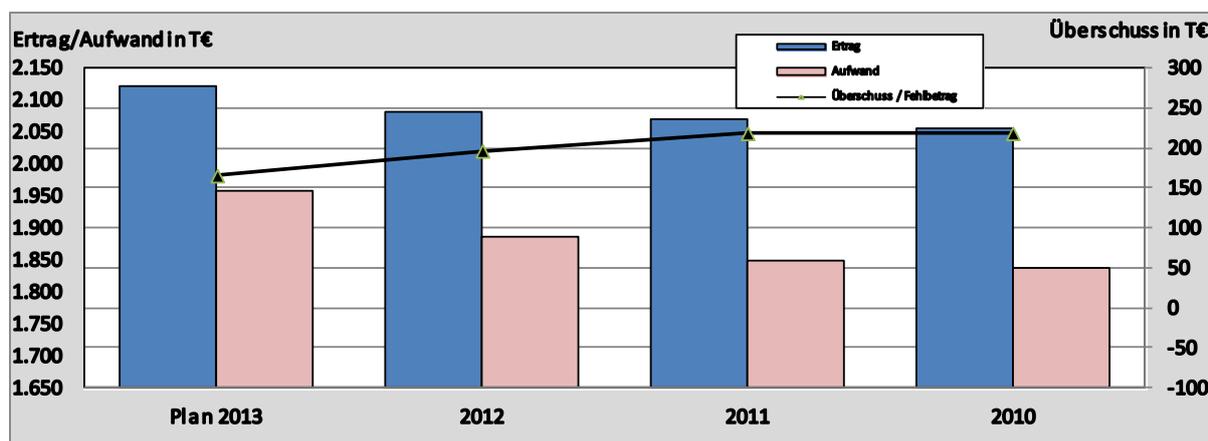
7. Gewinn- und Verlustrechnung

7.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	2.072	2.063	2.049
Sonst. betriebl. Erträge und Zinsen	11	6	8
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	2.083	2.069	2.057
Aufwand			
Personalaufwand	0	0	0
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	456	475	488
Sonst. betriebl. Aufwand	1.424	1.369	1.343
Abschreibungen	5	5	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	4
Steuern	1	1	1
Jahresüberschuss (wird an UWS abgeführt)	197	219	219
Summe	2.083	2.069	2.057

7.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	2.123	2.083	2.069	2.057	1.892	2	0			
Aufwand	1.957	1.886	1.850	1.838	1.618	2	1			
Überschuss / Fehlbetrag	166	197	219	219	274	0	-1	0	0	0



8. Leistungsdaten

Kennzahlen	2012	2011	2010
	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Hausmeisterdienstleistungen (WE)	6.659	6.770	6.825
Wohnungsanschlüsse Kabelnetz	6.428	6.453	6.602
Lieferverträge Kabel-TV-Dienstleistungen	5.499	5.627	5.691
WEG-Verwaltung (WE)	762	762	765

9. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Die Geschäftstätigkeit in den Geschäftsfeldern Kabelfernsehen, Internet- und Multimediadienstleistungen wurde im Geschäftsjahr fortgeführt und ausgebaut. Das Ziel, auch künftig eine sichere, kostengünstige und somit sozialverträgliche Versorgung der Mieter mit Kabel-TV und Multimediadienstleistungen sicherzustellen wurde erreicht. Derzeit sind 6.428 Wohnungen an das Kabelnetz angeschlossen. Mit Mietern von insgesamt 5.499 Wohnungen besteht ein Vertrag über die Lieferungen von Kabel-TV-Dienstleistungen. Durch den Abbruch von verschiedenen Objekten hat sich die Anzahl der Verträge gegenüber dem Vorjahr verringert.

Im Geschäftsfeld Hausmeisterdienstleistungen erbringt die UWS Service GmbH diese Dienstleistungen vorrangig an die UWS im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

Dienstleistungen im Rahmen der WEG-Verwaltung werden ebenfalls durch die UWS Service GmbH erbracht. Insgesamt werden 762 Wohnungen in 43 Eigentümergemeinschaften betreut.

Das operative Ergebnis ist durch Erlöse aus Hausmeisterdienstleistungen in Höhe von 1.227 T€ (VJ 1.213 T€) und aus Kabel-TV-Verträgen in Höhe von 674 T€ (VJ 675 T€) geprägt. Die Dienstleistung im Rahmen der Verwaltung von Eigentümergemeinschaften tragen mit Erlösen von 165 T€ (VJ 167 T€) bei. Die Personalgestellung verursachte insgesamt Aufwendungen in Höhe von 1.351 T€ (VJ 1.252 T€). Zur Bereitstellung der Dienstleistungen entstanden darüber hinaus Sachaufwendungen von 456 T€ (VJ 475 T€).

Durch das positive Ergebnis trägt die UWS Service mit einer Gewinnabführung in Höhe von 197 T€ (Plan 166 T€) zum Ergebnis der UWS GmbH bei. Die Gewinnabführung erfolgt auf Basis des mit der UWS GmbH bestehenden Ergebnisabführungsvertrages.

Für die Zukunft wird von einer positiven Gesamtentwicklung der Gesellschaft ausgegangen. Für das Wirtschaftsjahr wird planmäßig mit einem Jahresüberschuss von 166 T€ gerechnet.

EIGENBETRIEB ALTEN- UND PFLEGEHEIM WIBLINGEN (AHW)

Schloßstr. 34

89079 Ulm

www.aph-wiblingen.de

1. **Beteiligungsverhältnis**

Gründung lt. Grundsatzbeschluss des Gemeinderates der Stadt Ulm vom 18. Juni 1997 zum 01. Januar 1998.

Das Stammkapital beträgt gemäß § 3 der Betriebssatzung 306.775,13 Euro.

2. **Beteiligungen**

keine

3. **Gegenstand / Aufgaben des Eigenbetriebes**

3.1. Aufgaben im Rahmen der Trägerschaft der Stadt Ulm für Einrichtungen eines Altenheims (Wohnen im Heim) und eines Pflegeheims nach Bundes- u. Landesrecht sowie ortsrechtlichen Regelungen.

3.2. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Unternehmensgegenstand fördernden oder ihn wirtschaftlich berührenden Geschäfte betreiben. Dies gilt insbesondere für die Betreuung alter oder pflegebedürftiger Menschen.

4. **Organe des Eigenbetriebes**

4.1. Gemeinderat

4.1.1. Betriebsausschuss Alten- und Pflegeheim Wiblingen - 13 Mitglieder (Stand 31.12.2012)

Vorsitzender:

Oberbürgermeister Ivo Gönner

Mitglieder:

Stadtrat Erwin Böck

Stadtrat Dr. Richard Böker

Stadträtin Dr. Karin Graf

Stadträtin Dr. Susanne Grimm

Stadträtin Helga Malischewski

Stadträtin Barbara Münch

Stadträtin Rose Goller-Nieberle

Stadträtin Räkel-Rehner

Stadtrat Timo Ried

Stadtrat Dr. Hans-Walter Roth

Stadtrat Dr. Haydar Süslü

Stadträtin Hanni Zehendner

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) des Ausschusses betragen im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 1.440 Euro.

4.2. Betriebsleitung

Die Führung des Eigenbetriebs ist mit Vertrag vom 18.12.1997 dem Rehabilitationskrankenhaus Ulm gGmbH (RKU), 89081 Ulm übertragen.

Betriebsleitung: Annette Köpfler

Die Vergütung erfolgt im Rahmen des Betriebsführungsvertrages zwischen der Stadt Ulm und den RKU-Universitäts- und Rehabilitationskliniken Ulm gGmbH.

5. **Lage des Eigenbetriebs**

5.1. Rechtliche Grundlagen

a) Betriebssatzung vom 16.07.1997 i. d. Fassung vom 18.07.2001

- b) Betriebsführungsvertrag zwischen der Stadt Ulm und den RKU-Universitäts- und Rehabilitationskliniken Ulm gGmbH vom 18.12.1997
- c) Vereinbarung zwischen der Stadt Ulm und dem Eigenbetrieb Alten- und Pflegeheim Wiblingen vom 10.09.1998.

5.2. Wirtschaftliche Grundlagen

Der Eigenbetrieb betreibt derzeit ausschließlich das Alten- und Pflegeheim in der Schloßstr. 34 in Ulm-Wiblingen. Hierbei ist unter Einbeziehung sozialer Gesichtspunkte der Charakter der Einrichtung unter Erhaltung einer bedarfsgerechten medizinisch-pflegerischen und therapeutischen Versorgung zu wahren.

5.3. Organisatorische Grundlagen

Der Eigenbetrieb beschäftigt eigenes Personal, hat aber verschiedene Aufgabenbereiche (Wäsche, Hausreinigung) Fremdvergeben.

Die Aufgaben der Betriebsführung sind gemäß Betriebsführungsvertrag einem Dritten übertragen. Eine genaue Aufgabenabgrenzung ist unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen vertraglich geregelt.

5.4. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2012	2011	2010
Beschäftigte	74	75,9	74,4
Beamte	1	1	1
Summe	75	76,9	75,4
Auszubildende *	1	1,2	1,2

* Umrechnungsschlüssel: 1:5 (Pflege/Hauswirtschaft) bzw. 1:2,5 (FSJ)

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	0	0	0
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Eigenkapitalrückführung, Gewinnabführung	0	0	0

7. Bilanz

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	1.381	1.547	1.711
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögen	2	6	11
Umlaufvermögen	1.563	2.020	2.513
Rechnungsabgrenzungsposten	4	4	4
Summe	2.950	3.577	4.239
Passiva			
Eigenkapital	1.334	1.333	1.367
Ertragszuschüsse/Sonderposten aus Zuschüssen	167	214	261
Rückstellungen	1.313	1.853	2.395
Verbindlichkeiten	125	162	197
Rechnungsabgrenzungsposten	11	15	19
Summe	2.950	3.577	4.239

8. Gewinn- und Verlustrechnung

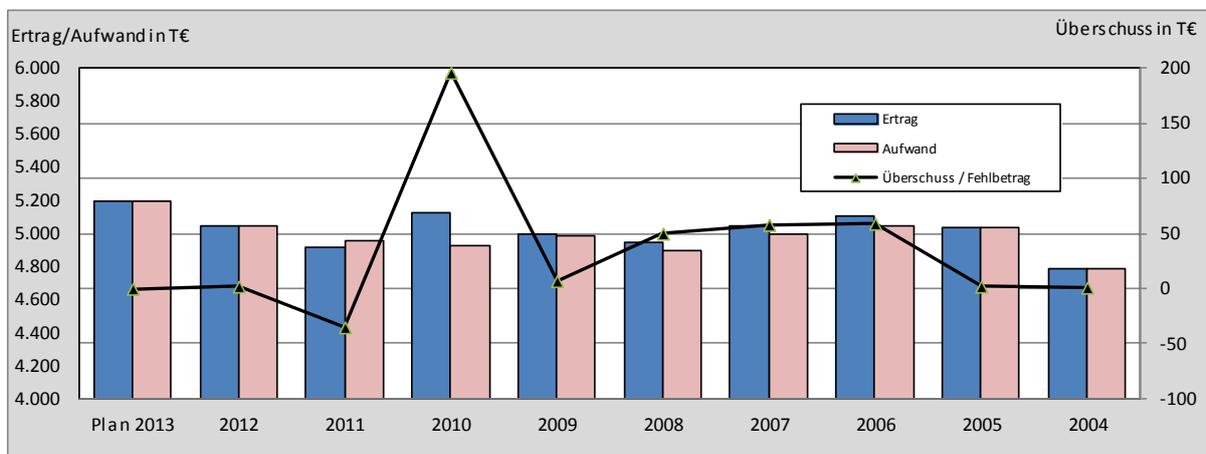
8.1. kurzfristige Darstellung

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	4.298	4.418	4.625
Sonst. betriebl. Erträge	245	290	310
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	21	29	20
Zuschüsse, Sonderposten, a.o. Erträge)	486	182	169
Jahresfehlbetrag	0	35	0
Summe	5.050	4.954	5.124
Aufwand			
Personalaufwand	3.733	3.736	3.677
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	776	701	709
Sonst. betriebl. Aufwand / a.o. Aufwendungen	325	299	301
Abschreibungen	176	179	201
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern, Abgaben, Versicherungen	38	39	40
Jahresüberschuss	2	0	196
Summe	5.050	4.954	5.124

8.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	5.196	5.050	4.919	5.124	4.992	4.948	5.050	5.105	5.035	4.786
Aufwand	5.196	5.048	4.954	4.928	4.985	4.898	4.992	5.046	5.033	4.785
Überschuss / Fehlbetrag	0	2	-35	196	7	50	58	59	2	1

* Ergebnis 2010 durch gesetzliche Änderungen (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz) beeinflusst



9. Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	48	40	35	29	29	30
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	0,1	-2,4	13,1	0,5	3,7	4,4
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	0,0	-0,8	4,2	0,2	1,1	1,3
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	0,1	-1,0	4,1	0,2	1,1	1,3
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen (ohne Ertragszuschüsse)	%	96	86	80	63	58	52
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	47	43	41	41	44	49
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	128	94	343	137	173	177
Personalaufwand je Mitarbeiter - ohne Betriebsleitung	T€	50	49	49	49	46	45

10. Leistungsdaten

	2012	2011	2010
Pflegeplätze			
Auslastung			
- maximal in Pflegetagen (100 %)	52.195	52.195	52.195
- tatsächliche Auslastung in Pflegetagen	45.823	46.924	50.681
- tatsächliche Auslastung in %	87,80	89,90	97,10
Pflegesätze pro Tag	01.01.12 - 31.12.12	01.03.11 - 31.12.11	01.01.10 - 28.02.11
- Stufe 0	57,10 €	57,07 €	55,21 €
- Stufe 1	81,35 €	81,32 €	78,61 €
- Stufe 2	96,27 €	96,24 €	93,01 €
- Stufe 3	111,29 €	111,26 €	107,51 €
- Härtefall	123,39 €	121,62 €	117,87 €
Vergleichskennzahlen	APW	Durchschnitt Stadtkreis Ulm	
Stand Nov/Dez. 2011		niedrigste Werte	höchste Werte
Pflegesätze			
- Stufe 1	81,32 €	83,80 €	87,51 €
Abweichung APW vom Durchschnitt		-2,96%	-7,07%
- Stufe 2	96,24 €	97,97 €	101,68 €
Abweichung APW vom Durchschnitt		-1,77%	-5,35%
- Stufe 3	111,26 €	113,45 €	117,06 €
Abweichung APW vom Durchschnitt		-1,93%	-4,95%
- Härtefall	121,62 €	122,53 €	127,36 €
Abweichung APW vom Durchschnitt		-0,74%	-4,51%

11. Betriebsergebnis 2012, aktuelle Lage und Ausblick

Die Belegungsquote im Alten- und Pflegeheim Wiblingen von 87,55 % hat gegenüber den Vorjahren (89,9%) weiter abgenommen und liegt auch unter der Budgetvorgabe im Wirtschaftsplan von 90%. Entscheidend für die geringere Auslastung ist neben der zurückgegangenen Nachfrage auch eine kürzere Verweildauer im Pflegeheim. Positiv auf die Auslastung wirkt sich das Angebot der Kurzzeitpflege aus, das 2011 von 5 auf 10 Plätze erweitert wurde. Damit verbunden ist allerdings ein höherer verwaltungsmäßiger und organisatorischer Aufwand für alle Bereiche.

Die Pflegesätze haben sich ab 01.01.2012 im Bereich der Altenpflegeumlage leicht verändert. Der durch den Kommunalverband für Jugend- und Soziales ermittelte Umlagebetrag für vollstationäre Einrichtungen betrug 2011 täglich 0,90 EUR und vom 01.01.2012 bis 31.12.2012 pro Berechnungstag 0,93 EUR. Außerdem wur-

den die Pflegesätze auf Grund der zum Ende des Jahres 2012 geführten Pflegesatzverhandlungen ab 01.02.2013 erhöht.

Die Ergebnisverschlechterung gegenüber den Vorjahren ist im Wesentlichen durch geringere Umsatzerlöse verursacht. Diese sind gegenüber dem Vorjahr von 4.418 T€ auf 4.299 T€ zurückgegangen und liegen damit 214 T€ unter dem Planansatz.

Die sonstigen betrieblichen Erträge, insbesondere Vergütungszuschläge von der Pflegekasse für besondere Betreuungsleistungen, führten zu Erlösen von 245 T€. Durch die Auflösung von Rückstellungen und Zuschüssen, sowie Zinserträgen ergaben sich zudem weitere Erträge von 507 T€. Insgesamt konnten somit Erlöse von 5.050 T€ erzielt werden.

Die Personalkosten sind, trotz Tarifsteigerungen, gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben und liegen mit 3.733 T€ unter dem Planansatz von 3.774 T€. Bei den Materialaufwendungen und bezogenen Leistungen ergaben sich Mehrkosten beim Wirtschaftsbedarf und den Lebensmitteln von 55 T€. Die Instandhaltungsaufwendungen liegen mit 95 T€ deutlich unter dem Planansatz von 566 T€, was darauf zurückzuführen ist, dass mit den Arbeiten zur Dachsanierung noch nicht begonnen wurde. Von den Instandhaltungsrückstellungen wurden für verschiedene Sanierungsmaßnahmen 138 T€ verbraucht und 381 T€ aufgelöst, da diese voraussichtlich nicht mehr in vollem Umfang benötigt werden. Diese haben sich damit um 519 T€ reduziert und betragen zum 31.12.2012 noch 963 T€.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt mit einem Fehlbetrag von -430 T€ (Vorjahr -159 T€) unter dem Planansatz von -707 T€. Mit den Veränderungen bei den sonstigen Rückstellungen, den periodenfremden Erträgen und Aufwendungen sowie Schadensersatzern ergab sich ein außerordentliches Ergebnis von 432 T€. Damit konnte für das Wirtschaftsjahr 2012 als Gesamtergebnis ein Jahresüberschuss von 2 T€ ausgewiesen werden.

Das Gebäude des Alten- und Pflegeheim Wiblingen, Schlosstr. 34, ist seit 1947 vom Land Baden-Württemberg angemietet. Durch die neue Landesheimbauverordnung ergibt sich ein erheblicher Sanierungs- und Umbaubedarf, da insbesondere vermehrt Einzelzimmer zur Verfügung gestellt werden müssen. Da bei stagnierenden oder gar weiter zurückgehenden Umsatzerlösen bei gleichzeitig zunehmenden Kosten für bauliche Veränderungen mittelfristig kein ausgeglichenes Betriebsergebnis erzielt werden kann, wurden in 2012 Aufgaben- und Kostenstruktur sowie Rahmenbedingungen der Einrichtung eingehend untersucht. Durch den Betriebsausschuss wurde im Dezember 2012 beschlossen, dass der Ende 2018 auslaufende Mietvertrag mit dem Land nicht mehr verlängert wird. Die künftige Konzeption des Alten- und Pflegeheims wird derzeit untersucht.

Für das Wirtschaftsjahr 2013 wurde mit einer Auslastung von 85% geplant. Durch die Auflösung weiterer Instandhaltungsrückstellungen wird mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet.

EIGENBETRIEB ENTSORGUNGS-BETRIEBE DER STADT ULM (EBU)

Wichernstraße 10

89070 Ulm

www.ebu-ulm.de

1. Beteiligungsverhältnis

Gründung lt. Grundsatzbeschluss des Gemeinderates der Stadt Ulm vom 27.06.1995 zum 01. Januar 1996.

Es ist kein Stammkapital festgelegt (§ 3 Betriebssatzung i. V. m. § 12 EigBG).

2. Beteiligungen

(Angaben gerundet)	Anteil <u>v.H.</u>	=	Eigenvermögens- umlage in <u>Euro</u>
Zweckverband Klärwerk Steinhäule	ca. 57	=	6.658.000
Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal	ca. 23	=	511.000

3. Gegenstand/Aufgaben des Eigenbetriebs

3.1. Entsorgung von Abfällen und Beseitigung von Abwasser nach Bundes- u. Landesrecht sowie den ortsrechtlichen Regelungen.

3.2. Reinigen, Räumen und Bestreuen von Straßen nach Maßgabe des Straßengesetzes Baden- Württemberg sowie Wahrnehmung der Aufgaben des städtischen Fuhrparks.

3.3. Der Eigenbetrieb kann Betriebsführungen für die Stadt Ulm und Dritte übernehmen, wenn der zu führende Betrieb bzw. die zu führende Einrichtung Berührungspunkte mit dem Unternehmensgegenstand des Eigenbetriebs aufweist.

3.4. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Unternehmensgegenstand fördernden oder ihn wirtschaftlich berührenden Geschäfte betreiben. Er kann sich auch an privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Betrieben beteiligen.

4. Organe des Eigenbetriebs

4.1. Gemeinderat

4.1.1. Betriebsausschuss Entsorgung - 13 Mitglieder (Stand 31.12.2012)

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Ivo Gönner
Mitglieder:	Stadtrat Erwin Böck
	Stadtrat Gerhard Bühler
	Stadtrat Herbert Dörfler
	Stadtrat Michael Joukov
	Stadtrat Siegfried Keppler
	Stadträtin Dorothee Kühne
	Stadträtin Ulrike Lambrecht
	Stadträtin Helga Malischewski
	Stadtrat Ralf Milde
	Stadtrat Hartmut Pflüger
	Stadtrat Dr. Hans-Walter Roth
	Stadtrat Dr. Bruno Waidmann

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Betriebsausschusses betragen im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 2.160 Euro.

4.1.2. Betriebsleitung

Dipl.-Wirt.-Ing. Michael Potthast

Der Betriebsleiter erhielt 2012 Gesamtbezüge (einschl. Arbeitgeberaufwendungen Altersversorgung) in Höhe von 108.535 Euro.

5. Lage des Eigenbetriebs

5.1. Rechtliche Grundlagen

- a) Betriebssatzung vom 22.11.1995 i. d. Fassung vom 15.07.2009
- b) Vereinbarung zwischen der Stadt Ulm und den Entsorgungsbetrieben vom 17.02.1997

5.2. Wirtschaftliche Grundlagen

a) Abwasserwirtschaft

Primäre Aufgabe der Abwasserwirtschaft ist die Sammlung, schadlose Ableitung und Behandlung von Abwasser. Hierzu müssen insbesondere öffentliche Abwasser- und Regenwasserbehandlungsanlagen geplant, gebaut und betrieben werden. Darüber hinaus ist die Kanalreinigung mit den für Notfälle vorzuhaltenden Fahrzeugen in umliegenden Gemeinden tätig. Die Behandlung der Abwässer einschließlich der Klärschlammverwertung u. -beseitigung erfolgt durch den Zweckverband Klärwerk Steinhäule.

Sofern keine sonstigen Erträge zur Verfügung stehen, werden die Kosten der Abwasserwirtschaft über Gebühren gedeckt. Im Sommer 2003 wurde das Kanalnetz auf die Dauer von 26,5 Jahren im Rahmen eines US-Leasing-Geschäfts vermietet/rückgemietet. In Folge der Finanzkrise musste 2008 der Erfüllungsübernehmer auf der Eigenkapitalseite ausgetauscht werden. Die Absicherung erfolgte daraufhin durch den Kauf von amerikanischen Staatsanleihen. Anfang November 2010 wurde nach europaweiter Ausschreibung in Abstimmung mit dem Investor auch der Partner für die Fremdkapitalseite ausgetauscht.

Zum 01.01.2010 wurde in Ulm eine nach Schmutz- und Niederschlagswasser gesplittete Abwassergebühr eingeführt.

b) Abfallwirtschaft

Das Geschäftsfeld der Abfallwirtschaft beinhaltet im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften insbesondere die Vermeidung, Sammlung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Die Verwertung bzw. Beseitigung von Abfällen erfolgte dabei im Berichtsjahr in folgenden Anlagen:

- Deponie Donaustetten (Bauschutt)
- Kompostwerk Augsburg (Biomüll)
- Müllheizkraftwerk Ulm Donautal.

Die Stadt Ulm ist Mitglied im Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal (TAD), der in Ulm seit 1997 ein Müllheizkraftwerk betreibt. Sofern keine sonstigen Erträge zur Verfügung stehen, werden die Kosten der Abfallwirtschaft über Gebühren gedeckt.

c) Stadtreinigung

Auf Grund der betrieblichen und organisatorischen Verflechtungen übernehmen die EBU die städtischen Pflichtaufgaben, Straßen, Radwege und öffentliche Plätze zu reinigen, zu räumen und zu bestreuen. Außerdem erfolgt die Reinigung des Verkehrsgrüns und seit 01.01.2005 auch die Reinigung der öffentlichen Grünflächen und Spielplätze.

Darüber hinaus ist die Stadtreinigung mit den für Notfälle und als Reserve vorzuhaltenden Fahrzeugen auch für umliegende Gemeinden tätig.

d) Fuhrpark

Beim Fuhrpark handelt es sich um einen Hilfsbetrieb, der insbesondere mit der Bereitstellung von Fahrzeugen, Dienstleistungen für den Eigenbetrieb selbst und die städtischen Fachbereiche erbringt. Darüber hinaus ist die Werkstatt mit der Reparatur und Wartung von Feuerwehrfahrzeugen beauftragt. Zum Jahresende 2005 hat sich der Fuhrpark mit Werkstatt auf dem Betriebsgelände der SWU Verkehr GmbH eingemietet.

e) Wasserläufe/Wasserbau

Dem Eigenbetrieb wurde durch Gemeinderatsbeschluss vom 22. November 1995 die Betriebsführung dieser Geschäftsfelder übertragen. Seit 2005 wird der Unterhalt der oberirdischen Gewässer gegen Kostenerstattung von EBU direkt abgewickelt. Seit 2007 ist hierfür ein separater Betriebszweig Wasserläufe/Wasserbau eingerichtet.

5.3. Organisatorische Grundlagen

Der Eigenbetrieb wird seit 01.07.2009 von einem gesamtverantwortlichen Betriebsleiter geführt.

Der operative Geschäftsbetrieb wird durch eigenes Personal erledigt. Durch Verfügung des Oberbürgermeisters werden bestimmte Dienstleistungen gegen Leistungsverrechnung von der Stadt erbracht.

5.4. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen: (der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2012	2011	2010
Beschäftigte	178,4	170,6	173
Beamte	4	5	5
Summe	182,4	175,6	178,0
Auszubildende	6	6	5

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne direkte Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2012	2011	2010
Beträge wie im Stadthaushalt gebucht	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Zuschuss Stadtreinigung	3.062	3.028	2.946
- Zuschuss Wasserläufe/Wasserbau	176	232	179
2. Leistungen der Gesellschaft	0	0	0

7. Bilanz

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	134.302	131.450	130.708
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	7.170	7.169	11.683
Umlaufvermögen	4.793	4.335	4.420
Rechnungsabgrenzungsposten	23	24	35
Summe	146.288	142.978	146.846
Passiva			
Eigenkapital	0	0	0
Gewinn/Verlust	-2.743	-3.676	0
Ertragszuschüsse- Beiträge	25.884	25.312	25.110
Rückstellungen	19.315	18.217	16.280
Verbindlichkeiten	103.832	103.125	105.456
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	146.288	142.978	146.846

8. Gewinn- und Verlustrechnung

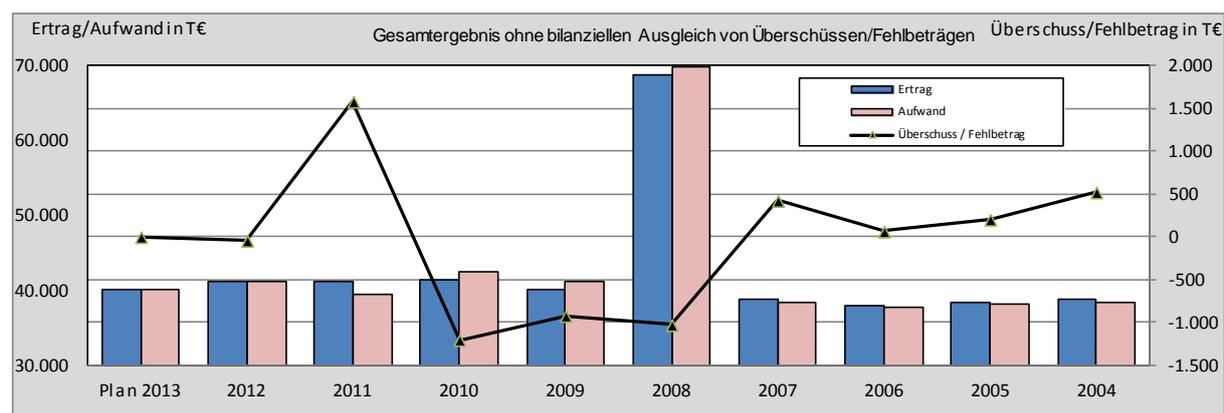
8.1. kurzfristige Darstellung (mit bilanziellem Ausgleich von Überschüssen/Fehlbeträgen)

Anmerkung: Kostenüber- und Unterdeckungen bei den einzelnen Betriebszweigen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung des Gesamtbetriebes teilweise bilanziell ausgeglichen. Bei der langfristigen Darstellung nach Ziffer 8.2 und den Angaben zu Betriebszweigen sind die tatsächlichen Ergebnisse aufgeführt.

	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	37.431	37.642	38.736
Sonst. betriebl. Erträge, akt. Eigenleistungen	3.777	3.413	5.452
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	8	41	7
Jahresfehlbetrag	43	0	0
Summe	41.259	41.096	44.195
Aufwand			
Personalaufwand	9.573	9.211	9.125
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	17.103	16.555	18.528
Sonst. betriebl. Aufwand	4.681	4.748	5.612
Abschreibungen	5.646	5.303	5.782
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.228	4.418	5.121
Steuern	28	26	27
Jahresüberschuss	0	835	0
Summe	41.259	41.096	44.195

8.2. langfristige Darstellung (ohne bilanziellem Ausgleich von Über- und Unterdeckungen)

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
ohne Deckungsausgleich	Plan 2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ertrag	40.167	41.216	41.117	41.325	40.182	68.807	38.839	37.882	38.434	38.842
Aufwand	40.167	41.259	39.533	42.529	41.105	69.836	38.415	37.817	38.230	38.320
Überschuss / Fehlbetrag	0	-43	1.584	-1.204	-923	-1.029	424	65	204	522



Anmerkung zu 2008:

Durch die Auflösung des Cross-Border-Lease für das Kanalnetz ergaben sich 2008 Sonderfaktoren, die sich im Abschluss ausgewirkt, im Saldo aber im Wesentlichen wieder ausgeglichen haben (Auflösung Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge u. Aufwendungen).

9. Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	8,9	8,9	8,7	8,7	8,8	9,2
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	keine Aussagekraft					
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	keine Aussagekraft					
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	keine Aussagekraft					
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	9	9	9	9	9	9
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	97	97	97	97	96	98
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	5.118	5.846	5.580	5.940	-1.226	4.296
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	53	52	51	51	52	48

10. Betriebs- und Leistungsdaten

10.1. Abwasserwirtschaft

Betriebsabrechnung Abwasserwirtschaft	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
1. Betriebserträge			
- Umsatzerlöse	19.838	20.042	18.478
- Sonstige (ohne Unter- und Überdeckungen)	958	668	767
Summe	20.796	20.710	19.245
2. Betriebsaufwendungen			
- Materialaufwand	8.394	8.154	8.453
- Personalaufwand	2.674	2.633	2.356
- Abschreibungen	3.824	4.703	4.326
- Zinsen u. ähnlicher Aufwand	4.088	4.060	4.769
- Sonst. betriebl. Aufwand (ohne Über/Unterdeck.)	1.816	841	1.538
- Verlust lt. Jahresabschluss	187	oben enthalten	oben enthalten
Summe	20.983	20.391	21.442
3. Betriebsergebnis			
- Überdeckung/Unterdeckung	-187	319	-2.197
- Kostendeckungsgrad in %	99,1	101,6	89,8
gem. § 14 Abs. 2 KAG	Deckung Folgejahre	Verlustabdeckung Vorjahre	Deckung Folgejahre

Leistungsdaten	2012	2011	2010
a) Abwassermengen in Tausend cbm			
- veranlagtes Abwasser	7.331.229 m ³	7.331.194 m ³	7.254.924 m ³
- Gesamtabwassermenge (incl. Regenwasser)	18.112.000 m ³	17.306.222 m ³	20.515.006 m ³
b) Abwassergebühren je m ³			
- Schmutzwasser	1,62 €	1,62 €	1,53 €
--- davon Nutzung Kanalisation	0,84 €	0,84 €	0,77 €
--- davon Nutzung Kläranlage	0,78 €	0,78 €	0,76 €
- Niederschlagswasser	0,51 €	0,47 €	0,44 €
c) Trinkwassergebühr (Wasserzins) je m ³	1,75 €	1,72 €	1,70 €
d) Entwässerungsbeitrag je m ²	3,93 €	3,93 €	3,93 €
e) Sonstiges			
- Kanalnetzlänge	588 km	592 km	591 km
- Regenbecken Anzahl	58	58	58
- Regenbecken Auffangvolumen	99.700 m ³	99.700 m ³	99.700 m ³
- Anschlussquote Klärwerk	99,87 %	99,87 %	99,87 %

Erläuterungen zum Betriebsergebnis 2012

Das Ergebnis der Abwasserwirtschaft des Jahres 2012 wurde durch eine verstärkte Sanierung des Kanalsystems (+250 T€) geprägt. Zudem haben zeitliche Verzögerungen bei den Baumaßnahmen zu einer Reduzierung der Erträge aus "aktivierten Eigenleistungen" (-210 T€) geführt.

Die Abwassergebühr wird seit dem 01.01.2010 in eine Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühr getrennt. Die Schmutzwassergebühr wurde im Jahr 2012 gegenüber 2011 nicht verändert (1,62 €), während die Niederschlagswassergebühr um 0,04 € auf 0,51 € je Quadratmeter befestigter Fläche erhöht wurde.

Die Abwassergebühren lagen 119 T€ unter Plan.

Die Rückerstattung vom Zweckverband Klärwerk Steinhäule (+125 T€) fiel sehr erfreulich aus. Diese Rückerstattung kam dadurch zustande, dass Betriebe, die in früheren Jahren Starkverschmutzerzuschläge zahlen mussten, zwischenzeitlich "normalverschmutztes" Abwasser anliefern.

Die Personalkosten sind geringer (-87 T€) ausgefallen, da der frühe Wintereinbruch den Personaleinsatz im Abwasserbereich verhinderte. Den erhöhten Kosten des Fuhrparks (+105 T€) durch Abschreibung für neue Fahrzeuge und erhöhten Treibstoffkosten stehen geringere Zinskosten (-157 T€) aufgrund des günstigen Zinsniveaus und der geringeren Investitionen entgegen.

Im Jahr 2012 ist stark verschmutztes Abwasser in dem Maße angeliefert worden, dass es einer zusätzlichen Menge von 25.022 m³ normal verschmutztem Abwasser entspricht. Neben dem normalen Frischwasserverbrauch von 7.306.207 m³ als Abwasserverbrauch muss diese Menge an das Klärwerk Steinhäule (ZVK) vergütet werden. Die satzungsgemäß gemeldete Abwassermenge für das Jahr 2012 beträgt somit 7.331.229 m³, was einer Erhöhung gegenüber 2011 von 35 m³ entspricht.

Der Verlust von 187 T€ wird ausgewiesen und nach Beschlussfassung durch den Betriebsausschuss in den Jahren 2013 bis 2017 ausgeglichen.

10.2. Abfallwirtschaft

Betriebsabrechnung Abfallwirtschaft	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
1. Betriebserträge			
- Umsatzerlöse	10.365	10.907	11.706
- Sonstige (ohne Unter- und Überdeckungen)	1.510	1.533	1.264
- Überschuss lt. Jahresabschluss	689	oben enthalten	oben enthalten
Summe	12.564	12.440	12.970
2. Betriebsaufwendungen			
- Materialaufwand	5.576	5.610	6.462
- Personalaufwand	3.824	3.489	2.744
- Abschreibungen	445	370	393
- Zinsen u. ähnlicher Aufwand	-143	78	98
- Sonst. betriebl. Aufwand (ohne Über/Unterdeck.)	2.173	1.554	1.651
Summe	11.875	11.101	11.348
3. Betriebsergebnis			
- Überdeckung/Unterdeckung	689	1.339	1.622
- Kostendeckungsgrad in %	105,8	112,1	114,3
gem. § 14 Abs. 2 KAG	Verwendung in Folgejahren	Verwendung in Folgejahren	Verwendung in Folgejahren

Leistungsdaten	2012	2011	2010
a) Abfallmengen			
- Hausmüll/Restmüll	10.245 to	10.352 to	9.963 to
- Biomüll	5.072 to	5.005 to	4.970 to
- Sperrmüll	4.756 to	4.895 to	5.194 to
- Gewerbemüll/Klinikmüll	1.118 to	1.213 to	1.375 to
- Bauschutt	9.939 m ³	10.109 m ³	8.529 m ³
b) Wertstoffmengen	34.592 to	38.164 to	38.579 to
- thermisch behandelte Restmüllmenge	16.119 to	16.460 to	16.532 to
- Entsorgungskosten (Umlage TAD) - je Tonne	64,99 €	66,78 €	76,38 €
- je Einwohner	7,91 €	8,17 €	9,34 €
c) Behälterzahlen Haus- u. Biomüll (veranlagt)	Anzahl	Anzahl	Anzahl
- 35 Liter	33.707	34.089	34.121
- 50/60 Liter	13.670	13.062	12.947
- 70/80 Liter	2.188	2.123	2.045
- 110/120 Liter	4.396	4.233	4.234
- 240 Liter	1.490	1.471	1.364
- 500 Liter	19	16	16
- 770 Liter	66	60	60
- 1.100 Liter	661	731	640
d) Recyclinghöfe	8	8	8
e) Containerstandorte	136	136	136
f) Abfallgebühren	Euro	Euro	Euro
- Grundgebühr	67,00 €	67,00 €	67,00 €
- Behältergebühr je Liter Restmüll	0,93 €	1,09 €	1,54 €
- Direktanlieferungsgebühr je Tonne	217,00 €	248,00 €	277,00 €

Erläuterungen zum Betriebsergebnis 2012

Die im Müllheizkraftwerk zu entsorgende Abfallmenge lag 2012 mit 16.119 Tonnen ca. 300 Tonnen unter dem Vorjahresniveau. Die Wertstoffmenge 2012 mit 34.592 Tonnen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 3.500 Tonnen. Dieser Rückgang fand hauptsächlich bei den Gartenabfällen statt und ist auf die Eindämmung des Missbrauchs bei den Häckselplätzen zurückzuführen.

Beim Ergebnis der Abfallwirtschaft fallen auf der Ertragsseite folgende Punkte auf:

Der Zweckverband TAD hat aufgrund seines positiven Geschäftsverlaufs Gebühren in Höhe von 514 T€ rückerstattet. Die Einnahmen aus Müllgebühren sind gegenüber Plan um ca. 60 T€ niedriger, während die Verkaufserlöse für Altpapier (+202 T€) und Schrott (+129 T€) über Plan lagen und positiv zum Ergebnis beitragen.

Im Zuge der Umbaumaßnahmen des Recyclinghofs Grimmelfingen wurden zwei Pumpstationen mit Pumpensteuerung und Elektrik sowie der Hauptanschluss saniert. Dieses verursachte Mehraufwendungen (+99 T€). Durch den Neubau von Recyclinghöfen und Gartenabfallplätzen fielen die in diesem Bereich geplanten Instandhaltungsmaßnahmen deutlich geringer aus als geplant (-118 T€).

Der in der Planung nicht berücksichtigte Personaleinsatz auf Gartenabfallplätzen führte zu einer Erhöhung der Personalkosten (+222 T€).

Insgesamt führt dies zu einem Überschuss von 689 T€. Dieser Überschuss wird der Gewinnrückstellung zugeführt und nach Beschlussfassung durch den Betriebsausschuss in den Jahren 2013 bis 2017 ausgeglichen.

10.3. Stadtreinigung

Betriebsabrechnung Stadtreinigung	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
1. Betriebserträge			
- Umsatzerlöse	3.535	3.452	3.441
- Sonstige	681	623	570
Summe	4.216	4.075	4.011
2. Betriebsaufwendungen			
- Materialaufwand	1.803	1.496	2.480
- Personalaufwand	2.175	2.205	1.801
- Abschreibungen	99	87	84
- Zinsen u. ähnlicher Aufwand	16	16	16
- Sonst. betriebl. Aufwand	224	225	274
Summe	4.317	4.029	4.655
3. Betriebsergebnis			
- Überdeckung/Unterdeckung	-101	46	-644
- Kostendeckungsgrad in %	97,7	101,1	86,2
	Rechnungsstellung an Stadt		

Leistungsdaten	2012	2011	2010
a) Stadtreinigung			
- Reinigungsleistung			
- Straßen	516 km	508 km	507 km
- Geh- und Radwege	121 km	121 km	121 km
- Grünfl., Verkehrsgrün, Spielplätze	360 ha	360 ha	360 ha
- Kehrrichtentsorgung	1.687 to	2.276 to	2.111 to
- Personal (seit 2011 einschl. Fahrer)	50 Mitarbeiter	51 Mitarbeiter	42 Mitarbeiter
- Fahrzeuge (Kehrmaschinen)	8	8	8
- Reinigungsanteil durch Dritte	ca.1 %	ca.1 %	ca.1 %
b) Winterdienst			
- Räumleistung	keine Angabe	keine Angabe	507 km
- Streumittel/Lauge	3.782 to	2.435 to	7.623 to
- Fahrzeugeinsatztage	962	465	1.218
- Fahrzeuge	25	25	25
- Winterdienstanteil durch Dritte (Fahrzeug-Std.)	ca. 36,5 %	ca. 33,8 %	ca. 43 %

Erläuterungen zum Betriebsergebnis 2012

Einmalfaktoren bei der Renaturierung des Örlinger Tals und bei Leistungen für private Dritte haben zu einer Ergebnisverbesserung auf der Einnahmenseite (+161 T€) geführt.

Der harte Winter im November und Dezember führte dazu, dass die Kosten für Streumaterial (+85 T€) und Fremdleistungen (+85 T€) über dem Wirtschaftsplan lagen.

Die verstärkte Inanspruchnahme der Fahrzeuge durch die Arbeiten für Dritte und erhöhte Kosten im Fuhrpark (Treibstoff und Reparaturkosten) führten zu Mehrbelastungen bei den in Rechnung gestellten Transportleistungen des Fuhrparks (+150 T€).

Insgesamt ergibt sich eine Unterdeckung gegenüber Plan von -101 T€. Dieser Betrag wird der Stadt in Rechnung gestellt.

10.4. Fuhrpark

Betriebsabrechnung Fuhrpark	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
1. Betriebserträge			
- Umsatzerlöse	3.593	3.286	4.468
- Sonstige (ohne Unter- und Überdeckungen)	357	374	414
Summe	3.950	3.660	4.882
2. Betriebsaufwendungen			
- Materialaufwand	1.250	1.219	1.078
- Personalaufwand	730	737	2.068
- Abschreibungen	1.273	1.068	972
- Zinsen u. ähnlicher Aufwand	266	263	236
- Sonst. betriebl. Aufwand (ohne Über/Unterdeck.)	474	469	484
Summe	3.993	3.756	4.838
3. Betriebsergebnis			
- Überdeckung/Unterdeckung	-43	-96	44
- Kostendeckungsgrad in %	98,9	97,4	100,9
	Vortrag auf neuen Wirtschaftsplan		

Leistungsdaten	2012	2011	2010
a) Fahrzeugbestand			
- Pkw	50	48	49
- Lkw und Busse	67	67	67
- Sonderfahrzeuge	46	47	41
- Anhänger	39	39	37
b) Fahrleistungen - alle Fahrzeuge	keine Angabe	1.466.358 km	1.489.990 km
- Pkw	467.405 km	471.080 km	444.000 km
- Fahrzeugeinsatz in Stunden	71.680	68.085	keine Angabe
c) Verrechnungssätze			
- Pkw-Kleinwagen je km	0,24 €	0,27 €	0,23 €
- Lkw bis 2,5 to je km	0,48 €	0,45 €	0,43 €

Erläuterungen zum Betriebsergebnis 2012

Die Fahrzeuge und Geräte des Fuhrparks werden im Eigenbetrieb für die anderen vier Betriebszweige eingesetzt und städtischen Dienststellen zur Verfügung gestellt. Die Fahrzeuge werden regelmäßig gewartet und geprüft. Die Prüfungen werden dokumentiert und entsprechen den gesetzlichen Vorgaben.

Auf der Aufwandsseite sind gestiegene Treibstoffe (+60 T€) sowie höhere Reparatur- und Ersatzteilkosten (+131 T€) festzustellen. Die Abschreibungen sind wegen der Neubeschaffung von Fahrzeugen um 61 T€ höher als geplant ausgefallen.

Den erhöhten Aufwendungen stehen auf der Ertragsseite höhere Erträge bei der Fahrzeuggestellung (+288 TE) gegenüber.

Es wurde ein negatives Ergebnis von -42 T€ erzielt. Diese Unterdeckung wird vorgetragen und planmäßig im Wirtschaftsplan 2014 berücksichtigt.

10.5. Wasserläufe/Wasserbau

Betriebsabrechnung Wasserläufe/Wasserbau	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
1. Betriebserträge			
- Umsatzerlöse	0	0	0
- Sonstige Erträge (ohne Unter- und Überdeckungen)	226	232	217
Summe	226	232	217
2. Betriebsaufwendungen			
- Materialaufwand	79	76	56
- Personalaufwand	169	146	156
- Abschreibungen	6	6	6
- Zinsen u. ähnlicher Aufwand	1	2	2
- Sonst. betriebl. Aufwand (ohne Über/Unterdeck.)	23	26	26
Summe	278	256	246
3. Betriebsergebnis			
- Überdeckung/Unterdeckung	-52	-24	-29
- Kostendeckungsgrad in %	81,3	90,6	88,2
	Rechnungsstellung an Stadt		

Leistungsdaten	2012	2011	2010
- Gewässer I. Ordnung	7 km	7 km	7 km
- Gewässer II. Ordnung	43 km	43 km	43 km
- Untergeordnete Wasserläufe	45 km	45 km	45 km
- Hochwasserrückhaltebecken	5	5	5
- Wehranlagen	10	10	10

Erläuterungen zum Betriebsergebnis 2012

Die Erträge und Aufwendungen konnten im Wesentlichen entsprechend dem Wirtschaftsplan abgewickelt werden.

Da der Zuschuss der Stadt Ulm unter dem Planansatz im Wirtschaftsplan lag, ergab sich eine Unterdeckung von 52 T€. Dieser Betrag wird der Stadt im Folgejahr in Rechnung gestellt.

10.6. Gesamtergebnis (ohne bilanziellen Deckungsausgleich)

Gesamtergebnis	2012	2011	2010
	in T€	in T€	in T€
1. Betriebserträge			
- Abwasserwirtschaft	20.796	20.710	19.245
- Abfallwirtschaft	12.564	12.440	12.970
- Stadtreinigung	4.216	4.075	4.011
- Fuhrpark	3.950	3.660	4.882
- Wasserläufe/Wasserbau	226	232	217
Summe	41.752	41.117	41.325
2. Betriebskosten			
- Abwasserwirtschaft	20.983	20.391	21.442
- Abfallwirtschaft	11.875	11.101	11.348
- Stadtreinigung	4.317	4.029	4.655
- Fuhrpark	3.993	3.756	4.838
- Wasserläufe/Wasserbau	278	256	246
Summe	41.446	39.533	42.529
3. Betriebsgewinn/Verlust			
- Abwasserwirtschaft	-187	319	-2.197
- Abfallwirtschaft	689	1.339	1.622
- Stadtreinigung	-101	46	-644
- Fuhrpark	-43	-96	44
- Wasserläufe/Wasserbau	-52	-24	-29
Summe	306	1.584	-1.204

11. Aktuelle Lage und Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2013 enthält Gesamtaufwendungen und -erträge in Höhe von 40.167 T€ und ist planmäßig ausgeglichen. Auf der Basis der Zwischenergebnisse zum 30.06.2013 werden für den Jahresabschluss 2013 folgende Ergebniswerte prognostiziert:

Gesamtbetrieb	-103 T€
Davon:	
Abwasserwirtschaft	+225 T€
Wasserläufe/Wasserbau	-24 T€
Abfallwirtschaft	+23 T€
Stadtreinigung	-239 T€
Fuhrpark	-90 T€

Für die einzelnen Betriebszweige ist die voraussichtliche Entwicklung wie folgt:

Abwasserwirtschaft

Im Bereich Abwasserwirtschaft wird ein positives Ergebnis (+225 T€) erwartet.

Der Bereich Abwasser wird durch überdurchschnittliche Bautätigkeiten aufgrund mehrerer neuer Erschließungsgebiete und den Vortrieb beim Hauptbahnhofsammler geprägt. Den geringeren Einnahmen v. a. aufgrund geringerer Flächen für die Niederschlagswassergebühr (-142 T€) stehen Mehreinnahmen aus der Beauftragung von Dritten (+165 T€) und die Umlagenrückerstattung des Zweckverbandes Klärwerk Steinhäule (+224 T€) gegenüber.

Die Abrechnung des Straßenentwässerungsanteils aus 2012 schlägt mit +31 T€ zu Buche.

Der Kanalunterhalt erfordert Mehrkosten i. H. v. +197 T€, denen geringere Zinsen (-140 T€) entgegen stehen.

Wasserläufe/Wasserbau

Während die Erträge planmäßig abgewickelt werden können, führen Aufwendungen im Bereich Hochwasserschutz und Personal (Betreuung Verlegung Kleine Blau) zu Überschreitungen der Planansätze.

Abfallwirtschaft

Auch zum 01.01.2013 konnten die Abfallgebühren in der Stadt Ulm erneut gesenkt werden.

Der positive Verlauf in der Abfallwirtschaft setzt sich in 2013 fort und wird hauptsächlich von der Rückerstattung vom Zweckverband TAD (+462 T€) getragen.

Die Erstattungen von DSD werden neu verhandelt und fallen um -54 T€ niedriger aus als erwartet. Das Projekt "ulmer tonnen tausch" wirkt sich mit insgesamt +370 T€ v. a. auf die Bereiche Fremdleistungen, Personal, Mieten, Öffentlichkeitsarbeit und EDV aus.

Der größere Teil der Ausgaben (Behälterbeschaffung) findet im Vermögensplan statt, weshalb sich diese Ausgaben erst ab 2014 durch Abschreibungen usw. bemerkbar machen. Somit wird im Betriebszweig Abfallwirtschaft mit einem leichten Überschuss von +23 T€ gerechnet.

Stadtreinigung

Die überdurchschnittlich starke Winterperiode 01-03/2013 führt zu einer Überschreitung der Planansätze v. a. bei Streumaterial und Fremdfirmen (zus. +250 T€). Abhängig vom kommenden Winter und dem mit der Stadt noch zu verhandelnden Kontrakt zur Stadtreinigung wird von einer Unterdeckung von ca. -239 T€ ausgegangen.

Fuhrpark

Der Hilfsbetrieb Fuhrpark geht mit -90 T€ von einem negativen Ergebnis aus. Die Einnahmen durch die Fahrzeugstellung an die Stadt und der Verkaufserlös aus der Fotovoltaikanlage schließen mit zus. -35 T€ unter Plan ab.

Während der Treibstoffverbrauch aufgrund der Preisentwicklung niedriger (-67 T€) erwartet wird, werden die Ansätze beim Personal, Mieten (zus. +38 T€) und bei den Abschreibungen (Fahrzeugbeschaffung, +78 T€) überschritten.

Im Jahr 2014 wird der „ulmer tonnen tausch“ und die damit verbundenen Änderungen im Bereich der Abfallwirtschaft im Blickpunkt stehen. Des Weiteren wird der Kontrakt Stadtreinigung und die Überplanung des gesamten Kanalnetzes die Abteilungen beschäftigen. Das Wetter wird, wie in den letzten Jahren, für Überraschungen sorgen für die EBU aber gerüstet ist.

6. Anhang

6.1. Auszug aus der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO)

§ 102 GemO Zulässigkeit wirtschaftlicher Unternehmen

- (1) Die Gemeinde darf ungeachtet der Rechtsform wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn
 1. der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
 3. bei einem Tätig werden außerhalb der kommunalen Daseinsvorsorge der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Anbieter erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- (2) Über ein Tätig werden der Gemeinde nach Absatz 1 Nr. 3 entscheidet der Gemeinderat nach Anhörung der örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel.
- (3) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass der öffentliche Zweck erfüllt wird; sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen.
- (4) Wirtschaftliche Unternehmen im Sinne der Absätze 1 und 2 sind nicht
 1. Unternehmen, zu deren Betrieb die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
 2. Einrichtungen des Unterrichts-, Erziehungs- und Bildungswesens, der Kunstpflege, der körperlichen Ertüchtigung, der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege sowie öffentliche Einrichtungen ähnlicher Art und
 3. Hilfsbetriebe, die ausschließlich zur Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinde dienen.

Auch diese Unternehmen, Einrichtungen und Hilfsbetriebe sind nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen.

- (5) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht betreiben. Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.
- (6) Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Privatunternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.
- (7) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist zulässig, wenn bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen Gemeinden gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.

§ 103 GemO Unternehmen in Privatrechtsform

- (1) Die Gemeinde darf ein Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn
 1. das Unternehmen seine Aufwendungen nachhaltig zu mindestens 25 vom Hundert mit Umsatzerlösen zu decken vermag,
 2. im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung sichergestellt ist, dass der öffentliche Zweck des Unternehmens erfüllt wird,
 3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan des Unternehmens erhält,
 4. die Haftung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt wird,
 5. bei einer Beteiligung mit Anteilen in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung sichergestellt ist, dass
 - a. in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt und der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde gelegt wird,

- b. der Jahresabschluss und der Lagebericht in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und in entsprechender Anwendung dieser Vorschriften geprüft werden, sofern nicht die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs bereits unmittelbar gelten oder weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen,
- c. der Gemeinde der Wirtschaftsplan und die Finanzplanung des Unternehmens, der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers übersandt werden, soweit dies nicht bereits gesetzlich vorgesehen ist,
- d. für die Prüfung der Betätigung der Gemeinde bei dem Unternehmen dem Rechnungsprüfungsamt und der für die überörtliche Prüfung zuständigen Prüfungsbehörde die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt sind,
- e. das Recht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Unternehmens nach Maßgabe des § 114 Abs. 1 eingeräumt ist
- f. der Gemeinde für die Aufstellung des Gesamtabchlusses (§ 95a) erforderlichen Unterlagen und Auskünfte zu dem von ihr bestimmten Zeitpunkt eingereicht werden.

Die obere Rechtsaufsichtsbehörde kann in besonderen Fällen von dem Mindestgrad der Aufwandsdeckung nach Satz 1 Nr. 1 und dem Prüfungserfordernis nach Satz 1 Nr. 5 Buchst. b, wenn andere geeignete Prüfungsmaßnahmen gewährleistet sind, Ausnahmen zulassen.

- (2) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 ein Unternehmen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur errichten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- (3) Die Gemeinde hat ein Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem sie mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist, so zu steuern und zu überwachen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt und das Unternehmen wirtschaftlich geführt wird; bei einer geringeren Beteiligung hat die Gemeinde darauf hinzuwirken. Zuschüsse der Gemeinde zum Ausgleich von Verlusten sind so gering wie möglich zu halten.

§ 103 a GemO Unternehmen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gemeinde darf unbeschadet des § 103 Abs. 1 ein Unternehmen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag sichergestellt ist, dass die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

- a. den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
- b. die Übernahme neuer Aufgaben von besonderer Bedeutung im Rahmen des Unternehmensgegenstands,
- c. die Errichtung, den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen, sofern dies im Verhältnis zum Geschäftsumfang der Gesellschaft wesentlich ist,
- d. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses.

§ 104 GemO Vertretung der Gemeinde in Unternehmen in Privatrechtsform

- (1) Der Bürgermeister vertritt die Gemeinde in der Gesellschaftsversammlung oder in dem entsprechenden Organ der Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Gemeinde beteiligt ist; er kann einen Gemeindebediensteten mit seiner Vertretung beauftragen. Die Gemeinde kann weitere Vertreter entsenden und deren Entsendung zurücknehmen; ist mehr als ein weiterer Vertreter zu entsenden und kommt eine Einigung über deren Entsendung nicht zu Stande, finden die Vorschriften über die Wahl der Mitglieder beschließender Ausschüsse des Gemeinderats Anwendung. Die Gemeinde kann ihren Vertretern Weisungen erteilen.
- (2) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt, mehr als ein Mitglied des Aufsichtsrats oder eines entsprechenden Organs eines Unternehmens zu entsenden, finden die Vorschriften über die Wahl

der Mitglieder beschließender Ausschüsse des Gemeinderats Anwendung, soweit eine Einigung über die Entsendung nicht zu Stande kommt.

- (3) Die von der Gemeinde entsandten oder auf ihren Vorschlag gewählten Mitglieder des Aufsichtsrats oder eines entsprechenden Überwachungsorgans eines Unternehmens haben bei ihrer Tätigkeit auch die besonderen Interessen der Gemeinde zu berücksichtigen.
- (4) Werden Vertreter der Gemeinde aus ihrer Tätigkeit in einem Organ eines Unternehmens haftbar gemacht, hat ihnen die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass sie ihn vorsätzlich oder grobfahrlässig herbeigeführt haben. Auch in diesem Fall ist die Gemeinde schadenersatzpflichtig, wenn ihre Vertreter nach Weisung gehandelt haben.

§ 105 GemO Prüfung, Offenlegung und Beteiligungsbericht

- (1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang beteiligt, hat sie
 1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,
 2. dafür zu sorgen, dass
 - a. der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses zusammen mit dessen Ergebnis, das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die beschlossene Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrags ortsüblich bekanntgegeben werden
 - b. gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich ausgelegt werden und in der Bekanntgabe auf die Auslegung hingewiesen wird.
- (2) Die Gemeinde hat zur Information des Gemeinderats und ihrer Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen sie unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen. In dem Beteiligungsbericht sind für jedes Unternehmen mindestens darzustellen:
 - a. der Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
 - b. der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens,
 - c. für das jeweilige letzte Geschäftsjahr die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens sowie die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats oder der entsprechenden Organe des Unternehmens für jede Personengruppe; § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuches gilt entsprechend.

Ist die Gemeinde unmittelbar mit weniger als 25 vom Hundert beteiligt, kann sich die Darstellung auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens beschränken.

- (3) Die Erstellung des Beteiligungsberichts ist ortsüblich bekannt zu geben; Absatz 1 Nr. 2 Buchst. b gilt entsprechend.
- (4) Die Rechtsaufsichtsbehörde kann verlangen, dass die Gemeinde ihr den Beteiligungsbericht und den Prüfungsbericht mitteilt.

§ 105 a GemO Mittelbare Beteiligungen an Unternehmen in Privatrechtsform

- (1) Die Gemeinde darf der Beteiligung eines Unternehmens, an dem sie mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist, an einem anderen Unternehmen nur zustimmen, wenn
 1. die Voraussetzungen des § 102 Abs. 1 Nr. 1 und 3 vorliegen,
 2. bei einer Beteiligung des Unternehmens von mehr als 50 vom Hundert an dem anderen Unternehmen
 - a. die Voraussetzungen des § 103 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 4 vorliegen,

- b. die Voraussetzungen des § 103a vorliegen, sofern das Unternehmen, an dem die Gemeinde unmittelbar beteiligt ist, und das andere Unternehmen Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind,
- c. die Voraussetzung des § 103 Abs. 2 vorliegt, sofern das andere Unternehmen eine Aktiengesellschaft ist.

Beteiligungen sind auch mittelbare Beteiligungen. Anteile mehrerer Gemeinden sind zusammenzurechnen.

- (2) § 103 Abs. 3 und, soweit der Gemeinde für das andere Unternehmen Entsendungsrechte eingeräumt sind, § 104 Abs. 2 bis 4 gelten entsprechend.
- (3) Andere Bestimmungen zur mittelbaren Beteiligung der Gemeinde an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts bleiben unberührt.

§ 106 GemO Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen

Die Veräußerung eines Unternehmens, von Teilen eines solchen oder einer Beteiligung an einem Unternehmen sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

§ 106 a Einrichtungen in Privatrechtsform

Die §§ 103 bis 106 gelten für Einrichtungen im Sinne des § 102 Abs.4 Satz 1 Nr. 2 in einer Rechtsform des privaten Rechts entsprechend.

§ 106 b Vergabe von Aufträgen

- (1) Die Gemeinde ist verpflichtet, ihre Gesellschaftsrechte in Unternehmen des privaten Rechts, auf die sie durch mehrheitliche Beteiligung oder in sonstiger Weise direkt oder indirekt bestimmenden Einfluss nehmen kann so auszuüben, dass
 - 1. diese die Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) sowie § 22 Abs. 1 bis 4 des Mittelstandsförderungsgesetzes anwenden und
 - 2. ihnen die Anwendung der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) empfohlen wird, wenn diese Unternehmen öffentliche Auftraggeber im Sinne von § 98 Nr. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen sind. Satz 1 gilt für Einrichtungen im Sinne des § 102 Abs.4 Satz 1 Nr. 2 in einer Rechtsform des privaten Rechts entsprechend.
- (2) Die Verpflichtung nach Abs. 1 entfällt in der Regel,
 - 1. bei wirtschaftlichen Unternehmen, soweit sie
 - a. mit ihrer gesamten Tätigkeit an einem entwickelten Wettbewerb teilnehmen und ihre Aufwendungen ohne Zuschüsse aus öffentlichen Haushalten zu decken vermögen oder
 - b. mit der gesamten Tätigkeit einzelner Geschäftsbereiche an einem entwickelten Wettbewerb teilnehmen und dabei ihre Aufwendungen ohne Zuschüsse aus öffentlichen Haushalten zu decken vermögen.
 - 2. bei Aufträgen der in § 100 Abs. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen genannten Art,
 - 3. bei Aufträgen, deren Wert voraussichtlich weniger als 30.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt.

Auch bei Vorliegen der Ausnahmevoraussetzungen nach Satz 1 besteht die Verpflichtung nach Abs. 1, soweit die Unternehmen Aufträge für ein Vorhaben vergeben, für das sie öffentliche Mittel in Höhe von mindestens 30.000 Euro in Anspruch nehmen.

§ 108 GemO Vorlagepflicht

Beschlüsse der Gemeinde über Maßnahmen und Rechtsgeschäfte nach § 103 Abs. 1 und 2, §§ 103a, 105a Abs. 1, §§ 106, 106a und 107 sind der Rechtsaufsichtsbehörde unter Nachweis der gesetzlichen Voraussetzungen vorzulegen.

§ 111 GemO Örtliche Prüfung der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe, Sonder- und Treuhandvermögen

- (1) Das Rechnungsprüfungsamt hat die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe vor der Feststellung durch den Gemeinderat auf Grund der Unterlagen der Gemeinde und der Eigenbetriebe in entsprechender Anwendung des § 110 Abs. 1 zu prüfen. Die Prüfung ist innerhalb von vier Monaten nach Aufstellung der Jahresabschlüsse durchzuführen. Bei der Prüfung ist ein vorhandenes Ergebnis einer Jahresabschlussprüfung zu berücksichtigen.
- (2)

§ 112 GemO Weitere Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes

- (1)
- (2) Der Gemeinderat kann dem Rechnungsprüfungsamt weitere Aufgaben übertragen, insbesondere
 - 1.....
 - 2.....
 3. Die Prüfung der Betätigung der Gemeinde bei Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Gemeinde beteiligt ist, und
 - 4.....

§ 114 GemO Aufgaben und Gang der überörtlichen Prüfung

- (1) Die überörtliche Prüfung erstreckt sich darauf, ob bei der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung, der Wirtschaftsführung und dem Rechnungswesen sowie der Vermögensverwaltung der Gemeinde sowie ihrer Sonder- und Treuhandvermögen die gesetzlichen Vorschriften eingehalten worden sind. Bei der Prüfung sind vorhandene Ergebnisse der örtlichen Prüfung des Jahresabschlusses und des Gesamtabschlusses (§ 110), der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe, Sonder- und Treuhandvermögen (§ 111) und einer Jahresabschlussprüfung zu berücksichtigen.
- (2)

6.2. Auszug aus dem Haushaltsgrundsätze (HGrG)

§ 53 HGrG Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen

- (1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen
 1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
 2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a. die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - b. verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - c. die Ursachen eines in der Gewinn- u. Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
 3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.
- (2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaft auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54 HGrG Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde

- (1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.
- (2) Ein vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.

6.3. Auszug aus dem Eigenbetriebsgesetz (EigBG)

§ 1 EigBG Anwendungsbereich

Die Gemeinden können Unternehmen, Einrichtungen und Hilfsbetriebe im Sinne des § 102 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 3 der Gemeindeordnung als Eigenbetriebe führen, wenn deren Art und Umfang eine selbständige Wirtschaftsführung rechtfertigen.

§ 5 EigBG Aufgaben der Betriebsleitung

- (1) Die Betriebsleitung leitet den Eigenbetrieb, soweit in diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes nichts anderes bestimmt ist. Ihr obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung. Im Rahmen ihrer Zuständigkeit ist sie für die wirtschaftliche Führung des Eigenbetriebs verantwortlich.
- (2)
- (3) Die Betriebsleitung hat den Bürgermeister über alle wichtige Angelegenheiten des Eigenbetriebs rechtzeitig zu unterrichten. Sie hat ferner dem Fachbeamten für das Finanzwesen oder dem sonst für das Finanzwesen der Gemeinde zuständigen Beamten (§116 der Gemeindeordnung) alle Maßnahmen mitzuteilen, welche die Finanzwirtschaft der Gemeinde berühren. Näheres ist durch Betriebssatzung zu regeln.

§ 10 EigBG Stellung des Bürgermeisters

- (1) Der Bürgermeister kann der Betriebsleitung Weisung erteilen, um die Einheitlichkeit der Gemeindeverwaltung zu wahren, die Erfüllung der Aufgaben des Eigenbetriebs zu sichern und Missstände zu beseitigen.
- (2)

§ 14 EigBG Wirtschaftsplan

- (1) Für das Wirtschaftsjahr ist vor dessen Beginn ein Wirtschaftsplan aufzustellen. Er besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht.
- (2) Der an den Haushalt der Gemeinde abzuführende Jahresgewinn oder der aus dem Haushalt der Gemeinde abzudeckende Jahresverlust ist in den Haushaltsplan der Gemeinde aufzunehmen.
- (3) Bei der Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan kann der Gemeinderat unter Berücksichtigung der Finanzplanung entscheiden, ob und inwieweit dem Haushalt der Gemeinde Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, die aus Entgelten für die Abschreibungen aus den Anschaffungs- und Herstellungskosten des Anlagevermögens erwirtschaftet werden, soweit sie nicht für Kreditbeschaffungskosten, die ordentliche Tilgung von Krediten oder für bevorstehende notwendige Investitionen des Eigenbetriebs benötigt werden.

§ 16 EigBG Jahresabschluss und Lagebericht

- (1) Die Betriebsleitung hat für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres einen aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang bestehenden Jahresabschluss sowie einen Lagebericht aufzustellen.
- (2)
- (3) Der Bürgermeister hat den Jahresabschluss und den Lagebericht zusammen mit dem Bericht über die örtliche Prüfung und im Fall einer Jahresabschlussprüfung auch mit dem Bericht über diese zunächst dem Betriebsausschuss zur Vorberatung und sodann mit dem Ergebnis dieser Vorberatung dem Gemeinderat zur Feststellung zuzuleiten. Der Gemeinderat stellt den Jahresabschluss innerhalb eines Jahres fest und beschließt dabei über
 1. die Verwendung des Jahresgewinns oder die Behandlung des Jahresverlusts; der Jahresgewinn soll zumindest in Höhe der Verzinsung des vom Haushalt der Gemeinde aufgebrachtten Eigenkapitals an diesen abgeführt werden,
 2. die Verwendung der für das Wirtschaftsjahr nach § 14 Abs. 3 für den Haushalt der Gemeinde eingeplanten Finanzierungsmittel,
 3. die Entlastung der Betriebsleitung; versagt er die Entlastung, hat er dafür die Gründe anzugeben.
- (4)

6.4. Auszug aus der Hauptsatzung Stadt Ulm

§ 13 Zuständigkeit im einzelnen

Dem Gemeinderat obliegt die Beschlussfassung über folgende Angelegenheiten:

.....

18. Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, wesentliche Einschränkung und Aufhebung von öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen sowie Beteiligung an solchen (§§ 10 Abs. 2, 102, 103, 104, 106 GemO);
19. Umwandlung der Rechtsform von öffentlichen Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen der Stadt und von solchen, an denen die Stadt beteiligt ist;
20. Beitritt zu und Austritt aus Zweckverbänden und Planungsverbänden (§ 205 BauGB) und Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen nach dem Gesetz über kommunale Zusammenarbeit;
22. Entsendung und Benennung von Vertretern oder Vertreterinnen der Stadt in bzw. für Organe von Beteiligungsunternehmen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften;
23. Erteilung von Weisungen an die Vertreter/innen der Stadt in der Verbandsversammlung von Zweckverbänden in Angelegenheiten nach Nr. 38;.....
38. alle sonstigen Angelegenheiten von besonderer politischer oder finanzieller Bedeutung, insbesondere über Maßnahmen, die die Haushaltswirtschaft der Stadt über das laufende Jahr hinaus in erheblichem Maße beeinflussen;
39. Angelegenheiten der Eigenbetriebe soweit der Gemeinderat nach der jeweiligen Betriebsatzung hierfür zuständig ist;

§ 15 Geschäftskreis Hauptausschuss

Der Hauptausschuss ist zuständig für

.....

7. Angelegenheiten der städtischen Beteiligungen an privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Unternehmen und Einrichtungen einschließlich des Weisungsrechts an Vertreter/innen der Stadt in deren Organen sowie zentrale Angelegenheiten aller Eigenbetriebe (Beteiligungsverwaltung); Zuständigkeiten anderer Ausschüsse bleiben unberührt;

§ 23 Allgemeine Zuständigkeiten, übertragene Aufgaben

- (1) Der Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung (§ 24) und die ihm oder ihr sonst durch Gesetz oder vom Gemeinderat übertragenen Aufgaben (§ 44 Abs. 2 Satz 1 GemO).

(2)

(3) Für Gesellschafterversammlungen von Unternehmen, an denen die Stadt mit mindestens der Hälfte des Stammkapitals beteiligt ist, hat der Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin die Weisung des Gemeinderats einzuholen.

6.5. Erläuterung der wichtigsten Bilanzkennzahlen

Kennzahl	Erläuterung
Eigenkapitalquote	Verhältnis des Eigenkapitals zum gesamten im Unternehmen gebundenen Kapital. Eine hohe Eigenkapitalquote dient als wichtiger Indikator für die Bonität eines Unternehmens und schafft Sicherheit und Handlungsfähigkeit
Eigenkapitalrentabilität	Die Kennzahl gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.
Umsatzrentabilität	Die Kennzahl ist von Bedeutung für die Beurteilung der Ertragskraft. Der Betriebserfolg wird hier an der Umsatztätigkeit gemessen
Gesamtkapitalrentabilität	Die Kennzahl gibt an, welche Rendite das im Unternehmen gebundene Kapital erbracht hat. Mit der Berücksichtigung des Zinsaufwandes wird die unterschiedliche Ausstattung der Unternehmen mit Eigen- und Fremdkapital bzw. die daraus resultierende unterschiedliche Zinsbelastung neutralisiert. Die Kennzahl bietet somit vor allem im Branchenvergleich eine gute Grundlage zu einer von der Kapitalstruktur unabhängigen Beurteilung der Ertragskraft
Anlagendeckung I und Anlagendeckung II	Es gilt als grundlegende Finanzierungsregel, dass langfristig gebundene Vermögenswerte auch durch langfristige Mittel finanziert werden sollten. Die Fristigkeit der Finanzierungsmittel sollte der Nutzungsdauer der damit finanzierten Objekte entsprechen. Die Anlagendeckung I sagt aus, in welchem Umfang das Anlagevermögen ausschließlich durch Eigenkapital gedeckt ist. Die Anlagendeckung II gibt den prozentualen Anteil des Eigenkapitals und des langfristigen Fremdkapitals im Verhältnis zum Anlagevermögen an. Ertragszuschüsse werden nicht berücksichtigt; sie sind vom Anlagevermögen abgesetzt
Vermögensstruktur (Anlagenintensität)	Die Kennzahl ermöglicht Aussagen zum Vermögensaufbau. Eine hohe Anlagenintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven Betrieb des Unternehmens (Fixkosten)
Cash flow	Der Cash-flow beschreibt den Mittelzufluss (Einzahlungen) des Geschäftsjahres, dem kein unmittelbarer Mittelabfluss (Auszahlungen) gegenübersteht. Er zeigt, in welchem Umfang Finanzmittel für Investitionen, zur Schuldentilgung oder für Gewinnausschüttungen für das Folgejahr zur Verfügung stehen

6.6. Übersicht der Abschlussprüfer für die Berichtsunternehmen

Gesellschaft	Jahr 2012	Jahr 2011	Jahr 2010	Jahr 2009	Jahr 2008	Jahr 2007
SWU	Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart	Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart	Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart	PwC Deutsche Revision, Stuttgart	PwC Deutsche Revision, Stuttgart	PwC Deutsche Revision, Stuttgart
UWS	Verband B-W. Wohnungsunternehmen e.V., Stuttg.	Verband B-W. Wohnungsunternehmen e.V., Stuttg.	Verband B-W. Wohnungsunternehmen e.V., Stuttg.	Verband B-W. Wohnungsunternehmen e.V., Stuttg.	Verband B-W. Wohnungsunternehmen e.V., Stuttg.	Verband B-W. Wohnungsunternehmen e.V., Stuttg.
SAN	SP&P Treuhand GmbH & Co. KG, Ulm	SP&P Treuhand GmbH & Co. KG, Ulm	SP&P Treuhand GmbH & Co. KG, Ulm	SP&P Treuhand GmbH & Co. KG, Ulm	SP&P Steuerberatungsgesellschaft GmbH & Co. KG, Ulm	SP&P Steuerberatungsgesellschaft GmbH & Co. KG, Ulm
UM	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	SP&P Steuerberatungsgesellschaft GmbH & Co. KG, Ulm	SP&P Steuerberatungsgesellschaft GmbH & Co. KG, Ulm
PBG	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	SP&P Steuerberatungsgesellschaft GmbH & Co. KG, Ulm	SP&P Steuerberatungsgesellschaft GmbH & Co. KG, Ulm
PEG	Schneider & Geiwitz GmbH, Neu-Ulm	Schneider & Geiwitz GmbH, Neu-Ulm	Schneider & Geiwitz GmbH, Neu-Ulm	Schneider & Geiwitz GmbH, Neu-Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm
UNT	Schneider & Geiwitz GmbH, Neu-Ulm	Schneider & Geiwitz GmbH, Neu-Ulm	Schneider & Geiwitz GmbH, Neu-Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm
donau.büro	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	SP&P Steuerberatungsgesellschaft GmbH & Co. KG, Ulm
MFH	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	
TFU	Horntruhand GmbH, Ulm	Horntruhand GmbH, Ulm	Schneider & Geiwitz GmbH, Neu-Ulm	Schneider & Geiwitz GmbH, Neu-Ulm	Schneider & Geiwitz GmbH, Neu-Ulm	Schneider & Geiwitz GmbH, Neu-Ulm
EBU	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt
APW	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt

6.7. Abkürzungsverzeichnis

(Aufgeführt sind die wichtigsten, im Beteiligungsbericht vorkommenden Abkürzungen.)

AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
APW	Alten- und Pflegeheim Wiblingen
BauGB	Baugesetzbuch
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BKartA	Bundeskartellamt
CCN	Congreß Centrum Nord
DING	Donau-Iller-Nahverkehrsverbund GmbH
EBU	Entsorgungsbetriebe der Stadt Ulm
EigBG	Eigenbetriebsgesetz
EnBW	Energie Baden-Württemberg AG
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
Energie plus	Energie plus Handels- und Service-GmbH
FAW	Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung
FUG	Fernwärme Ulm GmbH
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GemO	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg
GF	Geschäftsführer
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	GmbH-Gesetz
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVG	Gersthofer Verkehrsgesellschaft mbH
GVL	Gasversorgung Langenau GmbH
GWh	Gigawattstunde
HGrG	Haushaltsgrundsätze-gesetz
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.S.	im Sinne
ISP	Internet Service Provider
IT	Informationstechnologie
ITP	ITP GmbH
KEA	KEA Kraftwerksprojekt GmbH & Co. KG
KIRU	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm
KStG	Körperschaftssteuergesetz
KWh	Kilowattstunde
MFH	Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm GmbH
Mio.	Million
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PBG	Ulmer Parkbetriebs-Gesellschaft mbH
PEG	Projektentwicklungsgesellschaft Ulm GmbH
RAB	DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee
SAN	Sanierungstreuhand Ulm GmbH
SM	Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH
SWU	Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH
SUN	Stadtentwicklungsverband Ulm/Neu-Ulm
TAD	Zweckverband thermische Abfallverwertung Donautal
TFU	TechnologieFörderungsUnternehmen GmbH
TK	Telekommunikation
TGH	Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH Co.KG
TPH	Trianel Power – Kraftwerk Hamm-Uentrop GmbH & Co.KG.
TPK	Trianel Power – Projektgesellschaft Kohlekraftwerk mbH & Co.KG
TWB	Technische Werke Blaubeuren GmbH
TWH	Technische Werke Herbrechtingen GmbH
UM	Ulm-Messe GmbH
UNT	Ulm/Neu-Ulm Touristik GmbH
UWS	Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH